

TU Dresden  
Philosophische Fakultät  
Institut für Geschichte

**Magisterarbeit im Hauptfach Neuere und Neueste Geschichte**

**Allierter Luftkrieg und Novemberpogrom in lokaler  
Erinnerungskultur am Beispiel Dresdens**

Angefertigt von Thomas Fache  
geb. 20. August 1975  
Matrikelnummer: 2697145

Betreuer: Prof. Dr. Hartmut Voit  
Zweitgutachter: Dr. Clemens Vollnhals

Eingereicht am 27. März 2007

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung.....</b>	<b>1</b>
1.1.    Gegenstand .....	1
1.2.    Forschungsüberblick .....	4
1.3.    Zielstellungen .....	10
1.4.    Genutzte Quellen.....	11
<b>2. Die historischen Ereignisse und die nationalsozialistische Propaganda .....</b>	<b>13</b>
2.1.    Der Novemberpogrom in Dresden.....	13
2.2.    Dresden im Luftkrieg .....	20
2.2.    Dresden im Luftkrieg .....	20
<b>3. Die öffentliche Erinnerung in der Sowjetischen Besatzungszone .....</b>	<b>33</b>
3.1.    Die neue Tauglichkeit der Chiffre.....	33
3.2.    Pogromgedenken als Protest im Schatten neuer Helden .....	40
<b>4. Die Staatsgründung und geschichtspolitische Aggression.....</b>	<b>47</b>
4.1.    Spätstalinistischer Antisemitismus und die Abwesenheit der Erinnerung .....	47
4.2.    Die „Entfaltung eines echten nationalen Hasses“ – Anklage und Integration .....	54
<b>5. Internationale Anerkennung und erinnerungspolitische Entspannung .....</b>	<b>72</b>
5.1.    Vom Nutzen und Ausdienen eines Jahrestages.....	72
5.2.    Eine „wahre Heimstatt“ – Loyalität und Gedenksuren .....	83
<b>6. Von der Erinnerungsk Konkurrenz zum Staatsakt .....</b>	<b>91</b>
6.1.    Die (Selbst-)Entdeckung der Schwindenden – Annäherungen und Vereinnahmungen .....	91
6.2.    „Leidenschaftliches Bekenntnis“ und „Stilles Gedenken“ – Konkurrenz und Gleichklang .....	108
<b>7. Resümee .....</b>	<b>134</b>
<b>8. Anhang .....</b>	<b>142</b>
8.1.    Abkürzungen und Siglen .....	142
8.2.    Archive.....	144
8.3.    Periodika .....	144
8.4.    Literaturverzeichnis.....	145
8.4.1. <i>Primärliteratur und Quellenverzeichnisse</i> .....	145
8.4.2. <i>Sekundärliteratur</i> .....	146

# 1. Einleitung

## 1.1. Gegenstand

Im Blickpunkt der vorliegenden Studie soll mit den Novemberpogromen des Jahres 1938 und dem alliierten Luftkrieg gegen deutsche Städte im Verlauf des Zweiten Weltkriegs die Position zweier historischer Ereignisse der Zeit des Nationalsozialismus in der lokalen Erinnerungskultur Dresdens stehen.<sup>1</sup>

Wenn Erinnerungskultur als „formale[r] Oberbegriff für alle denkbaren Formen der bewußten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse [...] ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur“ verstanden werden kann, so würden „Textsorten aller Art, Bilder und Fotos, Denkmäler, Bauten, Feste [und] Rituale“<sup>2</sup> eine ebenso relevante wie unüberschaubare Menge von Artefakten für eine solche Annäherung bilden. Es lohnt sich folglich, eine Unterscheidung Peter Reichels aufzugreifen und unter Ausschluß anderer erinnerungskultureller Handlungsbereiche den Schwerpunkt auf eine Analyse der öffentlichen Memorialkultur zu legen.<sup>3</sup>

Angesichts einer besonderen Attraktivität der kalendarischen Wiederkehr von Ereignissen und Geschichte „für einen Augenblick“,<sup>4</sup> die einen bevorzugten Rahmen für explizite Veranstaltungen erstellt, fiel die Entscheidung, den Untersuchungsgegenstand weitestgehend auf eine Betrachtung des gesellschaftlichen Stellenwertes und der Ausgestaltung der Jahrestage in der Dresdner Erinnerungskultur einzugrenzen.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Der Begriff „Novemberpogrom“ bzw. seine Pluralform findet hier Verwendung in Abgrenzung zur euphemistischen Formulierung der „Reichskristallnacht“, die zeitgenössisch entstand, wobei deren konkrete politisch-soziale Herkunft entgegen aller Thesen bisher im unklaren verblieben ist. So wie diese Bezeichnung sich in den 1950er Jahren durchsetzen konnte, etablierte sich ab 1978 als „Verschlimmbesserung“ (Michael Kinne) in begriffskritischer Intention „Reichspogromnacht“ im öffentlichen Sprachgebrauch der BRD. Beide Begriffe betonen implizit die Ereignisse der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 als einen kurzen, heftigen und im Verborgenen ablaufenden Ausbruch antisemitischer Gewalt; ersterer hebt zudem in erster Linie auf die materiellen Schäden der Verfolgungswelle ab. Dagegen nimmt „Novemberpogrome“ stärker die mehrtätige und vielschichtigere Dimension der Verfolgungswelle in den Blick; siehe dazu Kapitel 2.1. Zur Begriffsgeschichte siehe Schmid, Harald: *Erinnern an den „Tag der Schuld“*. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Hamburg 2001, S. 81ff.

<sup>2</sup> So Cornelißen, Christoph: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: *GWU* 10/2003, S. 555.

<sup>3</sup> Weitere Felder, die in ihrer Verknüpfung, aber auch Abgrenzung voneinander im Interesse stehen könnten, wären nach Reichel Ausdrücke einer künstlerisch-ästhetischen Erinnerungskultur, der wissenschaftliche Diskurs und eine vergangenheitsbezogene politisch-juristische Auseinandersetzung; siehe ebd., S. 556.

<sup>4</sup> Reichel, Peter: *Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit*, Wien 1995, S. 273. Dazu auch Schmid, *Erinnern*, S. 43 – 49.

<sup>5</sup> Als Bezugsdatum für einen „Jahrestag“ des „Alliierten Bombenkrieges“ fungiert in Dresden der 13. Februar 1945, da an dessen Abend zwar nicht der einzigste, jedoch der Beginn des folgenreichsten Luftangriffes stand; siehe dazu ausführlicher Kapitel 2.2.

Nach einem ersten Blick in die bereits vorliegende Sekundärliteratur und der Einarbeitung in die genutzten Quellen wurde vom ursprünglichen Ansinnen Abstand genommen, in einem bestimmten Zeitmuster einige wenige Jahrestage exemplarisch zu betrachten, also etwa dem „Mythos der runden Zahl“<sup>6</sup> zu erliegen. Als zu vielschichtig erweist sich Art, Ausmaß und v.a. Wandel der über die Jahrestage erfolgten Bezüge unterschiedlicher Akteure und Akteursgruppen, daß ein solch starres Schema einer genauen Betrachtung gerecht werden könne.

Um den begrenzten Umfang einer Magisterarbeit dennoch für eine detaillierte Beschreibung fruchtbar machen zu können und sich nicht mit allzu groben Strichen aus „sehr großer Flughöhe“<sup>7</sup> zu begnügen, wurde daher eine weitere, nun temporäre Abgrenzung des Themas vorgenommen: So soll der Untersuchungszeitraum mit den Jahrestagen nach dem 8. Mai 1945 beginnen und sich auf die Zeit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und des politischen Systems der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) beschränken. Als Endpunkt der Analyse soll dabei nicht der 2. Oktober 1990 als der letzte Tag formaler Existenz des ostdeutschen Staates begriffen werden, sondern der Herbst 1989 als Anfang vom Ende der politischen Alleinherrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).<sup>8</sup>

Damit ist ein Zeitrahmen abgesteckt, für den der herrschaftsetablierende und -stabilisierende Zugriff auf Geschichte als „kostengünstige Ressource“<sup>9</sup> durch die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) bzw. der SED mangels anderer Legitimationsbasen von der historischen Wissenschaft gründlich durchleuchtet worden ist.<sup>10</sup> Ein zweites Bedürfnis der Mobilisierung von Historie ergab sich aus der notwendigen

---

<sup>6</sup> Reichel, Politik, S. 272.

<sup>7</sup> So eine Kritik am Blickwinkel Assmanns in ihrer Monographie „Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik“; Frei, Norbert: Ich erinnere mich. Aleida Assmanns Gedächtnisdiskurs gefällt sich in seinen eigenen Konstruktionen, in: Die Zeit, 28.9. 2006, Nr. 40.

<sup>8</sup> Der 9. November 1988 bzw. der 13. Februar 1989 stellen somit die letzten zu verortenden Jahrestage dar.

<sup>9</sup> Reichel, Politik, S. 37.

<sup>10</sup> So konnte sich die staatstragende Partei ausreichende Legitimität nie durch materielle Zufriedenheit oder politische Zustimmung breiter Bevölkerungsteile sichern. Ebenso wenig war die DDR in ihrer politischen Struktur aus einer breiten Bewegung entstanden oder verfügte über eine tradierte nationale Eigenständigkeit; dazu Sabrow, Martin: Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation. Der Fall DDR, in: ders. (Hg.): Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR, Leipzig 1997, S. 7 – 15. Siehe weiterhin neben unzähligen Monographien etwa die Sammelbände Leo, Annette/ Reif-Spirek, Peter (Hg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001 und Sabrow, Martin (Hg.): Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit Vergangenheit in der DDR, Köln 2000 oder jüngeren Datums der Themenschwerpunkt „Geschichtskultur der DDR“ der Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd. 5, 2005.

Abgrenzung zur BRD mittels einer „permanenten Selbstdefinition durch Negation des anderen deutschen Staates“.<sup>11</sup>

Da ein solches „Funktionsgedächtnis“ nach einem Prozeß der Auswahl und Verknüpfung historischer Tatsachen bisher Strukturloses komponiert und zur Schaffung einer Zukunftsorientierung konstruktiv mit Sinn versieht,<sup>12</sup> sind zuletzt noch einmal die drei wesentlichen Merkmale des sozialistischen Geschichtsbildes bestimmt worden: Ein „Präsentismus“, der Geschichte nach aktualisierten Nützlichkeitskriterien mobilisierte; sein hochselektiver Charakter mit einer starken Konzentration auf deutsche Geschichte sowie eine „Fiktionalität“, die eine geschlossene geschichtliche Realität eigener Plausibilität neubeschaffener Tatbestände schuf.<sup>13</sup>

Nach einem derartigen Modus entstand der „Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR“, der eine „geschichtspolitische Ansippung“<sup>14</sup> der DDR und auch schon der SBZ an einen mystifizierten kommunistischen Widerstand vollzog. Eine solche Geschichtsschreibung stellte eine Entlastung von der Verantwortung *für* und von der Auseinandersetzung *mit* einer schuldhaften Vergangenheit im Nationalsozialismus dar sowie eine Selbstverortung einerseits als Opfer (des „Faschismus“), andererseits als Sieger (über den „Faschismus“) in Aussicht.

Eine darauf beruhende Legitimation ohne entsprechende substantielle Erfahrungswelt des Großteils der Bevölkerung bedurfte einer ständigen Visualisierung; daher etablierte sich als wirkmächtigstes Instrument eine „geschlossene Ritual- und Symbolstruktur“,<sup>15</sup> die sich notwendigerweise im öffentlichen Raum und so auch an Jahrestagen historischer Ereignisse entfaltete. Solche Orte und Daten inszenierter politischer Herrschaft erwiesen sich mit der Auszehrung der antifaschistischen Gründungsmythen ab Ende der 1970er Jahre, v.a. aber in den 1980er Jahren angesichts der deutsch-deutschen medialen Durchdringung als ideale Präsentationsfläche einer nichtstaatlichen Erinnerung der Leerstellen des offiziellen Gedächtnisses in Verbund mit politischem Protest.<sup>16</sup>

---

<sup>11</sup> Danyel, Jürgen: Die geteilte Vergangenheit. Gesellschaftliche Ausgangslagen und politische Dispositionen für den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten nach 1949, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 144.

<sup>12</sup> Assmann, Aleida: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München 1999, S. 133 – 139.

<sup>13</sup> Voit, Hartmut: Vorüberlegungen zum Umgang mit der Geschichte in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd. 5, 2005, S. 8.

<sup>14</sup> So Münkler, Herfried: Politische Mythen und Institutionenwandel. Die Anstrengungen der DDR, sich ein eigenes kollektives Gedächtnis zu verschaffen, in: Göhler, Gerhard (Hg.): Institutionenwandel. Leviathan Sonderheft 16/1996, S. 128.

<sup>15</sup> Handro, Saskia: Erstarrung und Wandel. Zur Transformation der Gedenkkultur, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd. 5, 2005, S. 97

<sup>16</sup> Siehe dazu ebd., S. 98ff. Zur Schwächung der integrativen Kraft des „Antifaschismus“ siehe Arendes, Cord: Mythen und Legenden in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd. 5, 2005, S. 30 – 35.

Bildeten die Jahrestage des 9. November 1938 und des 13. Februar 1945 – und soweit kann an dieser Stelle vorgegriffen werden – nicht zentrale Elemente des für den gesamten Herrschaftsbereich der SED verbindlichen Gedenk- und Feiertagskalenders, so eigneten sie sich jedoch für unterschiedlichste Aneignungen innerhalb des oben skizzierten Rahmens.

## 1.2. Forschungsüberblick

In der Forschung zu Aspekten des DDR-Antifaschismus, die Jürgen Danyel bereits 2001 in ihrer Vielfältigkeit zurecht als „kaum noch zu überschauen“ beschrieb,<sup>17</sup> nimmt die Thematik der Erinnerung an die Ereignisse der Novemberpogrome 1938 in der SBZ und der DDR eine randständige Position ein.

Erste Beiträge lieferten 1994 Angelika Timm und Olaf Groehler. Während Timm die sich wandelnde Bedeutung des Jahrestages für den gesamten Zeitraum bis 1989 in einer Skizze vermißt,<sup>18</sup> fokussiert Groehler v.a. die Akteure und Inhalte des Gedenkens in den Jahren bis zur ostdeutschen Staatsgründung.<sup>19</sup>

Dagegen richtet sich die Aufmerksamkeit verschiedener Publikationen zu unterschiedlichen Aspekten der Geschichte der Juden und Jüdischen Gemeinden in der DDR zumeist nur am Rande auf die umfangreich aufgemachten Gedenkveranstaltungen des Jahres 1988.<sup>20</sup>

---

<sup>17</sup> Danyel, Jürgen: DDR-Antifaschismus: Rückblick auf zehn Jahre Diskussion, offene Fragen und Forschungsperspektiven; in: Leo, Annette/ Reif-Spirek, Peter (Hg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001, S. 7.

<sup>18</sup> Timm, Angelika: Der 9. November 1938 in der politischen Kultur der DDR, in: Steiniger, Rolf (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien/Köln/Weimar 1994, S. 246 – 262; siehe auch Timm, Angelika: Der politische und propagandistische Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der DDR, in: Danyel, Jürgen (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 213 – 223; in ähnlich knapper Form auch Bodemann, Y. Michal: Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung, Hamburg 1996, S. 100 – 111.

<sup>19</sup> Groehler, Olaf: Erinnerungen an die „Reichskristallnacht“ in der SBZ und in der DDR, in: Hofmann, Thomas/ Loewy, Hanno/ Stein, Harry (Hg.): Pogromnacht und Holocaust. Frankfurt, Weimar, Buchenwald... Die schwierige Erinnerung an die Stationen der Vernichtung, Weimar 1994, S. 172 – 197. Groehler erweitert wenig später in knapper Form seine Analyse um die Folgejahre; siehe Groehler, Olaf: Zur Gedenkstättenpolitik und zum Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der SBZ und DDR (1945-1988), in: Bergmann, Werner/ Erb, Rainer/ Lichtblau, Albert (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/ Main 1995, S. 285 – 301.

<sup>20</sup> Eine Darstellung der Gedenktagskultur für den gesamten Zeitraum der DDR wird dabei nicht berücksichtigt; siehe Illichmann, Jutta: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990, Frankfurt/ Main 1997, S. 260 – 272; Offenberg, Ulrike: „Seid vorsichtig gegen die Machthaber“. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945 bis 1990, Berlin 1998, siehe v.a. S. 234 – 240; Mertens, Lothar: Davidstern unter Hammer und Sichel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945 – 1990, Hildesheim 1997, S. 182 – 194. Nur Hartewig nimmt sich auch der Gedenktagsentwicklung vor 1988 an;

Daran anknüpfend hat Harald Schmid 2004 eine umfassende Studie vorgelegt, die als Basis für jede zukünftige Beschäftigung mit der Thematik zu betrachten ist.<sup>21</sup> In einer Bewertung nach gesellschaftlicher Ausdehnung, öffentlich-medialer Darstellung, Akteuren sowie nach Inhalt und Bedeutungsgehalten der Erinnerungsformen rund um die Jahrestage bestimmt er folgende Periodisierung, die hier umrissen werden soll: Während bereits 1945 in der SBZ durch die Aktivität der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) des Tages gedacht wurde, kam diesem nach der Auflösung dieser Organisation 1953 in der ersten Dekade der DDR nur eine äußerst geringe Bedeutung zu, wobei durch die Jüdischen Gemeinden jedes Jahr der Novemberpogrome erinnert wurde. Bereits ab 1953 ist dann eine allerdings oberflächliche und punktuelle Bezugnahme durch die Partei- und Staatsführung als Mittel in der Systemauseinandersetzung auszumachen. Seit Beginn der 1960er Jahre etablierten sich Gedenkveranstaltungen von geringer öffentlicher Bedeutung, welche der Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR (VJGDDR) in enger Abstimmung mit staatlichen Strukturen bzw. die Jüdischen Gemeinden selbst organisierten.

Eine Erweiterung erfuhr diese ritualisierte Gedenkstruktur mit dem Auftreten kirchlicher, v.a. evangelischer Erinnerungsakteure zum ebenso staatlicherseits stärker beachteten Jahrestag 1978. Dabei wurde die Erinnerung an die Novemberpogrome publizistisch aufgewertet und trat vorsichtig aus dem gedenkpolitischen Schatten des 9. November 1918. Im Jahr 1988 erreichte dagegen der Jahrestag Dimensionen eines nationalen Gedenktages. Vielfältigste staatliche Inszenierungen von Veranstaltungen zielten zum einen auf eine Sicherung des Erinnerungs- und somit Geschichtsmonopols gegenüber (auch hinsichtlich des Pogromgedenkens) erstarkender oppositioneller Gruppierungen, zum anderen auf eine Annäherung an die USA und Israel aus wirtschaftlichen Gründen via herausgestellter Würdigung der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Des weiteren schien der Tag zur Selbstdarstellung als der „bessere“ deutsche Staates in einer deutsch-deutschen Gedenkkonkurrenz geeignet.<sup>22</sup>

Schmid verweist in seiner Studie somit auf eine wesentlich funktionale Komponente des staatlich organisierten Gedenkens, welches sich von einer schlichten Nichtbeachtung hin zur Ausformung als Staatsakt wandelt. Er bestimmt aber darüber hinaus weitere Akteure

---

siehe Hartewig, Karin: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln 2000, S. 526 – 561.

<sup>21</sup> Schmid, Harald: Antifaschismus und Judenverfolgung. Die „Reichskristallnacht“ als politischer Gedenktag in der DDR, Göttingen 2004. Diese Publikation ist ein Folgeprojekt seiner Annäherung an die Gedenktagsentwicklung in der Bundesrepublik: ders., *Erinnern*.

<sup>22</sup> Schmid, Antifaschismus, S. 133 – 135.

und hier insbesondere die evangelische Kirche und ihr nahestehende Gruppen, deren Rolle und Wirken in der bisherigen Forschung nahezu unbeachtet blieben.

Für den Gegenstand dieser Arbeit bleibt festzuhalten, daß keine der genannten Veröffentlichungen explizit auf eine Entwicklung lokaler öffentlicher Erinnerungs- und Memorialkultur abzielt. So wie dies auch für Dresden zutreffend ist, werden hier wahrnehmbare Akte organisierten Gedenkens zwar thematisiert; insbesondere gilt das für die hier mehrfach zentral abgehaltenen Veranstaltungen nach dem Umzug des Hauptsitzes des VJGDDR in die Bezirksstadt, so beispielsweise für die „runden“ Jahrestagen 1968 und 1978. Eine geschlossene Darstellung, die etwa lokale Spezifika im Geflecht der Akteure in den verschiedenen Phasen in den Blick nimmt, wird nicht geboten; allerdings lag eine solche auch nicht im Erkenntnisinteresse der Studien.

Dem entgegen steht die Publikation von Michael Ulrich, in welcher er die Entwicklung des Gedenkens beider historischer Ereignisse vergleicht und hier einen – und dies gilt insbesondere für das Pogromgedenken – ersten Einblick in eine nichtstaatliche Erinnerungskultur gibt, die sich entsprechend der DDR-Entwicklung vorrangig im kirchlichen Kontext abspielte.<sup>23</sup> Die spezielle Problematik seiner stellenweise unübersichtlichen Darstellung „vom großartigen Geschehen“<sup>24</sup> liegt in seiner Zeiteugenschaft als einem der lokalen Erinnerungsakteure, die seiner Betrachtung schon den Status einer Quelle zuweist. So neigt Ulrich einerseits in retrospektiver Emphase mitunter zu einer harmonisierenden Fassung v.a. des kirchlichen Engagements; andererseits schenkt er aufgrund seiner kirchlicher Provenienz den katholischen Aktivitäten übergewichtige Beachtung, wohingegen das Agieren der staatlichen Akteure von ihm nicht durchgehend systematisch verortet wird.

Ähnliches gilt es bei den Analysen von Matthias Neutzner zu bedenken. Er ist als Vorsitzender der 1985 beim Kulturbund Dresden gebildeten und bis heute (ab 1990 als eingetragener Verein) arbeitenden „Interessengemeinschaft 13. Februar 1945“ (IG 13. Februar) seit Mitte der 1980er Jahre ein Akteur im lokalen Erinnerungsraum.

---

<sup>23</sup> Ulrich, Michael: Dresden. Nach der Synagoge brannte die Stadt: Dokumente, Berichte und persönliche Zeugnisse, Leipzig 2002. Einen knappen Überblick über den in diesem Zusammenhang entscheidenden und erstmals 1982 auftretenden Dresdner Arbeitskreis „Begegnungen mit dem Judentum“, der auch unabhängig vom Gedenken an die Novemberpogrome agierte, gibt Ostmeyer, Irena: Zwischen Schuld und Sühne. Evangelische Kirche und Juden in SBZ und DDR 1945 – 1990, Berlin 2002, S. 263 – 266. Einen insgesamt weitergefaßten Ansatz, der aber ebenso die kirchlichen Akteure (insbesondere des Gedenkens der Luftangriffe in den 1980ern Jahren) fokussiert, wählt Meyer, Olaf: Vom Leiden und Hoffen der Städte. Öffentliches Gedenken an die Zerstörungen in Dresden, Coventry, Warschau und St. Petersburg, Hamburg 1996.

<sup>24</sup> Ulrich, Dresden, S. 5.



Neutzner beschreibt zunächst eindrücklich die Entstehung der „Chiffre Dresden“<sup>25</sup> als Symbol für die alliierte Luftkriegsführung im Zweiten Weltkrieg, welches sich mit den Elementen der Einzigartigkeit der Stadt, ihrer vorgeblichen Unschuld sowie der Deutung der Bombardierung als „unerwartet“, „besonders schwer“ und „sinnlos“ v.a. auf einer geschickten nationalsozialistischen Propagandaführung bereits im zeitnahen Anschluß an das Ereignis gründete.<sup>26</sup>

Weiterhin führt er aus, wie dieser einmal abgesteckte Deutungsrahmen nach dem 8. Mai 1945 die Basis für eine funktionalisierte parteioffizielle Ausfüllung der Gestaltung der Jahrestage durch die KPD bzw. SED stellte, welche die dominierende öffentliche Erinnerungsform bis 1980 blieb.<sup>27</sup> Mit der Erweiterung der Erinnerungsakteure und -formen ab Anfang der 1980er Jahre arbeitet Neutzner den Aufbruch der „Erzählkonstante“ der unschuldigen Stadt heraus, verbleibt aber ansonsten eher bei einer knappen darstellenden Beschreibung.<sup>28</sup> So wie er die Bedeutungsgehalte der Erinnerung in durchaus kritischer Intention nachzeichnet,<sup>29</sup> verzichtet er u.a. auf eine Einschätzung des eigenen Wirkens am Fortschreiben bestimmter Erinnerungselemente, wie sie etwa durch die

---

<sup>25</sup> Damit begrifflich anknüpfend an Rader, Olaf B.: Dresden, in: Schulze, Hagen/ Francois, Etienne: Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 3, München 2001, S. 451 bzw. 457.

<sup>26</sup> Neutzner, Matthias: Vom Alltäglichen zum Exemplarischen. Dresden als Chiffre für den Luftkrieg der Alliierten, in: ders./ Reinhard, Oliver/ Hesse, Wolfgang (Hg.): Das rote Leuchten. Dresden und der Bombenkrieg, Dresden 2005, S. 110 – 127. Dieser Band – erschienen zum 60. Jahrestag der Bombardierungen – faßt mit weiteren Beiträgen zur Genese der Luftkriegsführung seit 1900, seiner Ausweitung ab 1937 und der Verortung Dresdens in den Luftkriegsplanungen einen bemerkenswert weiten Rahmen der Einordnung und hebt sich damit nach einer Einschätzung von Jörg Arnold „wohltuend von der Masse der Erinnerungsliteratur zum 60. Jahrestag schwerer Luftangriffe ab“; siehe Arnold, Jörg: Rezension, in: sehpunkte 5 (2005), Nr. 7/8 [15.07. 2005], URL: <<http://www.sehpunkte.historicum.net/2005/07/8103.html>> [letzter Aufruf 23.9. 2006]. Als gegenteiliges Beispiel kann hier etwa ein Band erwähnt werden, der anlässlich des 60. Jahrestages der schweren Bombardierung Leipzigs am 4. Dezember 1943 erschien. Die umstandslose und gehäufte Verwendung des Begriffs „Terrorangriff“ sowie die Gewichtung des Leitwortes des damaligen Oberbürgermeisters Wolfgang Tiefensee zeigen eine deutliche Differenz zur Tiefe der Analyse des Bandes zu Dresden; Lehmsstedt, Mark (Hg.): Leipzig brennt. Der Untergang des alten Leipzig am 4. Dezember 1943 in Fotografien und Berichten, Leipzig 2003.

<sup>27</sup> Mit einem Blick auf die Entwicklung der Gedenkbeziehung zwischen Coventry und Dresden streift Stefan Goebel einen speziellen Aspekt dieser politischen Funktionalisierung; Goebel, Stefan: Coventry und Dresden: Transnationale Netzwerke der Erinnerung in den 1950er und 1960er Jahren, in: Süß, Dietmar (Hg.): Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung, München 2007, S. 111 – 120.

<sup>28</sup> Neutzner, Matthias: Vom Anklagen zum Erinnern. Die Erzählung vom 13. Februar, in: ders./ Reinhard/ Hesse (Hg.), Leuchten, S. 128 – 163. Die Studie umfaßt zudem eine erste Skizze der Entwicklung der lokalen Erinnerungskultur nach dem fundamentalen politischen Umbruch in der DDR 1989/90, für die – abseits einer starken publizistischen Begleitung – noch keine durchgehende Analyse vorliegt; für den 50. Jahrestag siehe Naumann, Klaus: Der Krieg als Text. Das Jahr 1945 im kulturellen Gedächtnis der Presse, Hamburg 1998, S. 33 – 57.

<sup>29</sup> Überhaupt Neutzner äußert sich bis heute regelmäßig publizistisch zu historisch unkorrekten Beschreibungen des historischen Ereignisses, so zuletzt in einer Kritik an der Beschreibung der Einzigartigkeit der Bombardierung Dresdens und der Darstellung der Frauenkirchgemeinde als Ort des Widerstandes im Nationalsozialismus im ZDF-Zweiteiler „Dresden“; siehe dazu Neutzner, Matthias: Das Historien-Drama „Dresden“. Vertane Chancen, Sächsische Zeitung, 7.3. 2006, S. 14. Zur Geschichte der Gemeinde des „deutschen Doms“ siehe Lindemann, Gerhard: Die Frauenkirche in der NS-Zeit, in: Mennicke, Christiane/ Wagler, Silke (Red.): Von der Abwesenheit des Lagers. Reflexionen zeitgenössischer Kunst zur Aktualität des Erinnerns, Berlin 2006, S. 98 – 106.

Dokumentation von Zeitzeugen der Bombardierungen als einem Hauptbetätigungsfeld der „IG 13. Februar“ erfolgte.<sup>30</sup> Entscheidender Nachteil der Analyse Neutzners ist aber die Darstellung der historischen Entwicklung der nichtstaatlichen Erinnerungskultur ab 1982 als einer durchgängig dezidiert politischen Opposition in einer starken, logisch anmutenden Kontinuitätslinie hin zum politischen Ende der SED-Herrschaft.<sup>31</sup>

Nachdem mit den Arbeiten Neutzners Annäherungen jüngerer Datums benannt wurden, sei nun auf Untersuchungen verwiesen, die den Beginn der Beschäftigung mit der auf die Luftangriffe bezogenen Erinnerungskultur markieren: Zunächst ist ein Beitrag von Friedrich Reichert zum Begleitband der Ausstellung „Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit. Die Zerstörung Dresdens 1945“ des Jahres 1995 zu nennen, welcher einen ersten Überblick gibt, ohne jedoch systematisch die Bedingungen des Agierens aller Akteure zu bestimmen.<sup>32</sup>

Auch für alle weiteren Forschungsbeiträge gilt, daß deren Autoren bestimmte Einschränkungen vornehmen bzw. zeitliche Schwerpunkte setzen. So konzentriert sich Gilad Margalit v.a. auf die politische Funktionalisierung der Jahrestage bis 1965. Der besondere Verdienst dieser Analyse liegt darin, die Anfänge der wachsenden Bedeutung der Erinnerung an die Luftangriffe auf Dresden für eine Symbolisierung deutscher Leiden im Nationalsozialismus in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit – wenn auch knapp – herausgearbeitet zu haben; diese verortet Margalit in dem Bedürfnis, sie der stärkeren Thematisierung der Shoa in der BRD ab Mitte der 1950er Jahre entgegenzusetzen.<sup>33</sup>

---

<sup>30</sup> Grundsätzlich müßte dies kein schwerwiegender Einwand sein, nur verwunderte Neutzners Aussage, daß er letztlich doch mehr den Berichten der Erlebnisgeneration vertraue als Analysen der historischen Wissenschaft; so sinngemäß in einer Äußerung auf einer Podiumsdiskussion am 8. Mai 2006 im Dresdner Kulturthaus; siehe Archiv T.F. Erinnert sei in diesem Zusammenhang besonders an die Debatte um (die tatsächlich nicht erfolgten) Tieffligereinsätze im Zuge der Luftangriffe, die diesen scheinbar ein besonders ruchloses Element beigibt. Deren Beglaubigung stützte sich v.a. auf vorgebliche Zeitzeugen; siehe dazu Schnatz, Helmut: Tiefflieger über Dresden – Legende oder Wirklichkeit?, Köln 2000.

<sup>31</sup> Diese für Beteiligte nicht untypische Interpretation dramatisiert Neutzner mit dem Verweis auf eine „Korrelation“ des 7. Oktobers 1989 als dem Schlußtag einer von ihm mitkonzipierten thematischen Ausstellung und gleichzeitig erstem Tag einer oppositionellen Demonstration in Dresden; siehe Neutzner, Anklagen, S. 161.

<sup>32</sup> Insbesondere gilt dieser Einwand in bezug auf kirchliche Kreise; Reichert, Friedrich: Zur Rezeptionsgeschichte des 13. Februar 1945, in: Landeshauptstadt Dresden, Stadtmuseum Dresden (Hg.): Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit. Die Zerstörung Dresdens 1945, Dresden 1994, S. 150 – 161.

<sup>33</sup> Margalit, Gilad: Der Luftangriff auf Dresden. Seine Bedeutung für die Erinnerungspolitik der DDR und für die Herauskristallisierung einer historischen Kriegserinnerung im Westen, in: Düwell, Susanne/ Schmidt, Matthias (Hg.): Narrative der Shoa. Repräsentationen der Vergangenheit in Historiographie, Kunst und Politik, Paderborn 2002, S. 198 – 207.

Ebenfalls einer starken Eingrenzung des Untersuchungszeitraumes unterliegt die Analyse Thomas Wideras, der den stark instrumentellen Charakter der öffentlichen Veranstaltungen der KPD bzw. SED der Jahre 1946 bis 1950 bzw. des 10. und 20. Jahrestages betont.<sup>34</sup>

Gleich mehrere Untersuchungen setzen sich mit der Geschichte der Opposition in Dresden in den 1980er Jahren und hier v.a. dieser im kirchlichen Handlungsrahmen auseinander. Hier nimmt die Beschreibung der Aktivitäten als einer Ausweitung des Erinnerungsraumes hinsichtlich seiner Akteuren, Intension und Ausgestaltung eine bedeutende Rolle ein, so wie diese als Kristallisationspunkt politisch alternativer Strukturen bzw. nichtstaatskonformen Engagements gewertet werden.<sup>35</sup>

Eine der letzten größeren öffentlichen Debatten um die Wertung der Bombardierungen in Dresden und darüber hinaus schob die Veröffentlichung Frederick Taylors an.<sup>36</sup> Diese stellt umfassend die Ereignisse des Februars 1945, deren militärischen Vorlauf sowie ihre Position in der britischen Diskussion um die Legitimität von Flächenbombardements, aber auch eine städtische Vorgeschichte dar. Taylor streift neben der zeitigen kriegspropagandistischen Auseinandersetzung in wenigen Worten Aspekte der Erinnerungskultur zum 57. Jahrestag, benennt diese insgesamt als komplex, verzichtet aber auf eine durchgehende Beschreibung.

Mit Teilaspekten der Erinnerungskultur neben der öffentlichen Gestaltung der Jahrestage der Luftangriffe auf deutsche Städte im allgemeinen und Dresden im besonderen beschäftigt sich eine unüberschaubare Menge von Publikationen; einen Schwerpunkt bilden literaturwissenschaftliche Analysen.<sup>37</sup> Von Interesse für diese Arbeit ist dabei der von Walter Schmitz herausgegebene Sammelband, der Beiträge zum Eingang des Motivs „Dresden“ in Malerei,

---

<sup>34</sup> Widera, Thomas: Gefangene Erinnerung. Die politische Instrumentalisierung der Bombardierung Dresdens, in: ders./Fritze, Lothar: Allierter Bombenkrieg. Das Beispiel Dresden, Göttingen 2005, S. 109 – 134. Die Grundzüge seiner Überlegungen zur Position des Jahrestages in der näheren Nachkriegszeit hat Widera bereits in seiner umfassenden Analyse der städtischen Nachkriegsgesellschaft dargelegt, ders.: Dresden 1945 – 1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft, Göttingen 2004, S. 34 – 64.

<sup>35</sup> Genannt seien hier Urich, Karin: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90, Köln/Weimar/Wien 2001, hier v.a. die Seiten 32 – 44 und Schmid, Josef: Kirchen, Staat und Politik in Dresden zwischen 1975 und 1989, Köln 1998. Letzterer gibt dabei einen Einblick auf den sich wandelnden inhaltlichen Bezug kirchlicher und anderer nichtstaatlicher Akteure auf die Jahrestage und präzisiert damit das von Neutzner gezeichnete Bild.

<sup>36</sup> Frederick Taylor: Dresden, Dienstag, 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror?, München 2004. Als Beispiel für die Debatte um das Buch: Krause, Andreas: Ein neues Buch wird in England zum Anlaß, den Bombenangriff auf Dresden zu rechtfertigen. Kampf zwischen Gut und Böse, Berliner Zeitung 18.2. 2004. Taylors Thesen waren zudem ein zentraler Aspekt eines stark beachteten Forums im Dresdner Rathaus am 20. Januar 2005; ein Teil der aus diesem Anlaß gehaltenen Vorträge findet sich bei Widera/Fritze (Hg.), Bombenkrieg.

<sup>37</sup> Dies wurde v.a. durch die pauschale These W.G. Sebalds angeregt, daß der alliierte Luftkrieg keinen Eingang gefunden hätte in die deutschsprachige Nachkriegsliteratur; vgl. Sebald, W.G.: Luftkrieg und Literatur, Wien 1999.

Fotografie, Klassischer Musik, Literatur, aber auch zur Publizistik und Historiographie vereint.<sup>38</sup>

### 1.3. Zielstellungen

Nach einer Einführung in die historischen Ereignisse und ihrer Deutung in der nationalsozialistischen Propaganda liegt es zunächst im Interesse der Arbeit, eine für den gesamten Untersuchungszeitraum durchgehende und alle Akteure umfassende Betrachtung vorzulegen. Auf Basis der vorliegenden Forschungsliteratur und eigenständig ausgewerteter Quellen soll der Stellenwert der Jahrestage der Novemberpogrome von 1938 und der (folgenreichsten) Luftangriffe auf Dresden in der lokalen Erinnerungskultur vor dem Hintergrund der sich wandelnden Konstellationen in der SBZ und dem politischen System der DDR hinsichtlich seiner Genese und Praxis nachgezeichnet werden.

Im Vergleich zu den in die Analyse einzubindenden „großen“ Tendenzen in der DDR-Geschichtspolitik gilt es, auf der lokalen Ebene das Agieren verschiedener Akteure und Akteursgruppen sowie deren Relevanz für die städtische Gesellschaft, ihre Zahl und ihr Verhältnis zueinander zu bestimmen. Bei einer Bewertung sind die entsprechend der politischen Struktur der SBZ und des SED-Herrschaftssystems grundsätzlich unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten der verschiedenen Akteure zu bedenken – verwiesen sei hier nur auf das Versammlungs- und Presse-„recht“.

Aufgrund der Funktion der (Partei-)Presse und anderer Medien in der DDR zur Vermittlung politischer Programmatik wird von einer Widerspiegelung der (zumindest für die politische Elite geltenden) Einordnung der Jahrestage in diesen ausgegangen, womit eine Vermessung der öffentlich-medialen Begleitung der jährlichen Wiederkehr Teil der Studie sein soll.

Eine solche streift bereits die qualitative Ebene der Arbeit: So bilden die inhaltliche Ausgestaltung der Gedenkveranstaltungen und die zum Ausdruck kommenden deutenden Annäherung an die historischen Ereignisse in ihrem Wandel einen weiteren Interessensschwerpunkt. Hierbei sind ebenso *alle* Akteure im Blick zu behalten, denn soweit eine Selektivität des sozialistischen Geschichtsbildes (als ein

---

<sup>38</sup> Schmitz, Walter: Die Zerstörung Dresdens. Antworten der Künste, Dresden 2005. Zum Komplex Literatur siehe auch Deckert, Renuat: Die wüste Stadt. Sieben Dichter über Dresden, Frankfurt/ Main 2005; Andress, Reinhard: „Medusen schminkt man nicht“? Die Bombardierung Dresdens in der deutschen Prosaliteratur, in: Colloquia germanica 3/4, 2003, S. 247 – 268; Hage, Volker: Zeugen der Zerstörung. Die Literaten und der Luftkrieg, Frankfurt/ Main 2003.

herrschaftsstabilisierendes Moment) eingangs benannt wurde, so ist der Hinweis aufzunehmen, daß ein solcher Modus im Grundsatz auch für konkurrierende Vergegenwärtigungen von Historie gilt.<sup>39</sup>

#### 1.4. Genutzte Quellen

Neben einer Reihe autobiographischer Zeugnisse und thematischer Publikationen, die im Beobachtungszeitraum veröffentlicht wurden, konnte des weiteren auf Kataloge bzw. Dokumentationen von Ausstellungen, die als Teil der Erinnerungskultur rund um die jährliche Wiederkehr der historischen Ereignisse zu betrachten sind, zurückgegriffen werden.

Zentrale Quellen der vorliegende Studie sind dagegen einerseits Presseerzeugnisse, die für den lokalen Bezug von Interesse sind; hier sind v.a. die jeweiligen (Bezirks-) Tageszeitungen der Parteien in der SBZ und der späteren DDR zu nennen: Von besonderer Relevanz für eine Durchsicht im zeitlichen Umfeld der Jahrestage schienen die „Sächsische Volkszeitung“ (SVZ), die „Sächsische Zeitung“ (SZ) als deren Nachfolgerin und die Bezirksausgabe des „Neuen Deutschlands“ (ND) als Verlautbarungsorgane der KPD bzw. der SED sowie „Die Union“ (Union) als Presseerzeugnis der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) mit ihrer christlich-bürgerlichen Zielgruppe; zudem wurde die regionale Tageszeitung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD), „Sächsische Neueste Nachrichten“ (SNN), herangezogen. Das quartalsmäßig erscheinende „Nachrichtenblatt des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik“ (Nachrichtenblatt)<sup>40</sup> geriet ebenso in den Blick wie „Der Sonntag“ als offizielles wöchentliches Periodikum der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen (ELLKS)<sup>41</sup>.

Andererseits kamen für das Thema der Arbeit Bestände mehrerer lokaler Archive in betracht, so das Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden,<sup>42</sup> das Stadtarchiv Dresden<sup>43</sup> und das

---

<sup>39</sup> Siehe dazu Assmann, Erinnerungsräume, S. 138f.

<sup>40</sup> Eine Darstellung der Geschichte des Nachrichtenblattes liefert Mertens, Davidstern, S. 208 – 218.

<sup>41</sup> Zur Annäherung an jüdische Themen im weitesten Sinne im „Sonntag“ siehe Ostmeyer, Schuld, S. 94 – 98.

<sup>42</sup> Hier besonders die Akten des Rates des Bezirkes (Sektor Staatspolitik in Kirchenfragen), der Bezirks- und Stadtleitung sowie von Stadtbezirksstrukturen der SED.

<sup>43</sup> Hier mit einer Konzentration auf die Bestände des Sekretariats der Oberbürgermeister; dabei waren die Jahrgänge 1945 bis 1953 aufgrund einer Überarbeitung nicht zugänglich.

Archiv der ELLKS.<sup>44</sup> Dagegen ist es nach wie vor nicht problemlos möglich, in das Archiv der Jüdischen Gemeinde zu Dresden Einblick zu nehmen.<sup>45</sup> In bezug auf die Planungen der Gedenkveranstaltungen durch den VJGDDR anlässlich der Novemberpogrome konnte dieser Umstand durch den Rückgriff auf den Bestand des Archivs der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ teilweise kompensiert werden.<sup>46</sup>

---

<sup>44</sup> In betracht gezogen wurden der Bestand 1 (Landessynode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, 1948 – 1989) und der Bestand 2 (Landeskirchenamt der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, 1945 – 1990).

<sup>45</sup> An diesem bereits 1996 registrierten Zustand hat sich bis heute nichts geändert. Aufgrund des Bestandinhaltes ist es zudem unwahrscheinlich, Informationen größeren Umfangs zum Thema erheben zu können; siehe dazu Jersch-Wenzel, Stefi/ Rürup, Reinhard (Hg.): Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer. Band 1: Eine Bestandsübersicht, München 1996, S. 334.

<sup>46</sup> Von besonderem Interesse waren die explizit auf die Gedenkveranstaltungen zu den Jahrestagen der Novemberpogrome ausgerichteten Teilbestände des VJGDDR; siehe Jersch-Wenzel, Stefi/ Rürup, Reinhard (Hg.): Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer. Band 2: Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“, Teil 2, München 2001, S. 840f. Hier ist anzumerken, daß aus archivrechtlichen Gründen kein Zugang zu Akten bezüglich der Veranstaltungen zum 50. Jahrestag im Jahr 1988 gewährt wurde.

## 2. Die historischen Ereignisse und die nationalsozialistische Propaganda

### 2.1. Der Novemberpogrom in Dresden

Nachdem mit den „Nürnberger Rassegesetzen“ im September 1935 die angestrebte Aufhebung rechtlicher Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung juristisch wie formal erreicht worden war und die gesteigerte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit durch die Olympischen Spiele 1936 von Garmisch und Berlin zunächst offene antijüdische Verfolgungen ausbremste, lief insbesondere ab 1937 eine verschärfte Kampagne an, die diesmal v.a. auf die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben abzielte. Diese zwar nur wenige, dafür aber bedeutende jüdische Unternehmen ins Visier nehmende Entrechtung und in Fortfolge der Gesetzesvorschlag des Reichsinnenministeriums vom Juli 1938 führte zu einer sofortigen Verdrängung aus der Wirtschaft als auch der Konfiszierung jüdischen Vermögens. Dies stieß aber aus wirtschaftspragmatischen Gründen auf den Widerstand von Unternehmensverbänden, des Wirtschaftsministerium, des Reichsfinanzminister, der Reichsbank sowie des Sicherheitsdienstes (SD); letzterer hatte den jüdischen Kapitalbesitz zur zwischenzeitlichen Unterhaltung und Finanzierung der „Auswanderung“ der Juden einzusetzen gedacht.

Während also die judenfeindliche Politik stockte und sich in Fallstricken divergierender Ziele und Methoden verding, verschärfte sich trotzdem mit dem Jahre 1938 wie überall im Reich auch die Lage der Dresdner Juden.<sup>47</sup> Bereits am 31. Januar 1938 hielt der sächsische Gauleiter Martin Mutschmann im Dresdner Kurort Bad Weißer Hirsch eine Grundsatzrede zur „Judenfrage“ vor über 2.000 NSDAP-Mitgliedern,<sup>48</sup> die den Ausgangspunkt für die am 28. Februar 1938 startende sachsenweite antisemitische Kampagne „Aufklärungsfeldzug Völkerfrieden oder Judendiktatur“ bildete. Teil dieser waren Wagen des Faschingsdienstagumzuges vom 1. März 1938 unter dem Motto „Auszug der Kinder Israels“, der durch das gesamte Stadtgebiet fuhr. Für den 4. März 1938 meldete die nationalsozialistische Presse 110 öffentliche Versammlungen allein in Dresden, u.a. mit Mutschmann und dem Herausgeber des Blattes „Der Stürmer“, Julius Streicher.<sup>49</sup>

---

<sup>47</sup> Für die lokale Situation bis 1937 siehe auch Liebsch, Heike: „Ein Tier ist nicht rechtloser und gehetzter.“ Die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung Dresdens 1933 bis 1937, in: Heer, Hannes (Hg.): Im Herzen der Finsternis. Victor Klemperer als Chronist der NS-Zeit, Berlin 1997 (2. Aufl.), S. 73 – 91. Zur Geschichte der Judenverfolgung in Sachsen siehe Held, Steffen: Von der Entrechtung zur Deportation: Die Juden in Sachsen, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002, S. 200 – 223.

<sup>48</sup> Siehe Dresdner Anzeiger, 1.2. 1938, S. 5.

<sup>49</sup> Dresdner Anzeiger, 5./6.3. 1938, S. 5.

Einher ging dies mit einer fortwährenden Entrechtung und Stigmatisierung jüdischen Lebens in der Stadt: Auf Basis einer Verordnung des sächsischen Innenministeriums vom 7. März 1938 wurden Besitz und Rechte der Israelitischen Religionsgemeinschaft Dresdens, der Fraternitasloge und dem israelitischen Frauenverein eingezogen. Zahlreiche Häuser besonders im Stadtteil Johannstadt wurden „im Wettstreit“ mit den Aufschriften „In diesem Grundstück wohnen Juden“ (bzw. dann „[...] keine Juden“) versehen. Am 26. April 1938 erfolgte die Verordnung über die „Anmeldung des Vermögens der Juden“ und im Juni 1938 die Kündigung der Mietverträge von Privat- und Geschäftsräumen bei städtischen Institutionen; ab Juli 1938 erfolgte die Kennzeichnung aller verbliebenen jüdischen Geschäfte.<sup>50</sup>

Noch einschneidender war die bis dato einmalige Massenverhaftung und -deportation am 27. und 28. Oktober 1938 von 17.000 Juden polnischer Staatsbürgerschaft aus dem gesamten Deutschen Reich; die „bar jeglicher Humanität durchgeführte Abschiebung [...] war bewußt als terroristischer Akt konzipiert“.<sup>51</sup> Davon betroffen waren insgesamt auch 724 Personen aus dem Regierungsbezirk Dresden, deren Leben zum Großteil nach der Besetzung Polens ein Ende in Ghettos und Vernichtungslagern fand.<sup>52</sup>

Herschel Grynszpan, Sohn Betroffener dieser Austreibungsaktion, verübte daraufhin einen Anschlag auf die deutsche Botschaft in Paris, in dessen Folge der Diplomat Ernst vom Rath am 9. November 1938 seinen Verletzungen erlag. Während erste, aber lokal begrenzte Übergriffe bis hin zu Zerstörungen und Inbrandsetzungen von Synagogen bereits seit dem 7. November stattfanden,<sup>53</sup> löste die Nachricht vom Tode vom Raths die Instruktionen von höchster politischer Ebene aus, welche schließlich dem nun folgendem Pogrom seine reichsweite Dimension gaben. Durch eine Rede Joseph Goebbels' während der Veranstaltung zum 15. Jahrestages des Hitlerputsches von 1923 in München animiert,

---

<sup>50</sup> Vgl. dazu auch weitere Maßnahmen bei Goldenbogen, Nora: „Man wird keinen von ihnen wiedersehen“. Die Vernichtung der Dresdner Juden 1938 – 1945, in: Heer, Finsternis, S. 92ff; Gryglewski, Marcus: Zur Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933 – 1945, in: Haase, Norbert/ Jersch-Wenzel, Stefi/ Simon, Hermann (Hg.): Die Erinnerung hat ein Gesicht. Fotografien und Dokumente zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933 – 1945, Leipzig 1998, S. 106f. und S. 156 – 162; Taylor, Dresden, S. 91ff.

<sup>51</sup> Vollnhals, Clemens: Jüdisches Leben in Sachsen: Von der Emanzipation zur Judenverfolgung, in: Besier, Gerhard/ Stoklosa, Katarzyna (Hg.): Lasten diktatorischer Vergangenheit – Herausforderungen demokratischer Gegenwart. Zum Rechtsextremismus heute, Berlin 2006, S. 102. Über Hintergründe und Verlauf dieser Maßnahmen siehe Kropat, Wolf-Arno: „Reichskristallnacht“. Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938 – Urheber, Täter, Hintergründe, Wiesbaden 1997, S. 47 – 49.

<sup>52</sup> Goldenbogen, Vernichtung, S. 95. Stellvertretend soll hier das Schicksal der vierköpfigen Familie Langer erwähnt werden, die seitdem als verschollen gilt; siehe Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V., Arbeitskreis Dresden (Hg.): Buch der Erinnerung. Juden in Dresden – deportiert, ermordet, verschollen 1933 – 1945, Dresden 2006, S. 212.

<sup>53</sup> Insbesondere in kurhessischen Landkreisen; vgl. Kropat, Reichskristallnacht, S. 56 – 66.



gaben anwesende Gauleiter und SA-Führer telefonisch Anweisungen an untergeordnete Strukturen, gegen Synagogen, jüdische Häuser usw. vorzugehen.<sup>54</sup>

Es ist hier nicht der Platz, den Ablauf der Novemberpogrome im ganzen Umfang darzustellen.<sup>55</sup> Vielmehr soll auf die Ereignisse in Dresden eingegangen werden, zumal sich die elementaren Aspekte wie die zentrale Anordnung, die kurzfristige Initiierung, die Umsetzung v.a. durch lokale Parteistellen, SA- und SS-Einheiten in Zusammenarbeit mit Behörden wie der Polizei u.a. sowie stellenweise die Beteiligung nichtorganisierter Personen (v.a. bei anschließenden Plünderungen) nicht von anderen Städten unterschieden.<sup>56</sup>

Wie anderenorts waren die den bereits erwähnten Jahrestag feiernden örtlichen SA-Stürme auch in Dresden leicht zu mobilisieren. Noch am 9. November 1938 sammelte sich in Dresden eine „spontane[ ]“ Kundgebung am Rathausplatz:<sup>57</sup> „Gauleiter Hinkler aus Hamburg und Kreisleiter Walter aus Dresden sprachen, immer wieder von stürmischen Zustimmungsrufen der erregten (!) Volksmenge unterbrochen, zu den Versammelten über diese verabscheuungswürdige Untat der Mordpest Alljuda“ [Hervorhebung im Original].<sup>58</sup> Die Teilnehmenden setzten zu einem gewalttätigen Marsch über den Ring, die König-Johann-Straße, den Altmarkt, die Prager Straße bis hin zum Hauptbahnhof an, in dessen Verlauf zahlreiche jüdische Geschäfte und Juden selbst angegriffen wurden.<sup>59</sup> Nach zwei Kaufhäusern wurde die weithin bekannte Synagoge am Zeughausplatz in den frühen Morgenstunden des 10. November 1938 in Brand gesetzt – nur ein halbes Jahr, bevor das 100jährige Jubiläum der Weihe des durch Gottfried Semper entworfenen Baus hätte begangen werden können. SA- und SS-Einheiten drängten anschließend Feuerwehreinheiten ab; ganz im Gegensatz dazu vermeldete die Presse des folgenden Tages, daß die Schwere des Brandes ein erfolgreiches Eingreifen verhindert hätte.<sup>60</sup> Der nun auch in Dresden „offene antijüdische Terror“<sup>61</sup> umfaßte zudem Übergriffe auf

---

<sup>54</sup> Lange umstritten, ist in der Forschung inzwischen belegt, daß die Abendveranstaltung in München nicht der Ort der Entscheidung zu den Pogromen, sondern der inszenierten Vermittlung vorbereiteter Maßnahmen war; vgl. Schmid, *Erinnern*, S. 72f.

<sup>55</sup> Dazu bspw. Obst, Dieter: „Reichskristallnacht“. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt/ Main 1991; Kropat, *Reichskristallnacht*, S. 79ff.

<sup>56</sup> siehe Herbert, Ulrich: Von der „Reichskristallnacht“ zum Holocaust. Der 9. November und das Ende des „Radauantisemitismus“, in: Hofmann/ Loewy/ Stein (Hg.), *Pogromnacht*, S. 66.

<sup>57</sup> So in „Sächsische Postillon“ tags darauf; zit. n. Diamant, Adolf: *Chronik der Juden in Dresden. Von den ersten Juden bis zur Blüte der Gemeinde und deren Ausrottung*, Darmstadt 1973, S. 404.

<sup>58</sup> Ebd.

<sup>59</sup> *Dresdner Neueste Nachrichten*, 10.11. 1938, S. 5.

<sup>60</sup> *Dresdner Anzeiger*, 10.11. 1938. S. 6.

<sup>61</sup> Goldenbogen, Nora: *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Dresden nach 1938 – ein Überblick*, in: *Dresdner Hefte* 45, 1/96, S. 78.

Wohnungen und die Verwüstung der jüdischen Schule, die das Ende der letzten Möglichkeit regulären Unterrichts für jüdische Kinder bedeutete.<sup>62</sup>

Nach einer Anweisung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD Reinhard Heydrich vom 10. November 1938, 1.20 Uhr, „in allen Bezirken so viele Juden – insbesondere wohlhabende – festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können“,<sup>63</sup> wurden reichsweit etwa 30.000 Juden in den folgenden Tagen verhaftet und in die Konzentrationslager (KZ) Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen deportiert. In Dresden waren davon mindestens 151 Juden betroffen. Der Großteil – darunter der komplette Gemeindevorstand – traf bis zum 14. November 1938 in Buchenwald ein; einige wenige kamen nach Sachsenhausen.<sup>64</sup> Diese wurden aus den Wohnungen heraus oder auf offener Straße, z.T. in den Gemeinderäumen auf der Zeughausstraße verhaftet. Dort am 10. November 1938 von der Gestapo überrascht, mußten einzelne Gemeindeangestellte eine Reihe von Demütigungen wie dem Verbeugen und Auftreten gegenüber einer vor den Gebäuden versammelten Menge über sich ergehen lassen, teilweise dabei die Köpfe mit Thoramänteln verdeckt.<sup>65</sup>

Die Synagoge selbst war am 10. November 1938 nur noch als Trümmer existent. Nachdem Oberbürgermeister Rudolf Kluge sie als das „Symbol des rassistischen Erbfeindes“ und als „ausgelöscht“<sup>66</sup> bezeichnet hatte, wurde sie Mitte November 1938 als zu beseitigendes „öffentliches Ärgernis“<sup>67</sup> auf Initiative der Stadtverwaltung gesprengt,<sup>68</sup> nicht ohne diesen

---

<sup>62</sup> Brenner, Henny: „Das Lied ist aus“. Ein jüdisches Schicksal in Dresden, Zürich 2001, S. 54 – 56.

<sup>63</sup> Komplette Fernschreiben siehe bspw. Kropat, Reichskristallnacht, S. 214 – 216.

<sup>64</sup> Stein, Harry: Juden in Buchenwald 1937 – 1942, Weimar 1992, S. 41f. Die Zahl der zwischenzeitlich in Dresden Inhaftierten lag höher. Beispielsweise wurden Viktor Klemperer und der Sekretär der Gemeinde, Leo Jehuda Schornstein, wieder entlassen; vgl. Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zu letzten, Tagebücher 1933 – 1945, Bd. 1 (Hg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer), Berlin 1995 (4. Aufl.), S. 436 und Diamant, Chronik, S. 407.

<sup>65</sup> Schornstein schildert eine Menschenmenge von ca. 2.000 Personen, die „zu gröhnen und drohende Haltung anzunehmen“ begann; siehe dessen Bericht „Volksbelustigung bei Synagogenbrand“ bei Diamant, Chronik, S. 405 – 407. Übereinstimmend dazu der Maler Otto Griebel, der zudem beobachtete, wie einer der wenigen protestierenden Menschen („schlimmstes Mittelalter“) sofort abgeführt wurde; Griebel, Otto: Ich war ein Mann der Straße – Lebenserinnerungen eines Dresdner Malers, Frankfurt/ Main 1995, S. 239f.; u.a. Fotodokumente dazu bei Gryglewski, Markus: Dieses Feuer kehrt zurück. Es wird einen großen Bogen gehen und wieder zu uns kommen, in: Goldenbogen, Nora (Bearb.): Einst und Jetzt. Zur Geschichte der Dresdner Synagoge und ihrer Gemeinde, Dresden 2001, S. 94 – 102.

<sup>66</sup> Zitiert nach Taylor, Dresden, S. 101.

<sup>67</sup> So Regierungsdirektor Martin Hammitzsch vom Sächsischen Innenministerium für alle betroffenen Synagogen in einem Rundschreiben; zitiert nach ebd., S. 102f.

<sup>68</sup> Vorher gelang es dem Feuerwehrmann Alfred Neugebauer einen der beiden Davidsterne der Synagogentürme bei der Demontage zu sichern und über das Jahr 1945 hinaus aufzubewahren. Der zweite wurde als „eine Art Kriegsbeute“ in Dresdner Betrieben und Verwaltungen vorgeführt; siehe Eschwege, Helmut: Geschichte der Juden im Territorium der ehemaligen DDR, Dresden 1991, Bd. 2, S. 600. Weitere Einrichtungsgegenstände der Synagoge wurden neben anderen im sogenannten „Dresdner Raum“ der von Mutschmann initiierten Ausstellung „Der ewige Jude“ im März und April 1939 in Dresden, danach in weiteren Städten gezeigt; vgl. Goldenbogen, Vernichtung, S. 97.

Vorgang mit juristischen Konstrukten als einen Auftrag der hiesigen jüdischen Gemeinde erscheinen zu lassen.<sup>69</sup>

Wenn Kosten für entstandene Schäden und Entschädigungen der Israelitischen Gemeinde Dresden übertragen wurden, so nahm hier eine allgemeine Tendenz nur seine lokale Form an. Bereits am 12. November 1938 folgten die ersten solcher Verordnungen reichsweiter Gültigkeit, die das Prinzip legitimierten, Maßnahmen durch Juden finanzieren zu lassen, deren Opfer sie selbst gewesen waren.<sup>70</sup>

Insgesamt wurden bei den überregionalen Novemberpogromen über 1.400 Synagogen und Gebetstuben zerstört sowie 75.000 Geschäfte verwüstet. Nach der „Einkreisung“ durch schrittweise Entrechtung und alltägliche Erniedrigung kostete der „Angriff“ mindestens 91 Juden infolge direkter Übergriffe das Leben, eine weitaus höhere Zahl wurde verletzt. Mehrere Hundert nahmen sich daraufhin das Leben, während andere den Folgen ihrer Verletzungen durch Mißhandlungen in den Lagern erlagen.<sup>71</sup>

Diese umfassende Attacke auf jüdisches gesellschaftliches Leben, ja physische Existenz in enger Folge zur „Polenaktion“ führte auch in Dresden zu verstärktem Auswanderungswillen bei hier lebenden Juden. Bis September 1939 setzten ca. 1.500 diese Pläne um.<sup>72</sup> Dies ist kaum als Migration zu werten, unterlag der Vorgang doch keiner „Freiwilligkeit“ als Reflektion sich verschärfender Umstände. Sie ist vielmehr Ergebnis der sich dem Pogrom anschließenden verschärften und zentralisierten Verdrängungspolitik, angetrieben v.a. durch Reichsinnenminister Göring und Heydrich, letzterer ab dem 24. Januar 1939 Leiter der „Reichszentrale für die jüdische Auswanderung“.

Damit sind auch die Stellen innerhalb der Führung benannt, die den Novemberpogromen

---

<sup>69</sup> Die Kosten dafür wie für die Sachschäden hatte die Gemeinde zu tragen; vgl. dazu Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen HATiKVA e.V. (Hg.): Spurensuche – Juden in Dresden. Ein Begleiter durch die Stadt, Hamburg 1995, S. 40 – 42.

<sup>70</sup> Vgl. Walk, Joseph (Hg.): Das Sonderrecht für Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg 1996, S. 254ff.

<sup>71</sup> Diese Begriffe verwendet Saul Friedländer; vgl. ders., Das Dritte Reich und die Juden. Band 1: Die Jahre der Verfolgung 1933 – 1939, München 1998, S. 195 bzw. 291. Die Gesamttodeszahl geht auf eine nationalsozialistische Quelle zurück, könnte aber noch deutlich darüber liegen. So stellte Hamburger auf breiterer Quellenbasis für Nürnberg eine höhere Zahl als bis dato angenommen fest; siehe Hamburger, Arno: Die Pogromnacht vom 9. auf den 10. November in Nürnberg, in: Wollenberg, Jens (Hg.): „Niemand war dabei und keiner hat’s gewußt“. Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933 – 1945, München 1989 (2. Aufl.), S. 21 – 25. Informationen über Todesopfer liegen für Dresden ebensowenig vor wie eine genaue Bilanzierung der Schäden. Die vom Synagogue Memorial Jerusalem ermittelte Zahl von 1406 zerstörten religiösen Stätten übersteigt damit die auf eine Angabe Heydrichs zurückgehende und lange unkritisch übernommene Zahl von 267; siehe Schwarz, Meier: Zur Tradierung falscher Opferzahlen. Die „Kristallnacht“-Lüge (in Zusammenarbeit mit Karin Lange), [6.7. 2004], URL: <http://holocaust.juden-in-europa.de/schoah/kristallnacht.htm> [letzter Aufruf 3.1. 2007].

<sup>72</sup> Eschwege, Geschichte, S. 600. Für die, die verharren, blieb es eine fortdauernde Frage; so Klemperer: „Seitdem peinigt uns unablässig die Frage: Gehen oder bleiben? Zu früh gehen, zu lange bleiben? Ins Nichts gehen, im Verderben bleiben?“; Klemperer, Zeugnis, Bd. 1, S. 436.

kritisch gegenüberstanden, da sich hier eher der angestaute gewalttätige „Gefühlsantisemitismus“ der unteren Parteigliederungen sowie SA- und SS-Einheiten Bahn brach, der zu bisher ungeahnten offenen antijüdischen Straßenexzessen führte. Dem widerspricht auch nicht die schnell angelaufene Massenverhaftung von Juden noch während der Novemberpogrome, sondern zeigt eher die Art von „Judenpolitik“, wie sie den Sicherheitsbehörden vorschwebte und von nun an durchgeführt wurde: Still, im legalisierten Rahmen, dabei in Effizienz und Umsetzung brutaler als die stumpfe „Methodik“ von SA-Stürmen. Letztere stieß einerseits z.T. auf Ablehnung, zumindest jedoch auf innere Distanz selbst bei jenen (weiten) Teilen der Bevölkerung, die Anhänger nationalsozialistischer Politik waren bzw. sich ihr gegenüber unkritisch verhielten und antisemitische Einstellungen teilten;<sup>73</sup> andererseits beförderte sie Kritik aus dem Ausland, wo doch gerade außenpolitische Isolation vermieden werden sollte. Dies gilt erst recht, wenn der in der Presse lancierte spontane Charakter der Pogrome weder innerhalb noch außerhalb des Reiches anerkannt wurde.<sup>74</sup> Dies wahrnehmende Einschätzungen auch innerhalb der Reichsführung zogen noch am 10. November 1938 die Anordnung zur Einstellung der Übergriffe nach sich.<sup>75</sup>

Da die Umdeutung zu einer „spontanen Volksaktion“ also fehlschlug, ordnete das Reichspropagandaministerium für die Folgewochen und -monate eine Pressekampagne an, in der die Ereignisse um den 9./10. November 1938 kaum mehr erwähnt, sondern vielmehr verschiedene politische Themen mit der angeblich negativen Rolle des Weltjudentums verknüpft wurden. Diese Gewichtung galt auch für eine Welle von Veranstaltungen und Versammlungen Anfang 1939.<sup>76</sup>

Deutliche Kritik an den Pogromen als solchen ist durch evangelische und katholische Geistliche nur sehr vereinzelt bekannt. Aufgrund der überwiegend deutschnationalen Linie

---

<sup>73</sup> Während breite Unterstützung der Juden ausblieb: „und die Leute standen da und schauten zu, und es war Totenstille... Ich entsinne mich noch dieses Schweigens. Keine Provokation, keine Zustimmung – auch keine Ablehnung – nur Schweigen. Nichts.“, Griebel, Lebenserinnerungen, S. 209; Ian Kershaw spricht für die Stimmung in Bayern von einer „eingeschüchterte[n] schweigende[n] Mißbilligung“, ders.: Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung, in: Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke (Hg.): Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Bd. 2: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München 1979, S. 328. Zuletzt dazu Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewußt!“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933 – 1945, Bonn 2006, S. 129ff.

<sup>74</sup> Vgl. Herbert, 9. November, S. 69ff.

<sup>75</sup> So durch ein entsprechendes Fernschreiben von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß am Morgen des 10. Novembers 1938; es folgte ein solcher Aufruf über eine Pressesondermeldung und spezielle Rundfunkmeldung in den Nachmittagsstunden durch Goebbels selbst; Kropat, Reichskristallnacht, S. 117. Damit kam es aber nicht zu einem sofortigem Ende der Übergriffe, die im Extremfall wie in Leipzig bis zum 17. November 1938 andauern konnten; siehe Held, Steffen: Der Novemberpogrom in Leipzig und die Massenverhaftung Leipziger Juden 1938/39, in: Ephraim-Carlebach-Stiftung (Hg.): Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig, Leipzig 1994, S. 202.

<sup>76</sup> Kropat, Reichskristallnacht, S. 169ff.

der evangelischen Kirche, des traditionell-christlichen Antijudaismus und aus Angst vor Repression blieben weiterführende Aktivitäten wie die Gründung des „Theologischen Arbeitskreises“ in Freiburg absolute Ausnahmen.<sup>77</sup>

Wesentlich schärfer äußerte sich die KPD noch im November 1938 mit ihrer Erklärung „Gegen die Schmach der Judenpogrome“ in der illegal vertriebenen Parteizeitung „Die Rote Fahne“, die sich dezidiert gegen die Übergriffe wie auch einen antisemitischen „Antikapitalismus“ stellte und zu „einer breitesten deutschen Volksfrontbewegung“ aufrief. Während diese Hoffnung enttäuscht blieb, wies die illegalisierte KPD im folgenden stets auf den zentralen Bestandteil des Antisemitismus in der NS-Ideologie hin.<sup>78</sup>

Die ambivalente Distanz der Bevölkerung, welche mehr an der Art und Weise des Vorgehens Anstoß nahm, als an dem Schicksal der Betroffenen, aber im Falle persönlicher, etwa nachbarschaftlicher Bekanntschaft durchaus direkte Unterstützung bedeuten konnte, zeigte der Reichsführung hingegen auch, daß ohne Widerstände selbst schärfste Maßnahmen gegen Juden durchführbar waren. Maßnahmen, für die wiederum, so hatte sich gezeigt, ausreichend skrupelloses Potential in der Partei, aber auch in den Institutionen zur Verfügung stand. Zielstrebige Akteure und (auch wohlwollende) Gleichgültigkeit der nichtjüdischen Bevölkerung bildeten in der Folgezeit die fatale Konstellation, wenn sich der Gehalt der anzustrebenden „Endlösung“ der „Judenfrage“ von einer „Säuberung des deutschen Volkskörpers“ mittels Austreibung hin zu der Vernichtung der europäischen Juden verschob.<sup>79</sup>

Den eruptiven Ausbruch des alten „Ansatzes“ antisemitischer Angriffe kommentierte ein Dresdner Einwohner, ebenfalls anwesend in der Menge vor der noch rauchenden Synagoge, mit den vielzitierten Worten: „Dieses Feuer kehrt zurück. Es wird einen großen Bogen machen und wieder zu uns kommen.“<sup>80</sup>

---

<sup>77</sup> Brakelmann, Günter: Evangelische Kirche und Judenverfolgung. Drei Einblicke, Waltrop 2001, S. 56ff.

<sup>78</sup> Insgesamt dazu und Zitate bei Keßler, Mario: Die SED und die Juden – Zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, S. 24 – 26.

<sup>79</sup> Die Novemberpogrome als einen Wendepunkt der nationalsozialistischen Judenverfolgung bestimmen neben Herbert, 9. November, S. 76f auch Benz, Wolfgang: Der Novemberpogrom 1938, in: ders. (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933 – 1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 499 sowie Yahil, Leni: Reichskristallnacht, in: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter/ Schoeps, Julius H. (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. 2, Berlin 1993, S. 1209f.

<sup>80</sup> Diese „Prophezeiung“ überlieferte zumindest Griebel, Lebenserinnerungen, S. 240.

## 2.2. Dresden im Luftkrieg

Seit Beginn des Zweiten Weltkrieges lag Dresden zunächst lange im strategischen Hinterland und damit außerhalb besonderen Interesses für die Planungen alliierter Luftstreitkräfte. Systematisch wurden wie von allen deutschen Städten durch die Alliierten auch zur sächsischen Metropole Informationen zusammengetragen, deren Verwendung vorerst hauptsächlich für eine Abschätzung der ökonomischen Stärke des Reiches angedacht war. Allmählich verdichtete sich das Bild einer Stadt um detaillierte Beschreibungen zu Aufbau, Bevölkerung(sstruktur), Informationen von explizit militärischem Interesse wie Auflistungen von öffentlichen Gebäuden von besonderer Bedeutung. V.a. geringe Bevölkerungs- und Bebauungsdichte ließen Dresden bis 1943 als ein unattraktives Ziel erscheinen. Lediglich dem Westteil der Stadt kam durch seine Industriestruktur, den Wohngebieten und wichtigen Transportwegen, besonders den Bahnanlagen, eine gewisse Relevanz zu.<sup>81</sup>

Der Beschluß zur kombinierten britisch-amerikanischen Luftoffensive auf der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 führte zu einer massiven Ausweitung der Bombardierungen deutscher Städte, aus der die „Operation Gomorrha“ gegen Hamburg vom Sommer 1943 herausragte, während in Dresden nur eine folgenlose Erhöhung der Fliegeralarme registriert werden konnte.<sup>82</sup>

Die Führung von Luftangriffen unterlag im Zweiten Weltkrieg keinem verbindlichen Abkommen. So wie das Flugzeug und andere Luftgefährte von allen militärisch bedeutenden Staaten als Mittel der Kriegsführung entdeckt worden waren, gab es seit der 2. Haager Friedenskonferenz von 1907 keine Verbote zur Anwendung mehr; lediglich in der Ausrichtung fanden sich Unterschiede: Auch wenn im Deutschen Reich moralische Wirkungen auf die Gegnergemeinschaften frühzeitig diskutiert wurden und die deutsche Luftwaffe prinzipiell überwiegend für gezielte Angriffe bzw. solche zur Unterstützung anderer militärischer Komponenten ausgerichtet war, so ging trotzdem der erste zielgerichtete Angriff gegen eine Großstadt im Zweiten Weltkrieg auf ihr Konto: Die Angriffe vom 24./25. September 1939 zerstörten weite Teile der Warschauer Innenstadt; 10.000 Menschen starben dabei in der umkämpften Stadt. Von September 1940 bis März 1941 flog die Luftwaffe unentwegt Angriffe auf britische Städte, die insgesamt 40.000 Tote

---

<sup>81</sup> Bergander, Götz: Vom unattraktiven zum besonders lohnenden Ziel. Dresden in den Luftkriegsplanungen der Alliierten, in: Reinhard/ Neutzner/ Hesse (Hg.), Leuchten, S. 44f.

<sup>82</sup> Siehe dazu die umfassende Auflistung für die Jahre 1940 bis 1945 bei Bergander, Götz: Dresden im Luftkrieg. Vorgeschichte – Zerstörung – Folgen, Würzburg 1998, S. 403ff.

forderten: London lag nahezu unter Dauerbeschuß, über Coventry erging am 14. November 1940 ein Angriff, der weite Teile der Stadt zerstörte und das Wort „coentrieren“ Einzug in die deutsche Sprache finden ließ.<sup>83</sup>

Dagegen war für die amerikanische Ausrichtung lange Zeit die strikte Konzentration auf kriegswirtschaftliche und militärische Ziele verbindlich; es erfolgte erst mit dem Eintritt in das kontinentaleuropäische Kriegsgeschehen eine allmähliche Ausweitung auf umfassendere strategische Bombardements. Britische Konzeptionen waren sofort – v.a. durch die Erfahrungen der Bomber- und Zeppelinangriffe auf London im Ersten Weltkrieg – geprägt von weitgefaßter strategischer Ausrichtung sowohl auf die Wirtschaft und das Militär als auch die Moral der feindlichen Gesellschaft. Dies umfaßte auch Stadtbombardierungen als quasi Fortsetzung einer bereits habitualisierten Strategie der Seeblockade in der neu erschlossenen räumlichen Dimension ausdrücklich mit ein. Moralische Bedenken standen hier neben der Analyse, daß in modern geführten durchtechnisierten Kriegen eine enge Verzahnung aller Lebensbereiche mit dem für eine anhaltende Kriegsführung so wichtigen Wirtschaftspotential vorliegt. In Anbetracht der militärischen Entwicklung in Europa blieb für Großbritannien die Ausweitung der Luftangriffe durch die Royal Air Force auch über militärische Ziele hinaus lange die einzige Option, gegen das Deutsche Reich handlungsfähig zu bleiben.<sup>84</sup>

Die Bombardierungen Dresdens – als Stadt im Februar 1945 längst Teil militärischer Stellungen und als Verteidigungsanlage ein kriegsrechtlich legitimes Ziel – waren dabei Teil einer umfassenden und im Herbst 1944 noch einmal forcierten Kampagne, die zunehmend perfektioniert eine „Kombination von Wissenschaft und Risiko des individuellen Einsatzes“ darstellte.<sup>85</sup> Die Bewältigung der Folgen band im Reich beträchtliche Mittel und Personen: Bedeutende Teile der deutschen Luftwaffe wie Artillerie und entsprechende Waffen waren im Reich selbst gebunden und konnten kaum zur Unterstützung der Wehrmacht herangezogen werden. Die Gesamtproduktionsverluste durch Arbeitskräfteverluste, direkte Schäden und Behinderungen ungestörten Rüstens sowie durch Umlagerung in weniger bedrohte Gebiete waren immens; verstanden werden kann dies jedoch nur in der Gesamtbetrachtung aller Angriffe und ihrer kumulativen Wirkung.<sup>86</sup>

---

<sup>83</sup> Taylor, Dresden, S. 132 – 141.

<sup>84</sup> Vgl. Pommerin, Reiner: Zur Einsicht bomben? Die Zerstörung Dresdens in der Luftkrieg-Strategie des Zweiten Weltkriegs, in: ders. (Hg.): Dresden unterm Hakenkreuz, Köln 1998, S. 229ff.

<sup>85</sup> Schmitz, Walter: Zur Einführung. Erinnerungsort Dresden: Die Kunst die Schrecken des Kriegs, in: ders. (Hg.): Die Zerstörung Dresdens. Antworten der Künste, Dresden 2005, S. XI.

<sup>86</sup> Taylor macht insgesamt in der Forschung eine Tendenz aus, die den hohen Anteil der ausgeweiteten Strategie der Bombardements an der Niederringung des Nationalsozialismus betont. Er verweist hier insbesondere auf die Argumentation von Richard Overly. Dresden bzw. Sachsen schienen in diesem

Fehl schlugen dagegen optimistische Hoffnungen, über ein „moral bombing“, also mittels der Zermürbung der deutschen Gesellschaft direkt die Kriegsmoral zu brechen oder gar die Umsturzbereitschaft bis hin zu einer entscheidenden politischen Krise zu befördern.<sup>87</sup> Trotzdem blieben auch in dieser Hinsicht die Angriffe nicht wirkungslos; vielmehr registrierten die Stimmungsberichte des SD frühzeitig, aber insbesondere nach der Bombardierung Hamburgs steigende Unruhe und Angst vor dieser Bedrohung in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung.<sup>88</sup>

Es soll hier nicht im einzelnen der Weg Dresdens zu einem attraktivem Ziel für Luftangriffe in seiner ganzen Komplexität dargestellt werden. Erwähnt sei jedoch die letzte grundlegende britische Einschätzung Dresdens vom Mai 1944, die eine gesteigerte Bedeutung der Stadt als Industriestandort der Kriegswirtschaft mit Betrieben von z.T. höchster Relevanz (z.B. die Zeiss-Ikon-Werke) und als zentrales Eisenbahnzentrum benennt.<sup>89</sup>

Konnte, wer den Weg auf sich nehmen wollte, sich bereits nach einem amerikanischen Angriff auf Industrieanlagen in und um Freital vom 24. August 1944 ein Bild von Zerstörung und Menschenverlusten machen, so erreichte der Luftkrieg mit den Ausweichangriffen vom 7. Oktober 1944 und vom 16. Januar 1945 Dresden in Erlebnis- und Erfahrungsperspektive. Anzeichen gab es davor genug: Alliierte Flugblätter,<sup>90</sup> Übungen, Verhaltensanweisungen (auch in Form von Ausstellungen<sup>91</sup>), der Bau von Löschanlagen wie auf dem Altmarkt und Berichte aus anderen Städten. Weiterhin bereiteten städtische Behörden konzentrierte Totenbergungen sowie Schadensregistrierung

---

Zusammenhang als bevorzugter Rückzugsraum für kriegsrelevante Industrie als lohnenswerte Ziele; vgl. Taylor, Dresden, S. 450. So bestätigten 1945 der Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer, und Alfred Jodl, bis zuletzt in höchster Position im Oberkommando der Wehrmacht, die massiven Behinderungen für Nachrüstung bzw. Truppenverschiebungen; siehe Süß, Dietmar: Nationalsozialistische Deutungen des Luftkriegs, in: ders. (Hg.): Deutschland, S. 105f.

<sup>87</sup> Siehe Overy, Richard: Barbarisch, aber sinnvoll, in: Kettenacker, Lothar (Hg.): Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940 – 1945, Berlin 2003, S. 184ff. Dies gilt natürlich ebenso für die psychologischen Zielsetzungen der Angriffe auf britische Städte 1942; vgl. Taylor, Dresden, S. 157ff.

<sup>88</sup> Einführend dazu Bergander, der v.a. auf die zersetzende Wirkung durch Erschöpfung und Bedrohungsgefühl bis hin zu Todesangst verwies; Bergander, Dresden, S. 312ff. Auch Klemperer erwähnt immer wieder Gerüchte über schlechte Stimmung in bombardierten Teilen des Reiches. Selbst ohne Basis hätten diese also eine Bedrohungskulisse geschaffen; siehe z.B. Klemperer, Zeugniss, Bd. 1, S. 661.

<sup>89</sup> Detailliert dazu Taylor, Dresden, S. 179 – 238, Bergander, Ziel, S. 44 – 57.

<sup>90</sup> Christian Hermann ermittelte den Abwurf von 10 Millionen Stück für den Zeitraum vom 24. August 1944 bis 23. April 1945, in: Dresdner Hefte 41, 1/95, S. 32 – 40.

<sup>91</sup> So beispielsweise im Deutschen Hygiene-Museum Dresden; vgl. Fäßler, Peter: Sozialhygiene – Rassehygiene – Euthanasie: Volksgesundheitspflege im Raum Dresden, in: Pommerin, Reiner (Hg.): Dresden unterm Hakenkreuz, Köln/Weimar/Wien 1998, S. 203.



und -verwaltung vor und initiierten – in allerdings völlig unzureichendem Maße – Schutzbauten wie Gräben und Keller.<sup>92</sup>

Die Vorboten der Jahre 1944 und 1945 waren nicht der große Schlag, forderten dennoch 267 bzw. 334 Tote, trafen mit dem Friedrichstädter Bahnhof und einem Gaswerk kriegsrelevante Komplexe wie auch Wohngebiete<sup>93</sup> und konnten nicht den verbreiteten Glauben an Verschonung verdrängen.

In Dresden, das im Gegensatz zu einer fortwährend steigenden Zahl kleinerer wie größerer (v.a. west-)deutscher Städte durch keine bedeutenderen Kriegschäden betroffen war, vollzog sich mit der militärischen Entwicklung seit der Jahreswende 1942/43, die zuungunsten der Wehrmacht verlief, ein Wandel in der Stimmungslage, wie er überall im Reich zu registrieren war. Zu einer sich einschleichenden Angst vor der Niederlage und direkter individueller Betroffenheit durch Kriegshandlungen<sup>94</sup> mischte sich im Trotz die fatale Annahme, von Luftangriffen ausgespart zu bleiben. Diese „Selbstbeschwichtigung“<sup>95</sup> speiste sich aus der Hoffnung auf den Bekanntheitsgrad Dresdens hinsichtlich seiner Tradition als Standort von Kunst und Kultur sowie seiner Stadtanlage, aus der von einem früheren Aufenthalt einer Tante Churchills abgeleitete Annahme einer besonderen Verbindung in entscheidungsfähige alliierte Strukturen, aus Gerüchten um eine per alliierter Flugblatt angekündigte Verschonung zur administrativen Nutzung der Stadt in

---

<sup>92</sup> Reinhard, Oliver: Von der „Friedens-Oase“ zur Trümmerwüste. Dresden im Bombenkrieg, in: ders./ Neutzner/ Hesse (Hg.), Leuchten, S. 67ff.

<sup>93</sup> Reinhard, Friedens-Oase, S. 70 – 80. Reinhard verweist auch auf die nach dem zweiten Angriff einsetzende umfassende Berichterstattung in der Presse bzw. die Verwendung der Bezeichnungen „Terrorangriffe“ in Todesanzeigen.

<sup>94</sup> Victor Klemperer vermerkte nach dem Angriff vom 7. Oktober 1944 „ein sehr verändertes Grundgefühl“. Diesmal – Freital schien noch zu weit entfernt – „hat ,es uns nahegestanden“ [Hervorhebung im Original]; Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, S. 598. Auch zu seiner Unsicherheit gehört das „Hoffen, Dresden dürfte im wesentlichen tabu sein“ ebenso wie – bei einer Beurteilung der militärischen Lage im Oktober 1944 – das Wissen, daß „Dresden Verkehrsknotenpunkt hinter der bedrohtesten Front werden [kann], und das in kürzester Zeit. Dann bekommen wir schwere Fliegerangriffe“. Und so: „einen Schock bedeuten die Sirenen jetzt doch immer“; siehe Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, S. 609f. bzw. 605 Ausdruck dessen sind auch der Unmut bis hin zu Beschwerden über den Ausbau von Luftschutzanlagen auf mehreren Anwesen Mutschmanns; Bergander, Dresden, S. 99f.

<sup>95</sup> Bergander, Götz: Wahrnehmung der Luftangriffe aus der Perspektive der Zivilbevölkerung, in: Fritze/ Widera (Hg.), Bombenkrieg, S. 105. Eine Annahme, die möglicherweise weithin bekannt war und auf Verwunderung wie Empörung in anderen Städten stoßen konnte: Klemperer bekommt in einem Gespräch „in geradezu grellen Farben die Neidsehnsucht der Leute, Dresden möge einmal einen ganzen Tag lang unter Bomben im Keller leben“, geschildert; Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, S. 605. Ähnlich Bruno E. Werner in seinem autobiographisch angelegtem Roman „Die Galeere“ von 1949: „Aber sie lebte in einem ruhigen, nur von einer nervösen, untergründigen Angst durchwehten Klima, wo es für viele ein Ärgernis war, wenn das Parkett Wasserflecken oder die Meißner Porzellantasse einen Sprung bekam“ und „Höchste Zeit, daß hier auch einmal ein paar Bomben fallen“, rief Georg wütend.“; zit. nach Schmitz, Einführung, S. XII.

der Nachkriegszeit und aus der Summe dieser einzelnen „Gründe“ bisher nicht schwerer bombardiert worden zu sein.<sup>96</sup>

Diese „anspruchsvolle Ungeprüftheit“<sup>97</sup> kam nicht ohne Ausblendung aus: Der Krieg hatte längst Einzug in Dresden gehalten.<sup>98</sup> Die Stadt verfügte über eine lange Tradition als Militärstandort und war bereits vor 1939 von zentraler Bedeutung für die Wehrmacht.<sup>99</sup> Daß noch im Oktober 1944 täglich durchschnittlich 28 Militäzüge den Bahnhof Dresden-Neustadt mit bis zu 20.000 Soldaten passierten, war einerseits im Stadtbild notwendigerweise präsent, andererseits zeigte es die enge Verschränkung von Dresden als militärischem Zentrum und Transportdrehscheibe von größter Bedeutung, die auch in den Folgemonaten nicht schwand.<sup>100</sup> Zudem holten Tausende einquartierte Verwundete und Versehrte Bilder körperlichen Leidens des Krieges in die Stadt.<sup>101</sup>

Überdies hatte sich Dresden zu einem der wichtigsten Rüstungsstandorte des Reiches entwickelt:<sup>102</sup> Hier befand sich nach Wien die zweithöchste Rüstungsindustrielfläche.<sup>103</sup> Bis 1944 war die vormals auf Konsumgüter orientierte Industrie fast vollständig durch die Herstellung von Maschinen, Flugzeug- und Waffenteilen vielfältigster Art geprägt, wie sie unabdingbar für die umfassende Kriegsführung waren.<sup>104</sup>

Weder auf der Konferenz in Casablanca im Januar 1943 noch in Jalta Anfang Februar 1945 herrschte bei den Alliierten Klarheit über den Zeitpunkt des Endes der militärischen Niederwerfung der Wehrmacht. Prognosen und damit Planungen wiesen z.T. weit über den 8. Mai 1945 hinaus. Überschätzt wurden dabei die Wirkung des Westwalls wie die

---

<sup>96</sup> Reinhard, Friedens-Oase, S. 67. Bereits Groehler verwies darauf, daß solche und weitere Gerüchte typisch waren für eine ganze Reihe von deutschen Städten, die erst im Frühjahr 1945 schwereren Luftangriffe ausgesetzt waren; Groehler, Olaf: Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin(Ost) 1990, S. 393.

<sup>97</sup> Schmitz, Einführung, S. XII.

<sup>98</sup> Klemperer registrierte am 9.10. 1944: „Sehr eigentümlich: Mein erster Front-Geburtstag (denn im ersten Weltkrieg war ich alle 9. Oktober in Sicherheit zu Hause)“. Eine Andeutung auf die drohende Gefahr von Luftangriffen und dabei dennoch vielschichtiger in der mehrfachen Gefährdungslage; Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, S. 600. Und so – im Zwiespalt von „doppelter Angst und halber Hoffnung“ (Hage, Zeugen, S. 102) – nur zwei Tage später im Gespräch über die Bedrohung durch Deportation verzweifelt: „Dann zöge ich die Bomber vor.“; ebd., S. 601.

<sup>99</sup> 1939 verfügte die Garnison über 20.000 Unterstellte. Zudem erfolgten durch hochrangige Militärs Teile der Planungen für den Überfall auf Polen; vgl. Rahne, Hermann: Zur Geschichte der Dresdner Garnison im Zweiten Weltkrieg 1939 bis 1945, in: Stadtmuseum Dresden, Unkenntlichkeit, S. 121 – 135. Zur Bedeutung der Stadt als Militärstandort und Festungsbereich siehe ders.: Die „Festung Dresden“, in: Dresdner Hefte 41, 1/95, S. 19 – 31.

<sup>100</sup> Neutzner, Matthias: „Der Wehrmacht nahe verwandt“ – Eisenbahn in Dresden 1939 bis 1945, in: Griebel, Matthias (Hg.): Dresdner Geschichtsbuch, Bd. 5, S. 218 – 220.

<sup>101</sup> Rahne, Garnison, S. 130.

<sup>102</sup> Siehe dazu Fischer, Alexander: Ideologie und Sachzwang. Kriegswirtschaft und „Ausländereinsatz“ im südostsächsischen Elbtalgebiet, in: Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hg.): Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939 – 1945. Beiträge eines Kolloquiums in Chemnitz am 16. April 2002, S. 13f.

<sup>103</sup> Reinhard, Friedensoase, S. 67.

<sup>104</sup> Taylor, Dresden, S. 179 – 198.

Kampfbereitschaft deutscher Truppen und paramilitärischer Gruppierungen für den Eintritt der Kriegshandlungen auf dem Gebiet des Altreiches (insbesondere im Westen); gestützt wurde dies durch das insgesamt verzögerte Vorrücken der Alliierten an der Westfront und die Überraschung der Ardennenoffensive der Wehrmacht im Dezember 1944, auch wenn diese militärisch verpuffte. Insgesamt sprach Anfang Februar 1945 kaum etwas dafür, die militärischen Operationen weniger konsequent durchzuführen, zumal die mit der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 nun deutlicher einsehbaren Dimensionen nationalsozialistischer Verbrechen und mehr noch die bis März 1945 fortgesetzten und direkt erfahrbaren deutschen Raketenangriffe auf britische Städte kaum geeignet waren, die Entschlußkraft zu mindern.<sup>105</sup>

War die verschärfte Fortführung des intensiven Bombardements wie bereits erwähnt im Herbst 1944 wieder aufgenommen worden,<sup>106</sup> so baten nun die westlichen Alliierten – wesentlich auf Initiative Churchills – darum, die Offensive der Roten Armee gegen den Osten des Altreiches vorzuziehen. Die sowjetische Führung sicherte dies zu, forderte dafür Unterstützung durch Luftangriffe auf das deutsche Hinterland und besonders auf Verkehrsknotenpunkte (Berlin, Leipzig und schließlich Dresden) an, ohne explizit Flächenbombardements zu fordern oder später gegen diese Protest einzulegen.<sup>107</sup>

Der Luftangriff am 13. Februar 1945 begann mit der Markierung des Zielgebietes für die britischen Bomberverbände um ca. 22 Uhr; kurz darauf folgte die erste Welle, die zweite am 14. Februar 1945 um 1.30 Uhr. Zur Mittagszeit des 14. Februars 1945 flogen amerikanische Verbände den ursprünglich für den Vortag geplanten Tagesangriff, der unter ungünstigeren Sichtbedingungen ebenfalls noch den Innenstadtbereich traf.<sup>108</sup> Die beiden britischen Angriffswellen erfolgten unter „optimalen“ Bedingungen: Es gab weder größere

---

<sup>105</sup> Aber auch in Antwerpen waren noch ca. 6.000 Tote durch Raketenbeschuß zu beklagen; vgl. Taylor, Dresden, S. 200.

<sup>106</sup> Zur Diskussion innerhalb der Royal Air Force zur Ausrichtung dieser Kampagne siehe Taylor, Dresden, S. 202ff.

<sup>107</sup> Pommerin, Einsicht, S. 241f. Bergander betont in einer auf Churchill personalisierenden Analyse als das eigentliche Motiv der Bombardierung Dresdens, mit dieser ein Zeichen der militärischen Potenz im aufziehenden Konflikt gegenüber der Sowjetunion zu setzen. Wichtiger Teil dieser Argumentation ist der in der Einsatzbesprechung gefallene Satz, daß zu demonstrieren sei, „what Bomber Command can do.“ Bergander folgert, daß „Dresden zwar auch ein militärisches, aber v.a. ein politisches Ziel“ gewesen sei; Bergander, Ziel, S. 57. Taylor verwies hingegen auf die unbekannte und von vielen unberechenbaren Faktoren abhängende Wirkung eines einzelnen Routineangriffs und sieht Berganders Argumentation in der Reihe von Erklärungsversuchen, die in Anbetracht der tatsächlichen Folgen das Einzigartige des Angriffes zu ergründen suchen; Taylor, Dresden, S. 441ff.

<sup>108</sup> Die 8. US-Luftflotte plante zunächst einen Präzisionsangriff, v.a. auf den wichtigen Verschiebebahnhof Dresden-Friedrichstadt; vgl. Bergander, Dresden, S. 138f. Der Vor- und Verlauf des amerikanischen Angriffes ist gleichzeitig Beispiel für ein Mißlingen, verlief der Anflug doch nicht störungsfrei, verirrt sich Teile des Verbandes nach Prag und erfolgte das Bombardement wesentlich unkoordinierter und weniger folgenreich; siehe Taylor, Dresden, S. 350ff.

Probleme beim Anflug noch Maßnahmen der Abwehr vor Ort, ebenso keine meteorologischen Einschränkungen, und die Zielmarkierung für die erste Welle<sup>109</sup> war für die angedachte Flächenbombardierung des Stadtzentrums und die Entfachung eines Feuersturms so punktgenau, daß die zweite Welle auf angrenzende Stadtteile umdisponiert werden konnte.<sup>110</sup>

Es handelte sich hierbei um einen (hier doppelten) Großangriff in der Formation eines Fächers, wie er routiniert seit September 1944 immer wieder durchgeführt wurde und einmal mehr stärkste Wirkung entfaltete.<sup>111</sup> Dem anschließenden amerikanischen Angriff folgte ein weiterer am 15. Februar 1945, der das Ziel Bahnhof Friedrichstadt verfehlte. Die Bilanz sind ca. 25.000 registrierte Todesopfer,<sup>112</sup> darunter vorwiegend Einwohner Dresdens, aber auch Kriegsgefangene, (inhaftierte) Verfolgte des NS-Regimes, Häftlinge der Außenkommandos des KZ Flossenbürg, Zwangsarbeiter und Flüchtlinge.<sup>113</sup>

Für viele der zur Deportation am 16. Februar 1945<sup>114</sup> bestimmten Juden hatten die Angriffe – insofern sie diese überlebten – eine befreiende Wirkung, die als solche auch empfunden wurde.<sup>115</sup> Ebenso konnten einige wenige Gefangene verschiedener Haftanstalten die Gelegenheit zum Untertauchen nutzen.<sup>116</sup>

---

<sup>109</sup> Taylor, Dresden, 274 – 307.

<sup>110</sup> Ebd., S. 308ff; auch Reinhard, Friedensoase, S. 83ff.

<sup>111</sup> Diese Methode fand erstmals Anwendung beim Angriff auf Darmstadt vom 11. September 1944, der aufgrund seiner Schwere (über 10.000 Tote und Vermißte) in der lokalen Erinnerungskultur als eine Art Probelauf für Dresden verhandelt wird; eine Wertung, die einerseits auf die Verbreitung über die gedeutete Besonderheit des Angriffs auf Dresden verweist, andererseits implizit diesen Maßstab zur Aufwertung dortigen Leidens in Anspruch nimmt; siehe dazu Arnold, Jörg: Sammelrezension: Bombenkrieg, in: Historische Literatur 2, (2004) 2, S. 28.

<sup>112</sup> Reichert liefert die bis heute gültige Analyse der genauen Opferzahl; Reichert, Rezeptionsgeschichte, S. 54ff. Er selbst hat diese im Rahmen seiner Arbeit in einer 2004 eingerichteten und weiterhin tätigen Historikerkommission bisher bestätigt finden können; siehe URL: [http://www.dresden.de/media/pdf/infoblaetter/Hist\\_Ref\\_Reichert.pdf](http://www.dresden.de/media/pdf/infoblaetter/Hist_Ref_Reichert.pdf) [letzter Aufruf 10.2. 2007].

<sup>113</sup> Der starke und strikt reglementierte Zustrom von Flüchtlingen hatte die Zahl der sich ständig oder vorübergehend in Dresden aufhaltenden Personen enorm erhöht, ohne aber die oft kolportierte Überfüllung der Stadt mit über einer Million Menschen zu erreichen. Mehrfach ist inzwischen schlüssig belegt, daß zu den 567.000 Einwohnern Dresdens (Stand November 1944) ca. 100.000 weitere Anwesende gerechnet werden können; vgl. Reichert, Unkenntlichkeit, S. 54f. Trotzdem werden selbst in seriösen Veröffentlichungen bis heute überhöhte Darstellungen verwendet; als Beispiel soll hier nur die „Chronik der Zerstörung Dresdens“ in dem schon erwähnten, von Schmitz herausgegebenen Band genannt werden, in der von „etwa einer Million Menschen in der Stadt“ bzw. „35.000 bis 42.000“ Todesopfern ohne Verweis auf Quellen die Sprache ist; Schmitz, Zerstörung, S. 45.

<sup>114</sup> Victor Klemperer hatte hierfür am 13. Februar 1945 den verbliebenen Gemeindemitgliedern die Deportationsbefehle auszuhändigen; vgl. Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, S. 657f. Zu den vorangegangenen Deportationen vom Juli bis September 1942 nach Theresienstadt und vom 2. 1943 nach Auschwitz siehe Gryglewski, Geschichte, S. 125ff.

<sup>115</sup> Brenner, Schicksal, S. 92.

<sup>116</sup> Siehe beispielsweise Zeidler, Manfred: Gegen „Volksschädlinge“, „Wehrkraftzersetzer“ und „Hochverräter“. Das Sondergericht Dresden und der Volksgerichtshof am Münchner Platz 1940 – 1945, in: Haase, Norbert/ Sack, Birgit (Hg.): Münchner Platz, Dresden. Die Strafjustiz der Diktaturen und der historische Ort, Leipzig 2001, S. 59.

Weite Teile des Stadtzentrums wurden zerstört: 12.000 Häuser, eine Vielzahl öffentlicher wie auch kulturhistorisch bedeutender Gebäude, 136 kleinere und mittlere Industrie-einheiten waren mehr oder weniger stark beschädigt, darunter die Zeiss-Ikon-Werke von herausgehobener rüstungsindustrieller Stellung.<sup>117</sup> Ebenso wirkte sich der massive Ausfall von qualifizierten Arbeitskräften negativ auf die Rüstungsproduktion aus. Explizit militärische Komplexe blieben nahezu unbeschädigt; von Bedeutung war lediglich die Zerstörung der Wehrmachtskommandantur im Taschenbergpalais, bei der auch alle anwesenden Offiziere und Mannschaftsteile getötet wurden.<sup>118</sup>

Im absoluten Ausmaß erlitt Dresden damit einen der folgenschwersten konventionellen Luftangriffe der alliierten Kampagne. Hinsichtlich der Todeszahl bei einer zusammenhängenden Operation wird er nur von Hamburg (ca. 40.000 Tote) übertroffen; in Relation zu Einwohnerzahl wie materiellen Zerstörungsgrad war eine große Zahl v.a. westdeutscher Städte z.T. wesentlich stärker betroffen. Spezifisch in der Menge bombardierter Städte scheint – ähnlich wie beispielsweise Pforzheim oder Darmstadt – das Ausmaß der Zerstörungen bei hoher Opferzahl binnen kürzester Zeit.<sup>119</sup>

Tieffliegerangriffe auf Zivilisten im Zeitraum vom 13. bis zum 15. Februar 1945 im Bereich des Großen Garten bzw. der Elbwiesen hat es, entgegen den Darstellungen von deutschen Autoren in Ost und West, David Irvings mehrfach aufgelegtem Bestseller und Berichten von Zeitzeugen, nicht gegeben.<sup>120</sup> Gestützt auf vielfältige Quellen, so z.B. widersprechender Augenzeugenberichte und alliierter Einsatzpläne, kann dies inzwischen als ausreichend und schlüssig belegt gelten.<sup>121</sup>

Bis Kriegsende trafen Dresden zwei weitere Angriffe, darunter der aufgrund widriger Bedingungen aber deutlich weniger folgenreiche vom 2. März 1945. Am 17. April 1945 gelang schließlich eine präzise Bombardierung der Gleis- und Bahnhofsanlagen der Stadt,

---

<sup>117</sup> Reinhard, Friedensoase, S. 98. Bei Widera findet sich eine Liste von 28 geschädigten Großbetriebe mit einem Zerstörungsgrad von mindestens 70%, bei denen ca. 37.000 Arbeitskräfte direkt in die Rüstungsproduktion eingebunden waren; Widera, Dresden, S. 294f.

<sup>118</sup> Taylor, Dresden, S. 391.

<sup>119</sup> Bergander, Dresden, S. 303f.

<sup>120</sup> Siehe Taylor, Dresden, S. 465ff. Für die DDR etwa Seydewitz, Max: Zerstörung und Wiederaufbau von Dresden, Berlin (Ost) 1955, S. 76ff.; mit internationaler Rezeption dagegen Irving, David: Der Untergang Dresdens, Gütersloh 1964.

<sup>121</sup> So finden solche Angriffe, die ein für alle einschneidendes, mindestens nicht zu leugnendes Erlebnis sein müßten, keine Erwähnung in Berichten von Personen, die sich in den angeblich betroffenen Stadtgebieten aufhielten. Zudem weisen die Einsatzrapporte nach, daß angeblich beobachtete amerikanische Maschinen gar nicht über Dresden, sondern als Teil abgedrifteter Einheiten im Raum Prag waren bzw. bei Dresden Einsätze ohne Tieffliegerangriffe flogen; vgl. insgesamt Schnatz, Tiefflieger. Nichtsdestotrotz ist dieser Aspekt der Ereignisse bis heute Gegenstand teils heftiger Kontroversen in Dresden, so auch um die Veröffentlichung Schnatz' und dessen Auftreten bei einer Podiumsdiskussion im Jahr 2000 in Dresden; vgl. Taylor, Dresden, S. 461.

die bis zum 8. Mai 1945 nicht wieder instandgesetzt werden konnten und somit für Truppenverschiebungen ausfielen.<sup>122</sup>

Von elementarer Bedeutung für die noch folgende Betrachtung der lokalen Erinnerungskultur ist die sich bereits vor dem 8. Mai 1945 abzeichnende starke Heraushebung der Bombardierungen Dresdens vom 13. und 14. Februar 1945 in der öffentlichen Wahrnehmung. Es ist herausgearbeitet worden, daß als Basis dafür die schweren unmittelbaren Folgen der Angriffe und der wenigstens europaweite Bekanntheitsgrad Dresdens, welcher der Stadt einen Ruf von besonders schöner Stadtanlage und kulturellem Wert verlieh, fungierte. Daß „Dresden“ aber in den Folgewochen und -monaten bereits symbolhaft wurde, bedurfte im wesentlichen dem propagandistischen Aufgreifen des Ereignisses durch die NS-Führung, insbesondere das Reichspropagandaministerium in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt.<sup>123</sup>

Gemäß des nach routinierter Durchführung normal verlaufenen Angriffes vermeldeten die britischen militärischen Presseabteilungen noch am 14. Februar 1945 knapp Ziel und Erfolg. An selben Tage griffen vereinzelt Zeitungen in alliierten wie neutralen Staaten diese Mitteilungen kurz auf, während am Folgetag die Berichterstattung die Zerstörungen und die enorme Schlagkraft der alliierten Luftverbände ausführlicher darstellte, welche das (fehlerhafte) Bild eines besonders konzentriert angelegten Schlages schufen.<sup>124</sup>

Nachdem sich am 14. und 15. Februar 1945 konkrete Informationen zur Lage in Dresden im Reichspropagandaministerium verdichteten und die Angriffe als neuere schwerste Dämpfung empfunden wurden, entschloß man sich dort zu einer ereignisbezogenen Kampagne. Diese sollte mittels detaillierter Instruktionen der Nachrichtenagenturen und deutschen Auslandsvertretungen (nach innen wirkend) die Sammlung der Kräfte im Verteidigungskampf bewirken und (nach außen gerichtet) die alliierte (Luft-)Kriegsführung im neutralen Ausland wie in der Öffentlichkeit der Kriegsgegner selbst diskreditieren. Dementsprechend betonten die Mitteilungen der Nachrichtenagenturen, Presseartikel und Rundfunkmeldungen in den Folgetagen umfassend den Charakter der Stadt als bloße friedliebende Kunstmetropole, wodurch ein militärischer Angriff per se als sinnlos und verbrecherisch erschien.<sup>125</sup> Diese ersten Kennzeichnungen der Angriffe als unvorstellbar

---

<sup>122</sup> Bergander, Dresden, S. 265. Nach den Februarangriffen konnten die beschädigten Bahnanlagen binnen drei Tagen wieder einsatzfähig gemacht werden.

<sup>123</sup> Wie schon bereits erwähnt grundlegend dazu Neutzner, Chiffre, S. 110 – 127; siehe auch Widera, Erinnerung, S. 113 – 118.

<sup>124</sup> Taylor, Dresden, S. 395.

<sup>125</sup> Explizit wurde versucht, die Darstellung der Alliierten, einen wichtigen Verkehrsknotenpunkt bombardiert zu haben, anzugreifen; ebd., S. 404.

grausame Tat von „kulturlose[n] Barbaren“<sup>126</sup> zielten in der deutschen Öffentlichkeit darauf, Bindung und kollektiven Willen dafür zu schaffen, wenn auch nicht mehr „aus Überzeugung für den Endsieg“, so doch wenigstens „aus Angst und Verzweiflung“ zu kämpfen.<sup>127</sup>

Zunutze kam der nationalsozialistischen Propaganda eine Art alliierter Zensurfehler, welcher am 16. Februar 1945 einen Artikel zuließ, der einerseits einen Luftangriff auf eine deutsche Stadt mit bisher – zumindest in der alliierten Öffentlichkeit – nicht verwendetem Vokabular verband, andererseits aufgrund auslegungsfähiger Verlautbarungen britischer Presseoffiziere einen Wechsel in bzw. ein Eingeständnis der grundsätzlichen Ausrichtung der Bombardierungsstrategie auf Zivilisten als primäre Ziele suggerierte.<sup>128</sup>

Das rasche Dementi verhinderte nicht, daß diese Steilvorlage von deutscher Seite umgehend aufgegriffen wurde und deren Bearbeitung von Pressevertretern des neutralen Auslandes mit ausgesuchtem Informationsmaterial schnell Wirkung zeigte. V.a. schwedische Zeitungen lieferten Beschreibungen eines augenscheinlich ganz besonderen Ereignisses, die erschüttern mußten, sowie Todeszahlen, die sich schließlich bis auf 250.000 steigerten. Publikationen anderer, auch alliierter Länder griffen diese scheinbar glaubhaften Angaben auf, während die deutsche Propagandamaschinerie diese sich häufenden Artikel immer wieder als Bestätigung in neues Pressematerial einarbeitete.<sup>129</sup> Parallel dazu wurde im gesamten Februar 1945 im ganzen Reich selbst aber vermieden, konkrete Informationen oder gar Zahlen zu verbreiten: Es blieb zunächst bei Andeutungen eines singulären Schreckens, die in Dresden selbst, aber auch in anderen Städten (v.a. jenen mit Erfahrungen von Bombardierungen) Raum boten, das Ereignis auf der Basis individuell tatsächliche traumatischen Erlebens sowie Hörensagens facettenreich auszugestalten.<sup>130</sup>

---

<sup>126</sup> Beispielhaft hier in der Dresdner Tageszeitung „Der Freiheitskampf“ vom 17.2. 1945 ; zit. n. Neutzner, Chiffre, S. 114.

<sup>127</sup> Taylor, Dresden, S. 406.

<sup>128</sup> Ein amerikanische Journalist berichtete über „absichtsvolle Terrorbombardements deutscher Bevölkerungszentren“ als „rücksichtsloses Mittel“ gegen „Wohngebiete“, dem „eingestandenem Zweck [...] die deutsche Moral zu schwächen“ und daß deutsche Städte voller Flüchtlinge seien, zit. nach Taylor, Dresden, S. 397. In der deutschen propagandistischen Wertung des Luftkrieges existierten es diese Benennungen freilich schon länger und Eingang in die Alltagssprache gefunden; siehe dazu den knappen Kalendereintrag eines Zeitzeugen vom 13.2. 1945, der von „2 Terrorangriffen“ sprach; dokumentiert bei Jäckel, Günter: Zeitzeugnisse. Der 13. Februar in privaten Aufzeichnungen aus dem Jahr 1945, in: Neutzner/ Reinhard / Hesse (Hg.), Leuchten, S. 286. Bereits im September 1940 kannte Klemperer diese schuldweisenden Wertungen in der NS-Presse: „Deutschland ‚vergilt‘ an London; England macht ‚feige Piratenüberfälle“ [Hervorhebungen im Original]; Klemperer, Zeugnis, Bd. 1, S. 551.

<sup>129</sup> Was diese nicht davon abhielt, auch „richtige“ Fälschungen zu benutzen: Einem der ersten Dokumente mit Opferzahlen wurde schlichtweg eine Null angehängen; mehr als 200.000 schienen somit amtlich, ebenso knapp 70.000 Einäscherungen auf dem Altmarkt, Taylor, Dresden, 406.

<sup>130</sup> Neutzner, Chiffre, S. 115ff.

Als Höhepunkt der Pressekampagne wird – nach einem zynischen Artikel von Robert Ley, der in der Zerstörung eine Chance zur Nutzung des Freiraumes zur Schaffung eines architektonischen Abbildes nationalsozialistischer Ideologeme sah – die Veröffentlichung von „Der Tod von Dresden. Ein Leuchtzeichen des Widerstandes“ am 4. März 1945 in der Wochenzeitung „Das Reich“ gewertet: Hier schildert Rudolf Sparing in relativ zurückhaltendem Ton Erfahrungen aller Deutschen im – nun allein von den Alliierten verschuldeten – Luftkrieg, die in dem Angriff auf Dresden exemplarisch geworden seien. Der Angriff wurde hier erstmals in der deutschen Presse im Detail beschrieben und als „radikalste Vernichtung“ einer „Stadtsilhouette von vollendeter Harmonie“ gewertet. Dresden erschien hier wiederum als reinster Ort der Kunst und Kultur ohne jeglichen Verweis auf seine vielfältige Bedeutung in der Kriegführung. Überhaupt wurde die Stadt in ihrer Geschichte in der propagandistischen Nutzung auf eine triumphale, allen wohlbekannte Historie vor 1933 und den Akt der partiellen Zerstörung verdichtet und somit samt einer anonymisierten Masse von Einwohnern<sup>131</sup> entschuldigt zum Zwecke der Benennung des äußeren Feindes, gegen den nun der „kämpfende[ ] Widerstand“ – so am Ende des Artikels – unabdingbar sei.<sup>132</sup>

Der Erfolg dieses Textes bestand in seiner breiten Rezeption, so auch in alliierten Ländern: Konkrete Beschreibungen wie auch die Angabe einer „offiziellen Zahl“ („Zehntausende“) fügten sich zu dem bisherigen Deutungsrahmen im In- und Ausland und verfestigten diesen. Die politische Verwertung des Ereignisses als „Goebbels letztes finsteres Meisterwerk“<sup>133</sup> schuf die Kernelemente des Deutungsrahmens bzw. die überdauernden „Erzählkonstanten“, wie Neutzner sie ausmacht: Da ist zum einen das scheinbar vorhandene Bild Dresdens als *einzigartige Stadt* und die zum anderen damit unmittelbar verknüpfte *Unschuld*; des weiteren die *Plötzlichkeit des Angriffes*, die sich aus dem technischen Vorgang, der alliierten Selbstdarstellung von überlegener Effizienz und der

---

<sup>131</sup> Jörg Arnold verwies auf eine bis heute anhaltende Grundkonstante der Konzentration auf eine Erfahrungsebene einer „entnazifizierte[n], ethnisch homogene[n] Stadtgemeinschaft“ in Darstellungen zur lokalen Luftkriegsgeschichte; Arnold, Sammelrezension, S. 20.

<sup>132</sup> Zit. nach Taylor, Dresden, S. 407. Auch Gerhart Hauptmanns zuerst am 6. April 1945 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ unter dem Titel „Die Untat von Dresden. Gerhart Hauptmann klagt an“ veröffentlichte Text konzentriert sich v.a. auf das Bild des „heitere[n] Morgenstern[s] der Jugend“ als einer allseits und auch in Großbritannien und den USA bekannten Kunstmetropole. Angeforderter Teil der das Ereignis aufgreifenden NS-Propaganda, so sind verschiedene Versatzstücke von Hauptmanns Zeilen, insbesondere der – schon gleich einem Mantra – erste Satz „Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens.“, bis heute steter Bestandteil einer nicht nur lokalen Erinnerungskultur und somit „Hauptmanns Klage- und Anklagetext [...] kanonisch geworden“ für inzwischen jedwede Bezugnahme; so Schmitz, Walter: „Auslöschung“. Das Gedenken der Literatur an die Zerstörung Dresdens, in: ders., Zerstörung, S. 235. Der Text ist dokumentiert bei ebd., S. 74.

<sup>133</sup> Ebd., S. 408.



„teleskopische[n] Konzentration des gesamten Luftkrieges (und zu einem gewissen Grad auch des Zweiten Weltkrieges) auf die ‚eine‘ Nacht“[Hervorhebung im Original]<sup>134</sup> in der NS-Presse und in ausländischen Presseorganen ergibt, die hier wie da das Bild der Stadtgeschichte einengte. Die *Einzigartigkeit des Angriffes* speist sich aus der persönlichen Dimension des Tatsächlichen wie der propagandistisch forcierten Überhöhung des Ereignisses, auch wenn eine faktengebundene Richtigstellung möglich gewesen wäre, diese aber interessengeleitet unterblieb. Es ist noch das Bild der *Sinnlosigkeit* zu ergänzen,<sup>135</sup> welches v.a. auf der Ausblendung kriegsrelevanter Aspekte im Stadtbild und auf der ablehnenden Bewertung einer Luftkriegsstrategie beruhte, die „barbarisch, aber sinnvoll“<sup>136</sup> in Relation zum Wesen des vom nationalsozialistischen Deutschland entbrannten Krieges war.

Alle Punkte und hauptsächlich der letzte Aspekt haben auch in den alliierten Ländern dahingehend Wirkung gezeigt, daß „Dresden“ binnen kürzester Zeit symbolhaft für Auswirkungen von Kriegshandlungen stand, in der ein Humanismus, der Kriege alter Schule mit sich bekämpfenden Heeren akzeptierte, eine unverhältnismäßige Entgrenzung sah: Mit „Dresden“ wurde schon am 6. März 1945 in einer Unterhaus-Debatte gegen Stadtbombardierungen argumentiert; mit „Dresden“ legte Churchill selbst am 28. März 1938 den Wechsel zu zielgerichteten Angriffen auf explizit militärische und direkt kriegswirtschaftliche Anlagen nahe, auch wenn dessen Memorandum letztlich entschärft wurde und sich der britische Generalstab Flächenbombardements vorbehielt, diese auch durchführte und in diesem Sinne die deutsche Pressekampagne folgenlos blieb.<sup>137</sup>

Etwas unklar bleibt die Auswirkung des Angriffes und insbesondere die Wirkung ihrer propagandistischen Darstellung auf die (Dresdner) Bevölkerung. Widera äußert sich mehrdeutig und sieht einerseits einen „Erfolg, [...] die Bevölkerung in die Verteidigungsmaßnahmen einzubinden“, weil „alle“ an der Verlängerung der „Agonie des Nationalsozialismus“ mitwirkten – selbst jene, die dies nicht aus innerer Überzeugung taten, sondern im Hoffen auf eine im Gegensatz zur sowjetischen Eroberung vorteilhaft vermuteten amerikanischen Besetzung.<sup>138</sup> Andererseits argumentiert er differenzierter,

---

<sup>134</sup> Arnold, Sammelrezension, S. 21.

<sup>135</sup> Vgl. Neutzner, Chiffre, S. 126f. Weniger überzeugend (v.a. in der Begründung) ist die von Neutzner für den April 1945 ausgemachte Intention, „Dresden“ den Rang eines den NS-Verbrechen gleichwertigen Vergehens im Sinne einer günstigeren Ausgangslage in der juristischen Aufarbeitung für die NS-Elite zuzuweisen.

<sup>136</sup> Overy, barbarisch, S. 183

<sup>137</sup> Taylor, Dresden, S. 399f und 411ff.

<sup>138</sup> Widera, Erinnerung, S. 116. In Konkurrenz zu diesen antislawischen Einstellungen konnte allerdings ein durch Quellen belegter gesteigerter „Haß gegen die Engländer und Amerikaner“ treten; zit. nach Neutzner, Matthias: „Wozu leben wir noch? Um zu warten, bis die Russen kommen?“. Die Dresdner Bevölkerung vom 13. Februar bis zum 17. April 1945, in: Dresdner Hefte 41, 1/95, S. 9.

wenn er neben dem genannten distanzierten Durchhaltewillen allmähliche Einbrüche in der Arbeitsdisziplin registriert und ebenso eine Atmosphäre zwischen Aggression und Niedergeschlagenheit: Hier mischten sich der Schock des Erlebten,<sup>139</sup> Furcht vor der Niederlage wie Hoffen auf ein Ende, der Verlust von Angehörigen und das abrupte Ende eines dann doch noch als ruhig imaginierten Lebens. Die fortdauernde Repression tat ihr übriges, um massenhaft offenes Aufbegehren zu verhindern und das individuelle Leben auf die unmittelbare, nun verschärfte Alltagsführung zurückzuwerfen.<sup>140</sup>

Die Zielsetzung, die erinnernde Wahrnehmung der Betroffenen zu strukturieren, gelang dennoch: Die für Details offenen Kategorien des vorgelegten Deutungsrahmens ließen sich problemlos mit erlebten Teilaspekten einer vielschichtigeren Vergangenheit auffüllen; ein Vorgang, der eine bestimmte Interpretation bis hin zur Wahrheit hegemonialisierte, die in ihren Betonungen nicht nur andere Perspektiven ausschloß – die jüdische Perspektive der prekären Befreiung hatte hier keinen Platz –, sondern auch „Ereignis“-Elemente schuf, die als (sprachliche) „Verzeichnungen“<sup>141</sup> des Erlebten in das kollektive Wissen einfließen, solange sie nur vorstellbar im Unvorstellbaren schienen.

Letztlich zeigt sich in dem Punkt der Auswirkungen der propagandistischen Kampagne und den Bedingungen von Erinnerung auch auf, wie grundlegend die gesellschaftlichen und staatlichen Strukturen für diese Vorgänge sind und daß es sich um einen Kampf der Weltanschauungen handelte: Auf der einen Seite der nationalsozialistische Staat, dessen politische Propaganda mittels gleichgeschalteter Medien, d.h. ohne öffentliche Deutungskonkurrenzen, Orientierungen verankern kann, auf der anderen eine Vielzahl pluralistischer Gesellschaften unterschiedlicher Traditionen, in denen Deutungen auch unter Kriegsbedingungen verhandelbar sind.<sup>142</sup>

---

<sup>139</sup> Auch dieses Erleben selbst scheint vorgeprägt: Zum einen durch die Kraft der Suggestion der Verschönerung, mit der das erhoffte Nicht-zu-Erlebende um so kontrastreicher zum eintretenden Ereignis steht, zum anderen durch ein Wissen um die Auswirkungen von deutschen wie alliierten Luftangriffen aus Berichten der Presse und der „Wochenschau“; vgl. Neutzner, Bevölkerung, S. 8. Harald Welzer verwies darauf, daß schon für die Erlebnissituation an sich medial vermittelte Wahrnehmungsmodelle zur Verfügung stehen; siehe Widera, Erinnerung, S. 110. Blieben unmittelbar nach dem Ereignis konkrete Informationen aus, so konnten auch vor Ort auf der Basis des persönlich Gesehenen wie Gerüchten Todeszahlen unverhältnismäßig in die Höhe schnellen. Dies galt dabei allgemein für Luftangriffe; so vermerkt Klemperer zum Bombardement vom 7. Oktober 1944 wenige Tage später: „Über Verstümmelungen und Todesfälle am Sonnabend hört man greuliche Einzelheiten, über die Zahl der Toten divergierendste Angaben“; Klemperer, Zeugnis, Bd. 2, S. 602.

<sup>140</sup> Widera, Dresden, S. 46ff.

<sup>141</sup> Widera, Dresden, S. 41. Als Beispiel ist hier etwa das Motiv der ausgebrochenen und die unmittelbare Nähe des Menschen suchenden Raubtieren, die Lea und Max Grundig 1952 in einem Brief an Oberbürgermeister Walter Weidauer ebenso aufgriffen wie später Gret Palucca oder noch 2004 die Schriftstellerin Kerstin Mlynkec; ebd., S. 41f. Von der NS-Propaganda aufgegriffene, damit verbreitete und scheinbar bestätigte „Details“ flossen in dieses Wissen ein, etwa die schon erwähnten angeblichen Tieffliegerangriffe, diesem „erstmalig von Sparing verbreiteten offenkundigen Unsinn“; so Widera, Erinnerung, S. 118.

<sup>142</sup> Dies kann gleichwohl nur eine Unterscheidung im Prinzipiellen sein, die nicht gleichzusetzen ist mit einem naiven Schwarz-Weiß-Bild eines Deutungsdiktats, aus der ohne Umschweife eine 1:1-Rezeption der Vorgaben

### 3. Die öffentliche Erinnerung in der Sowjetischen Besatzungszone

#### 3.1. Die neue Tauglichkeit der Chiffre

Im Vorfeld des ersten Jahrestages der Bombardierung bat die Dresdner Stadtverwaltung<sup>143</sup> die lokalen Strukturen der Sowjetischen Militäradministration in Sachsen (SMAS) als die höchste politischen Ebene in Dresden nach der Einteilung des Deutschen Reiches in vier Besatzungszonen um Erlaubnis, öffentliche Veranstaltungen durchführen zu können. Die Wiederkehr des Ereignisses überhaupt für politisch koordinierte Veranstaltungen zu nutzen, knüpfte an die steten Verweise auf die teilweise Zerstörung der Stadt, die bereits in den ersten Nachkriegsmonaten erfolgten, an: Originäre Schuld an dieser wurde dabei Vertretern der (lokalen) nationalsozialistischen Elite zugewiesen,<sup>144</sup> um davon ableitend bei der propagandistischen Begleitung der nur allzu logischen Alltagsschwierigkeiten durch die KPD den nun einsetzenden Aufbau der Stadt bzw. gesellschaftlicher Strukturen überhaupt unter das Label „antifaschistisch“ zu setzen. Diese nun folgende Initiative, bereits den ersten Jahrestag politisch zu nutzen, ist auch vor dem Hintergrund zu betrachten, daß die gewünschte personelle Besetzung von Verwaltungsorganen zwar im wesentlichen gelang, zur Jahreswende 1945/46 jedoch auch in Dresden deutlich hinter den Erwartungen zurückblieb: Ebenfalls stark – und meist sogar umfassender – war in diesen Strukturen die SPD vertreten, die auch aufgrund ihrer Popularität dem Führungsanspruch der KPD entgegenstand. Die kommunistische Partei stand im Vorfeld des 13. Februar 1946 – trotz der Protegierung durch die SMAS – vor deutlichen Legitimationsproblemen in der Bevölkerung. Parallel zu den beginnenden Bestrebungen der KPD, die SPD in einer angestrebten Einheitspartei zu vereinnahmen,<sup>145</sup> kann die inhaltliche Ausgestaltung des

---

zu schließen wäre, gegenüber einer offenen *anything goes*-Situation, in der alle einen gleich freien Zugang zur Öffentlichkeit hätten.

<sup>143</sup> Verschärfte Entnazifizierungsanordnungen und deren Umsetzung, v.a. abzielend auf die Entlassung ehemaliger NSDAP-Mitglieder, hatten den Anteil der KPD- und SPD-Mitglieder unter den städtischen Angestellten bis Ende 1945 enorm ansteigen lassen; in den Führungspositionen lag er noch einmal höher. Dies gilt insbesondere für die Zentralverwaltung der Stadt und Stadtbezirksverwaltungen; Widera, Dresden, S. 171ff.

<sup>144</sup> So bspw. in einem Zeitungsartikel vom 2. Juni 1945: „Mutschmann, der Gauleiter von Dresden, ist der Hauptschuldige an der Zerstörung dieser Stadt und am Massensterben der friedlichen Bevölkerung.“ Dieser hätte auch mit Hitler allein „Dresden in eine Rüstkammer Deutschlands“ verwandelt. Durchweg erscheint die Stadtbevölkerung hier als passiv, erleidend, „friedlich“ und somit unschuldig; zit. nach Bergander, Dresden, S. 294f. Auch Kurt Liebermann, KPD-Mitglied und Leiter des Nachrichtenamtes beim Rat der Stadt Dresden, bemerkte im Dezember 1945 in einem Geleitwort eines Bildbandes, daß sich angesichts der „Trümmer einer der schönsten Städte der Welt“ die „Erkenntnis der Schuld der Nazikriegstreiber vertiefen“ ließe, diese aber auch eine „Pflicht [schaffe] teilzuhaben am Aufbau einer neuen Zeit, jeder an dem Platz, an den er gestellt worden ist“; Schaarschuch, Kurt: Bilddokument Dresden 1933 – 1945, Dresden 1945, o.S.

<sup>145</sup> Siehe Widera, Dresden 253ff und 260ff.

ersten Jahrestages als ein Versuch angesehen werden, mangelnden Rückhalt in der Bevölkerung über das positiv sinnstiftende und zukunftsweisende Element des Wiederaufbaus unter kommunistischer Führung zu überwinden.

Dem Ansinnen, den Jahrestag öffentlich zu begehen, wurde stattgegeben; es bedurfte aber wegen der politischen Sinnsetzung auf das Motiv Aufbau einer bereits im Januar 1946 anlaufenden Vorabplanung: Zunächst einmal verfügte Major Broder von der Propagandaabteilung der örtlichen SMA, daß bei den Veranstaltungen der Eindruck zu vermeiden sei, daß „der 13. Februar als Trauertag“ aufgefaßt wird und „eine falsche Note bekommt“, bei der sich „Tendenzen gegen die Alliierten äußern“.<sup>146</sup> Widersprüchlich mutet an, wenn aber die Darstellung als unbedenklich galt, nach der „der Angriff auf Dresden ein völlig unbegründeter Terrorangriff der Engländer und Amerikaner war, da [...] im Osten und Westen Deutschlands bereits die alliierten Truppen standen“.<sup>147</sup>

Am Jahrestag selbst erschienen zunächst mehrere Artikel in der Dresdner Presse, so vom kommissarischen Bürgermeister Walter Weidauer (KPD): Dieser verwies auf die Vermeidbarkeit des Ereignisses und bezog sich dabei auf die „von faschistischen Verbrechern provozierten Zerstörung Dresdens“ durch die Fortführung der letztlich aussichtslosen Kämpfe; er erwähnte aber auch („sprechen wir es offen aus“), daß „die politische Schwäche des deutschen Volkes mit Schuld trägt an diesem Krieg“. Daraus leitete Weidauer nun die „Verpflichtung, [...] ein neues freies Deutschland aufzubauen“ ab und äußerte sich ausführlich zum Aufbau und dem „Dresdner Aufbauplan“, welcher einen Monat vorher, am 5. Januar 1946, in einer Sitzung des Rates der Stadt verabschiedet worden war.<sup>148</sup> Ein weiterer Artikel in der Tageszeitung der sächsischen CDU, „Die Union“, verwies auch auf eine Trennung von nationalsozialistischer Elite und verführtem Volk und suchte ebenso durch die Anklage aller Toten (also in Nennung gefallener Wehrmachtsoldaten, Bombardierten wie originärer Opfergruppen des Nationalsozialismus) Töne der Selbstkritik; angeboten wurde aber auch die Möglichkeit der Exkulpation über Beteiligung am Wiederaufbau der Gesellschaft – hier allerdings vor dem Hintergrund einer Rückbesinnung auf christliche Werte, beschrieb doch der Autor des Artikels die Kirchen als Ort des Widerstandes.<sup>149</sup>

---

<sup>146</sup> Zit. nach Reichert, Rezeptionsgeschichte, S. 151.

<sup>147</sup> So in einer weiteren Vorabbesprechung; zit. nach Widera, Erinnerung, S. 121. Um diesem gesetzten Rahmen gerecht zu werden, schlug der sächsische KPD-Vorsitzende Hermann Matern vor, die jeweils zwei Referenten der dann insgesamt 29 in öffentlichen Gebäuden stattfindenden Versammlungen entsprechend zu instruieren; ebd.

<sup>148</sup> Weidauer verwies im übrigen an keiner Stelle auf die (westlichen) Alliierten; SVZ, 13.2. 1946, S. 2.

<sup>149</sup> Daher „wollen wir aus Ruinen und Trümmern Raum für ein neues Leben schaffen – [...] ein sittlich-verpflichtendes und damit freies Leben, um so einen Teil unserer Schuld wieder

Auch in seiner Rundfunkansprache und seiner öffentlichen Rede bewegte sich Weidauer im grob vorgegebenem Rahmen und kam ohne Schuldzuweisungen in Richtung der Alliierten aus. Aus einer Vielzahl von Berichten über die Veranstaltungen an sowjetische Behörden geht dagegen hervor, daß auf mehreren Kundgebungen indirekt auf Distanz zu den westlichen Alliierten gegangen wurde: Einige Redner hielten fest, daß die Rote Armee solche Angriffe nie geflogen hätte, sprachen von Attacken auf eine „offene Stadt“, suchten somit Sympathie für die Sowjetische Besatzungsmacht zu schaffen und schrieben am Bild der ungerechtfertigten Angriffe auf eine unschuldige Stadt fort.<sup>150</sup> Mehrfach wurde auf den späten Zeitpunkt der Bombardierung und deren Sinnlosigkeit unter militärischen Gesichtspunkten angespielt,<sup>151</sup> auch wenn Erwähnung fand, daß mit der alliierten Luftstrategie „das verbrecherische Vorhaben der Coventrierung“<sup>152</sup> nur auf Deutschland und auch Dresden zurückgeschlagen hätte.

Insgesamt bildete das zentrale Element aller Veranstaltungen die öffentliche Zustimmung der Anwesenden zu dem bereits genannten „Aufbauplan“,<sup>153</sup> in der Presse wurde „von vielen Zehntausend“ Teilnehmern gesprochen.<sup>154</sup> Wesentlich war also der politisch intendierte Wechsel der Sinnzuschreibung bei der Deutung des Ereignisses: Während die nationalsozialistische Propaganda auf eine Erhöhung der Widerstandsbereitschaft abzielte, dies aber mit Kriegsende obsolet wurde, sollten die koordiniert vorbereiteten Massenveranstaltungen und die sie begleitenden Presseartikel am ersten Jahrestag eine breite Mobilisierung zum Aufbau unterstützen. Eine Schuldfrage auf Seiten der Deutschen und der Dresdner Bevölkerung wurde dabei angesprochen, ohne sie zu besprechen, sondern vielmehr über eine massive Beteiligung am städtischen wie gesellschaftlichen Neuaufbau ein Entschuldigungsmodus angeboten. Gestützt wurde dies durch Filmproduktionen der

---

gutzumachen“; Union, 13.2. 1946, S. 1. In einem weiteren Artikel dieser Zeitung unter dem Titel „Unsterbliches Dresden“ wurden positive Elemente der Geschichte der „lichtumspielte[n] Stadt“ (so erfolgten Verweise auf die Künste oder die Ereignisse der 1848/49er Revolution) als Referenzpunkte für einen vorwärtsgewandten Aufbruch ausgemacht; Union, 13.2. 1946, S. 3.

<sup>150</sup> Neutzner, Anklagen, S. 133.

<sup>151</sup> So Hermann Matern selbst; vgl. Margalit, Luftangriff, S. 192.

<sup>152</sup> Dies die Wertung von Polizeidirektor Bausch, neben dem CDU-Vertreter Vogel Referent im Ballhaus Watzke in Dresden-Pieschen. Nach Bausch verfehlten Stadtbombardierungen in Großbritannien wie in Deutschland ihre Wirkung; er bemerkt: „Hier wird der Fehlschlag imperialistischer Kriegsmethodik schlechthin klar“, ohne den Hinweis zu vergessen, daß die Sowjetunion sich dieser Kriegsführung enthalte. Dieser Kommentar stellte indirekt eine erste Gleichstellung von westlichen Alliierten und nationalsozialistischem Deutschland unter der Bezeichnung „Imperialisten“ dar, Union, 16.2. 1946, S. 5.

<sup>153</sup> Dazu erging ein weiterer Aufruf, der vom 13. Februar 1946 als dem „Geburtstag des neuen Dresdens“ sprach, „freiwillige Arbeitseinsätze“ wie „zusätzliche Leistungen“ einforderte, weil so „das materielle und geistige Chaos, das uns die Nazis als Erbe hinterließen, [...] in der Geschichte unserer Stadt ausgelöscht werden“ könne. Dazu auch das nebenstehende Gedicht, welches endet mit „Doch laßt uns nicht länger stehn, laßt uns nicht länger beweinen – sühnen wir unsere Schuld durch unsere mutige Tat!“, SVZ, 13.2. 1946, S. 4.

<sup>154</sup> Ebd. Der Artikel spricht allerdings nur von 17 Kundgebungen.

DEFA aus dem Jahre 1946, von denen die erste ganz konkret den „Dresdner Aufbauplan“ pathetisch flankierte. Eine weitere stützte die Kampagne zur Beteiligung am „Volksausscheid in Sachsen“ am 30. Juni 1946: Es erwies sich hier als günstig, auf eine Schuld der Nationalsozialisten an den Angriffen auf Dresden hinzuweisen, wenn der Wandel der Eigentumsverhältnisse mit einer Entmachtung durch Enteignung der „Kriegs- und Naziverbrecher“ dargestellt werden sollte.<sup>155</sup>

Wie die Veranstaltungen zum Jahrestag und die Ausrichtung der Presseartikel von der städtischen Bevölkerung aufgenommen wurden, bei dieser Wirkung entfalteteten oder gar deren Stimmungslage entsprachen, läßt sich schwer einschätzen. Die interne Berichterstattung der Stadtverwaltung erwähnte mehrere Aspekte: Zum einen sei es zu Beifallsbekundungen bei impliziten Anklagen gegen die Alliierten gekommen,<sup>156</sup> zum anderen wurde bemerkt, daß der Tag weniger als hoffnungsvoller Aufbruch im Zeichen des tatkräftigen Anpackens empfunden wurde, sondern daß ein zurückgerichteter Blick eher zu einer Erinnerung an das Erlebte ging. Zentral schien dabei nicht die Einordnung des Geschehens in den Kontext, sondern das Erlebnis der Angriffe. Stimmen diese Berichte, so ist der Einschätzung Neutzners zu folgen, daß neben der neuen offiziellen Wertung, daß „Dresden“ in der Verantwortung der „deutschen Faschisten“ zu verorten sei, eine ältere fortbestand: Gemeint ist die, daß der 13. Februar 1945 als stellvertretend für die Auswirkungen des alliierten Luftkrieges angesehen wurde.<sup>157</sup>

Weiterhin fanden am ersten Jahrestag kirchliche Erinnerungsaktivitäten statt: Erstmalig – und dies wird bis heute fortgeführt – läuteten 21.45 Uhr die Glocken der evangelischen, katholischen und freikirchlichen Gemeinden in der Stadt und im Landkreis Dresden; damit war auch ein erster, wenn auch kleiner Schritt zu einem überlokalen Erinnern getan. Des weiteren fanden nun sich jährlich wiederholende Gottesdienste in den evangelischen und katholischen Gemeinden statt.

Für Katholiken war das in tradierter Form durchgeführte Gedenken der Verstorbenen zentral. Eine Besonderheit stellt der katholische Bezug auf den 5. März 1946 dar: Einer längeren Tradition folgend führten Dresdner Katholiken ein 40stündiges Gebet durch, welches stets am Faschingsdienstag endete. Da dieser 1946 auf den 5. März fiel, wurde

---

<sup>155</sup> Neutzner, Anklagen, S. 135f. Die umfassende Kampagne insgesamt zum „Volksentscheid“ verknüpfte fortwährend Krieg und eine Betonung der deutschen Schuld (etwa auch an den Verbrechen gegenüber sowjetischen Kriegsgefangenen bei Zeithain) mit einem gesellschaftlichem Neuaufbruch; vgl. Widera, Dresden, S. 324ff. Ausführlicher zum „Volksentscheid“ siehe Halder, Winfried: „Modell für Deutschland“. Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945 – 1948, Paderborn 2001, S. 212ff.

<sup>156</sup> Margalit, Luftangriff, S. 192.

<sup>157</sup> Darauf verweisen auch Zeitungsartikel von Journalisten aus den USA und Großbritannien, die bereits seit Ende des Jahres 1945 Dresden besuchten; vgl. Neutzner, Anklagen, S. 134.

somit an diesem im Aufgreifen des Gebetes ein weiteres Mal an die Angriffe erinnert – nun in einer intakten Seitenkapelle der stark beschädigten Dresdner Hofkirche.<sup>158</sup>

Über inhaltliche Gewichtung der Predigten bzw. Gottesdienste wie deren Resonanz läßt sich aufgrund fehlenden Quellenmaterials keine Auskunft geben; auch bei Widera findet sich für dessen Annahme, daß „viele Menschen [...] insbesondere religiöse Angebote“ annahmen, kein Beleg.<sup>159</sup>

Im Folgejahr fanden in Dresden keine öffentlichen Veranstaltungen statt.<sup>160</sup> Nur vereinzelt erschienen in der Presse Bezüge: Bemerkenswert dabei ist, daß – wie bereits nach 1946 – die Zahl der Todesopfer mit 25.000 angegeben wurde. Erneut fehlte in der „Sächsischen Zeitung“ nicht der Verweis auf die „furchtbare Schuld des Hitlerregimes“ und die Forderung, „Alles zu tun, um unser Dresden in einem friedlichen, wahrhaft demokratischen und einheitlichen Deutschland wiederaufbauen zu können“.<sup>161</sup> Eine andere Gewichtung nahm „Die Union“ vor, die anführte: „Die Geschichte kennt keine Parallele zu dem Tod von Dresden“. Hinterfragt wurde, „ob und inwieweit eine militärische Notwendigkeit“ bestand und sprach dabei ausdrücklich von „unschuldigen Opfer[n] der Schreckensnacht“. Daß es weiterhin hieß, „eine ziffernmäßig niemals feststellbare Zahl von Menschenopfern“ wäre anzunehmen, läßt Neutzner ein Distanzierungsbedürfnis der Zeitung bzw. des Autoren aufgrund der christlichen Zielgruppe vermuten.<sup>162</sup> Dagegen stand aber das Lob der Aufbauarbeit, der kommunalen Selbstverwaltung, „das Pompeji von 1945 zu

---

<sup>158</sup> Die katholischen Requiem-Gottesdienste am 13. bzw. 14. Februar wurden beginnend 1946 wahrscheinlich bis 1956 dezentral in den katholischen Gemeinden der Stadt begangen; Ulrich, Synagoge, S. 27 – 31. In die nicht exakt an den Jahrestag gebundene frühe kirchliche Erinnerung fällt eine bereits am 4. August 1945 in der ausgebrannten (evangelischen) Kreuzkirche durch den Dresdner Kreuzchor uraufgeführte Trauermotette „Wie liegt die Stadt so wüst“ von Rudolf Mauersberger, die dieser bereits am 1. und 2. April 1945 verfaßt hatte. Mauersberger griff Textelemente der Klagelieder Jeremiae des Alten Testament auf, in denen die Zerstörung der heiligen Stadt Jerusalem besungen wird. Der Komponist fügte mit einer solch gelagerten künstlerischen Annäherung an die Bombardierungen dem Bild von Dresden als einer einzigartigen Stadt mit besonderem Schicksal seinen Ausdruck hinzu; siehe John, Hans: „Wie liegt die Stadt so wüst“. Die Zerstörung Dresdens am 13. Februar 1945 und das kompositorische Werk des Dresdner Kreuzkantors Rudolf Mauersberger; in: Schmitz, Zerstörung Dresdens, S. 172ff. Dieser Text wurde – im Gegensatz zu Mauersberger in überlieferter alttestamentarischer Form in der Nachtanbetung der katholischen Jugend am 5./6. März 1946 im Anschluß an das 40stündige Gebet aufgegriffen. Die Nachtanbetung blieb Element der katholischen Erinnerungskultur bis 1959; vgl. Ulrich, Synagoge, S. 31f.

<sup>159</sup> Widera, Erinnerung, S. 123.

<sup>160</sup> Widera verweist auf den schlichten Fakt eines strengen Winters, der eine Durchführung öffentlicher Veranstaltungen unmöglich gemacht hatte, ebd., S. 124. Dies erscheint zunächst einleuchtend, andererseits wurden andere Großveranstaltungen durchaus abgehalten: So berichtet Klemperer von einer VVN-Gründungsveranstaltung für den Kreis Dresden am 1. März 1947 und erwähnt im selben Tagebucheintrag „besonders fürchterliches Wetter“; Klemperer, Victor: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945 – 1959, Bd. 1 (Hg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christian Löser), Berlin 1999, S. 357f. Es erscheint also auch möglich, daß für eine umfängliche Begehung des zweiten Jahrestages schlichtweg keine politische Notwendigkeit gesehen wurde.

<sup>161</sup> Zit. n. Reichert, Rezeptionsgeschichte, S. 151.

<sup>162</sup> Neutzner, Anklagen, S. 136f.

übernehmen“,<sup>163</sup> und der Sowjetischen Militärverwaltung. Beide Artikel zeigen scheinbar Differenzen der Deutungen auf, wie sie andererseits eventuell aber gar nicht bestanden: Für die Vertreter der SED war es noch tagespolitisches Bedürfnis, öffentlich die Verantwortung bei deutschen Nationalsozialisten zu verorten, während intern bereits auf die NS-Formel von „Terrorangriffen“ benutzt wurde.<sup>164</sup>

Diese Tendenz gegen westliche Alliierte verschärfte sich 1948 mit der international zunehmend angespannten Lage nach der Moskauer Außenministerkonferenz im April 1947, in deren Folge die Sowjetunion ihre auf Gesamtdeutschland fokussierte Politik aufgab und auf eine Stabilisierung der eigenen Besatzungszone abzielte. Wie im Vorjahr fanden (außer den kirchlichen, innergemeindlichen Gottesdiensten) keine öffentlichen Veranstaltungen statt, aber die Tonlage der Presseartikel verschob sich weiter: Erstmals erfolgte ein Verweis der Herkunft der Bomberverbände unter der Verwendung der in der NS-Propaganda geschaffenen Formel „anglo-amerikanisch“.<sup>165</sup> Auch wenn eine explizite und negative Bewertung noch ausblieb, unterstrichen verschiedene Textelemente eine implizite Verurteilung: Formulierungen, daß die Todesopfer „in der Mehrzahl Frauen, Kinder und alte Leute“<sup>166</sup> waren und ihr Leben „fünf Minuten nach zwölf“ verloren, also „zu einem Zeitpunkt, da der Nazikrieg bereits sein Ende erreicht hatte“, suggerierten neben dem Bild einer entmilitarisierten, also unschuldigen Stadt auch die erweiterte Sinnlosigkeit der Angriffe durch ihre Nähe zum Kriegsende. Trotzdem unterblieb noch eine vollständige Verantwortungsüberschreibung auf die USA und Großbritannien, indem diese als Folgen eines von „Hitler provozierten Krieges“ gewertet wurden.<sup>167</sup>

---

<sup>163</sup> Union, 12. Februar 1947, S. 3.

<sup>164</sup> Auf eine solche Äußerung Materns hat Widera hingewiesen; Widera, Erinnerung, S. 124.

<sup>165</sup> So Neutzner, Anklagen, S. 136. Besagter Artikel der SVZ erschien am 13. Februar 1948, allerdings auf der propagandistisch weniger wirkungsvollen Seite 4.

<sup>166</sup> Alle folgenden Zitate SVZ 13.2. 1948, S. 4. Mit dem Verweis auf die Opfergruppen „Frauen“ im Gegensatz zum Bild eines „männlichen Krieges“, „Kinder“ als (tatsächlich) per se und immer unschuldig wie „alte Leute“ als spezifisch Wehrlose erfolgte eine Dramatisierung, die sich selbst vom historischen Geschehen ablöste. So ergab eine erste stichprobenartige Untersuchung Neutzners zur Sozialstruktur der Getöteten auf Basis einer Akte registrierter und identifizierter Toten einen nahezu gleichen Anteil beider Geschlechter, während 6 % der Todesopfer Kinder unter 18 Jahren, 28 % über 60 Jahre und ca. zwei Drittel zwischen 18 und 60 Jahre alt waren; siehe URL <[http://www.dresden.de/media/pdf/infoblaetter/Ausstellung\\_Historikerkommission.pdf](http://www.dresden.de/media/pdf/infoblaetter/Ausstellung_Historikerkommission.pdf)> [letzter Aufruf 10.2. 2007]. Darauf, daß Kinder als Opfer von Luftangriffen bereits im Ersten Weltkrieg Objekt propagandistischer Instrumentalisierung werden konnten, verwies Süchting-Hänger, Andrea: „Kindermörder“. Die Luftangriffe auf Paris, London und Karlsruhe im Ersten Weltkrieg und ihre vergessenen Opfer, in: Dahlmann, Dittmar (Hg.) Kinder und Jugendliche in Krieg und Revolution. Vom Dreißigjährigen Krieg bis zu den Kindersoldaten Afrikas, Paderborn 2000, S. 73 – 92.

<sup>167</sup> Die weitere Bestätigung dieses Aspektes, daß die „Ursache für die Not und das Elend unserer Tage“ bei den „faschistischen Verbrechern, die das deutsche Volk verführten“, zu suchen sei, enthielt wiederum schuldentlastende Elemente für breite Bevölkerungsschichten; SVZ, 13.2. 1948, S. 4. Einher ging dies mit einer seit der veränderten sowjetischen Deutschlandpolitik neuausgerichteten Entnazifizierungspolitik: Bereits am 16. August 1947 erließ die SMAD mit dem Befehl 201 eine erste zentrale Anweisung zur Entnazifizierung bzw. Strafverfolgung von NS- und Kriegsverbrechen, die ein deutliches politisches Integrationsangebot an nominelle ehemalige NSDAP-Mitglieder darstellte, diese von der Strafverfolgung ausnahm und auf einen



Wie schon 1947 erfolgte angesichts der Zerstörungen die Mahnung, alle „Kräfte dafür einzusetzen, daß ein einheitliches demokratisches Deutschland entsteht“: Im Jahr 1948 verweist diese Formulierung auf die geschichtspolitische Verwertung der gescheiterten Revolution von 1848/49 in ihrem 100. Jubiläumsjahr und die Übernahme der Leitmotive „Demokratie“ und „nationale Einheit“.<sup>168</sup> Auch besagter Artikel vom 13. Februar 1948 knüpfte an die Argumentation an, daß die politische Entwicklung in der SBZ auf die nun nachträglich erfolgende Durchsetzung der „Demokratie“ zielstrebig zuliefe,<sup>169</sup> während die „nationale Einheit“ verhindert werde durch die politischen Strukturen in den Westzonen, welche quasi als Hort der „Reaktion“ den fortschrittlichen Tendenzen im Weg ständen.<sup>170</sup>

Letztlich bleibt aber festzuhalten, daß der dritte Jahrestag der Luftangriffe in seiner Nichtbegehung bei insgesamt äußerst geringer Beachtung in der Lokalpresse nahezu keine Bedeutung für die Einbindung des historischen Ereignisses in die Legitimation von Herrschaft über Historie entwickelte.<sup>171</sup>

Ganz im Gegensatz dazu sind dann die wieder aufgenommenen politisch-öffentlichen Aktivitäten zum vierten Jahrestag zu werten, die im Zeichen der sich ausweitenden Blockkonfrontation des aufgezogenen Kalten Krieges und der Tendenzen zur doppelten Verstaatlichung standen: Über die Presse wurde zu 17 öffentlichen Kundgebungen mobilisiert, für die ein „Kreisvolksausschuß für die Einheit Deutschlands und gerechten Frieden“ verantwortlich zeichnete; wie schon 1946 fanden diese nicht unter freiem Himmel statt. Mehrere Zeitungsartikel und Reden – so die vom SED-Kreisvorsitzenden Kurt Liebermann im Zirkus Aeros – setzten dem weiterhin benannten Aspekt der deutschen Schuld nun eine starke Verantwortungszuschreibung in Richtung der ehemaligen

---

Abschluß anderer Entnazifizierungsmaßnahmen drängte; vgl. Ausführungsbestimmungen bei Rößler, Ruth-Kristin (Hg.): Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945 – 1948. Dokumente und Materialien, Goldbach 1994, S. 148ff.

<sup>168</sup> Der Parteivorstand der SED hatte im Januar 1948 beschlossen, alle Veranstaltungen unter dem Motto „Antifaschistische Demokratie in der einheitlichen Republik“ durchzuführen; siehe Assmann, Aleida/ Frevert, Ute: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 152.

<sup>169</sup> Bisherige politische und gesellschaftsstrukturelle Veränderungen würden so einen „Hort des Friedens, in dem der Reaktion jegliche Handhabe genommen ist, ihr Zerstörungswerk aufs Neue beginnen zu können“, schaffen; SVZ, 13.2. 1948, S. 4.

<sup>170</sup> So heißt es, „daß [es] durch Fortfall der Zonengrenzen schneller möglich sein wird, unser Dresden wieder aufzubauen“; ebd.

<sup>171</sup> Wesentlich bedeutender war da beispielsweise die auch enger mit den historischen Ereignissen verknüpfte Kundgebung der SED und der Freien Deutschen Jugend (FDJ) am 18. März 1948 in Berlin mit den deutlich schärferen Forderungen „für eine einige deutsche Volksrepublik“ und „gegen den Imperialismus“; vgl. Assmann/ Frevert, Geschichtsvergessenheit, S. 154. Das ab 1948 herausgestellte Demokratie- und Einheitsversprechen der SED wurde entscheidender durch die Ende 1947 initiierte Volkskongreßbewegung betont; insgesamt dazu Bender, Klaus: Deutschland, einig Vaterland? Die Volkskongreßbewegung für deutsche Einheit und gerechten Frieden in der Deutschlandpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Frankfurt/ Main 1992.

westlichen Mitstreiter der Anti-Hitler-Koalition hinzu:<sup>172</sup> Als deren Motiv fungierte nun nicht mehr die militärische Niederschlagung des nationalsozialistischen Deutschlands; primär hätten sich die Angriffe gegen eine Stadt im Gebiet der zukünftigen SBZ und somit auf die Gestaltung der Nachkriegszeit gerichtet. Die Zerstörungen stellen somit „zugleich eine Anklage gegen [die] anglo-amerikanische Kriegsführung [...] und gegen die Doppelgesichtigkeit ihrer Politik“<sup>173</sup> dar. Damit wurde das durch die NS-Propaganda geschaffene und in Dresden akzeptierte Bild der Sinnlosigkeit der Angriffe wieder aufgenommen<sup>174</sup> und darüber hinaus das militärische Engagement der USA und Großbritanniens rhetorisch auf eine Stufe mit den nationalsozialistischen Verbrechen gesetzt.<sup>175</sup> Die propagandistische Aufarbeitung der Thematik wurde zum vierten Jahrestag mit einem Artikel Walter Weidauers, inzwischen Oberbürgermeister von Dresden, im „Neuen Deutschland“ SBZ-weit betrieben und somit aufgewertet.<sup>176</sup>

### 3.2. Pogromgedenken als Protest im Schatten neuer Helden

Während die Luftangriffe in der unmittelbaren Nachkriegszeit publizistische Erwähnung fanden bzw. der Jahrestag mit politischen und religiösen Veranstaltungen begangen wurde,

---

<sup>172</sup> Der Thematik stand inzwischen die wichtige erste Seite zu: „Die Katastrophe von Dresden stellt eine furchtbare Anklage gegen das faschistische Regime und seine Machthaber dar“ (SZ, 12.2. 1949, S. 1) bzw. klagt sie „zuerst das deutsche Volk an, daß es der Nazipartei [...] mit überwältigender Mehrheit das Vertrauen aussprach“ sowie ebenfalls Liebermann: „Gerade am Tag der Zerstörung muß sich [...] auch die Dresdner Bevölkerung darauf besinnen, in welchem Maße sie mitschuldig [ist]“; SZ 15.2. 1949, S. 1.

<sup>173</sup> SZ, 12.2. 1949, S.1.

<sup>174</sup> V.a., um damit die weithin ungeliebte Besatzungsmacht Sowjetunion in einem „Gut-Böse“-Schema schärfer von den westlichen Mächten zu akzentuieren: „Sie redete nicht nur von humaner Kriegsführung, sondern handelte auch danach“. Im Sinne der gegen die Alliierten gerichteten Vorwürfe schien es auch opportun zu sein, mit 32.000 eine höhere Opferzahl anzugeben; ebd.

<sup>175</sup> So konnte es heißen: „Maßnahmen, wie die Bombardierung Dresdens, waren daher nicht von militärischen Notwendigkeiten gegenüber dem faschistischen System diktiert, sondern dokumentierten den Vernichtungswillen eines imperialistischen Staates“ bzw. in völliger Gleichsetzung: „Es gibt nicht nur deutsche faschistische Kriegsverbrecher, sie sitzen auch in den USA und England, sie hetzen zu einem neuen imperialistischen Krieg“ (ebd). oder wieder Liebermann: „[W]ie Hitler war die amerikanische Politik skrupellos bereit, Frauen und Kinder zu morden, ganze Städte auszubrennen, wenn es nur gilt, sowjetisches [...] Gebiet zu schädigen“; SZ, 15.2. 1949, S. 1. Ebenso konnte unter fast totaler Ausblendung konkreter politischer Akteure „Dresden“ quasi außerhalb von Zeit und Raum als Schicksal beschrieben werden, wenn der „zum zügellosen Vernichtungskrieg gewordene Krieg, der feurige Ball, den sich die zynischen Spieler und Architekten der nutzbringend berechneten Vernichtung auf beiden Seiten des Ozeans in hemmungslosem Konkurrenz- und Existenzkampf zuwarfen, seine tausend Fackeln über Dresden entlud“; siehe SZ, 12.2. 1949, S. 3.

<sup>176</sup> Dieser war noch schärfer gegen die USA fokussiert; zudem wurde der tradierte Erzählrahmen gefüllt mit Berichten von Ereigniszeugen und mit erstmals veröffentlichten Bildern der zerstörten Stadtteile sowie der Leichenverbrennung auf dem Altmarkt visuell gestützt; vgl. Margalit, Luftangriff, S. 193f. V.a. letzterem darf in ihrer Verkürzung der Ereignisse auf das bloße leibliche Schrecken eine starke Wirkung als „anklägerisches Moment“ (Neutzner, Anklagen, S. 138) unterstellt werden.

können in Dresden für die Jahre 1945 und 1946 keine Bezüge des Gedenkens der Novemberpogrome an den Jahrestagen nachgewiesen werden. Wie in der ganzen SBZ waren Veranstaltungen zum „Tag der Opfer des Faschismus“ (OdF) die dominierende Form der mahnhaften Thematisierung der nationalsozialistischen Verfolgung, welcher erstmals im September 1945 und im folgenden jeden zweiten Sonntag im September begangen wurde. Dieser OdF-Tag war zunächst ein überparteiliches, bis 1949 für alle vier Besatzungszonen relevantes Ereignis und in der DDR bis zu deren Ende fester Bestandteil des politischen Festtagskalenders. Er war gekennzeichnet durch einen pauschalen Opferbegriff, der die antisemitische Verfolgung bedachte, aber Spezifika rassistischer bzw. religiöser Verfolgung außen vorließ und besondere Ereignisse wie die Pogrome nicht erfaßte.

Die bedeutendste Veranstaltung des ersten OdF-Tages, die Massendemonstration in Berlin, stand zudem unter dem Stern der herausgehobenen Würdigung der Widerstandskämpfer.<sup>177</sup> Diese Setzung korrespondierte mit einer hierarchisierenden Unterteilung bei verschiedenen Richtlinien und Verordnungen des Sommers 1945 zur Unterstützung von Verfolgtengruppen des Nationalsozialismus, bei denen zwischen „Kämpfern gegen den Faschismus“ und „Opfern des Faschismus“ unterschieden wurde. Die erste Kategorie, die sich auf diejenigen bezog, die aus explizit politischen Gründen verfolgt worden waren, erfuhr eine materielle Bevorzugung gegenüber jenen, denen ihre Herkunft, Religion oder sozialer Status bzw. eine entsprechende Zuschreibung zum Verhängnis geworden waren. Nach heftiger Kritik und unter dem Eindruck der Veröffentlichungen zum Ausmaß der Verbrechen an den europäischen Juden wurden im Oktober 1945 diese Gruppen teilweise gleichgestellt.<sup>178</sup>

Während für Berlin am 12. November 1945 und im folgenden Jahr eine „Weihestunde für die Opfer der ‚Kristallnacht‘“ [Hervorhebung im Original] bzw. „für [...] jüdische Opfer“ registriert werden kann,<sup>179</sup> ist für Dresden lediglich der von der

---

<sup>177</sup> Siehe Schmid, Antifaschismus, S. 21f.

<sup>178</sup> In der Forschung wird sich zumeist auf entsprechende Beschlüsse des Berliner Magistrats bzw. der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge bezogen; vgl. Keßler, SED, S. 37ff; Groehler, Olaf: SED, VVN und Juden in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945 – 1949), in: Benz, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3, Frankfurt/ Main 1994, S. 109ff. Gleiches gilt aber auch für eine entsprechende Verordnung der Landesverwaltung Sachsen vom 24. September 1945; siehe Goldenbogen, Nora: „Säuberungen“ und Antisemitismus in Sachsen 1949 – 1953, in: Keßler, Mario (Hg.): Antisemitismus und Arbeiterbewegung. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 124. Zu bemerkenswerten regionalen Ausnahmen wie dem Thüringischen Wiedergutmachungsgesetz siehe Mertens, Davidstern, S. 231 – 244.

<sup>179</sup> Der Hauptausschuß der „Opfer des Faschismus“ hatte diese organisiert. Die im Berliner Rundfunk übertragene Veranstaltung hatte durch Gespräche mit Überlebenden eine vorwiegend aufklärende Zielsetzung. 1946 wertete Julius Meyer, Vorstand der Jüdischen Gemeinde Berlin, das Datum als stete (An-)Klage und forderte unmißverständlich Wiedergutmachung; ebd., S. 22f.

Stadtverordnetenversammlung am 29. September 1946 einstimmig angenommene Antrag der SED auf Einrichtung einer Grünfläche mit Denkmal zu Ehren der jüdischen Opfer am damaligen Rathenauplatz, dem ehemaligen Standort der zerstörten Synagoge, erwähnenswert.<sup>180</sup>

Gedenkveranstaltungen der am 1. November 1945 wiedergegründeten<sup>181</sup> Israelitischen Religionsgemeinde zu Dresden<sup>182</sup> lassen sich für 1945 und 1946 ebenfalls nicht nachweisen. Die Veranstaltungen der Gemeinde wurden in den späten 1940er Jahren stets von Vertretern der Dresdner Öffentlichkeit besucht wurden, was somit einen anerkannten Platz in der städtischen politischen Gesellschaft hindeutet.<sup>183</sup> Sie verfügte bis 1950 über eine stabile Zahl von knapp unter 200 Mitgliedern. Diese waren – wie beispielsweise der erste Vorstand – überwiegend KZ-Überlebende, während ungefähr 40 aus der Westemigration nach Dresden siedelten; jüdische Exilanten, die die SBZ bzw. spätere DDR ansteuerten, hatten dafür zumeist eine explizit politische Motivation.<sup>184</sup> Der überwiegende Teil der Gemeindeangehörigen war als OdF anerkannt und Mitglied der im Februar 1947 gegründeten VVN.<sup>185</sup> Um 1950 waren bis zu 109 außerdem Mitglied der SED; viele davon arbeiteten in hohen Funktionen wie in der Verwaltung oder dem SED-Apparat selbst.<sup>186</sup>

---

<sup>180</sup> Die Grünanlage wurde 1947 errichtet, ein Denkmal sollte allerdings erst 1975 folgen. In der Diskussion des kommunalen Parlaments wurde auch auf die Zustimmung der Jüdischen Gemeinde verwiesen, die auf einen Neubau verzichtete, da die Gemeindeformen in einem zu großem Maße zerstört waren; vgl. Goldenbogen, Nora: Zwischen Trostlosigkeit und Hoffnung. Neubeginn und jüdisches Leben in Dresden nach 1945, in: dies. (Bearb.): Einst und Jetzt. Zur Geschichte der Dresdner Synagoge und ihrer Gemeinde, Dresden 2001, S. 116f.

<sup>181</sup> Dies erfolgte im Zuge einer ersten Gründungswelle im Herbst bzw. Winter 1945/46; z.T. wurden Neugründungen aber wie im Falle der Landesgemeinde Mecklenburg bis Mitte 1948 mit dem Argument verweigert, nur „eine amerikanische Speckpaketeempfängerorganisation“ zu sein. Dieser Begriff spielte auf die Hilfsleistungen des American Joint Distribution Committee (JOINT) an; vgl. Groehler, Olaf: Antifaschismus und jüdische Problematik in der SBZ und der frühen DDR, in: ders./ Keßler, Mario: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und frühen DDR, Berlin 1995 (Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 26), S. 9.

<sup>182</sup> Diese benannte sich 1947 in Jüdische Gemeinde zu Dresden um; Offenberg, Machthaber, S. 54f.

<sup>183</sup> So etwa zur Feier anlässlich der Proklamation der Unabhängigkeit Israels am 23. Mai 1948, bei der Vertreter der SED, der VVN, der Landesregierung Sachsen wie der Stadt Dresden anwesend waren; ebd. Neben der Gratulation ließ es sich der Vertreter der Landesleitung der SED aber nicht nehmen, zu verlautbaren, „daß die Partei jeden Staat entsprechend dessen Einstellung zur Kommunistischen Partei seines Landes einschätze“; vgl. Eschwege, Helmut: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 62.

<sup>184</sup> Umfassend dazu Hartewig, Zurückgekehrt.

<sup>185</sup> Zur Geschichte der VVN siehe Reuter, Elke/ Hansel, Detlef: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1997, S. 124ff. Insgesamt stellten die VVN und deren Führung in dieser Zeit eine Interessensvertretung jüdischer Überlebender dar; Haury, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 312.

<sup>186</sup> Ausführlicher zur Lage der Gemeinde in den ersten Nachkriegsjahren siehe Goldenbogen, Trostlosigkeit, S. 108 – 116. Damit lebten in Dresden wie in der SBZ Juden, die in „Mischehen“ oder – eher selten – der Illegalität überlebt hatten, solche, die KZ wie deren Außenlager überstanden hatten als auch diejenigen, die mit explizit politischer Motivation aus dem Exil gekommen waren; vgl. Goldenbogen, Nora: Juden in der DDR. Erwartungen – Realitäten – Wandlungen, in: Ginzler, Günther B. (Hg.): Der Anfang nach dem Ende. Jüdisches Leben in Deutschland 1945 bis heute, Düsseldorf 1996, S. 123ff. Von letzterer Gruppe ging nur ein Teil in die Jüdischen Gemeinden (für Dresden beispielhaft gibt Eschwege politische Gründe für eine Rückkehr an;

Der Zentralvorstand der VVN war es dann, der in Reaktion auf die vermehrten antisemitischen Vorfälle in allen Besatzungszonen am 18. Oktober 1947 beschloß, in der ersten Novemberwoche Kundgebungen „zur Erinnerung an die ‚Kristallnacht‘“ [Hervorhebung im Original] zu organisieren sowie Informationen zur Lage der Juden und den Auswirkungen der NS-Verfolgung zu sammeln.<sup>187</sup> In Dresden fand dementsprechend am 9. November 1947 eine „künstlerisch vertiefte[ ] Feier im dichtbesetzten Saal des Hygiene-Museums“<sup>188</sup> statt. Eine Ansprache hielt zunächst der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Dresden Leon Löwenkopf, der den durch Verfolgung begründeten Aderlaß der sächsischen Jüdischen Gemeinden darstellte. Mit den deutlichen Worten, daß die „jüdische Frage [...] zum Prüfstein für das deutsche Volk geworden [sei]“,<sup>189</sup> dazu er beitrug, daß die Veranstaltungen „in ihrem Kern als einzige Anklage gegen den deutschen Nachkriegsantisemitismus“ gewertet wurden.<sup>190</sup> Nach wie vor berichtete auch die ostdeutschen Presse klagend über die fortdauernden Übergriffe und eine „stillschweigende Duldung“ durch die Bevölkerung.<sup>191</sup>

Gleichwohl mischten sich in die Dresdner Reden bzw. in die Berichterstattung erste und durchaus widersprüchliche Untertöne: Antisemitismus konnte da als zentrales Element des Nationalsozialismus begriffen werden, um nur wenige Zeilen weiter das Argument

---

Eschwege, Fremd, S. 50); dagegen hatte sich der überwiegende Teil bereits vor 1933 vom Judentum als religiösem Bekenntnis gelöst.

<sup>187</sup> Bereits seit Anfang 1947 hatten antisemitische Vorfälle wie Friedhofsschändungen, v.a. aber die Tumulte bei Wochenschauberichten über die Rückkehr von Juden nach Deutschland für Aufsehen und Beunruhigung gesorgt; Schmid, Antifaschismus, S. 23ff; Groehler, Erinnerungen, S. 174. In Anbetracht dessen hatte auch die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung am 4. August 1947 für Berlin angeordnet, am 13. September 1947, dem Tag vor dem OdF-Tag, in Schulen Erinnerungsveranstaltungen an Widerstand und Opfer unter besonderer Berücksichtigung der Verfolgung der Juden durchzuführen. Für eine entsprechende Umsetzung an Dresdner Schulen konnte kein Beleg gefunden werden; siehe ebd. S. 175. Auch Klemperer erwähnte frühzeitig entsprechende Ereignisse wie Gegenstimmen, etwa die Rede Julius Meyers auf der VVN-Gründungskonferenz in Berlin („Wir werden es nie vergessen, nicht die *Kristallnacht*, nicht die 6 Millionen Toten“, [Hervorhebung im Original]), die ebenso dort geäußerte Sorge Löwenkopfs („beim Essen klagte er heftig über neuen Antisemitismus, selbst in der SED“) sowie der Bericht von der Gründungsveranstaltung des VVN-Kreisorganisation Dresden am 1. März 1947 („Loewenkopf der kurz u. wieder sehr gut für die Juden gesprochen hatte – übrigens waren Große u. Rentzsch gegen Antisemitismus aufgetreten – schon wieder Grabschändungen in Weißensee!“); Klemperer, Stühlen, Bd. 1, S. 354f. und S. 358.

<sup>188</sup> So die Sächsische Zeitung, 11.11. 1947, S. 1. Aufgeführt wurden durch Chor und Kapelle der Landesbühnen Sachsen der Gefangenenchor aus der Oper „Fidelio“, Siegfried Lewinsky verlas C.R. Bechers Stück „Der Jude“ sowie der „Chor der Waisen“ von Nelly Sachs, vorgetragen von Betty Loewen, Union, 15.11. 1947, S. 3. Die Veranstaltung schloß mit der Vorführung von Kurt Maetzig's Film „Ehe im Schatten“. Dies war ebenfalls eine Anregung des VVN-Vorstandes; Groehler, Erinnerungen, S. 175.

<sup>189</sup> Zit. n. Reuter/ Hansel, Leben, S. 256.

<sup>190</sup> So Groehler, Olaf: Die Diskussion um die Judenverfolgung in SBZ und DDR, in: Keßler, Arbeiterbewegung, S. 81.

<sup>191</sup> So etwa das ND, 9.11. 1947, S. 2. Im Anschluß an einen knappen Bericht von der Dresdner Veranstaltung vermerkte Klemperer verbittert in einem weiteren Tagebucheintrag in bezug auf ihm zugetragene Berichte einige Tage später: „Was nützen alle Kristallnacht-Veranstaltungen dagegen?“, Klemperer, Stühlen, S. 458f.

des zweiten Redners, des VVN-Vorstandes Ottomar Geschke, aufzugreifen, wonach – anknüpfend an ältere Deutungen – Antisemitismus als Verschleierungsinstrument fundamentalerer gesellschaftlicher Widersprüche zu werten sei.<sup>192</sup> Wenn dann noch mehrfach der Verweis auf eine Art Vermächtnis der Toten zum Aufbau einer neuen Gesellschaft erfolgte und dieses mit Glückwünschen an die „Völker der Sowjetunion [...] zum 30. Jahrestag der Oktoberrevolution“ gekoppelt wurde, belegt auch das lokale Beispiel den Befund, daß bereits das durch Empörung motivierte Gedenken des Jahres 1947 mit der Auseinandersetzung um Strukturveränderungen in der SBZ verbunden wurde.<sup>193</sup>

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang weiterhin die differierende Darstellung der Rede Geschkes, der laut „Union“ mit Verweis auf den Aufstand im Warschauer Ghetto darauf drang, daß Juden „keineswegs nur Opfer, sondern in der Mehrheit zugleich Kämpfer gewesen“ seien; demnach wäre „Wiedergutmachung [...] eine Aufgabe aller anständigen Menschen“.<sup>194</sup> Vertreter der VVN – und da insbesondere jüdische Kommunisten – nutzten also wie auch in anderen Städten die Gelegenheit, die Wiedergutmachungsfrage anzusprechen. Hintergrund waren hier die Auseinandersetzungen innerhalb der SED wie auch der VVN um soziale Unterstützungsleistungen für rassistisch und religiös Verfolgte, v.a. aber um die Schaffung eines Wiedergutmachungsgesetzes. Ein solches forderten immer wieder Vertreter der rassistisch Verfolgten innerhalb der VVN – zu nennen sind hier Julius Meyer und Leon Löwenkopf –; es wurde aber von der SED-Parteiführung blockiert. Das nun gerade Geschke – neben Franz Dahlem eine der Stützen der Parteilinie in der VVN – in Dresden die Notwendigkeit gesetzlich geregelter Wiedergutmachung betont, verweist auf eine denkbare bündnispolitische Funktionalisierung des Gedenkens, war doch die VVN seitens der Berliner SPD unter den Verdacht eines verlängerten Armes der SED geraten. Somit schien es sinnvoll, mit einer Annäherung an eine jüdische Opferperspektive eine Überparteilichkeit herauszustellen.<sup>195</sup>

---

<sup>192</sup> „Antisemitismus als Keimwurzel faschistischen Rassenwahns“ bzw. „Antisemitismus auf ihre Fahnen geschrieben, um das deutsche Volk von den wahren Ursachen und Schuldigen allen Elends abzulenken“. Den Artikel abschließend werden letztere benannt, wenn es heißt: „Wir müssen nicht eine Rasse, sondern die Klasse imperialistischer Monopolkapitalisten als Ursache für Kriege, Nöte und ‚Kristallnächte‘ erkennen“ [Hervorhebung im Original]; SZ, 11.11. 1947, S. 1. Beispielsweise griff auch die KPD der Weimarer Republik auf das Ablenkungs-motiv zurück; Haury, Antisemitismus, S. 257.

<sup>193</sup> Groehler, Olaf: Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennung- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Kocka, (Hg.), DDR-Forschung, S. 116.

<sup>194</sup> Union, 15.11. 1947, S. 3. Geschkes Äußerungen stehen übrigens konträr zu seinen eigenen Worten des Jahres 1945, als er, noch Bezirkschef der Berliner KPD, auf die Unterscheidung zwischen Kämpfern und Opfern Wert legte; siehe Keßler, SED, S. 38.

<sup>195</sup> So argumentiert Groehler, SED, S. 288ff.

Der 10. Jahrestag der Novemberpogrome wurde in der SBZ ein erster „publizistischer und zeremonieller Höhepunkt“.<sup>196</sup> Auf verschiedenen Veranstaltungen sahen sich Redner gezwungen, erneut auf die Frage der Wiedergutmachung einzugehen. Besonders deutlich äußerten sich Julius Meyer als Vorsitzender des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in der SBZ auf der Veranstaltung in Erfurt sowie Heinz Galinski, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin.<sup>197</sup> Sie standen unter dem Eindruck, daß die entsprechende Gesetzgebung weitgehend ruhe, ließ doch 1948 die SED die „gesamte Wiedergutmachungspolitik dem Gesichtspunkt unter[ ]ordnen, wie sie sich in die angestrebte Umformung der Gesellschaft einfügen ließe.“<sup>198</sup> Umformung meint, daß sich die SED – gebunden an die nach Ausbruch des Kalten Krieges veränderte Politik der SU hin zu einem geschlossenen östlichen Block – vom „deutschen Weg zum Sozialismus“ verabschiedete und nun eine moskau-gerichtete Neuorientierung ihrer Politik vornahm und begann, auf den Aufbau eines Einparteienstaates sowjetischen Vorbildes hinzuarbeiten. Wiedergutmachung oder Entschädigung – etwa im Sinne der Rückgabe von Betrieben und Besitz, die in Volkseigentum waren oder dorthin überführt werden sollten – waren dabei „vom sozialistischen Standpunkt aus nicht zu verantworten.“<sup>199</sup>

Die neuen Zielsetzungen der SED überformten das Gedenken an die Novemberpogrome, indem ihre Vertreter in der VVN diese in die Veranstaltungen trugen. Schon die administrativ eingestellte Entnazifizierung auf Basis des SMAD-Befehls Nr. 35 vom 26. Februar 1948 sowie die Gründungen der Parteien NDPD und Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Mai bzw. April 1948 als direkt kontrollierte Gegenkräfte zu den politisch widerspenstigen CDU und Liberaldemokratischen Partei (LDP) waren im Vorfeld eindeutig Maßnahmen machtstabilisierender Funktion.<sup>200</sup> Genauso können die Deutungen der parteinahen Redner bei den Gedenkakten in anderen ostdeutschen Städten,<sup>201</sup> aber auch die Ausführungen Hans Seigewassers, VVN-Vorstand und eine Stütze der SED-Linie innerhalb der Organisation, auf der Veranstaltung in

---

<sup>196</sup> Ohne Kenntnis der Dresdner Kundgebung fanden laut Schmid fünf der insgesamt 22 Veranstaltungen aller Besatzungszonen hier erneut unter der Regie der VVN statt; Schmid, Antifaschismus, S. 26.

<sup>197</sup> Schmid, Antifaschismus, S. 27f. Galinski etwa äußerte, daß bisher „weder in Wort noch in Tat auch nur Zeichen des Bedauerns zu spüren waren“; zit. n. Timm, 9. November, S. 249.

<sup>198</sup> Groehler, Integration, S. 120f.

<sup>199</sup> So eine parteiinterne Notiz vom 14. Mai 1948 an Ulbricht zu einem entsprechenden Vorschlag möglicher Rückübertragungen an emigrierte Juden; zit. n. Haury, Antisemitismus, S. 321.

<sup>200</sup> Henkel, Rüdiger: Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR, Baden-Baden 1994, S. 177 – 208. Gegen diese und andere Integrationsangebote an ehemalige NSDAP- und Wehrmachtsangehörige richtete sich im übrigen breite Empörung v.a. der VVN-Basis: So etwa, wenn die sächsische VVN massiven Protest gegen die Pläne meldete, nach denen bis zu 3.000 Mitglieder Wohnungen und Häuser für den Einzug von ehemaligen Pg freimachen sollten; Groehler, SED, S. 292.

<sup>201</sup> Siehe dazu Schmid, Antifaschismus, S. 27 – 31.

Dresden<sup>202</sup> als „plakative Anprangerung nazistischer Verbrechen“<sup>203</sup> verstanden werden, um über eine generelle Anklage des Westens auf eine integrative Wirkung abzielen und gesellschaftliche Veränderungen in der SBZ im Parteisinne einzufordern und zu legitimieren.<sup>204</sup> Bei Seigewasser trat die Bestimmung des Antisemitismus als ein Wesenmerkmal des NS und das Verhalten der deutschen Bevölkerung zurück. Vielmehr richteten sich die in der Presse wiedergegebenen Teile seiner Rede auf eine Delegitimierung des kapitalistischen Westens im allgemeinen und im besonderen gegen die sich ebenfalls in der Verstaatlichungsphase befindenden Westzonen. Erinnerung fungierte hier lediglich als Nachweis des menschenverachteten Charakters des „Faschismus“ nach der verbindlichen Dimitroffschen Definition,<sup>205</sup> wenn dieser auf seine imperialistischen Wurzeln hin bzw. als Ergebnis kleiner monokapitalistischer Führungsgruppen definiert und somit jüdische Leidensgeschichte für eine aktuelle politische Auseinandersetzung nutzbar gemacht wurde.<sup>206</sup>

Die öffentliche Wirkung der Veranstaltungen in den Jahren 1947 wie 1948 kann sicherlich als gering bezeichnet werden. In knappster Form publizistisch begleitet, wandten sie sich wahrscheinlich an ein auf VVN-Mitglieder beschränktes Publikum. In bezug auf eine Teilnahme weiterer jüdischer Vertreter oder der Einbindung der Gemeinde in die Veranstaltungsorganisation können keine Aussagen getroffen werden. Selbständige kirchliche Aktivitäten sind ebensowenig festzustellen.

---

<sup>202</sup> Diese fand im Gebäude des Sachsenverlages wahrscheinlich am 17. November 1948 statt; zumindest spricht die Freitagsausgabe der SZ vom 19.11. 1948 auf Seite 1 vom „vergangenen Mittwoch“. Möglich scheint aber auch der 10.11. 1948. Die künstlerische Gestaltung umfaßte in diesem Jahr die Rezitation des Deutschlandgedichtes von Brecht, einen Auftritt des Chors der Staatsoper und das Verlesen eines Abschiedsbriefes einer Jüdin vor ihrem Tod im KZ; siehe Union, 20.11. 1948, S. 2.

<sup>203</sup> Groehler, Olaf: Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Steiniger, Umgang, S. 240.

<sup>204</sup> Seigewassers Rede in Dresden unterschied sich damit deutlich von seinem Anklagen der „feigen Schmach eines ganzen Volkes“ in der VVN-Zeitung „Unser Appell“ vom 11.11. 1948, zit. nach Schmid, Antifaschismus, S. 29f. Weitere Ansprachen hielten im übrigen der Schriftsteller Walther Victor und Leon Löwenkopf; letzterer wird nur kurz wiedergegeben mit einem Verweis auf die „jüngsten Ereignisse neofaschistischer Regungen“, die aber nur in den Westzonen und Berlin verortet wurden, Union, 20.11. 1948, S. 2. Hier kann von einer verkürzten bzw. gar keiner Wiedergabe (dies gilt für die SZ) derer Argumentationen ausgegangen werden, nimmt man als Vergleich die etwa schon benannten Stellungnahmen Löwenkopfs oder den Auftritt Victors auf einer weiteren Gedenkveranstaltung 1948 in Zwickau heran; siehe Groehler, Erinnerungen, S. 181.

<sup>205</sup> Dieser definierte den „Faschismus“ als die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen und am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“; zit. n. Münkler, Mythen, S. 128.

<sup>206</sup> Seigewasser sprach etwa davon, „daß der Kampf gegen Juden seit jeher mit der Bekämpfung der Demokratie und des Kommunismus verbunden gewesen“ sei, daß es erst lange hieß, „der Jude sei schuld, so habe sich nun die reaktionäre Propagandawalze ein wenig umgestellt, [...] der Kommunismus sei an allem Schuld“ oder daß die „Verfechter des ‚tausendjährigen Reiches‘ [...] heute die Anwälte des amerikanischen Monopolkapitals“ [Hervorhebung im Original] seien; SZ, 19.11. 1948, S. 1. Im zentralen Parteiorgan der SED wurde am 10. November 1948 dementsprechend genau jener Teil eines nie veröffentlichten Buches von Paul Merker wiedergegeben, welcher sich gegen oberste Militärstrukturen, industrielle Spitzen und alte Adelsverbände richtete; siehe Groehler, Erinnerungen, S. 182.



## 4. Die Staatsgründung und geschichtspolitische Aggression

### 4.1. Spätstalinistischer Antisemitismus und die Abwesenheit der Erinnerung

Entscheidende Etappen des bereits erwähnten Kurswechsels der SED, dessen Auswirkungen für die Erinnerung an die Novemberpogrome dargestellt werden sollen, bildeten die im September 1948 auf Entscheidung des Parteivorstandes installierte „Zentrale Parteikontrollkommission“ (ZPKK) unter Hermann Matern sowie v.a. der Beschluß der ersten Parteikonferenz im Januar 1949 zur Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typus“. Fähig zur Führung eines Staates, sollte diese nach sowjetischen Maßstäben eine hierarchisch-zentralistisch aufgebaute und ideologisch geschlossene fraktionslose Herrschaftsstruktur bilden. Die ZPKK führte in diesem Sinne ab Ende 1948 in mehreren Repressionswellen parteiinterne Überprüfungen durch, die sich v.a. gegen ehemalige Sozialdemokraten und kritische Kommunisten richteten. Ins Raster der Überprüfungen fielen ebenso Mitglieder ohne proletarisches Herkunftsmilieu und frühere Westemigranten – Kategorien, die vornehmlich Juden trafen.<sup>207</sup>

Neben dem Effekt, daß u.a. mit der Installation des Politbüros als neuem Leitgremium der Partei die „Vorspiegelung einer Parität von Kommunisten und Sozialdemokraten“<sup>208</sup> ein Ende fand, setzte sich sukzessive in der SED die im Moskauer Exil geprägte Strömung um Walter Ulbricht und Matern durch. Diese schloß an die marxistisch-leninistische Theoriebildung vor 1933 an, nach der die „jüdische Frage“ ökonomistisch als Klassenfrage zu interpretieren sei und mit der Durchsetzung des Kommunismus als Überwindung der Klassengegensätze gelöst wäre. Der Rassenantisemitismus als Kernelement des Nationalsozialismus blieb ihnen verborgen, begriffen sie diesen doch in erster Linie als Antikommunismus. Die Offenlegung der NS-Verbrechen an den Juden hinterließ keine Spuren in dieser ideologischen Ausrichtung bzw. in den theoretischen Diskussionen und der Erarbeitung der Nachkriegskonzeption der Exilanten in Moskau.<sup>209</sup>

---

<sup>207</sup> Haury, Antisemitismus, S. 339ff.

<sup>208</sup> Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998, S. 131.

<sup>209</sup> Groehler, Umgang, S. 234. Dies änderte auch nicht die vorübergehende Feststellung Ulbrichts am 24.12.1944 in Moskau: „Nicht einfach die Verschärfung der Unterdrückung des Volkes, sondern die Anwendung modernster Technik zur Vernichtung und Ausrottung der Gegner des Hitlerregimes und der Gegner des deutschen Monopolkapitals waren für die faschistischen Herrschaftsmethoden charakteristisch. Das war die Besonderheit. Es wurden Gegner nicht wie früher ins Gefängnis geworfen, sondern vernichtet“; zit. n. Keßler, SED, S. 27.

Verdrängt wurden dagegen in einem bis weit in die 1950er Jahre reichenden Prozeß als „*Verlust innerer Differenzierung*“ [Hervorhebung im Original]<sup>210</sup> – in einer idealtypischen Trennung – die beiden anderen Parteifractionen der „KZ- und Zuchthausgeneration“ altgedienter KPD’ler und solcher Kommunisten, deren Wege ins Exil vornehmlich nach Mexiko, Großbritannien oder in die USA geführt hatte. Politischen Gestaltungsverlust erlitten also die Fraktionen, welche in der VVN den Ton angaben und – dies gilt für die Westexilanten, namentlich v.a. Paul Merker – die Träger der Erinnerung an die Judenverfolgung waren und sich für Wiedergutmachung und Entschädigung einsetzten.<sup>211</sup> Die angesprochene Disziplinierung der Partei im Kontext der Ost-West-Konfrontation brachte jene Mitglieder in Verdacht, die in der Einordnung der „Zwei-Lager-Theorie“ in Kontakt zu solchen Personen und Institutionen standen oder dessen verdächtig schienen, die im westlichen Lager verortet wurden. Dies galt insbesondere für die Westemigranten, denen per se – außerhalb des Moskauer Zugriffs – ein schädliches Umfeld unterstellt wurde. Betroffen waren aber nach dem Entzug der anfänglichen Unterstützung Israels durch die SU sowie anderer sozialistischer Staaten und der Verortung Israels im imperialistischen Lager<sup>212</sup> auch all diejenigen, welche sich vor und nach 1945 für jüdische Belange einsetzten. Ein Plädoyer für Wiedergutmachung und Entschädigung sowie ein fortgesetztes Eintreten für Israel konnte unter diesen Vorzeichen der ideologischen Zuspitzung zur „untragbaren Häresie“ werden.<sup>213</sup>

Ganz unter diesen Zeichen standen die Direktiven der SMAD vor der Säuberungswelle 1949/50, die im Anschluß an den folgenschweren Rajk-Prozess in Budapest die politische Bekämpfung der Verdächtigten auch in der SBZ und DDR initiierten. Ein zentrales Element der Anklagen waren wie schon in Ungarn der Kontakt zu dem Kommunisten, nun aber der Agententätigkeit verdächtigten Noel Field.<sup>214</sup> Persönlichkeiten wie Merker

---

<sup>210</sup> So Danyel, Jürgen: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: ders. (Hg.), *Vergangenheit*, S. 32.

<sup>211</sup> Ebd.; Groehler, *Umgang*, S. 236ff. Dieses blockierte Engagement führte immerhin zum Entschädigungsgesetz vom 5. Oktober 1950, welches soziale Maßnahmen wie Gesundheits- und Altersfürsorge regelte, Vermögensfragen aber unbeantwortet ließ und Privatansprüche nicht akzeptierte. Die Jüdischen Gemeinden erhielten nur einen kleinen Teil ihres Vermögens zurück; Groehler, *SED*, S. 298f. Die Vermutung, daß die bereits 1950 einsetzenden Überprüfungen von Begünstigten entlang der Konfliktlinie der politischen Säuberungen verlief, fand in neuerer Forschung keine Bestätigung; dagegen schienen bei den Aberkennungsverfahren eher finanzpolitische Motive ausschlaggebend, Hölscher, Christoph: *NS-Verfolgte im „antifaschistischen Staat“*. Vereinnahmung und Ausgrenzung in der ostdeutschen Wiedergutmachung (1945 – 1989), Berlin 2002, S. 114ff.

<sup>212</sup> Keßler, *SED*, S. 47ff. und 123ff.

<sup>213</sup> So formulierte es Herf, *Erinnerung*, S. 128.

<sup>214</sup> Barth, Bernd-Rainer: Wer war Noel Field? Die unbekannteste Schlüsselfigur der osteuropäischen Schauprozesse, in: Leo/Reif-Spirek (Hg.), *Schweigen*, S. 197 – 221.

verloren ihre Stellung im Politbüro.<sup>215</sup> Allein in Sachsen wurden gut 4.600 Parteimitglieder überprüft und Listen „fragwürdiger Elemente“ zusammengestellt. Es folgten Verhaftungen, Einschüchterungen und berufliche Nachteile; erstmals wurden dabei Vermerke über eine jüdische Herkunft angelegt.<sup>216</sup>

Diese übernommene antizionistische Politik setzte die Jüdischen Gemeinden unter Druck; erste Mitglieder traten bereits 1951 aus.<sup>217</sup> Die für die Anfangszeit der Gemeinden so essentiellen Unterstützungslieferungen des amerikanischen JOINT bildeten nun ebenso Angriffspunkte für verschwörungstheoretische Vorwürfe.<sup>218</sup>

Eine dramatische Zuspitzung erhielt die antijüdische Zielrichtung dieser Kampagnen mit dem Beschluß der SED vom Juni 1952 zum „Aufbau des Sozialismus“, der mit einer „Verschärfung des Klassenkampfes“ eine erneute Suche nach „Abweichlertum“ anschob. Letztlich war dies eine repressive Reaktion auf die krisenhafte Entwicklung in der DDR selbst mittels einer Feindbenennung nach außen und deren angeblichen Unterstützern im Inneren. Die SED zog im Dezember 1952 die „Lehren“ aus dem offen antisemitischen Slansky-Prozeß in Prag.<sup>219</sup> In der DDR wurde v.a. wiederum Paul Merker dafür personifiziert, daß „der amerikanische Imperialismus über den Staat Israel seine Spionage- und Diversantentätigkeit mit Hilfe zionistischer Organisation in den volksdemokratischen Ländern organisiert und durchgeführt“<sup>220</sup> habe.

Partei- und Presseverlautbarungen, sich wiederholende Vorladungen, bei denen sich z.B. Julius Meyer als Vorsitzender des gerade erst gegründeten VJGDDR niemand geringerem als Matern selbst gegenüber sah,<sup>221</sup> und erneute Verhaftungen beschworen für Juden und die Jüdischen Gemeinden Anfang 1953 ein bedrohliches Szenarium herauf, in dem sie erneut als verkappte „Volksfeinde“ bedroht waren. Bereits im November und Dezember 1952 wurden in der BRD und Westberlin bis zu 300 aus der DDR geflüchtete Juden registriert.<sup>222</sup> Die im gesamten sowjetischen Machtbereich laufende Kampagne gegen

---

<sup>215</sup> Bei Merker – selbst Nichtjude – zeigt sich ganz deutlich, daß Westkontakt oder Eintreten für jüdische Belange entscheidende Kriterien bildeten. Andere Kommunisten ohne identitären Bezug auf ihre jüdischen Herkunft wie Hermann Axen, Stefan Heym, Markus Wolf und viele weitere blieben nahezu unbehelligt; Haury, Antisemitismus, S. 447f.

<sup>216</sup> Goldenbogen, Antisemitismus, S. 126.

<sup>217</sup> So auch in Dresden; siehe Goldenbogen, Trostlosigkeit, S. 119.

<sup>218</sup> Der Erhalt dieser ist auch für Dresden dokumentiert; siehe CJA, 5B1, 50, Bl. 294 und 295.

<sup>219</sup> Dokumentiert bei Keßler, SED, S. 153 – 155. Bei diesem Prozeß wurden der namengebende Hauptverdächtige und 10 der weiteren 13 Angeklagten zum Tode verurteilt; ebd., S. 85.

<sup>220</sup> Zit. n. Haury, Antisemitismus, S. 394. Die Maßnahmen gegen Merker dienten auch der Ausschaltung innerparteilicher Konkurrenz, deren Hintergrund bis weit in die Zeit des Exils reicht. Nach seiner Inhaftierung im Dezember 1952 wurde dieser erst im März 1955 verurteilt, bereits 1956 aber wieder freigelassen und rehabilitiert; siehe insgesamt Illichmann, DDR, S. 82 – 111.

<sup>221</sup> Keßler, SED, S. 100.

<sup>222</sup> Groehler, Antifaschismus, S. 17 – 19.

„Kosmopolitismus“ und die Aufdeckung der angeblichen „Ärzteverschwörung“ von Moskau gegen Stalin trieben Meyer und insgesamt sieben von acht Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinden am 12. und 13. Januar 1953 zur Flucht nach Westberlin, unter ihnen auch Löwenkopf aus Dresden.<sup>223</sup> Die Parteipresse deutete die Vertreibung als Eingeständnis „zionistischer Agenten“ um,<sup>224</sup> während die VVN am 21. Januar 1953 mit einem Ausschluß von vier der prominentesten Geflohenen, darunter Meyer und Löwenkopf, sekundierte.<sup>225</sup> Es folgten Durchsuchungen und berufliche Einschränkungen sowie z.T. jahrelang andauernde Inhaftierungen.<sup>226</sup>

Kurze Zeit nach diesen Vorgängen verfügte die SED die Auflösung der VVN.<sup>227</sup> Obwohl bereits seit Ende 1948 SED-Mitglieder die Majorität der Mitglieder stellten, blieb in der Vereinigung die KZ-Generation der KPD die dominierende Kraft,<sup>228</sup> welche in Erinnerung ihrer Leidensgeschichte nie völlig das SED-Integrationskonzept der „Nationalen Front“ akzeptierte, dem Ende der scharfen Entnazifizierungsmaßnahmen und der Eingliederung ehemaliger NSDAP-Mitglieder in die SED höchst kritisch gegenüberstand und somit einen Hemmschuh für die „Realpolitik“ der Parteiführung darstellte.<sup>229</sup> Zudem wurde die VVN mit ihrem nach wie vor hohen Anteil von ehemals rassistisch Verfolgten als politische Vertretung jüdischer Interessen wahrgenommen.<sup>230</sup> An Stelle der VVN wurde nun das

---

<sup>223</sup> Dazu Herbst, Andreas: Großmutter im Sterben. Die Flucht der Repräsentanten der Jüdischen Gemeinden 1953 aus der DDR, in: Leo, Annette/ Reif-Spirek, Peter (Hg.): Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 1999, S. 17 – 25. Löwenkopf war bereits im Nachgang der Verfolgungswelle 1949/50 im August 1950 für drei Monate unter dann anerkannt falschen Anschuldigungen inhaftiert worden; siehe Goldenbogen, Antisemitismus, S. 122. Dies geschah im übrigen nur kurze Zeit nach dem weithin beachteten Ereignis der Weihe der Trauerhalle des jüdischen Friedhofes auf der Fiedlerstraße zu einer Synagoge am 18. Juni 1950 unter Beteiligung hochrangiger politischer Vertreter; siehe dazu Goldenbogen, Trostlosigkeit, S. 117 – 119 sowie Offenberg, Machthaber, S. 54.

<sup>224</sup> So im Neuen Deutschland vom 21. Januar 1953; zit. n. Haury, Antisemitismus, S. 402.

<sup>225</sup> Der Beschluß ist dokumentiert bei Reuter/Hansel, Leben, S. 620f.

<sup>226</sup> Eschwege – selbst im März 1953 aus seiner Anstellung im Museum für deutsche Geschichte gedrängt – berichtet von Bruno Goldhammer als dem härtesten Einzelschicksal unter den Dresdner Juden; siehe Eschwege, Fremd, S. 71 – 74. Goldhammer, als hochrangiges Parteimitglied schon einer der Hauptbeschuldigten der Verfolgungswelle 1950, wurde 1954 wegen Agententätigkeit zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, aber bereits 1956 wieder freigelassen; siehe Haury, Antisemitismus, S. 345, Fußnote 170.

<sup>227</sup> Der Beschluß vom 3. Februar 1953 ist dokumentiert bei Reuter/Hansel, Leben, S. 621 – 623.

<sup>228</sup> Auf ambivalente Vielfalt in den Strukturen der VVN verweisen auch zwei Tagebucheinträge von Klemperer, der am 16. Dezember 1948 von einem Gespräch mit dem VVN-Vorstand Jacoby („spricht sehr pessimistisch. Ständiges Wachsen des Antisemitismus, auch in der SED“) bzw. am 30. Dezember 1948 von einer „Friedenskundgebung“ der VVN zu berichten weiß: „ganze Vortrag eine einzige Anklage gegen USA Eindruck bedrückend“; Klemperer, Stühlen, Bd. 1, S. 614 und 617f.

<sup>229</sup> Dazu Danyel, Jürgen: Die SED und die „kleinen Pg’s“. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR, in: Leo/ Reif-Spirek (Hg.), Helden, S. 177 – 196.

<sup>230</sup> Groehler, Olaf: Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Danyel (Hg.), Vergangenheit, S. 23ff. Entsprechend kommentierte am 22. Februar 1953 Klemperer, hinter der Auflösung stünde „a) die allgemeine Concentration in der Republik, die im Kern die Partei ist b) als Auslöser der Abfall der zionistischen Juden – Julius Meyer hat in der Kammer unmittelbar nach mir für die VVN gesprochen, die VVN galt vielen als Judenvertretung“ [Hervorhebungen im Original]; Klemperer, Stühlen, Bd. 2, S. 360.

„Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ unter der Leitung Materns installiert, womit für ideologische Korrektheit gesorgt war.<sup>231</sup> Die Gestaltung der Gedenktage an Opfer und Widerstand wurde der Nationalen Front übertragen, in deren Konzeption die Novemberpogrome aber nicht vorkamen; die bisherigen Gedenkakteure waren politisch ausgeschalten.<sup>232</sup>

Die hier skizzierten Vorgänge wirkten sich fundamental auf die öffentlich gestaltete Erinnerung an die Novemberpogrome aus, welche in den Folgejahren nicht mehr an das Jahr 1948 anknüpfen konnte. Nahmen Timm und Groehler schon für die Jahre der Nach-Existenz der VVN von 1949 bis 1952, aber auch für 1953 an, daß keine Veranstaltungen durchgeführt wurden, so können Herf und Schmid solche für diesen Zeitraum – wenn auch nur vereinzelt – nachweisen, so beispielsweise die letzte VVN-Gedenkfeier in Berlin 1952.<sup>233</sup>

Die ab 1953 jährlich (und bis auf 1955 auch in Leipzig) wohl nur in Berlin<sup>234</sup> stattfindenden Gedenkakte unterlagen fortan durchweg einer deutschlandpolitischen Instrumentalisierung durch die staatstragende Partei: Materielle Unterstützung jüdischer Gemeinden wie publizistische Begleitung zum Jahrestag 1953 sollten gegen den durch die Verfolgungswelle 1952/53 entstandenen Eindruck einer antisemitischen Ausrichtung der DDR ankämpfen; die mit Angriffen auf die BRD verknüpfte Berichterstattung legte dabei den Fokus auf die Rolle der Gestapo, der SS und SA bei den historischen Vorgängen. Noch stärker kam dies bei der Gedenkfeier 1956 in Berlin zum Ausdruck, welche die Jüdische Gemeinde und das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer mit Unterstützung der SED organisierten; bloße Erinnerung und Würdigung der Opfer trat hier endgültig hinter eine Dominanz tagesaktueller Politisierung zurück.<sup>235</sup>

Die Möglichkeit, auch dieses historische Datum in der Auseinandersetzung mit der BRD einzusetzen, bedeutete aber noch nicht die Etablierung einer durchgehenden jährlichen Gedenkkultur im Sinne öffentlicher geschichtspolitischer Memorierung. So fanden ab 1957

---

<sup>231</sup> Groehler, Umgang, S. 236.

<sup>232</sup> Groehler, Erinnerungen, S. 191.

<sup>233</sup> Ebd.; Timm, Umgang, S. 217; Schmid, Antifaschismus, S. 35 – 37; Herf, Erinnerung, S. 199.

<sup>234</sup> Groehler vermutet als Ursache für diesen lokalen Bezug einen Kompromißkurs der Berliner Jüdischen Gemeinde unter Martin Riesenburger, während die anderen Gemeinden bzw. der VJGDDR unter Führung des Hallensers Hermann Baden noch auf Distanz blieben; vgl. Groehler, Umgang, S. 241f.

<sup>235</sup> So hieß es in einer Rede in bezug auf die NS-Personalkontinuitäten in der Bundesrepublik: „Sie bereiten eine Kristallnacht vor, viel größer als 1938, bei der nicht nur Juden, sondern Anhänger des Fortschritts, der Demokratie und des Friedens verschleppt, gefoltert und erschlagen würden.“; zit. n. Schmid, Antifaschismus, S. 44.

nahezu keine von Partei oder Staat protegierten Veranstaltungen statt.<sup>236</sup> Bis 1963 bildete die Einweihung des Gedenksteins am ehemaligen jüdischen Altersheim in Berlin am 9. November 1960 damit die Ausnahme. Allerdings unterlag die Übergabe dieses Mahnmals auch der Funktionalisierung in der Systemauseinandersetzung: Reden sowie propagandistische Begleitung der Presse formulierten Anklagen und bildeten einen Teil der umfassenden Kampagne gegen den Mitkommentator der Nürnberger Rassegesetze und damaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Hans Globke, welche unter Federführung des Politbüromitglieds Alfred Norden seit Juli 1960 geführt wurde. Mit dieser wollte sich die Parteiführung der erhöhten internationalen Aufmerksamkeit für die jüdische Verfolgungsgeschichte durch den bereits in Vorbereitung befindlichen und dann ab April 1961 in Jerusalem geführten Prozeß gegen Adolf Eichmann bedienen.<sup>237</sup> Die Erinnerung an die Novemberpogrome bildete im Jahr 1960 somit einen ersten Höhepunkt auf dem Weg des historischen Datums des 9. November 1938 in die staatliche geschichtskulturelle Obhut als „bloße Verfügungsmasse“.<sup>238</sup> Eingedenk der vergangenheitspolitischen Prämissen, wie sie angesichts der Einweihungsrede der neuen Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen von Walter Ulbricht am 24. April 1961 offenlagen, war mehr auch nicht zu erwarten.<sup>239</sup>

In Dresden hat es scheinbar seit 1949 vorerst keine öffentlichen Akte am Jahrestag gegeben. Groehler registriert zwar für 1949 „angekündigte lokale Treffen [...] etwa in Sachsen“ durch VVN und Jüdische Gemeinden, nur sind die Informationen zu gering, um Vorbereitungen konkret für Dresden auszumachen, und ebensowenig können tatsächlich durchgeführte Veranstaltungen ausgemacht werden.<sup>240</sup>

---

<sup>236</sup> Dagegen stand eine interne Kritik daran wiederum ganz im Zeichen des deutsch-deutschen Legitimierungskampfes: Während in der BRD 1958 eine vielfältige Praxis des Erinnerns zu registrieren war (siehe dazu Schmid, *Erinnern*, S. 199ff), wurde es als Versäumnis betrachtet, daß kein Vertreter des Staates an der Veranstaltung der Jüdischen Gemeinde Berlin teilnahm; siehe Mertens, *Davidstern*, S. 61.

<sup>237</sup> Die vergangenheitsbezogenen Kampagnen dienten dabei nie einem Interesse der Aufarbeitung der NS-Verbrechen; siehe dazu Lemke, Michael: *Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960 – 1968*, in: Danyel (Hg.), *Vergangenheit*, S. 68ff. V.a. sollte mit der Entsendung Friedrich Karl Kauls als Nebenkläger versucht werden, einen Zusammenhang zwischen Eichmann und Globke nachzuweisen; vgl. Timm, Angelika: *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*, Bonn 1997, S. 147ff.

<sup>238</sup> Schmid, *Antifaschismus*, S. 32. Zur Entwicklung bis 1962 insgesamt ebd., S. 32 – 54.

<sup>239</sup> Dort konnte neben der zentralen Ehrerweisung gegenüber „den Kämpfern gegen Krieg, Faschismus und Militarismus, den Opfern des Naziterrors“ Ulbricht das Schicksal von Kommunisten und Sozialdemokraten, Kriegsgefangenen wie Bürgern einer umfassenden Reihe von Ländern benennen, denen die „Zukunft der deutschen Nation“ zu verdanken war; Juden fanden gleichwohl mit keiner Silbe Erwähnung; zit. n. Herf, Jeffrey: „Hegelianische Momente“. Gewinner und Verlierer in der ostdeutschen Erinnerung an Krieg, Diktatur und Holocaust, in: Cornelißen, Christoph/ Klinkhammer, Lutz/ Schwentker, Wolfgang (Hg.): *Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945*, Frankfurt/ Main, S. 206f.

<sup>240</sup> Groehler, *Erinnerungen*, S. 190. In diesem Zusammenhang kann auch auf einen Presseartikel verwiesen werden, der informierte: „Die in der Arbeitsgemeinschaft der Kirchen zusammengeschlossenen 30 Kirchen und Religionsgemeinschaften Groß-Berlins betonen öffentlich, daß es ihnen ein Bedürfnis ist, des 10. November 1938 ganz besonders zu gedenken“; *Union*, 9. November 1949, S. 2. Etwaige kirchliche Aktivitäten in Dresden sind weder für 1949 noch in der folgenden Dekade feststellbar.

Wie bereits dargelegt, konzentrierten sich öffentliche Aktivitäten vornehmlich auf Berlin. Für Dresden kann daher gelten, daß lediglich deren propagandistische „Begleitmusik“ in überregionaler Presse und im Rundfunk lokal wahrzunehmen war. In der städtischen bzw. regionalen Presse war die Thematik in einem äußerst geringen Maße erst ab 1957 wieder präsent. Bemerkenswerterweise näherte sich einer der ersten Artikel dem Datum mit einem persönlichem Bezug an und kam komplett ohne die vorherrschende Einordnung oder gar aktuelle politische Zielrichtung aus.<sup>241</sup> Dies blieb frühe Ausnahme, richteten sich doch Presseartikel im weiteren stets im Rahmen der DDR-Kampagnenpolitik gegen das politische System der BRD.<sup>242</sup>

Darüber, ob die Jüdische Gemeinde zu Dresden interne Gedenkveranstaltungen durchführte, liegen keine Berichte vor. Nach der Fluchtwelle Anfang 1953 mußte die Gemeinde im Laufe des Jahres zunächst einen weiteren Mitgliederschwund durch Fortzug verkraften.<sup>243</sup> Dennoch gelang bis Ende der 1950er Jahre die Stabilisierung des Gemeindelebens, welches sich aber bis in die 1960er Jahre hinein außerhalb der weiteren Dresdner Öffentlichkeit vollzog.<sup>244</sup>

Christliche Kirchgemeinden in Dresden nahmen den Jahrestag ebenfalls nicht zum Anlaß für eigene Aktivitäten. Allerdings können von Seiten der evangelischen Kirche durchaus Kontakte zur Jüdischen Gemeinde registriert werden, die auf eine gewisse Sensibilität für deren prekäre Lage um 1953 schließen lassen.<sup>245</sup> Insgesamt gilt aber, daß bis in die 1970er

---

<sup>241</sup> Hein Schramm berichtete über den 10. November 1938 als den letzten Schultag seiner 17jährigen Mitschülerin Ruth Bernstein. Unklar bleibt, ob seine Erlebnisse in Dresden spielen; Union, 10.11. 1957, S. 3. Im übrigen findet sich unter diesem Text ein weiterer, der sich auf den 109. Jahrestag der Hinrichtung von Robert Blum, Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung, bezieht, welcher als ein „Kämpfer für Demokratie und Einheit“ (so ND vom 10.11. 1957, S. 4) in die Ahnenreihe der Vorgeschichte der DDR integriert wurde; vgl. Schmid, Antifaschismus, S. 46.

<sup>242</sup> V.a. (hier bereits 1958, also lange vor dem Start der Großkampagne) mit stetem Verweis auf Globke, daß in der BRD die „intellektuellen Urheber der Judenverfolgung [...] in Amt und Würden“ stehen, während die DDR „den Antisemitismus zerschlagen hat“; SZ, 8.11. 1958, S. 4. In Dresden erscheinende Zeitungen veröffentlichten die Erklärung der Nationalen Front vom 22. Jahrestag der Novemberpogrome (Union, 10.11. 1960, S. 1) oder titelten schlicht: „Der Antisemitismus lebt in Westdeutschland“; SNN, 10.11. 1960, S. 2. Rund um den 9. November 1960 legte die SZ eine Artikelserie unter dem Titel „Die Blutspur führt nach Bonn“ auf; so beispielsweise SZ, 10.11. 1960, S. 3.

<sup>243</sup> Bis zum Herbst 1954 ging die Mitgliederzahl schließlich auf 96 zurück und hatte demnach im Vergleich zum Dezember 1952 (131) einen Verlust von knapp 40 hinzunehmen. Mindestens ebenso schwer wog der Umstand, daß v.a. Familien mit Kindern flohen; siehe Mertens, Davidstern, S. 69 – 73.

<sup>244</sup> Ein neuer Vorstand bildete sich am 15. März 1953 mit Helmut Aris, Richard Lewinsohn und Walter Friedländer, wobei letzterer 1958 ausschied und die DDR verließ; Goldenbogen, Trostlosigkeit, S. 120.

<sup>245</sup> Dies äußert sich etwa in Hinblick auf eine notwendige Renovierung des Jüdischen Friedhofs in der Pulsnitzer Straße. In einer Mitteilung hieß es u.a., „die Angelegenheit im Auge zu behalten und dem Kirchgemeindeverband Dresden zur Pflicht zu machen, im Bedarfsfälle die Bitte der jüdischen Gemeinde, bei der Wiederherstellung des Friedhofs behilflich zu sein, zu unterstützen.“; Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 2, 261, Blatt 3 und 4. Diese Aufmerksamkeit beruhte auf dem Aufruf des hier noch gesamtdeutschen Verbundes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum Schutz der jüdischen Friedhöfe von 1950, welcher vielerorts aufgegriffen wurde, damit sich „zur Vernichtung nicht auch noch das Vergessen gesellt“; zit. n. Ostmeyer, Schuld, S. 145. Zur Geschichte dieses Friedhofs siehe Thiele, Frank (Hg.): Alter jüdischer

Jahre hinein das Interesse an der Jüdischen Gemeinde außerhalb dieser als äußerst gering einzuschätzen ist.<sup>246</sup>

#### **4.2. Die „Entfaltung eines echten nationalen Hasses“ – Anklage und Integration**

Im Vorfeld des fünften Jahrestages der Bombardierung Dresdens faßte das Politbüro der SED den Beschluß, die Gedenkveranstaltungen in einem größeren Rahmen als bisher für die politische Auseinandersetzung zu organisieren.<sup>247</sup> Die Erinnerung war augenscheinlich geeignet, in die allgemeine außenpolitische Argumentation der DDR integriert zu werden, für deren politische Führung die Thematik „Frieden“ seit der Staatsgründung am 7. Oktober 1949 zentral war.<sup>248</sup> Der 13. Februar 1950 sollte dabei zum „Anlaß einer breiten Kampagne zur Entfaltung eines echten nationalen Hasses gegen die anglo-amerikanischen Kriegstreiber [...] genommen werden.“ Gemäß des Beschlusses hatten diesmal die Veranstaltungen den lokalen Rahmen zu sprengen und die Anklage sich sachsenweit gegen die Zerstörung selbst, v.a. aber gegen „die Vorbereiter eines dritten Weltkrieges“ zu richten.<sup>249</sup> Ganz bewußt wurde auf die bereits dargestellte zeitgenössische Rezeption des Ereignisses reflektiert, wenn der Jahrestag als günstig zur Darstellung schien, „weil damals in der ganzen Welt über die Zerstörung gesprochen wurde.“<sup>250</sup>

Weil direkt angesprochen, wird dabei aus den Konzeptionspapieren der Vorbereitungsphase deutlich, daß die massiven rhetorischen Angriffe auf die westlichen Alliierten<sup>251</sup> v.a. nach innen gerichtet waren, um dem neuen Staat bzw. seiner politischen Struktur eine breite Legitimation zu verschaffen: Angestrebt wurde ein „erweiterter Zusammenschluß aller

---

Friedhof in der Dresdner Neustadt, Dresden 2000. Auch wenn daraus nicht die Beziehungen zwischen (evangelischer) Kirche und Jüdischer Gemeinde im ganzen auszumessen sind, so bleibt dies doch hinter der Initiative von Probst Heinrich Grübner anläßlich des 18. Jahrestages zurück, Jugendorganisationen aus der DDR und der BRD zu Instandsetzungsarbeiten von jüdischen Friedhöfen in Berlin zusammenzuführen. Von Seiten der Partei wurde dies aber abgewürgt; siehe Timm, Umgang, S. 217f. Grübner hatte sich im übrigen in den Diskussionen vom Herbst 1945 um die wenigstens partielle Gleichstellung zwischen politisch und rassisch Verfolgten vehement für die Belange der letzteren eingesetzt; Groehler, Umgang, S. 236.

<sup>246</sup> Diesem pauschalen Befund von Offenberg stehen keine anderslautenden Hinweise zur Situation in Dresden entgegen; Offenberg, Machthaber, S. 129.

<sup>247</sup> Margalit, Luftangriff, S. 194.

<sup>248</sup> Weber, Hermann: DDR. Grundriß der Geschichte 1945 – 1990, Hannover 1991, S. 71f.

<sup>249</sup> SächsHStA, IV/A/419, Bl. 3.

<sup>250</sup> Ebd., Bl. 20.

<sup>251</sup> Die zentralen Losungen lauteten u.a. „Wir beantworten die Zerstörung Dresdens mit der Zerstörung der Front der amerikanischen Kriegstreiber.“, „Wir hassen die amerikanischen Kriegstreiber, die Mörder Dresdens!“, „Weil wir den Frieden lieben, müssen wir die amerikanischen Kriegshetzer hassen.“; siehe ebd., Bl. 34.



nationalgesinnten Kräfte in der Nationalen Front“; die Partei könne nun „alle Kräfte, die aus irgendwelchen Gründen [...] ferngestanden [hatten]“, binden und die „Möglichkeit haben, an die Bevölkerung und besonders an die Frauen heranzukommen“.<sup>252</sup> Diese Ausrichtung entsprach dem Geist des Wandels der SED von einer „gesinnungsethisch fundierten Entnazifizierungspolitik [...] hin zu einer von Stabilitätsabwägungen gespeisten realpolitischen und pragmatischen Linie des Umgangs mit ehemaligen Anhängern des NS-Regimes“.<sup>253</sup>

Gemäß den vorab betriebenen Überlegungen, daß in der Presse „langsam gesteigert auf diesen Tag hingewiesen werden“ sollte,<sup>254</sup> bewarb die Sächsische Zeitung in der Woche vor dem 13. Februar 1950 – einem Montag – täglich auf Seite eins die Veranstaltungen. Zudem wurde erstmals ein Aufmarschplan für die zentrale Kundgebung geordnet nach Stadtbezirken veröffentlicht, auf eine Sammlung der Volksolidarität für den Neuaufbau verwiesen, der Jahrestag selbst zum „Tag der Friedensschichten“ ernannt, erste Sonderschichten unter dem Motto „13. Februar 1945“ vermeldet sowie die Standorte für sechs über das Stadtgebiet verteilte Obeliskn bekanntgegeben, an denen Kränze niedergelegt werden konnten. Unter der Titelzeile „Der Jahrestag der Zerstörung Dresdens – Kampftag für den Weltfrieden“ wurde weiterhin aufgerufen, „in allen Betrieben, Dörfern und Städten Friedenskundgebungen durchzuführen“.<sup>255</sup>

Am 13. Februar 1950 selbst dokumentierte die Presse einen Brief Wilhelm Piecks an Oberbürgermeister Weidauer und republikweite Zuschriften an den RdS. Unter Verwendung einer komplett falschen Darstellung einer alliierten Beschlußfassung zur Bombardierung Dresdens, die von „Handlangern der Wallstreet“ und „Vertretern der

---

<sup>252</sup> SächsHStA, IV/A/419, Bl. 18 und 21. Dabei war der letzte Punkt umstritten, da „keine gesonderten Hausfrauen- und Jugendkundgebungen stattfinden dürfen, außer der Intelligenz“; ebd., Bl. 22.

<sup>253</sup> So Danyel, SED, S. 188. Illustrierendes Beispiel für Maßnahmen ist hier v.a. das Gesetz über den „Erlaß von Sühnemaßnahmen und die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für die ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht“ vom 9. November 1949 zu nennen, welches im Oktober 1952 um das „Gesetz über die staatsbürgerlichen Rechte der ehemaligen Offiziere der Wehrmacht und der ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht“ erweitert wurde; ebd., S. 189. Die terminliche Ansetzung der Verabschiedung des „Erlasses“ kam einer „frappanten Demonstration historischer Unbekümmertheit“ gleich; so Schmid, Antifaschismus, S. 32. Ebenso zelebrierten die von April bis Juni 1950 geführten Prozesse in Waldheim mit Härte ein vorgebliches antifaschistisches Grundverständnis, waren aber letztlich als „Schlußstrich“ der Strafverfolgung von NS-Verbrechen intendiert; Meyer-Seitz, Christian: Die Verfolgung von NS-Straftaten in der Sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1998, S. 232 – 234 bzw. Weinke, Annette: Die Verfolgung von NS-Straftätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949 – 1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002, S. 63 – 75.

<sup>254</sup> Sächs.HStA IV/A/419, Bl. 20.

<sup>255</sup> Siehe dazu SZ 8.2. 1950, S. 4; SZ 9.2. 1950, S. 4; SZ 10.2. 1950, S. 4; SZ 12.2. 1950, S. 4; auch Union, 12.2. 1950, S. 1.

Rüstungsmonopole<sup>256</sup> gefordert worden wäre, stellte ein Leitartikel nun als wahren Hintergrund die „Absicht, den Vormarsch der sowjetischen Armee zu hemmen und praktisch die endgültige Niederwerfung des Naziregimes hinauszuschieben“, heraus. Nach dem Ereignis, welches 45.000 Tote gefordert hätte,<sup>257</sup> richte sich der Dank nun an die Hilfe der SMAD und den „Aktivisten der erste Stunde“.<sup>258</sup>

Den Beginn der Veranstaltungen am Jahrestag markierten die Kranzniederlegungen an den aufgestellten Obelisken und weiteren Standtafeln durch Delegationen von städtischen Betrieben und politischer Prominenz wie dem Präsidenten der Volkskammer der DDR, Johannes Dieckmann, dem Sächsischen Ministerpräsidenten, Max Seydewitz, und Weidauer am Postplatz.<sup>259</sup> Ab 1950 wurden nun jährlich – und bis heute – auch Kranzniederlegungen auf dem Heidefriedhof durchgeführt, auf dem der Großteil der Opfer begraben liegt.<sup>260</sup> Schon diese ersten Akte markieren dabei einen wichtigen Unterschied zu den vergangenen Jahren, fanden diese doch unter freiem Himmel und somit unter größerer öffentlicher Aufmerksamkeit statt als die bisherigen Saalveranstaltungen. Mit der einminütigen Verkehrsrufe um 12 Uhr mittags in ganz Sachsen trat ein weiteres Element zur Erinnerungskultur hinzu, welches seinerseits zum überlokalen Charakter beitrug, wenn es nicht gar als höchst abstrakter Akt in der Art verbindlich war, daß sich diesem im öffentlichen Raum nicht entzogen werden konnte.<sup>261</sup>

Für den Nachmittag hatten Kulturbund und Nationale Front im Staatsschauspielhaus Dresden eine Zusammenkunft von Kunst- und Kulturschaffenden organisiert, bei der Alexander Abusch eine Rede hielt, in der er – ebenfalls unter Verwendung erhöhter Opferzahlen und eines Terminus der Kriegsverbrecherprozesse von Nürnberg – von einem

---

<sup>256</sup> Schon in dem im Januar 1950 erstellten „Aufruf an die Dresdner Bevölkerung“ hieß es, daß eine „Handvoll amerikanischer Monopol- und Bankenherren aus Gründen persönlicher Profite“ verantwortlich wäre; SächsHStA, IV/A/419, Bl. 12.

<sup>257</sup> Womit die offiziellen Zahlen „fast verdoppelt“ wurden; siehe Neutzner, Anklagen, S. 140. Wider besseren Wissens, denn in den Akten ist nach statistischen Angaben von 30.000 Toten die Rede; SächsHStA, IV/A/419, Bl. 15.

<sup>258</sup> Siehe insgesamt SZ, 13.2. 1950, S. 1 und 4.

<sup>259</sup> SZ, 14.2. 1950, S. 4. Eine Aktennotiz bringt zum Ausdruck, daß dieser Teil möglichst knapp gehalten werden sollte, wenn der Jahrestag v.a. unter tagespolitischen Belangen zu konzipieren war. Erwünscht war, daß „durch die Regierung ein Kranz niedergelegt wird aber nicht mehr, da wir nur peinliche Gefühle erwecken. Was wollen wir? Daß an diesem 5. Jahrestag der Gedanke klar in die Köpfe gehämmert wird, daß die Imperialisten dieselben Kräfte sind die heute zum 3. Weltkrieg treiben.“ [Fehler im Original]; SächsHStA, IV/A/419, Bl. 27.

<sup>260</sup> Darauf verweist Neutzner, Matthias: Dresden! – Die Erinnerung an den 13. Februar, in: Starke, Holger (Hg.): Geschichte der Stadt Dresden. Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart, Bd. 3, Stuttgart 2006, S. 856, Fußnote 82.

<sup>261</sup> Angewiesen wurde dieser Eingriff durch den Ministerpräsidenten Seydewitz und Innenminister Arthur Hofmann, SZ, 13.2. 1950, S. 1.

„Verbrechen gegen die Menschlichkeit“<sup>262</sup> sprach. Für erhöhte Aufmerksamkeit sorgten auch Eröffnungen von Ausstellungen oder öffentlicher Einrichtungen zeitnah zum Jahrestag.<sup>263</sup>

Die zentrale Großkundgebung auf dem Karl-Marx-Platz (heute: Palaisplatz) besuchten – noch einmal durch umfangreiche Agitation mobilisiert<sup>264</sup> – 100.000 Teilnehmende, auf der der Leiter des Amtes für Information der DDR, Gerhart Eisler, die Hauptrede hielt; dieser griff ein Argument von 1949 auf, indem er als hauptsächlichen Grund der Luftangriffe die zukünftige Lage Dresdens in der SBZ betonte.<sup>265</sup> Im Anschluß daran führte ein Fackelzug der FDJ vom Versammlungsort zum Neuen Rathaus.<sup>266</sup>

Über die Veranstaltungen wurde republikweit in der Presse berichtet. Zur überregionalen Bedeutung trugen weiterhin die Übertragung der auf der Kundgebung abgehaltenen Reden im Rundfunk und die Berichterstattung in der DEFA-Wochenschau „Der Augenzeuge“ bei sowie Veranstaltungen am Jahrestag in einer Vielzahl von Städten in der DDR.<sup>267</sup> Zumindest sachsenweit dürften auch die schulischen Einrichtungen in die angestrebte gesellschaftliche Mobilisierung eingebunden worden sein.<sup>268</sup> Ebenso erschien 1950 der weitverkaufte Fotoband „Dresden – eine Kamera klagt an“ mit Fotografien Richard Peters, der als Ausdruck einer „visuellen Geschichtspolitik“<sup>269</sup> neben wenigen Bildern des

---

<sup>262</sup> Dieser Vorwurf wurde in Kontrast zur (wertenden) Feststellung gesetzt, daß die Rote Armee „keinen einzigen Terrorangriff“ geflogen sei; SZ, 14.2. 1950, S. 1. Dieser Aspekt wurde zum 5. Jahrestag mehrfach aufgegriffen, so bspw. in weiteren offiziellen Losungen wie „Amerikanische Bomber zerstörten Dresden – die Sowjetunion hilft uns aufbauen“ und „Amerikanische Bomber mordeten, die Sowjetunion bombardierte keine wehrlosen Frauen und Kinder.“; SächsHStA, IV/A/419, Bl. 34. Ebenso sah ein Flugblatt der Nationalen Front in Dresden das „Opfer der Antisowjethetze“; Margalit, Luftangriff, S. 195.

<sup>263</sup> So etwa die Ausstellungen in den Staatlichen Sammlungen Radebeul und der Landesbibliothek Dresden bzw. die Wiedereröffnung eines Hallenbades; siehe SZ, 13.2. 1950, S. 4; Union 15.2. 1950, S. 3.

<sup>264</sup> Zumindest eingeplant war ein „Werbefest“ als „eine wirkliche Haus- und Hofagitation“; SächsHStA, IV/A/419, Bl. 28.

<sup>265</sup> Bei Eisler läßt sich der 1950 endgültige propagandistische Umschwung gut verorten, hatte jener in einem Brief vom 21. Januar 1950 seine Zusage als Redner mit den Einwänden verknüpft, daß „klarzumachen [sei], daß die Hauptschuld der Vernichtung doch das Hitlerregime trägt durch die Entfesselung des Krieges“. Er lag damit noch auf der Linie der älteren Deutung, die eine (wenn auch schon stark auf Hitler personifizierte) deutsche Mitschuld kannte. Erwähnung fand dieser Punkt in seiner Rede dann aber nicht mehr; siehe Margalit, Luftangriff, S. 194 – 196; auch SächsHStA, IV/A/419, Bl. 33.

<sup>266</sup> Auch dieser war bereits im Vorfeld konzipiert und stand unter dem aggressivem Motto: „dieses Feuer, das wir durch Dresden tragen, ist das Feuer des Friedens und mit diesem Feuer wollen wir alle Kriegshetzer ausräuchern“; SächsHStA, IV/A/419, Bl. 22. Die relativ umfangreiche Dokumentation der Vorbereitungen zeigt im übrigen, daß formal verschiedene Organisationen – wie hier die FDJ – als Veranstalter auftraten, die ganze Konzeption aber in den Händen der Landesleitung der SED lag.

<sup>267</sup> Neutzner, Anklagen, S. 141.

<sup>268</sup> Zumindest sind im Januar 1950 Anweisungen im Gespräch, „zu Beginn des Unterrichts eine kurze Feierstunde durchzuführen“; SächsHStA, IV/A/419, Bl. 29.

<sup>269</sup> So Habbo Knoch; zit. n. Paul, Gerhard: Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges, Paderborn 2004, S. 268.

unzerstörten Dresdens solche der Zerstörung, v.a. aber jene zum Thema „Aufbau“ versammelte.<sup>270</sup>

Alle bisher genannten Veranstaltungen und Aktivitäten zum fünften Jahrestag waren von dem nun endgültigen Bestreben gekennzeichnet, die Luftangriffe aus dem „Narrativ vom gerechten, heroischen Kampfe gegen das nationalsozialistische Deutschland zu lösen und in den Kontext des Kalten Krieges zu übertragen“.<sup>271</sup> Raum für eine Verortung Dresdens oder der Dresdner städtischen Gesellschaft zwischen 1933 und 1945 fand sich unter dieser Prämisse nicht mehr; zwölf Jahre hatten sich auf eine Nacht verkürzt: Die Stadt existierte scheinbar nur vor 1933 und v.a. nach 1945. Aus dem Bild fielen ihre Bedeutung als Gauhauptstadt und ihre Rolle als Militärstandort in den Kriegsvorbereitungen; ungeschehen offenbar auch die Existenz und Vorgänge in den KZ-Außenlagern, die Judenverfolgung, die Anwesenheit von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in einer Stadt der „Frauen, Kinder und Greise“. Die neue SED-Interpretation griff hier erneut auf etablierte Deutungen zurück und konnte dem Bild der Sinnlosigkeit ein weiteres Element hinzufügen, indem die Luftkriegsführung der westlichen Alliierten als außerhalb des Kampfes gegen den Nationalsozialismus dargestellt wurde. Auch die Betonung der Einzigartigkeit kam zupass, bestand doch hier – so betont Neutzner zurecht – die „Möglichkeit kraftvoller Anklage und erhöhte zudem den Wert der eigenen Aufbauleistung“.<sup>272</sup>

Im Interesse der Partei lag es dabei auch, Einfluß auf gesellschaftliche Verbände wie den christlichen Kirchen zu nehmen: Diese wurden zum einen gebeten, erneut und nun schon traditionell 21.45 Uhr die Glocken läuten zu lassen, zum anderen sollte das evangelische Landeskirchenamt angesprochen werden, am Sonntag, dem 12. Februar 1945, „keine Gedenkgottesdienste schlechthin, sondern Friedensgottesdienste“ abzuhalten“ [Hervorhebung im Original].<sup>273</sup> Erschöpft war die politische Einflußnahme auf innerkirchliche Entscheidungen mit diesem eher formalen Versuch eines Eingriffs noch nicht. Vielmehr sollte Druck auf die inhaltliche Ausrichtung der kirchlichen

---

<sup>270</sup> Der herausgebende Verlag betonte dabei die politische Intention als „Anklage gegen imperialistische Kriege“; siehe Neutzner, Anklagen, S. 138f. Nach eigenen Peters Angaben war der Band Regierungsbeschuß; siehe Fabian, Rainer/Adam, Hans Christian: Bilder vom Krieg. 130 Jahre Kriegsphotographie – eine Anklage, Hamburg 1983, S. 257. Der Band enthält auch die bekannte Fotografie mit Blick vom Rathausturm auf das zerstörte Stadtzentrum; hierzu Neumann, Michael: Genealogie einer Geste. Zu einer Ikone der Trümmerphotographie von Richard Peter, in: Schmitz (Hg.), Zerstörung, S. 159 – 170.

<sup>271</sup> Margalit, Luftangriff, 196.

<sup>272</sup> Neutzner, Anklagen, S. 142ff. Die starke Gewichtung des Motivs „Aufbau“ trieb dabei mitunter eigenartige Blüten: So beschrieb ein Artikel den Traum des Autors, in dem ein Amerikaner mit 10 Millionen Dollar als Geschenk zum Aufbau der Stadt bei Weidauer erscheint, dieser aber mit dem Verweis auf die eigenen Kräfte ablehnt; SZ, 13.2. 1950, S. 6.

<sup>273</sup> SächsHStA, IV/A/419, Bl. 34.

Veranstaltungen genommen werden, schien diese für parteipolitische Interessen doch bisher zu „rückwärts“ gewandt und auf bloße Trauer um den Verlust von Angehörigen fixiert.<sup>274</sup>

Es kann hier nicht gänzlich geklärt werden, inwieweit dieser Versuch der Einflußnahme gelungen ist; einige Anzeichen sprechen dagegen: So fand in der Tagespresse der CDU, die weniger umfangreich, aber unter Übernahme politisch opportuner Deutungen des historischen Ereignisses berichtete, ein „schlichter Gedenkgottesdienst“ in der Annenkirche ebenso Erwähnung wie „Trauergottesdienste“ in den katholischen Kirchen, die z.T. die „Menschen kaum [...] fassen“ konnten. Die Errichtung eines großen Gedenkkreuzes (auf kircheneigenem Gelände) mit der Inschrift „Allen unseren Toten“ fügte sich ebensowenig direkt in die politisch offensiven Vorgaben ein, bleibt in dieser Distanz aber ambivalent in seiner Bestätigung des Opfernarratives.<sup>275</sup>

Auch die folgenden Jahrestage wurden mit einer breiten Ausgestaltung und propagandistischen Begleitung politisch genutzt. Auswirkungen auf die Ausrichtung hatte dabei der Besuch einer hochrangigen SED-Delegation im Mai 1950 in Moskau, nach dem die Partei „stärker als bisher eine gesamtdeutsche Politik des Kampfes für die Erhaltung des Friedens, für die einheitliche und unabhängige demokratische deutsche Republik“ entwickelte.<sup>276</sup> Sofort fielen die miteinander verknüpften Elemente „Frieden“ und „Einheit Deutschlands“ in politischen Aktivitäten rund um den 13. Februar 1951 stärker ins Gewicht.<sup>277</sup> So erfolgte ein Aufruf zum Verschicken von Friedensbriefen an Verwandte in der BRD, in denen diese aufgefordert werden sollten, dem Appell der Volkskammer unter dem Motto „Deutsche an einen Tisch“ zuzustimmen; die Unterschrift unter einer Abbildung des unzerstörten Schlosses Marienberg in Würzburg lautete in entsprechender Weise: „Deutschland, unser Vaterland“.<sup>278</sup>

Vor dem Hintergrund des heißen Krieges im Kalten Krieg auf der koreanischen Halbinsel richtete sich ein Vielzahl von Formulierungen gegen die USA, die einerseits erneut die

---

<sup>274</sup> So heißt es: „Mit den Kirchen müssen wir sehr ernsthaft sprechen, da es im vorigen Jahr nicht gelungen ist, daß die Geistlichen nicht nur allein auf die Tränendrüsen drücken, sondern ganz deutlich sagen was die Kirchen und der kirchliche Mensch zu tun hat, um den Frieden zu erhalten“ [Fehler im Original]; SächsHStA, IV/A/419, Bl. 22.

<sup>275</sup> Siehe Union vom 15.2. 1950, S. 3 und 18.2. 1950, S. 5. Auch die im „Sonntag“ der ELLKS veröffentlichten Artikel blieben zurückhaltender und warteten mit Erinnerungen an den Verlust persönlich Bekannter oder Berichten über Baumaßnahmen an sächsischen Kirchen auf. Ein Beitrag über die Frauenkirche erwähnte lediglich einen „großen Fliegerangriff“; Sonntag, 12.2. 1950, S. 48f. In diesem Periodikum fand erst der 10. Jahrestag wieder Erwähnung.

<sup>276</sup> So in einem vom III. Parteitag der SED verabschiedeten Telegramm an Stalin; zit. n. Staritz, Dietrich: Geschichte der DDR, Frankfurt/ Main 1996 (Erweiterte Neuauflage), S. 85.

<sup>277</sup> Ähnlich angelegt war die ebenfalls 1951 durchgeführte Volksbefragung „gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951“; siehe Weber, DDR, S. 71.

<sup>278</sup> SZ, 9.2. 1951, S. 1; SZ, 10.2.1951, S. 1. Später erfolgte eine weitere Aufforderung, den Artikel „Deutsche an einen Tisch“ von Walter Ulbricht in die BRD zu senden; SZ, 10.2. 1951, S. 1.

amerikanische Kriegsführung und den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg gleichsetzte,<sup>279</sup> andererseits beide Ereignisse bruchlos miteinander verband.<sup>280</sup> Mehrfach wurde auch ein Bild der erneuten Bedrohung der Stadt bzw. ganz Deutschlands gezeichnet; Friedensbemühungen und Einheitsvorschläge der Sowjetunion scheiterten hier an einer „Handvoll kriegswütiger imperialistischer Finanzmagnaten der New-Yorker Wallstreet und Londoner City“.<sup>281</sup>

Die Veranstaltungen am Jahrestag selbst orientierten sich an dem Muster von 1950, so wie es ein „festes Repertoire“ auch für die kommenden Jahren bildete.<sup>282</sup> Den Kranzniederlegungen am Morgen folgte die Veranstaltung im Schauspielhaus, bei der Arnold Zweig die Hauptrede hielt. Laut Pressemeldungen nahmen anschließend an der Großkundgebung, die bis 1956 auf dem Karl-Marx-Platz mit anschließendem Fackelzug der FDJ stattfand, mit Otto Grotewohl diesmal 200.000 Menschen teil.<sup>283</sup>

Im Presseorgan der CDU finden sich 1951 keine bedeutenden Abweichungen von den offiziellen Verlautbarungen; aus der Reihe fällt lediglich der Verweis auf das Vertrauen in die „Hilfe Gottes“ bei der Bewältigung der Aufgaben zur „Sicherung des Friedens“ und dem Aufbau der Stadt.<sup>284</sup>

Mit dem Beschluß des Politbüros der SED, dem Jahrestag 1952 eine starke gesamtdeutsche Bedeutung zuzumessen,<sup>285</sup> rückten nun die Bundesrepublik und ihre politischen Repräsentanten stärker in den Blickpunkt. Hintergrund war dabei deren immer deutlicher werdende Westbindung,<sup>286</sup> die mit einer aggressiven Hier-Frieden-Dort-Krieg-Propaganda

---

<sup>279</sup> Auf den besonders direkten, nahezu plumpen Artikel „Faschistische Granaten zerstörten Nowgorod, amerikanische Bomber Dresden“ mit der Schlußfolgerung „Beide Städte: Symbol des verbrecherischen imperialistischen Krieges“ hat schon Neutzner verwiesen; SZ, 15.2. 1951, S. 5; Neutzner, Anklagen, S. 147.

<sup>280</sup> Ein Titel lautet etwa „Gestern Dresden – heute Korea“; SZ, 15.2. 1951, S. 3.

<sup>281</sup> SZ, 10.2. 1951, S. 1. Angeführt wurde hier auch das Szenario, daß das noch Verbliebene „durch den neuen vom USA-Imperialismus vorbereiteten Krieg auf deutschem Boden vernichtet und das Land in eine Wüste verwandelt werden“ würde. In die Nähe solcher Zuspitzungen wurden z.T., wenn auch noch am Rande, Artikel gegen die Politik Adenauers plaziert, etwa: „Adenauer plant Einführung der Kriegswirtschaft“; SZ, 10.2. 1951, S. 2.

<sup>282</sup> So Neutzner; Anklagen, S. 148.

<sup>283</sup> Zweigs Ansprache richtete sich ebenso gegen Krieg und Ausbeutung und verwies auf einen demnächst erscheinenden Roman, dessen zentrale Figur die Kriegsschäden Münchens noch als „logische Reaktion auf ‚totalen Krieg‘“ [Hervorhebung im Original] sieht, mit Dresden dann aber vermutet, „daß diesen grausamen Zerstörungen andere Ursachen zugrunde liegen“. Zweig wich demnach nicht von den Interpretationen ab, nach denen die Luftangriffe schon auf die Nachkriegsordnung abzielten; siehe insgesamt SZ, 14.2. 1951, S. 1.

<sup>284</sup> Dagegen wurde bei einer Vorstellung über die erneuerte Gestaltung des Ehrenhaines auf dem Heidefriedhof betont, daß hier „ein Bauwerk entstanden [sei], das sakrale Würde und zweckbestimmte Nützlichkeit in sich vereint“ und (noch deutlicher) die Erinnerung „nicht Grund sein [kann] zum Nur-Trauern, sondern [...] Verpflichtung werden zum Einsatz für eine bessere Zeit“; Union 13.2. 1951, S. 1 und 3.

<sup>285</sup> Siehe Margalit, Luftangriff, S. 197.

<sup>286</sup> In einem Artikel Weidauers hieß es etwa: „So wie einst 1933 Hitler und Göring ihren Weg der Verteidigung des Abendlandes begannen, gehen heute ihre Schüler Adenauer und Schumacher auch einen Weg der Verteidigung. Verteidigen wollen sie natürlich nur die Interessen ihrer Herren, nicht aber das Leben der Deutschen. Die raffgierige und mit dem Blut Millionen Toter und Verkrüppelter befleckte Pflanze der

angegriffen wurde. Die DDR-Regierung nutzte diese Darstellung die Jahrestage der Luftangriffe zu einem Schreiben an alle ehemaligen Alliierten, in dem auf den Abschluß eines Friedensvertrages gedrungen wurde,<sup>287</sup> während sich auf der Kundgebung in diesem Jahr der stellvertretende Ministerpräsident Ulbricht „gegen die deutsch- und volksfeindliche Kriegspolitik der Adenauerregierung“ richtete.<sup>288</sup>

Als Gegenbild zum gezeichneten zerstörerischen Wesen des imperialistischen Westens wurde Dresden als „Stadt der Arbeit, Kunst und Kultur“ und somit quasi materielle Entsprechung der DDR-Hymne „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt“ entworfen, deren vorhergehende Zerstörung „Mahnung an uns alle [sei], die tödliche Gefahr, die dem deutschen Volke durch diese verbrecherische Politik im Auftrage der Wallstreet droht“, zu erkennen.<sup>289</sup> Wie in den vorherigen beiden Jahren erging an die Dresdner Bevölkerung mittels der Darstellung des erfolgreichen Aufbaus und – zu dessen Fortführung – der Aufforderung zu „Selbstverpflichtungen“ das Angebot, ihren Beitrag zur „Friedenssicherung“ zu leisten.<sup>290</sup>

Gemäß der politischen Zielsetzungen gelang es diesmal, kirchliche Vertreter einzubinden,<sup>291</sup> zumindest unterstrich Superintendent Siegmund die „Verantwortung [...] für die Sicherung eines echten Friedens“.<sup>292</sup> Auf gewünschter Linie berichte mehrfach auch die „Union“, die in verschiedenen Artikeln explizit auf ein gegenwartsbezogenes Begehen des Jahrestages drang, welches sich von vorgeblich verharrender Trauer lösen sollte.<sup>293</sup> Deutlich titelte die Zeitung am 13. Februar 1952: „Aufbau ist Christentum der Tat“; der

---

Imperialisten Amerikas und ihrer deutschen Verbündeten wühlt heute in westdeutschen Fabriken und Städten.“; SZ, 13.2. 1952, S. 6. Anna Seghers, 1952 Hauptreferentin der Veranstaltung im Staatsschauspiel, bei der auch Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission und Gäste aus der BRD anwesend waren, schloß sich dieser Interpretation an, wenn sie verkündete, daß die Luftangriffe „um des Profit willen“ initiiert wurden seien; SZ, 14.2. 1952, S. 1.

<sup>287</sup> Staritz, Geschichte, S. 88.

<sup>288</sup> SZ, 14.2. 1952, S. 1. Erneut 200.000 Menschen nahmen an der Kundgebung teil, für die umfassend mobilisiert worden war, beispielsweise über den Betriebsfunk einzelner Betriebe oder in „Aufklärungseinsätzen“ zur „ideologischen Vorbereitung“; SächsHStA IV/A/419, Bl. 110.

<sup>289</sup> So wieder Ulbricht; SZ, 13.2. 1952, S. 4 und 6.

<sup>290</sup> Siehe etwa SZ, 6.2. 1952, S. 2.

<sup>291</sup> Wunsch der Partei war eine Mahnung der Pfarrer, daß „Christen alles für den Frieden tun“; SächsHStA, IV/A/2/1/796, Bl. 128. Des weiteren schwebte der Landesleitung der SED vor, daß in beiden Gottesdiensten vor und nach dem 13. Februar 1952, also am 10. und 17. des Monats, der Zerstörung erinnert werden sollte; SächsHStA IV/A/419, Bl. 110.

<sup>292</sup> Ebenso wären andere Artikel, die sich auf das Gedenken der Kirchengemeinden bezogen, sonst kaum an herausragender Stelle erschienen; SZ, 13.2. 1952, S. 1.

<sup>293</sup> So wurden veraltete Losungen kritisiert, die zuwenig die „Idee des friedlichen Aufbaus“ betonten, ein Wandel, den die Bevölkerung – ablesbar an den „Selbstverpflichtungen“ – begriffen hätte; Union, 6.2. 1950, S. 5. Täglich pries die Zeitung im Vorfeld die politischen Veranstaltungen an, vermeldete „westdeutsche Stimmen“, die Genugtuung verkünden, „daß bei Ihnen keine riesigen Warenhäuser und Bürobauten amerikanischen Stils in halbzerstörte mittelalterliche Großstadtkerne hineingestellt werden“ und berichtete von der zentralen Kundgebung in Dresden sowie weiteren in (mindestens) 9 Städten; Union, 12.2. 1952, S. 1; Union 15.2. 1952, S. 1. Angereichert wurde dies mit Berichten von persönlichen Schicksalen, u.a. von Pfarrern der Kreuzkirche; Union, 9.2. 1952, S. 5.

Autor des belehrungsreichen Artikels Magnus Dedek, Vizepräsident des Landtages von Sachsen und Landesvorsitzender der CDU, betonte, daß es „der tiefste Sinn des Gedenkens [sei], daß die mit diesem Tag verbundenen Schreckensszenen immer mehr in den Hintergrund treten und das Aufbauprogramm [...] siegt.“<sup>294</sup>

Dagegen gab sich 1953 die SED nicht mehr dem Ansinnen hin, mittels Vertretern der Blockpartei CDU eine christliche Unterstützung ihrer Politik am Jahrestag der Luftangriffe zu suggerieren. Am 10. März 1952 unterbreitete Stalin den Westmächten seine erste „Note“ mit Vorschlägen zur Einheit Deutschlands. Nachdem diese außenpolitische Offensive, hinter der auch die Regierung Grotewohl mit der Losung „Deutsche an einen Tisch“ stand, in den Folgemonaten scheiterte,<sup>295</sup> beschloß die SED nach der Phase der Sicherung der politischen Machtstrukturen bekanntlich im Juni 1952 den „Aufbau des Sozialismus“; die damit einhergehende innenpolitische Verschärfung richtete sich dabei (bis Juli 1953 massiv) auch gegen die christlichen Kirchen, um diese als gesellschaftlichen Faktor auszuschalten.<sup>296</sup> Es ist aber davon auszugehen, daß auch in dieser „Phase der Konfrontationen“<sup>297</sup> innerkirchliche Gedenkveranstaltungen jährlich stattgefunden haben.

In verschiedenen Artikeln der sich 1953 etwas weniger umfangreich ausnehmenden Pressekampagne finden sich Wertungen der Luftangriffe auf Dresden als dem eigentlichen Start für den neuen Krieg, der dabei den „teuflischen Plänen der Monopolherren und Bankiers“ entsprach. Dagegen hatte, gemäß der neuen Ausrichtung der SED, mit dem „Nationalen Aufbauplan“ das „schaffende Volk [...] sein Geschick selbst in die Hand genommen“,<sup>298</sup> Formulierungen, die in ihrer Gegenüberstellung von „schaffenden“ und „raffenden“ Kräften in bemerkenswerter Art und Weise mit der antijüdischen Verfolgungswelle in der DDR zeitlich korrelierten.

Ebenfalls entsprechend der Programmatik des „Aufbaus des Sozialismus“ standen die Veranstaltungen im nun schon üblich ablaufenden Rahmen unter der Losung „Baut das

---

<sup>294</sup> Union, 13.2. 1952, S. 1f.

<sup>295</sup> Dazu umfassend Zarusky, Jürgen (Hg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002

<sup>296</sup> Diese richtete sich v.a. gegen die Jungen Gemeinden als ein Kampf um zukünftige Mitglieder der Kirchengemeinden – oder eben der Partei; vgl. Ueberschär, Ellen: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945 – 1961, Stuttgart 2003; auch: Lepp, Claudia: Tabu der Einheit? Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung (1945 – 1969), Göttingen 2005, besonders S. 151 – 163. So finden sich 1953 ebensowenig Hinweise auf angedachte Einbeziehungen kirchlicher Vertreter in Veranstaltungen oder Pressearbeit wie Artikel im CDU-Organ.

<sup>297</sup> Dähn, Horst: Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 – 1980, Opladen 1982, S. 34ff.

<sup>298</sup> SZ, 13.2. 1953, S. 1. Der stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Bolz, sprach von einer „Verwandtschaft zwischen Hakenkreuz und Dollarzeichen“; zit. n. Rehberg, Karl-Siegbert: Mythische Unzerstörbarkeit durch die Katastrophe der Zerstörung. Der 13. Februar als Trauerarbeit zwischen Instrumentalisierung und Widerstand, in: Praktische Theologie, 1/2005, S. 49.



sozialistische Dresden“.<sup>299</sup> Für die zentrale Veranstaltung wurden diesmal „nur“ 100.000 Teilnehmende vermeldet, die u.a. ein Telegramm gegen die anstehende Hinrichtung des Ehepaares Rosenberg in den USA verabschiedeten.<sup>300</sup>

Für das Jahr 1954 läßt sich anmerken, daß die propagandistische Begleitung an Umfang weiter abnahm. Dabei scheint, daß zwar Großveranstaltungen wie die zentrale Kundgebung stattfanden und von höchster politischer Prominenz aufgesucht wurden, der Charakter dieser aber als lokal und inhaltlich weniger scharf zu bezeichnen ist. Hintergrund könnten hierbei die (auch ideologischen) Irritationen nach Stalins Tod am 5. März 1953 sein. Nichtsdestotrotz stimmten Presseartikel sowie Reden das Lob des Wiederaufbaus an, wandten sich aber auch stellenweise gegen die laufenden Vorverhandlungen der Bundesrepublik im Hinblick auf die 1955 unterzeichneten Pariser Verträge: Diese wurden als „Militärblockpolitik à la Dreibundes Wilhelm II. oder des Kominternpaktes Hitlers“ geißelt.<sup>301</sup>

Dieser Aspekt sollte dann auch zentral werden für die politische Verwertung des 10. Jahrestages: Die Ratifizierung der Pariser Verträge, welche am 23. Oktober 1954 unterzeichnet worden waren, stand unmittelbar bevor. Diese beendeten den offiziellen Besatzungsstatus der BRD und bedeuteten mit dem Eintritt in die Westeuropäische Union (WEU) und in die North Atlantic Treaty Organisation (NATO) einen wesentlichen Schritt zur staatlichen Souveränität der Bundesrepublik.<sup>302</sup>

Vor diesem Hintergrund lag der Fokus sowohl der Veranstaltungen, die in ihrem Umfang „präzedenzlos“ waren,<sup>303</sup> als auch der schon Wochen vorher einsetzenden propagandistischen Begleitung weniger auf dem Motiv der „Einheit Deutschlands“ als vielmehr auf „Frieden“. Grundlage bildete ein vom Nationalrat der Nationalen Front im Januar 1955 verabschiedeter Richtlinienkatalog, der die Westintegration der BRD (gleichbedeutend mit dem Scheitern letzter deutschlandpolitischer Optionen der sowjetischen Führung wie auch der SED) als ein Bündnis der „Mörder von Warschau und

---

<sup>299</sup> Gleichlautend auch ein Titel einer am 13. Februar 1953 eröffneten Ausstellung, zu der auch der Leiter der Abteilung Stadtplanung und Architektur beim Rat der Stadt Dresden, Hans Bronder, einen Artikel veröffentlichte; SZ, 13.2. 1953, S. 4; SZ, 14.2. 1953, S. 1.

<sup>300</sup> Ebd. Die Verurteilung der beiden Rosenbergs wie auch die antisemitische Verfolgungswelle in der DDR sind im übrigen ein „gutes“ Beispiel für die in beiden sich im Kalten Krieg gegenüberstehenden Machtblöcken grassierende Agentenhysterie, basierend auf der Furcht vor verdeckter Intervention.

<sup>301</sup> SZ, 13.2. 1954, S. 1; SZ, 15.2. 1954, S.1. Autor des zitierten Artikels ist übrigens der Schriftsteller Max Zimmering, der 1954 mit „Phosphor und Flieder“ die erste belletristische Arbeit in der DDR zu den Luftangriffen vorlegte, welche allerdings stärker auf einen hymnisch besungenen Wiederaufbau der Stadt abhebt als das historische Ereignis zu beleuchten; siehe Spencer, Andrew: Publizistik und Historiographie über die Zerstörung Dresdens, in: Schmitz, Walter (Hg.): Die Zerstörung Dresdens. Antworten der Künste, Dresden 2005, S. 34.

<sup>302</sup> Ratifiziert am 27. Februar 1955 traten diese dann am 5. Mai 1955 in Kraft.

<sup>303</sup> So Margalit, Luftangriff, S. 197.

Coventry, Stalingrad und Rotterdam“ mit denen „von Dresden und Hamburg, [...] Hiroshima und Phoenjang“ angriff.<sup>304</sup>

Im Vorfeld des 13. Februar 1955 wurden bei der breit angelegten Kampagne 7.100 Agitatoren der Nationalen Front eingesetzt sowie 3.000 Hausversammlungen und ähnliche Zusammenkünfte organisiert, um die politischen Zielsetzungen „Abscheu und Hass gegen [...] amerikanische Imperialisten verstärken“ sowie die „Notwendigkeit der bewaffneten Verteidigung“ und „noch größere Anstrengungen zur Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht“ in der Bevölkerung zu begründen. Letztere wurde angemahnt, wie schon in den letzten Jahren mittels umfangreicher Selbstverpflichtungen und deren Verkündung im öffentlichen Raum durch „Sichtwerbung“ ihren Beitrag zu erbringen.<sup>305</sup> Mehrfache Erwähnung als städtisches Symbol für einen solchen Aufbau als Friedensarbeit und gleichzeitig für neue politische Strukturen fand dabei die Umgestaltung des Altmarktes, auf deren politische Dimension explizit verwiesen wurde: „Werk­tätige als neue Bauherren“ schufen hier ihren „Aufmarschplatz“ und die „Vorraussetzungen für ein Zentrum, das der politischen Kraft der Arbeiterklasse entsprechen und das zukünftige Gesicht Dresdens“ darstellen sollte.<sup>306</sup>

Derart und durch weitere Veranstaltungen mobilisiert<sup>307</sup> sollen sich dann zur zentralen Kundgebung 250.000 Menschen eingefunden haben, die die jährliche „Entschließung“, diese wiederkehrende Simulation direkter Demokratie, gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge verabschiedeten; die „Sächsische Zeitung“ titelte: „Volkskampf gegen die Pariser Todespakete“.<sup>308</sup>

Zum aufgeblähten Gesamtprogramm des Jahrestages gehörte die Eröffnung einer Ausstellung der Staatlichen Kunstsammlungen mit den bekannten Zeichnungen Wilhelm

---

<sup>304</sup> Zit. n. ebd, S. 197f.

<sup>305</sup> Siehe Neutzner, Anklagen, S. 148. In den Tagen und Wochen vor dem Jahrestag folgte zu dieser Mobilisierung eine umfangreiche Berichterstattung. So referierte beispielsweise Carl Ulbricht, Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Dresden-Stadt, vor der Belegschaft des Union-Verlages; Union 2.2. 1955, S. 3.

<sup>306</sup> Z.B. SZ, 12./13.2. 1955, S. 3.

<sup>307</sup> Hier wäre beispielsweise ein Vortrag von Seydewitz in der Kreuzschule im Rahmen seiner Buchveröffentlichung „Die unbesiegbare Stadt. Zerstörung und Wiederaufbau von Dresden“ zu nennen. Auch dieser wertete hier die Zerstörung des Stadtzentrums als einen gegen die Sowjetunion gerichteten Akt; Union 6.2. 1955, S. 5. Siehe ebenso die unkritische Rezension dieses Werkes (Union 10.2. 1955, S. 6) bzw. den Abdruck von Auszügen, etwa Sächsische Zeitung, 12./13.2. 1955, S. 9. Auch die 1955 entstandene DEFA-Produktion „Dresden mahnt Deutschland“ unterliegt dieser Intention; Margalit, Luftangriff, S. 198f.

<sup>308</sup> SZ, 14.2. 1955, S. 1. Mindestens ebenso scharf hieß es mit einem Rückgriff auf traditionell-kommunistische Faschismus-Deutungen in der Union: „Wir müssen den Volkswillen der Millionen gegen den Kriegswillen der zweihundert [...] mobilisieren“; Union, 13.2. 1955, S. 1. Die Kundgebung fand in diesem Jahr auf dem Theaterplatz statt, Hauptredner war Otto Grotewohl; siehe „Aufruf zu Kampfkundgebung“, abgedruckt bei Reichert, Rezeptionsgeschichte, S. 154.

Rudolphs sowie die Durchführung eines „Gesamtdeutschen Jugendforums“ mit Gästen aus den ebenfalls von Bombardierungen betroffenen Städten Stuttgart und Pforzheim.<sup>309</sup>

Dabei können die von der Parteipresse genannten hohen Zahlen von Veranstaltungsteilnehmern und die in internen Erfolgsmeldungen gefeierten Agit/Prop-Versammlungen in ihrem Wahrheitsgehalt durchaus ernstgenommen werden, sind doch die 1950er Jahre in der DDR von einer hohen Politisierung aller gesellschaftlichen Felder und eines hohen Grades der sozialen Einbindung gekennzeichnet und bei Beteiligten als Aufbauphase abgespeichert.<sup>310</sup> Bemerkenswert im Zusammenhang mit der Ausrichtung der propagandistischen Ausgestaltung der Jahrestage der Luftangriffe ist dabei die Ausfüllung bestimmter Freund/Feind-Bilder einer von der SED besonders umworbenen Generation: Ebenjene, die das Ende des Nationalsozialismus als Kinder und Jugendliche erlebten, die noch NS-sozialisiert waren, aber nach dem Wegbruch ehemals „sakrosankter“ Orientierungen mit der „anti-faschistischen“ Ideologie des Neuaufbaus“ [Hervorhebung im Original]<sup>311</sup> ein akzeptanzfähiges und versöhnliches Muster von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsorientierung und Zukunftsperspektive als einer Art Heilsversprechen in Abwesenheit des nach außen verlagerten Bösen offeriert bekamen. Zunächst stand diese Generation unter dem Einfluß der NS-Propaganda, die einerseits ein Bild westlicher „Kulturbarbaren“ gezeichnet hatte, andererseits den Staatsangehörigen der Sowjetunion schlichtweg einen „Untermenschen“-Status zugewiesen hatte. Bestätigte sich scheinbar in westlicher Richtung das Feindbild mit den Angriffen auf Dresden, so blieb für diese Generation der „beschenkten Kinder“ die Erfahrung der auch in Dresden von Übergriffen gezeichneten Ankunft und Anwesenheit sowjetischer Truppen hinter den vormals gezeichneten Schreckensszenarien zurück. Allmählich verinnerlichte sich in den 1950er Jahren ein Freundbild „des Russen“, zumal die Akzeptanz sanktioniert und – im Falle konfliktfreien Aufstieges – mit sozialem wie materiellem Mehrwert versehen wurde.<sup>312</sup>

---

<sup>309</sup> Siehe Union 12.2. 1955, S. 4. An dieser Stelle sind auch Werke der Malerei besprochen worden sowie Künstler – so Rudolph selbst – zu Wort gekommen.

<sup>310</sup> Danyel, Vergangenheit, S. 142.

<sup>311</sup> Widera, Erinnerung, S. 126.

<sup>312</sup> Die Umwidmung des westlichen Deutschlands blieb gleichwohl problematischer und der „Westen“ stete Option persönlicher Orientierung; siehe dazu insgesamt die gedankenreiche Studie von Satjukow, Silke/ Gries, Rainer: Grenzüberschreitungen. Die ostdeutsche Aufbaugeneration im Widerstreit zwischen Freund- und Feindbildern, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd. 5, 2005, S. 47 – 64. In der Tendenz wird dies bestätigt durch eine Analyse von Schriftzeugnissen Dresdner Abiturienten von Anfang bis Mitte der 1950er Jahre, in denen diese die Luftangriffe als zentrales Lebensereignis kennzeichneten, „Haß“ auf „Anglo-Amerikaner“ und „Hitler“ betonten, dabei aber vollen Lobes auf die Sowjetunion waren; siehe Petzold, Joachim: In Deiner Brust sind Deines Schicksals Sterne? Mindener Gymnasiasten und Dresdner Oberschüler im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg, Potsdam 1998, bes. S. 74 – 78 und 275.

Nicht aus dem Blick geraten soll, daß auch Veranstaltungen mit kirchlichem Bezug 1955 eine beträchtliche Erweiterung erfuhren: Ereignisse herausragender öffentlicher Relevanz waren die Einweihung des Martin-Luther-Denkmals am 13. Februar 1955 vor der Ruine der Frauenkirche, an der auch Volkskammerpräsident Dieckmann, der Stellvertretende Ministerpräsident Sachsens, Otto Nuschke, der Oberbürgermeister wie Vertreter des Rates des Bezirkes (RdB) teilnahmen. Ansprachen hielten der sächsische Landesbischof Gottfried Noth und als „Vertreter des Staates und der Kunst“ Max Zimmering.<sup>313</sup> Noth weihte außerdem am Jahrestag vor 5.000 Besuchern die teilrestaurierte Kreuzkirche ein; eine ähnliche Resonanz erfuhren die beiden Konzerte des Kreuzchores. Nahezu zeitgleich zu diesen kirchlichen Zusammenkünften organisierte die Nationale Front kulturelle Abendveranstaltungen im gesamten Stadtgebiet.<sup>314</sup>

Das Bild einer parallel zu den staatlich organisierten Kranzniederlegungen und öffentlichen Veranstaltungen am 10. Jahrestag verlaufenden zweiten, eben kirchlich geprägten Gedenktagsgestaltung wird komplettiert durch Verweise auf Gottesdienste und Kranzniederlegungen, die von Kirchengemeinden auf Friedhöfen durchgeführt wurden.<sup>315</sup> Dies läßt zwar keine direkten Schlußfolgerungen etwa auf eine Interpretation des historischen Ereignisses außerhalb des vorgegebenen Deutungsrahmens zu, aber allein die äußere Form der Veranstaltungen stand in Distanz zu den Kundgebungen. Inmitten deren aggressiver Tonlage fand eine öffentliche Anmahnung historischer Eigenschuld durch Friedrich Meyer, Vorsitzender des Bezirksverbandes Dresden der CDU, ihren Platz, nur blieb dies nach Quellenlage eine seltene Ausnahme.<sup>316</sup>

Erstmals nach 1950 finden sich 1955 auch wieder Beiträge im Gemeindeblatt der ELLKS: Verweise erfolgten hier v.a. auf die besondere Schönheit der Stadt und ihrer (kirchlichen) Bauten sowie Berichte über das Ende von Kirchengemeinden infolge der Luftangriffe, ohne

---

<sup>313</sup> SZ, 14.2. 1955, S. 3; Union, 15.2. 1955, S. 3. U.a. war hier auch der den Nationalsozialisten zunächst nicht abgeneigte, später jedoch aufgrund seines Engagements im Pfarrernotbund versetzte ehemalige Landesbischof Hugo Hahn anwesend; zu Hahn siehe Lindemann, Frauenkirche, S. 92ff.

<sup>314</sup> Union, 15.2., 1955, S. 1. Siehe auch Ulrich, Dresden, S. 23. Für einen Ausschnitt der Veranstaltungen – ob vom Kulturensemble des Staatssekretariats der Staatssicherheit oder dem Auftritt des Bergsteigerchors „Kurt Schlosser“ im Hygienemuseum – siehe Union, 12.2. 1955, S. 4.

<sup>315</sup> Ebd., S. 4. Landesbischof Noth legte den Kirchengemeinden zentral eine knappe Einleitung zum Fürbittegebet nahe, welches Trauer um Zerstörung und Hoffnung auf Frieden betonte. Dieser Initiative schlossen sich die Katholische Kirche, die Freikirchen und weitere evangelische religiöse Gemeinschaften an; Union, 13.2. 1955, S. 1.

<sup>316</sup> Meyer betont: „[W]er nur von der militärischen Sinnlosigkeit, von Barbaren und Bestialität spricht“ bzw. „in den Schuldigen nur die Piloten jener nahezu 2.000 Flugzeuge oder auch nur das US-Hauptquartier sieht, [...] erkennt Ursachen [...] bei weitem nicht voll“; Union, 13.2. 1955, S. 1. Er ging damit auf Distanz zur SED, aber auch zur Erklärung des Hauptvorstandes der CDU, welche ebenso auf derselben Seite nachzulesen ist wie ein Untertitel, der von „anglo-amerikanischen Terrorbomben“ sprach.

allerdings auf die Stellung dieser im Nationalsozialismus zu reflektieren.<sup>317</sup> Aufmerksamkeit verdient ein Artikel unter dem Titel „Ohne Sinn!“. Dessen Autor Armin Baltzer griff die bisher etablierten Deutungen der Bombardierung als ein „an Grausamkeit schlechterdings unüberbietbares Unternehmen“ auf, konnte anderen Städtebombardierungen irgendeinen Sinn zuordnen, während im Falle Dresden „alle derartige[n] Motive von vornherein ausscheiden“. Er entwickelte in Folge eine eigenwillige Argumentation, nach der die militärischen Angriffe auf Dresden und Sachsen auch ohne symbolischen Sinn gewesen wären,<sup>318</sup> da man hier schon immer unter der „brandenburgischen Vormachtspolitik gelitten“ hätte.<sup>319</sup> Er ebnete zudem die historischen Ereignisse mit einer Interpretation einer verhängnisvollen Säkularisierung ein: Ein weltweit zu konstatierender Abfall von Gott bedingte nach Baltzer im Zweiten Weltkrieg eine bei allen Kriegsparteien zu beobachtende Vergöttlichung der eigenen Position bei gleichzeitiger Verteufelung des Anderen; eine Anmaßung, in deren Folge Ereignisse wie „Dresden“ zu legitimieren gewesen wären.<sup>320</sup>

Presseveröffentlichungen gleich welcher Ausrichtung wie die umfangreichen Veranstaltungen, die auch Erwähnung in der SED-Presse fanden, zeigen andererseits, daß die scharfe Zeit der offenen Konfrontation gegen kirchliche Strukturen vorbei war, auch wenn hier kein Kurswechsel, sondern nur ein Wandel zur „verdeckten Repression“ stattfand.<sup>321</sup>

Der 13. Februar 1956 stand dagegen völlig im Schatten des 10. Jahrestages. Hintergrund dessen bildete wahrscheinlich die international entspanntere Lage nach der Genfer Gipfelkonferenz im Juli 1955 mit Frankreich, den USA, Großbritannien und der Sowjetunion. Dagegen traten die ehemaligen Alliierten bei der Deutschlandfrage auf der Stelle, so daß im Anschluß an diese Zusammenkunft die sowjetische Delegation um Nikita Chruschtschow und Nikolai Bulganin mit der DDR-Führung die „Zwei-Staaten-Theorie“ entfalteten, welche den Beginn einer stärkeren Integration der DDR in den Ostblock bedeutete.<sup>322</sup>

---

<sup>317</sup> Sonntag, 13.2. 1955, S. 47.

<sup>318</sup> Dies gilt Baltzer auch für etwaige militärische Gründe, sei doch lediglich eine „beträchtliche Zahl von (für die Kriegführung unnützen) Menschen, bloßen Essern“, getötet worden; ebd., S. 48f.

<sup>319</sup> So hätte Dresden als ein politisches Zentrum „bis zum Jahre 1866 – so lange wie möglich – an jeder antipreußischen Koalition teilgenommen“; ebd., S. 49.

<sup>320</sup> Eine solche Analyse wahrte zwar eine völlige Distanz zur Geschichtsauffassung der herrschenden SED, verschiebt aber nur auf eine andere Art und Weise Verantwortlichkeiten und unterschiedliche Sinnsetzungen der Akteure des Zweiten Weltkrieges. Implizit kannte Baltzer somit im Gegensatz zu Friedrich Meyer auch keine konkretisierbaren Verschuldungen in der NS-Zeit.

<sup>321</sup> Lepp, Tabu, S. 163.

<sup>322</sup> Der im September 1955 abgeschlossene „Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR“ bedeutete zudem die (formale) Souveränität; Weber, DDR, S. 73f.

Durch die neue sowjetische Grundlinie einer „friedlichen Koexistenz“ kamen die Meldungen zum 11. Jahrestag ohne die Schärfe der propagandistische Angriffe gegen die Westmächte oder die Bundesrepublik von Anfang der 1950er Jahre aus.<sup>323</sup> Seydewitz' Leitartikel „Die unbesiegbare Stadt“ am 13. Februar 1956 sprach zwar von einem „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „imperialistischen Kriegsinteressenten“, v.a. letztere Formulierung hatte aber eher die Funktion einer stichhaltigeren Begründung der Notwendigkeit der Aufstellung der „Nationalen Volksarmee“.<sup>324</sup> Zentral waren die Beschreibungen von Aufbauleistungen. Gleiches gilt für die Kundgebung mit Dieckmann, welche 1956 gleichsam politisch defensiver im Hygienemuseum stattfand.<sup>325</sup>

Erstmals war 1956 eine Delegation aus Coventry anwesend; eine von dort ausgehende Initiative wurde in Dresden bzw. Berlin aufgegriffen, um diese Gelegenheit zur Aufweichung der isolierten internationalen Stellung des ostdeutschen Staates zu nutzen.<sup>326</sup>

Auch 1957 blieb der Jahrestag trotz der nun wieder unter freiem Himmel stattfindenden und damit öffentlichkeitswirksameren Kundgebung (erstmalig auf dem Altmarkt) mit 70.000 Teilnehmern von geringerer politischer Relevanz.<sup>327</sup>

Dagegen erfuhr der Jahrestag in den Folgejahren – die SED-Führung um Ulbricht hatte sich nach einer kurzen Phase der auch internen Kritiken wieder stabilisiert<sup>328</sup> – eine politische Aufwertung: Zunächst gelang eine erneute Internationalisierung; Delegationen aus der ČSR, Polen, der Bundesrepublik und erneut Coventry konnten bei der Kranzniederlegung

---

<sup>323</sup> So vermutet Margalit, Luftangriff, S. 200.

<sup>324</sup> Die „Entschließung“ billigte in diesem Jahr „Maßnahmen gegen Saboteure des friedlichen Aufbaus und die Bildung einer nationalen Volksarmee“, siehe Union 15.2. 1955, S. 1.

<sup>325</sup> SZ, 13.2. 1955, S. 1. Ebenfalls 1955 publizierte er sein Buch gleichen Titels; Seydewitz, Max: Die unbesiegbare Stadt, Berlin (Ost) 1955. Das Bild der „schutzlosen Kunststadt Dresden“, welches Seydewitz hier erneut zeichnete, hatte inzwischen breite Akzeptanz erhalten; darauf verweist auch ein Tagebucheintrag Klemperers vom 17. Februar 1956: „Nicht die vielleicht besonders dicht gehäuften Leichenhaufen – wie gräßlich auch immer; im Blutmeer des Hitlerkrieges ist das doch nur ein Blutstropfen –, sondern die Vernichtung der schönsten Kultur- u. Kunststadt macht hier das eigentliche Fanal aus“; Klemperer, Stühlen, Bd. 2, 17.2. 1956, S. 535. Darauf, daß die Wirkmächtigkeit der fortgesetzten propagandistischen Deutungen auf Klemperer allerdings auch schon 1950 Einfluß nahm, hat Neutzner verwiesen; Neutzner, Anklagen, S. 141.

<sup>326</sup> Am 3. Januar 1956, dem 80. Geburtstag von Wilhelm Pieck, hatten Arbeiter in Coventry die „Coventry-Dresden Friendship Society“ gegründet. Auf Weisung des Außenministeriums der DDR vom 23. Januar 1956 wurde daraufhin das „Freundschaftskomitee Dresden-Coventry“ als Pendant gegründet. Eine „Kombination aus Naivität und Pragmatismus“ ließ zu, daß Friedensaktivisten wie Kommunalpolitiker der britischen Stadt des eigenen Gedenkprojektes wegen die Ausrichtung der Dresdner Veranstaltungen zum Jahrestag der Luftangriffe nicht nur unkritisch hinnahmen, sondern sich auch vom herausgestellten „Antifaschismus“ einnehmen ließen; siehe Goebel, Coventry, S. 117f.

<sup>327</sup> Die Kundgebung wie eine Parade von Truppenteilen der NVA als Bestandteil dieser wurden aber als „Bekanntnis“ gewertet, „alle Kräfte gegen den westdeutschen Militarismus einzusetzen“; SZ, 15.2. 1955, S. 1. Im übrigen zentralisierten die katholischen Christen ab diesem Jahr in der Hofkirche ihre Gedenkveranstaltungen, die vorher jeweils in den katholischen Gemeinden durchgeführt worden waren; Ulrich, Dresden, S. 33.

<sup>328</sup> Staritz, Geschichte, S. S. 151 – 169; auch: Wilke, Manfred/ Voigt, Tobias: Opposition gegen Ulbricht – Konflikte in der SED-Führung in den fünfziger Jahren, in: Henke, Klaus-Dietmar/ Steinbach, Peter/ Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR, S. 224ff.

am Heidefriedhof und auf der Kundgebung mit 100.000 Teilnehmern ebenso begrüßt werden wie ihnen zu Ehren eine „Aussprache“ im Dresdner Rathaus mit lokaler Politprominenz organisiert wurde. Zudem waren in diesem Jahr wieder hochrangige politische Vertreter der DDR anwesend; hier ist v.a. Hermann Matern, Politbüromitglied und Vizepräsident der Volkskammer zu nennen.<sup>329</sup> Insgesamt präsentierte sich die SED in Reden und Presseveröffentlichungen nun wieder als Anwältin des Nationalen, hatte doch Adenauer 1957 und zu Beginn des Jahres 1958 vermeintliche Einheitsofferten Ulbrichts in einer „Politik der Stärke“ zurückgewiesen.<sup>330</sup> Aktualisiert wurde zudem die Thematik „Frieden“; bezugnehmend auf die Debatte der Atombewaffnung der BRD hatte Grotewohl bereits im April 1957 von der „Neuaufgabe des Faschismus auf Atombasis“ gesprochen.<sup>331</sup> Weidauer beschwor hier die Dresdner Erfahrung als Grundlage zu einer „Einmütigkeit“ bei der Frage der Unterstützung außenpolitischer Initiativen der Sowjetunion oder eines Volksentscheides für eine atomwaffenfreie Zone in Europa.<sup>332</sup>

Noch weit stärker geriet der Jahrestag 1959 und 1960 in den Sog der gegen die Bundesrepublik gerichteten Kampagnenpolitik. Diese war bereits 1957 von Alfred Norden gegen die „Bonner Blutrichter“ gestartet worden, gewann aber nun und besonders ab 1960 an Schärfe und Systematik, da die SED vor der Problematik stand, kaum auf wirtschafts-, innen- oder außenpolitische Erfolge verweisen zu können. Ab 1957 standen kurzfristigen wirtschaftlichen Verbesserungen Einbrüche gegenüber, die besonders ab 1959 immer schwerwiegender wurden. Da diese Systemkrise, die sich auch in steigenden Fluchtzahlen ausdrückte, nicht mit politischen und ökonomischen Reformen zu bewältigen war, ohne die Vormachtstellung der SED in Staat und Gesellschaft zu untergraben, versuchte diese eine Herrschaftsstabilisierung mittels ideologischer Gegensteuerung v.a. über vergangenheitsbezogene Angriffe auf die BRD. Dortige Defizite in der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und eine weitgehende Personalkontinuität in Justiz, Verwaltung und Militär bildeten die Angriffspunkte.<sup>333</sup> Gleichzeitig flankierte die Ausrichtung der Propaganda aber erneut außenpolitische Initiativen der Sowjetunion. Von November 1958 an etwa hatte die Sowjetunion den Druck auf die Westmächte insbesondere in der Frage um den Status von

---

<sup>329</sup> Siehe insgesamt SZ 13.2. 1955, S. 1f; SZ, 14.2. 1955, S. 1 und 6. Zur Aufrechterhaltung des Symbols Dresden für die politische Argumentation sah man sich offensichtlich gezwungen, in einem Artikel die Berichterstattung in der BRD und Großbritannien zu attackieren, welche sich vornehmlich gegen die Art des Wiederaufbaus, die Verwendung falscher Opferzahlen sowie den antiamerikanischen Charakter der Demonstrationen richteten; SZ, 13.2. 1955, S. 3. Weiterhin nutzte man die Gelegenheit zum Abdruck eines „Gesetzes über den Luftschutz in der Deutschen Demokratischen Republik“; SZ, 14.2. 1955, S. 5.

<sup>330</sup> Siehe Weber, DDR, S. 93f.

<sup>331</sup> Lemke, Antifaschismus, S. 65.

<sup>332</sup> SZ, 13.2. 1958, S. 1.

<sup>333</sup> Dazu Lemke, Antifaschismus, S. 61ff.

West-Berlin erhöht und im Januar 1959 einen Friedensvertrag vorgelegt, der dem Papier nach West-Berlin in seiner politischen Existenz bedrohte, eigentlich aber auf die Festschreibung des Status quo, also eine feste Bindung der DDR an den Ostblock, abzielte.<sup>334</sup> Im Vorfeld des 14. Jahrestages versuchte die SED, mit einer breiten Unterschriftenkampagne diesem Vorstoß Legitimität zu verschaffen; sie verkündete: „348.717 Dresdner fordern Friedensvertrag“.<sup>335</sup>

Bemerkenswert ist, daß in der gegen die Bundesrepublik gerichteten Auslegung der Kampagnen nun wieder eine deutsche Mitschuld an den Luftangriffen betonte wurde, wenn auch mit der spezifischen Ausrichtung auf den „deutschen Militarismus“. Ein solcher wurde – mit Anspielung auf die Zurückweisung der Offensive Chruschtschows<sup>336</sup> – durch die tatsächliche partielle Personalkontinuität von Wehrmacht zu Bundeswehr und durch die Aufrüstung in der BRD in dieser und natürlich nur dort verortet. Westliche alliierte Luftstreitkräfte konnten bei dieser Auslegung nun wieder aus ihrer primären Verantwortung, die noch vier Jahre zuvor so betont wurden war, enthoben werden,<sup>337</sup> der „deutsche Militarismus“ schaffte es so wieder zum „Hauptschuldigen an den Trümmern des zweiten Weltkrieges“.<sup>338</sup>

Den Problemen im ökonomischen Bereich gewahr, folgte diesen Attacken auf den westdeutschen Staat der Imperativ an jeden Einzelnen, über seine Arbeitsleistungen und tägliche Planerfüllung „das Friedenslager“ zu stärken.<sup>339</sup>

Bereits 1959 wurde neben den zentralen Veranstaltungen wieder ein breites Programm organisiert.<sup>340</sup> An der Hauptkundgebung nahmen „mehr als 100.000“ Menschen teil,

---

<sup>334</sup> Weber, DDR, S. 94.

<sup>335</sup> SZ, 14.2. 1959, S. 1. Bereits am 11. Februar 1959 war angekündigt worden, dem Bürgermeister von Coventry, der zum Jahrestag erwartet und zur außerordentlich anberaumten Stadtverordnetenversammlung geladen wurde, 100.000 Unterschriften vorzulegen. Entsprechende Listen lagen öffentlich aus und wurden breit beworben; SZ, 11.2. 1959, S. 1 und 8.

<sup>336</sup> Hier etwa die Äußerung Herbert Gutes, Dresdner Oberbürgermeister von 1958 bis 1961, „Ihr Haßgesang beirrt uns nicht“; SZ, 11.2. 1959, S. 1. Gute selbst überlebte übrigens als kommunistischer Häftling die Luftangriffe auf Dresden in den Hafträumen des Dresdner Polizeipräsidiums Schießgasse, konnte aber die Gelegenheit zur Flucht nicht nutzen. Er wurde später in das KZ Buchenwald verlegt und erlebte dort die Befreiung; siehe Gute, Herbert: Partisanen ohne Gewehr. Ein Tagebuch aus der Erinnerung, Berlin 1970, S. 285f. und 291ff.

<sup>337</sup> Wieder Gute, der „Zorn wachrufen“ wollte: „Ihr meint, es seien in erster Linie die englischen und amerikanischen Flugzeugbesatzungen gewesen? Nein, die führten nur folgerichtig zu Ende, was andere begonnen hatten.“ Die Luftangriffe waren so nur Antwort, aber „natürlich auf imperialistische Weise“; SZ, 13.2. 1959, S. 1. Das weiterhin gezeichnete Bild einer unschuldigen Kunststadt hatte inzwischen durch massenhafte Rückführung von Kunstwerken Dresdner Provenienz aus der Sowjetunion seit 1956 eine erneuerte Substanz erhalten; siehe dazu den Themenschwerpunkt „Rückkehr der Kunst. Dresden 1956/58“, in: Dresdner Hefte 87, 3/06.

<sup>338</sup> SZ, 14.2. 1959, S. 1.

<sup>339</sup> SZ, 13.2. 1959, S. 1.

<sup>340</sup> Erwähnt sei hier nur eine Feierstunde mit Ruth Seydewitz im Nachtsanatorium Weißer Hirsch; SZ, 11.2. 1959, S. 8.



darunter neben Horst Sindermann, Kandidat des Zentralkomitee (ZK) der SED, auch Coventrys Bürgermeister Winslow, dem zu Ehren im Fahnenmehr auf dem Altmarkt auch die britische Fahne präsentiert wurde.<sup>341</sup>

Umfang und Ausrichtung der Veranstaltungen sowie publizistische Begleitung in der Tagespresse standen dem dann 1960 denen vom Vorjahr nicht hinterher,<sup>342</sup> die Nationale Front vermeldete über 1.400 Veranstaltungen zur Aufklärung über andauernde „Friedensinitiativen“ der Sowjetunion, während die Antikriegsrhetorik sich erneut v.a. gegen die BRD richtete.<sup>343</sup> Diesmal wurden 200.000 Personen gemeldet, die sich zur Kundgebung versammelten, auf der Grotewohl die Hauptrede hielt. Die Versammlung stimmte dem von der Sondersitzung der Stadtverordneten unter erneuter Beteiligung internationaler Gäste verabschiedeten Appell „Dresden ruft die Welt“ zu und billigte in einem Telegramm die Politik der Volkskammer.<sup>344</sup>

Dagegen blieb der Jahrestag 1961 trotz einer Großkundgebung mit 100.000 Teilnehmenden unter dem Motto „Kämpft für den Aufbau des Sozialismus in der DDR – für die Bändigung des westdeutschen Militarismus“ im Schatten der Aufmerksamkeit des 15. Gründungstages der SED, der dementsprechend auch die Berichterstattung dominierte. So war die Kundgebung mit den Vorsitzenden der Bezirks- bzw. Stadtleitung der SED, Werner Krolkowski und Kurt John, deutlich weniger prominent besucht als in den Vorjahren. Vor dem Hintergrund steigender Fluchtzahlen 1960 und 1961 erschien der Aufruf des Stadtausschusses der Nationalen Front an „Arbeiter, Bauern und Geistesschaffende“, „Angehörige des Mittelstandes“, an „Werktätige Dresdens“ und „Jugendliche, Frauen, Männer“ wie eine hilfloser Aufforderung des Verbleibens im Kampf „um den Sieg des Sozialismus“ in der DDR als „Garant für den Frieden“, während Krolkowski die BRD als Ort des politischen Kontrastes, des „westdeutschen Militarismus“ beschrieb.<sup>345</sup>

---

<sup>341</sup> SZ, 14.2. 1959, S. 1.

<sup>342</sup> Auch die Union berichtete erstmals wieder seit 1956, daß Erinnern nötig sei „angesichts der gefährvollen westlichen Atom- und Raketenrüstung“, während sich doch in Dresden und der DDR „neues Leben“ durch „[g]esammelte Bürgerkraft, eine gute Lenkung und Planung sowie die Förderung durch die sowjetischen Militärbehörden“ entwickle. „Unionsfreund“ Otto Freitag bezeichnete daher die Luftangriffe als „ruchloser Terror“ und wertete die in der DDR inzwischen etablierte Zahl der Todesopfer von 35.000 „angesichts der großen Flüchtlingsströme“ als zu niedrig; Union, 13.2. 1960, S. 1.

<sup>343</sup> So titelte die SZ „Alarm! Die Hauptschuldigen am 13. Februar bereiten noch größere Verbrechen vor“; SZ, 13.2. 1960, S. 1. Die erste personengebundene Kampagne gegen einen bundesdeutschen Politiker, den Vertriebenenminister Theodor Oberländer fand dagegen weder 1960 – so nach der Drohung Nordens vom 22. Oktober 1959, diesen vor Gericht zu stellen – noch 1961 – nach Oberländers Verurteilung in Abwesenheit – Erwähnung; dazu näher Weinke, Verfolgung, S. 141ff.

<sup>344</sup> SZ, 15.2. 1960, S. 1. Reichert verweist darauf, daß Grotewohl in seiner Rede entgegen einzelnen Presseartikeln scharfe Angriffe und Formulierungen wie „anglo-amerikanischer Terrorangriff“ gegen die Westmächte aber unterließ, und vermutet dahinter Rücksicht bezüglich der anberaumten Treffen Chruschtschows mit Vertretern dieser Staaten; Reichert, Rezeptionsgeschichte, S. 159.

<sup>345</sup> SZ, 13.2. 1961, S. 1 und 6f.; SZ, 14.2. 1961, S. 1f.

## 5. Internationale Anerkennung und erinnerungspolitische Entspannung

### 5.1. Vom Nutzen und Ausdienen eines Jahrestages

Auch nach dem Abriegeln der Grenzen zur BRD und zu Westberlin am 13. August 1961 hatte das grobe Muster der Begehung des Jahrestages, v.a. aber seine Nutzung für politische Propaganda durch die Partei- und Staatsführung der DDR, zunächst Bestand: Einer Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof am jeweiligen 13. Februar folgte zumeist eine Kundgebung auf dem Altmarkt.<sup>346</sup> Da die politische Situation in der DDR nach der Errichtung der „Mauer“ durch politische Justiz, ideologische Offensive und staatliche Machtdemonstrationen sowie die bereits vor 1961 erfolgte Abwanderung der Unzufriedensten (und somit des kritischsten Potentials der Bevölkerung) insgesamt ruhig war,<sup>347</sup> bezogen sich die am 17. Jahrestag gehaltenen Reden nicht unmittelbar auf dieses einschneidende Ereignis des Jahres 1961. Trotzdem erinnerte Krolkowski, der in den folgenden Jahren als Hauptredner fungierte, vor 100.000 Kundgebungsteilnehmern an den 10. Jahrestag des Stalinschen Vorschlages eines Friedensvertrages und ernannte auf diese Weise den 13. Februar 1962 zu einem „Kampftag“; diesmal eben, um das Ziel eines Status’ Westberlins als „entmilitarisierte Freie Stadt“ auszugeben.<sup>348</sup>

Erstmals seit 1948 – aber auch einmalig für die 1960er Jahre – fand 1963 keine zentrale Demonstration unter freiem Himmel statt,<sup>349</sup> dagegen wurde eine „Kampfkundgebung“ im Straßenbahnhof Waltherstraße im Stadtteil Friedrichstadt vor „8.000 Werktätigen“ organisiert. Die hinter dem Podium installierte Parole „Unser Kampf um eine hohe Arbeitsproduktivität ist unsere entscheidende Waffe für den Sieg des Sozialismus und der friedlichen Koexistenz“ zeigt eine erneute aktuelle politische Verwertung des Jahrestages auf.<sup>350</sup> Zum einen knüpfte die Formulierung der „friedlichen Koexistenz“ an die

---

<sup>346</sup> Ausnahme bildete lediglich, wenn wie in den Jahren 1966 und 1969 diese Demonstration aus wahrscheinlich mobilisierungstechnischen Gründen um einen Tag vorgezogen wurde; Sächsische Zeitung, 14.2. 1966, S. 1.

<sup>347</sup> Staritz, Geschichte, S. 199.

<sup>348</sup> Union, 15.2. 1962, S. 5. Auffallend in diesem Zusammenhang ist, daß die bis dato mehr oder weniger stark verlautbarte öffentliche Wiedervereinigungsrhetorik bereits am ersten Jahrestag der Luftangriffe nach dem Mauerbau nicht mehr zu registrieren ist; dies lag im allgemeinen Trend der DDR-Propaganda; siehe Staritz, Geschichte, 211f.

<sup>349</sup> Darauf verwies bereits Reichert, Rezeptionsgeschichte, S. 159.

<sup>350</sup> SZ, 14.2. 1963, S. 1. Wie schon 1962 spielte der 13. Februar in der Lokalpresse eine geringere Rolle als in den Vorjahren. Im Leitartikel am Jahrestag selbst ging Schill v.a. auf den im Januar 1963 abgehaltenen Parteitag der SED und der dort angenommenen ersten Programmschrift der Partei überhaupt ein. In die Darstellung der Ereignisse des 13. und 14. Februars 1945 band der Oberbürgermeister auch den gelungenen Luftangriff auf den Bahnhof Friedrichstadt vom 17. April 1945 mit ein, erwähnte aber dessen primäres Ziel gar

deutschlandpolitische Zielrichtung des „Nationalen Dokumentes“ an, welches das ZK vorgelegt hatte und am 17. Juni 1962 von der Nationalen Front hatte verabschieden lassen. In diesem wurde die fortwährende Existenz zweier deutscher Staaten betont.<sup>351</sup>

Zum anderen verwies die Rede vom „Kampf um eine hohe Arbeitsproduktivität“ auf die von Ulbricht gegen interne Widerstände angeschobene wirtschaftspolitische Umsteuerung, die sich in Anbetracht der Krisen um 1960 aus der Erkenntnis der Notwendigkeit besserer volkswirtschaftlicher Effizienz ergab. Ausdruck dessen waren auch personelle Umbesetzungen im Politbüro, dem nun auch Wirtschaftsfachleute wie Erich Apel und Günter Mittag angehörten. Auf deren Konzeptionen basierend wurde im Juni 1963 die neue wirtschaftliche Programmatik des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung“ (NÖSPL) vom Ministerrat verabschiedet.<sup>352</sup>

Auch 1964 – jetzt wieder wie gewohnt auf einer Kundgebung auf dem Altmarkt – stand die Propagierung des neuen ökonomischen Kurses im Zentrum der Reden von Krolikowski, der inzwischen zum Mitglied des ZK der SED aufgestiegen war.<sup>353</sup> Noch stärker rückten nun aber Bemühungen um der angestrebten internationalen Anerkennung der DDR willens in den Vordergrund; hierfür stehen die Einladungen von Besuchergruppen aus dem Ausland – v.a. wieder Coventry – sowie rhetorische Angriffe der Delegitimierung der BRD, die auf Diskussionen um die Stationierung von Atomwaffen in der BRD und Westeuropa standen. Hatten bereits ab 1956 wechselseitige Besuche von städtischen Delegationen aus Dresden bzw. Coventry an den jeweiligen Jahrestagen der Luftangriffe stattgefunden, so wurde dieser Kontakt mit einem am 14. Februar 1964 abgeschlossenen Freundschaftsvertrag unterstrichen.<sup>354</sup>

---

nicht und betonte dagegen – zur Stärkung des Aspektes des Leides der Stadtbevölkerung – Zerstörungen in Wohngebieten und an Krankenhäusern; SZ, 13.2. 1963, S. 1.

<sup>351</sup> Diese stünden sich „feindlich gegenüber“ bis zur Überwindung des „Imperialismus“ in der BRD. Bis dahin wäre das Arrangement eines friedlichen Nebeneinanders zu gestalten; zit. n. Staritz, Geschichte, S. 211.

<sup>352</sup> Dazu Staritz, Geschichte, S. 211ff. und Weber, DDR, S. 99f.

<sup>353</sup> Dieser agitierte auf seiner Kundgebungsrede, daß eine Lehre des 13. Februars 1945 sei, im Sinne der Friedenssicherung durch eine starke DDR diese neue Leitlinie im persönlichen Engagement aller im Kollektiv umsetzen zu helfen; SZ, 14.2. 1964, S. 1f. In seiner Rede bei der am frühen Morgen stattfindenden Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof lobte er am Beispiel von Dresdner Betrieben Leistungen, die in diesem Sinne vorbildlich seien. Er nahm diese Gelegenheit aber auch zu einer harschen Kritik an nicht folgewilligen oder -fähigen Funktionären wahr; ebd., S. 8. Krolikowski nutzte das Podium des Jahrestages ähnlich wie Ulbricht – dieser in da schon herrschaftlicher Manier – wenige Tage zuvor im ND („Kleinliche, engstirnige Beamte“), starke Probleme bei der Umsetzung des NÖSPL anzuprangern und zu personalisieren; zit. n. Staritz, Geschichte, S. 218.

<sup>354</sup> Gleich mehrfach wurden in der SZ Aspekte des Besuches hervorgehoben: Erwähnung fand etwa die Teilnahme an der Kundgebung durch die Stellvertretende Oberbürgermeisterin von Coventry, Jons, sowie durch die „Delegation englischer Christen“. Deren Vertreter Gordon Rupp wurde ebenso wohlwollend mit seiner Unterstützung des „Friedensvorschlages“ Ulbrichts (dieser hatte in einem Brief an Ludwig Erhard eine Erklärung zum Verzicht auf Atomwaffen gefordert) und der überfälligen Anerkennung der DDR zitiert wie der englische Stadtrat Weaver im Rahmen der Vertragsunterzeichnung; SZ, 14.2. 1964, S. 1f.; SZ, 15.2. 1964, S. 1.

Krolikowski wartete bei seiner Anprangerung der westlichen Atompläne mit einer bemerkenswerten Interpretation des historischen Ereignisses und besonders der Rezeptionsgeschichte einer Veröffentlichung auf, die die Diskussionen um den alliierten Luftkrieg im allgemeinen und um den Angriff auf Dresden insbesondere im westlichen politischen Raum prägte: Im Jahr 1963 erschien das von David Irving erarbeitete Werk „The Deconstruction of Dresden“, welches mit der Zahl von 135.000 Todesopfern operierte.<sup>355</sup> Krolikowski unterstellte nunmehr, daß die Verwendung dieser hohen und schnell popularisierten Zahlenangabe (erreicht durch ein *konventionelles* Bombardement) im Westen dem politischen Kalkül diene, die Stationierung von Atomwaffen zu rechtfertigen, da diese in ihrer Verwendung einerseits in Einzelfällen (Hiroshima und Nagasaki) somit weniger Todesopfer gefordert hätten, andererseits – im Gegensatz zu Dresden – tatsächlich eine Kapitulation nach sich gezogen hatten.<sup>356</sup> Der Dresdner Oberbürgermeister Schill konnte weiterhin Kritik an der Stationierung von Atomwaffen mit dem Ringen um internationale Anerkennung der DDR verknüpfen, wenn er etwa – im Anschluß an Proteste gegen eine atomare Bewaffnung in Städten der BRD – den Oberbürgermeister Stuttgarts einlud.<sup>357</sup>

Fanden also die (staatlichen) Veranstaltungen 1964 wieder den Weg in eine breitere Öffentlichkeit, so sollte diese Tendenz zum 20. Jahrestag erst recht augenfällig werden. Weit im Vorfeld des Jahrestages, im Oktober 1964, lag im Sekretariat des Oberbürgermeisters ein umfassender Vorschlag zur Ausrichtung der Veranstaltungen

---

<sup>355</sup> Das Buch sorgte sofort weltweit für Aufsehen, initiierte starke Diskussionen v.a. in Großbritannien und bildete die Grundlage für eine Reihe künstlerischer Auseinandersetzungen mit der Thematik. Irving hatte dafür mehrere Jahre in Dresden recherchiert, inklusive eines Presseauftritts mit Walter Weidauer im November 1962. Obwohl er bereits spätestens 1966 die verwendete Todeszahl revidieren mußte, benutzte er sie weiterhin, später v.a. auf seinem Weg ins politisch rechtsextreme Lager in einer Relativierungsabsicht der Shoa. In einem Verleumdungsprozeß im Jahr 2000 wurde ihm die Fälschung dieser Zahl durch Richard J. Evans nachgewiesen; vgl. Neutzner, Anklagen, S. 150f. und umfassend Evans, Richard J.: Der Geschichtsfälscher, Frankfurt/ Main 2001. Die deutsche Übersetzung Irvings Buches 1964 verankerte den Luftangriff auf Dresden noch einmal stärker in der bundesdeutschen Öffentlichkeit. Nachdem bereits 1955 der 10. Jahrestag dort breite publizistische Erwähnung fand und Veranstaltungen z.T. mit politischen Vertretern der Bundesebene stattfanden, etablierte sich „Dresden“ insbesondere um den 20. Jahrestag zu einem „nationalen Symbol des deutschen Leidens“. Es fungierte dabei nicht wie in der DDR der antiwestlichen Abgrenzung, sondern etablierte sich zu einem „alternativen Narrativ[ ] in der Erinnerung an den Krieg“ und stand zeitlich im Zusammenhang mit einer stärkeren Auseinandersetzung in der BRD mit der Vernichtung der europäischen Juden; so Margalit, Luftangriff, S. 202ff. Diese „Karriere“ der Erinnerung an den Luftangriff auf Dresden begann also genau dann, als ein anderer Bezugspunkt der westdeutschen Gesellschaft hinsichtlich „deutschen Leidens“ 1955 mit der Freilassung deutscher Kriegsgefangenen durch die Sowjetunion hinfällig wurde. Margalits Ausführungen können dabei nur eine Skizze der bundesrepublikanischen Inanspruchnahme „Dresdens“ darstellen; die verstärkte Rezeption bzw. deren Auswirkungen auf lokale Erinnerungskulturen in der BRD zu Luftangriffen auf Städte ist bisher nicht genauer untersucht worden. Weitere äußerst knappe Verweise finden sich bei Keil, Lars-Broder/ Kellerhoff, Sven Felix: Deutsche Legenden. Vom „Dolchstoß“ und anderen Mythen der Geschichte, Berlin 2002, S. 145f.

<sup>356</sup> SZ, 14.2. 1964, S. 8.

<sup>357</sup> So in seiner Rede auf einer Veranstaltung mit weiteren Vorträgen im Lichthof des Rathauses; SZ, 13.2. 1964, S. 1.

vor.<sup>358</sup> Vielfältigste Aktivitäten zielten darauf ab, „eine große Volksbewegung und Volksdiskussion“ zu organisieren. Es erfolgten „differenzierte Aussprachen in den Betrieben, Institutionen, Schulen, [...] Wohngebieten bis in die Hausgemeinschaften“, und mit Beginn des Jahres 1965 sollten „in allen Jugendweihen, in Pioniernachmittagen und FDJ-Versammlungen [...] die Hintergründe der Zerstörung Dresdens [...] verständlich und lebensnah“ vermittelt werden.<sup>359</sup> In die Reihe der zum Jahrestag in bezug gesetzten öffentlichkeitswirksamen Aktionen fiel im Vorfeld beispielsweise auch der Spatenstich für den Neuaufbau der Prager Straße am 8. Februar 1965, bei dem Oberbürgermeister Schill eine Rede vor Bauarbeitern hielt.<sup>360</sup>

Derart umfangreich geführte Veranstaltungen wurden begleitet durch eine Pressearbeit, die an Ausmaß, aber auch im aggressiven Grundzug deutlich über dem „Niveau“ der vorangegangenen Jahre lag. Die Kundgebung auf dem Altmarkt unter dem Motto „Der 13. Februar 1945 mahnt! Der deutsche Imperialismus – Todfeind des deutschen Volkes! Kämpft gegen die Bonner Atomkriegsgefahr!“ wurde dabei ebenso massiv beworben wie

---

<sup>358</sup> Detailliert wurde hier ausgeführt, daß der Jahrestag über bestimmte „politisch-ideologische Fragen Klarheit“ schaffen sollte: Es galt, daß Bild der Sowjetunion als „der beste Freund des deutschen Volkes“ zu verfestigen und den mit Moskau geschlossenen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit“ (welcher von der „Unantastbarkeit“ der Grenzen und der „Existenz zweier souveräner Staaten“ sprach sowie eine deutliche Erweiterung des bereits genannten Vertrages von 1955 darstellte; siehe Staritz, Geschichte, S. 255) herauszustellen als „das neue Kräfteverhältnis, das in Deutschland durch die Existenz der DDR entstanden ist“. Herrschaftslegitimierend sollte die Aufbauleistung der Bürger betont werden, die „möglich [war], weil an der Spitze [...] die SED stand“. Wichtig erschien ebenso, die Notwendigkeit der wirtschaftspolitischen Linie darzustellen, wenn jede „weitere Entwicklung auf allen Gebieten des Lebens [...] in unabdingbare[m] Zusammenhang mit der Durchführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ stände; StA Dresden, Sekretariat des Oberbürgermeisters, 4.2.3., 321, Bl. 11. Die Reden des Oberbürgermeisters Schill vor der außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung am 12. Februar 1965, die sich nur unwesentlich von der am folgenden Tag an die Kundgebungsteilnehmer gerichteten unterschied, hob dann auch genau diese Punkte heraus; siehe StA Dresden, Sekretariat des Oberbürgermeisters, 4.2.3., 377, Bl. 33 – 50; ebenso Schills Leitartikel am Jahrestag selbst. In diesem wiederholte er die standardisierten Wertungen des historischen Ereignisses: Also a) den späten Zeitpunkt des Angriffes gegen die Kunst- und Kulturstadt, b) die Intention, damit Stärke gegenüber der Sowjetunion zu demonstrieren und c) die militärische Sinnlosigkeit, wobei er die nichtbeschädigten Militäranlagen benannte, die rüstungsrelevante Industriestruktur aber verschwie; SZ, 13.2. 1965, S. 1. Republikweit wahrnehmbar wurde der Jahrestag durch eine Rundfunksendung auf „Radio DDR“ vom 13. Februar 1965 und ein „Urania-Lichtbildvortrag“ von Schill selbst in der Deutschen Staatsbibliothek Berlin am 5. Februar 1965; siehe StA Dresden, Sekretariat des Oberbürgermeisters, 4.2.3., 707, Bl. 67 bzw. StA Dresden, Sekretariat des Oberbürgermeisters, 4.2.3., 377, Bl. 111 – 123.

<sup>359</sup> StA Dresden, Sekretariat des Oberbürgermeisters, 4.2.3., 321, Bl. 12f. Zentral für alle weiterführenden Ideen zur propagandistischen Aufarbeitung wie Treffen von Jugendlichen mit „Aktivisten der ersten Stunde“, Herausgabe von Sonderbroschüren, einer Sonderbriefmarke, spezifischen Postkarten, die Gestaltung eines Plakates, „auf dem das neue Dresden sichtbar wird“, die Herstellung einer „repräsentativen Plakette durch die Porzellan-Manufaktur Meißen“ und der Thematisierung im öffentlichen Raum durch „Traktate, Flugblätter und Klebestreifen“ war die Vermittlung eines gelungen Aufbaus der Stadt in einem sozialistischen Staat. Eingerahmt werden sollte dies in eine insgesamt erfolgreichen Stadtgeschichte: (Kurz-)Filme und Zeitungen etwa hatten die „Entwicklung der Stadt Dresden vor dem Krieg und seit dem Wiederaufbau“ zu behandeln; siehe ebd., Bl. 12 – 16.

<sup>360</sup> In dieser hieß es entsprechend, daß „wir nicht nur schlechthin neue Häuser bauen, sondern [...] es als Mahnung und Verpflichtung [...] gegen die Imperialisten“ ansehen; StA Dresden, Sekretariat des Oberbürgermeisters, 4.2.3., 377, Bl. 108.

die Veröffentlichung des Buches „Inferno Dresden“ von Walter Weidauer.<sup>361</sup> Der ehemalige Oberbürgermeister widerlegte in diesem einige der umlaufenden Legenden um die Luftangriffe,<sup>362</sup> nicht ohne allerdings neue zu schaffen. So behauptete er, Dresden wäre ursprünglich für den ersten Atombombenabwurf vorgesehen gewesen, was nur durch das schnelle Vorrücken der Roten Armee verhindert wurden wäre.<sup>363</sup> Die Propagierung dieser These schien in erster Linie die Funktion zu haben, die Rolle der sowjetischen Streitkräfte herauszuheben und um so schärfer gegen westliche Atomwaffenpläne argumentieren zu können.<sup>364</sup>

In ähnlichem scharfem Duktus, der sich psychiatrischem Vokabular bediente, trat der Redner Hermann Matern am 13. Februar 1965 vor 100.000 Kundgebungsteilnehmern auf, dessen bedeutende Rolle in Partei und Staat auf die herausgehobene Beachtung des 20. Jahrestages durch die SED verweist. Vor weiterer lokaler und regionaler Politprominenz sowie Besuchsgruppen aus Coventry, Strasbourg, Wrocław, Leningrad und weiteren Städten drohte er „atombessenen Kriegsprovokateuren“ „entsprechende Zwangsjacken“ an.<sup>365</sup> Zur Begleitung des Jahrestag in der Presse gehörte weiterhin eine Beilage des SED-Bezirksorgan mit unterschiedlichen Beiträgen, u.a. mit Texten zu künstlerischen Auseinandersetzungen wie etwa den Holzschnitten von Wilhelm Rudolph.<sup>366</sup>

---

<sup>361</sup> Weidauer, Walter: Inferno Dresden. Über Lügen und Legenden um die Aktion „Donnerschlag“, Berlin (Ost) 1965. Bei der Mobilisierung wurde erstmals mit einer „Verachtung für [den] USA-Überfall in Vietnam“ deren stärkeres Engagement ab 1964 im südostasiatischen Konflikt erwähnt, ohne daß diesem Aspekt 1965 zentrale Bedeutung zukam; SZ, 10.2. 1965, S. 1. Eine Weidauer-Rezension erfolgte u.a. in der Union, 27.1. 1965, S. 5. Einschränkend hieß es hier immerhin: „Erinnern müßten wir uns allerdings auch daran, daß auf Hitlers Befehl der Luftangriff auf offene Städte begonnen wurde.“

<sup>362</sup> Hier v.a. die von Seydewitz 1955 kolportierte Geschichte, die Angriffe seien von der Villa „San Remo“ der Familie Noble aus gesteuert bzw. mit Informationen vorbereitet wurden; siehe Taylor, Dresden, S. 486ff.

<sup>363</sup> Weidauer dramatisierte mit dieser Behauptung die bereits 1955 benutzte Analogie zur japanischen Stadt; eine Verknüpfung, der bis heute Wirkmächtigkeit innewohnt: Brigitte Sattelberg sucht diese mit dem Titel „Dresden mon amour“ in Anspielung auf Alain Resnais’ Film „Hiroshima mon amour“ ebenso wie Karl-Siegbert Rehberg mit der Formulierung vom „deutschen Hiroshima“; Rehberg, Unzerstörbarkeit, S. 47; siehe auch Schmitz, Auslöschung, S. 290. Die Monographie selbst, für die Weidauer auf durch Irving überlassene Akten aus westeuropäischen und amerikanischen Archiven zurückgreifen konnte, stellte in der DDR bis zu deren Ende den „Forschungsstand“ zum historischen Ereignis dar; Neutzner nennt dies eine „eingefrorene Geschichtsdeutung“; Neutzner, Anklagen, S. 150ff.

<sup>364</sup> Von Weidauer selbst wurde der aggressive Artikel „Nationaler Widerstand gegen Bonner Atomkriegspläne“ veröffentlicht, der die genannte These vertrat und im scharfen Ton der 1950er Jahre gegen „eine Handvoll rasend gewordener Tollhäsler aus Bonn“ wandt; SZ, 13.2. 1965, S. 3.

<sup>365</sup> Weiterhin wandte er sich neben der üblichen Beschreibung eines heroischen Stadtaufbaus mit einer Anklage gegen den Verjährungsbeschluß des Bonner Kabinetts vom 4. November 1964 hinsichtlich der juristischen Verfolgung von NS-Straftaten in der BRD; SZ, 15.2. 1965, S. 1 (die komplette Rede findet sich auf Seite 5). Die Einladungen an ausländische Gäste waren ganz eindeutig danach konzipiert wurden, „das Zustandekommen gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Städten und den Staaten, die zur Zeit noch durch die Diskriminierung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik einiger Länder beeinträchtigt werden“ zu befördern und in diesem Sinne die „Gäste [zu] überzeugen, daß die Dresdner Bevölkerung einmütig hinter der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Regierung steht“; StA Dresden, 4.2.3., Sekretariat des Oberbürgermeisters, 321, Bl. 17f.

<sup>366</sup> Diesen wurde ein Text beigelegt, der im Zusammenspiel mit Holzschnitten zunächst den Komplex „Zerstörung“ fokussierte, während Gerhard Kindls vom Pathos des Aufbaus getragene Prosa (abgedruckt

Bereits am Vormittag nahmen alle geladenen Gäste an der traditionellen Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof teil. Der dortige bereits vorhandene Ehrenhain war seit 1963 im Vorfeld des 20. Jahrestages noch einmal wesentlich erweitert worden. Besondere Aufmerksamkeit als ein Element der entstandenen Gesamtanlage „Ehrenhain für die Opfer des Faschismus“ verdient ein Rondell mit 14 Säulen, von denen dreizehn die Namen von Orten nationalsozialistischer Verbrechen bzw. Angriffsakte tragen. Eine weitere wurde mit dem Namen der Stadt Dresden versehen, womit hier sinnfällig die politisch vorgegebene Interpretation der Einordnung der Zerstörung von Teilen der Stadt als Folge eines schuldhaften „Imperialismus“ markant und an einem zentralen Ort der Dresdner Erinnerungskultur manifestiert wurde. Sieben Säulen, die die Namen von Orten mit Konzentrations- und Vernichtungslagern tragen, erscheinen zwar durch den das Rondell durchschneidenden Weg von den übrigen distanziert und somit als besondere Gruppe gekennzeichnet. Gleichwohl bleibt die nivellierende Wirkung erhalten, da die entscheidende Kategorie der Aufnahme historischer Orte in diese Reihung ein universalisiertes *menschliches Erleiden* im Nationalsozialismus als *Zeitspanne* und nicht als *Herrschaftssystem mit spezifischen Opfergruppen* war. Daß „Dresden“ hierfür als exemplarisch erscheinen sollte, wurde durch die Integration einer Sandsteinwand, an welcher fortan die Kranzniederlegungen stattfanden, als „End- und Höhepunkt der Raumdramaturgie der Anlage“<sup>367</sup> erreicht. Mit einem Obelisk, der das Zeichen der kommunistischen Fédération Internationale de Résistants (FIR) trägt und sich in Sichtlinie zur Sandsteinwand am anderen Ende der das Rondell teilenden Achse des Ehrenhaines befindet, wurde zudem die im staatstragenden Mythos des „Antifaschismus“ angelegte Integration der Dresdner – und ostdeutschen – Bevölkerung in die Reihen der Sieger der Geschichte materialisiert.<sup>368</sup>

---

wurden aus seinem Zyklus „Dresden lebt“ („Junge Kunst in Dresden“ und „Der Fernsehturm“) dann für die Nachkriegsperspektive stand. Daneben wurde die „Legende vom Malen“ von Volker Braun gestellt; SZ, 13.2.1965, wir-Beilage, S.3. Daß ein Text Brauns erschien, könnte ein Indiz dafür sein, daß „Die Trümmerflora“, 1962 von ihm verfaßt, vielleicht doch nicht die „Provokation“ im „damaligen politischen Klima“ gewesen war, die Deckert vermutet; vgl. Deckert, Renatus: „Auf eine im Feuer versunkene Stadt“. Dresden im Gedicht seit 1945, in: Dresdner Hefte 84, 4/05, S. 50. Karl Mickel urteilte zeitgenössisch deutlich schärfer: „Das neue Leben blüht nicht aus Ruinen / Da blüht Unkraut“; ebd.

<sup>367</sup> Neutzner, Dresden, S. 856, Fußnote 82. Diese nahm den Platz eines Holzkreuzes, welches den Ort des Massenaschegrabes der auf dem Altmarkt 1945 verbrannten Leichen markierte, ein. Die auf Max Zimmering zurückgehende Inschrift läßt in ihrem pathetischen Klang an den Informationsstellen der konkreten Zahlen, Herkunft der Toten wie Ursachen offenen Raum und lautet: „Wieviel starben? Wer kennt die Zahl? / An deinen Wunden sieht man die Qual / der Namenlosen, die hier verbrannt / im Höllenfeuer aus Menschenhand“; zit. n. Deckert, Dresden, S. 49.

<sup>368</sup> Daß Hermann Matern ab 1963 Generalsekretär der FIR war, spielte sicherlich eine Rolle in der Einbindung dieser Organisation in die Gedenkstellenkonzeption. Zur Genese der Anlage, die auf ältere Konzeptionen der Friedhofsreformbewegung der 1920er Jahre im Sinne einer Gleichheit aller im Tod zurückgeht, welche bereits

Während 1965 von staatspolitischer Seite der 20. Jahrestag also umfangreich und offensiv gestaltet wurde, nahmen kirchliche Veranstaltungen und Publikationen z.T. eine andere Gewichtung vor. Vereinzelt wandten sich Predigten bei katholischen Gedenkgottesdiensten gegen jegliche Rhetorik einer neuen schärferen Phase des Kalten Krieges.<sup>369</sup> Ähnliche Töne konnten aus evangelischen Kreisen vernommen werden. Entsprechende Veröffentlichungen im evangelischen Periodikum übernahmen zunächst den Deutungsrahmen hinsichtlich einer Sinnlosigkeit und Einzigartigkeit der Zerstörung bzw. der Stadt selbst, sahen den Jahrestag aber als Anlaß zur „Besinnung“.<sup>370</sup> Weniger mit dem Jahrestag konkret verbunden, fiel eine Initiative des Probstes der Kathedrale von Coventry, Bill Williams, um so mehr aus dem Rahmen staatlich inszenierter Gedenkveranstaltungen; diese führte englische Jugendliche von März bis September 1965 nach Dresden zu einem Aufbaueinsatz am Diakonissenkrankenhaus.<sup>371</sup>

In den Folgejahren bis 1970 blieben „Inhalt und Atmosphäre [des Gedenkens] weitgehend fixiert“.<sup>372</sup> Zentrale Veranstaltungen, die von staatlicher Seite aus organisiert wurden, umfaßten weiterhin die Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof und die „Großkundgebung“, meist mit Vertretern der SED-Bezirks- und Stadtleitung, des RdB und

---

für nationalsozialistische Deutungen einer Gleichheit aller in der „Volksgemeinschaft“ Anknüpfungspunkte schaffte, siehe Stein, Marion: Friedhöfe in Dresden, Dresden 2000, S. 145 – 149.

<sup>369</sup> Dies gilt für die Predigt von Bischof Otto Spülbeck. Dieser nahm zunächst in Anlehnung an Irving das Bild einer sinnlosen Zerstörung auf, wandte sich aber gegen eine offensive politische Indiennahme der Begehung des Jahrestages. Auch auf dem Gottesdienst in der Hofkirche 1967, bei dem auffällig viele junge Menschen anwesend waren, sprach sich Spülbeck – anknüpfend an die Ausführungen zur Vermeidung künftiger Kriege in der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ des II. Vatikanischen Konzils, verkündet im Dezember 1965 – gegen die „billigen Parolen eines Gleichgewichtes des Schreckens“ aus. Seine Reden reichten allerdings kaum über den begrenzten Kreis der Anwesenden und den Lesern des berichterstattenden katholischen Periodikums „Tage des Herren“ hinaus; zit. n. Neutzner, Anklagen, S. 154; siehe auch Ulrich, Dresden, S. 34.

<sup>370</sup> Auffällig ist hier v.a. der Artikel von Gerhart Wendelin, der in seinen Fragen nach Verantwortlichkeit deutlich von den herrschenden politischen Interpretationen abwich („Schwerer als die Trümmer aus Stein sind ja die Ursachen für das Trümmerfeld der Herzen zu erkennen und zu beseitigen. Da muß noch vieles und Entscheidendes getan werden“) und auch über ein Versagen in der Gemeindegemeinschaft im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor den Herausforderungen der Umbrüche der Moderne und somit einem Abfall von Gläubigen hin zu politischen Strömungen wie dem Nationalsozialismus selbstkritisch reflektierte; Sonntag, 14.2. 1965, o.S. Allerdings ist in dieser Ausgabe auch ein Prosastück von Dorothea Matthes zu finden, das sich eher auf der Linie der SED-Interpretation von Zerstörung und Aufbau, letzterer als Zusammenspiel von „Intelligenz“ und „Schaffenden“, bewegte. Weiterhin erfolgte ein Verweis auf eine ganzjährige Wanderausstellung zum „kirchlichen Wiederaufbau“.

<sup>371</sup> Auch hier ist die staatliche Duldung dieser kirchlichen Initiative dem Streben nach internationaler Anerkennung geschuldet. Neutzner sieht hier den Startpunkt für „aktive Versöhnung“; vgl. Neutzner, Anklagen, S. 154. Neuere Forschung präzisiert diesen Punkt: David Irving hatte 1963 – also im Erscheinungsjahr seines aufsehenerregenden Buches – Probst Williams den Anstoß für dieses Projekt gegeben, welches dann den Namen „Operation Reconciliation“ trug und aus englischer Sicht ein Sühnzeichen darstellte. Dieses Motiv war in seiner Sinnrichtung dazu geeignet, den Deutungsrahmen der Luftangriffe auf Dresden zu bestätigen und zu erneuern. Diese Initiative stand im übrigen in einer Art Konkurrenz zum „Coventry Committee for International Understanding“ Coventrier Kommunalpolitiker. Eine von dieser Institution gesandte Gruppe Jugendlicher legte mit weiteren aus Strasbourg und Leningrad einen „Friedensgarten“ an; siehe dazu Goebel, Coventry, S. 117.

<sup>372</sup> Darauf verwies Neutzner, Anklagen, S. 153.



des RdS sowie der Massenorganisationen.<sup>373</sup> „Zehntausende“ hörten bis 1968 als Hauptredner weiterhin Krolikowski, 1969 dagegen erneut Hermann Matern. Jährlich wurde ein „Dresdner Appell“ verabschiedet; dabei rückte der sich verschärfende Vietnam-Krieg hier wie bei den Reden und Presseartikeln stärker ins Zentrum der Aufmerksamkeit. So wurde 1966 im Beisein des Geschäftsträgers der vietnamesischen Botschaft „Abscheu gegen die amerikanische Aggression“ bekundet.<sup>374</sup> Erwähnung fanden in Reden aber auch aktuelle deutschlandpolitische Offensiven der SED, so etwa der Brief an die SPD vom Februar 1966.<sup>375</sup> Stets präsent blieb die Heraushebung der Aufbauleistung der Dresdner Bevölkerung; im Jahr 1966 wurden erstmals Medaillen an „Erbauer des Dresdner Stadtzentrums“ verliehen, vornehmlich an Arbeiter und Ingenieure.<sup>376</sup> Fragen auswärtiger Gäste nach dem „Geheimnis“ dieser Leistung beantwortete Schill dann 1967 so, daß diese „Ausdruck hohen Staatsbewußtseins“ sei.<sup>377</sup>

Während bis 1970 der genannte Veranstaltungsrahmen durchgeführt wurde, 1968 und 1969 aber an Stellenwert hinsichtlich der propagandistischen Begleitung in der Presse verlor,<sup>378</sup>

---

<sup>373</sup> Nicht korrekt ist somit die Annahme Margalits, daß bereits ab 1967 die Ruine der Frauenkirche als „Kulisse für Massenkundgebungen“ diene; Margalit, Luftangriff, S. 201. Am 5. Mai 1966 beschloß der Rat der Stadt die Umgestaltung der Ruine in ein Mahnmal; vgl. Nadler, Hans: Der Erhalt der Ruine der Frauenkirche nach 1945, in: Dresdner Hefte 32, 4/92, S. 34.

<sup>374</sup> Zit. n. SZ, 14.2. 1966, S. 1.

<sup>375</sup> Darin wurde ein „paritätisch besetztes Gremium für die offene Aussprache der Deutschen in Ost und West“ vorgeschlagen. Krolikowski sah in seiner Kundgebungsrede „jetzt einen Verständigungsfriede zwischen der SED und der SPD [als] das Gebot der Stunde“; Union, 15.2. 1966, S. 5. Als sich eine Umsetzung dieser Offerte „androhte“, zog die SED sich unter Vorwänden zurück; siehe Staritz, Geschichte, S. 257ff.

<sup>376</sup> SZ, 14.2. 1966, S. 1ff. Ein Tag vor dem Jahrestag erschien zwar der Artikel „Lübke baute KZ“, der aber ohne konkrete Verknüpfung zum 13. Februar 1945 argumentierte; SZ, 12.2. 1966, S. 2. Aber insgesamt kann gesagt werden, daß die personenbezogenen Kampagnen der DDR gegen Oberländer, Globke und eben Lübke generell keine direkte Verbindung suchten, zumal diese ihren Höhepunkt 1966 längst versiegt war. Dagegen wurde eine zweite Auflage des Weidauer-Buches umfangreich besprochen; der Autor verwies auch in einer Pressekonferenz noch einmal auf die von ihm ermittelte Todeszahl von 35.000 und wertete die Verwendung höherer Zahlen 1945 durch „faschistische Regierungsstellen“ dahingehend, daß diese benutzt wurden, um „beim neutralen Ausland Stimmung gegen die UdSSR [zu] machen“. Weidauer benannte also korrekt den Modus der NS-Propaganda, stellte ihn aber als gegen die sowjetischen Alliierten intendiert dar, um anschließend Krolikowskis Argumentation aufzugreifen, nach der die aktuelle Verwendung überhöhter Zahlen nach wie vor der Legitimierung der Stationierung von Atomwaffen diene; Union, 13.2. 1966, S. 2.

<sup>377</sup> SZ, 13.2. 1967, S. 1.

<sup>378</sup> Noch 1967 legte eine spezifisch gestaltete Beilage der SZ den Fokus auf die Thematik „Aufbau“: Zu Wort kam wie in vergangenen Jahren schon der Schriftsteller Max Zimmering, welcher titelte „Dem Phoenix gleich...“. Der polnische Dichter Thadäus Sliwiak hob in seinem „Dresdner Triptychon“ die Stadt völlig aus dem Gesamtzusammenhang, wenn er den Mittelteil mit „Fünfundfünfzig Minuten Krieg“ überschrieb. Insgesamt stand sein Werk aber in seinem düsteren Grundzug und der innewohnenden Abschiedsstimmung im erstaunlichen Gegensatz zu Zimmering; vgl. SZ, 10.2. 1967, wir-Beilage, S. 1 und 3. Dagegen erschienen 1969 neben den Berichten über die Altmarkt-Kundgebung lediglich ein Auszug aus dem Buch von Weidauer und ein Artikel von Heinz Nicolaus, dem 1. Sekretär der Stadtleitung der SED, der sich gegen die Presseberichterstattung in der BRD und den USA richtete. Er zitierte dabei u.a. die Verwunderung in einer amerikanischen Zeitschrift, daß die Veranstaltungen v.a. gegen die BRD und nicht gegen die USA gerichtet waren („Haß gegen Bonn ist erschütternd“) und Teilnahme an diesen ihm nicht erzwungen erschien („und niemand kann mich überzeugen, daß sie das nur taten, weil sie vom Blockwart beobachtet wurden“). Letzter Punkt käme für eine Analyse eines (Miß-)Erfolges der Parteiveranstaltungen in betracht, stünden dem nicht

hob sich der 25. Jahrestag von den vorangegangenen Jahren ab, ohne an die umfassende Kampagne des Jahres 1965 anschließen zu können. Bereits am 9. Februar 1970 wurde am Institut und Museum für Geschichte der Stadt Dresden eine Sonderausstellung unter dem Titel „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt“ eröffnet und in diesem Rahmen der Dokumentarfilm „Auferstehung“ aufgeführt.<sup>379</sup>

An der Kundgebung am 12. Februar 1970 nahmen diesmal „weit über 100.000“ Personen teil. Aufgewertet war diese durch die Rede Willi Stophs, Politbüromitglied und Vorsitzender des Ministerrates. Zeugen dessen wurden Gäste aus Coventry und Skopje sowie der Präsident des Rates des Königreiches Kambodscha. Stophs Rede war gezeichnet von der Deutschlandpolitik Ulbrichts, die v.a. um 1970 Konzessionsbereitschaft gegenüber der seit Herbst 1969 amtierenden sozialliberalen BRD-Regierung signalisierte, welche ihrerseits wiederum an einem Arrangement mit der DDR interessiert war. Stoph präsentierte dabei die DDR-Führung als den friedensbewahrenden und verständigungs-bereiten Part.<sup>380</sup>

Bereits 1971, aber auch im weiteren Verlauf der beginnenden „Ära Honecker“, kam den Jahrestagen eine deutlich geringere öffentliche Aufmerksamkeit bzw. politische Indienstnahme zu. Bis 1979 fanden keine öffentlichen Kundgebungen mehr statt.<sup>381</sup> Zentrale politische Veranstaltung wurde die bereits etablierte jährliche Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof.<sup>382</sup> Auch in den Parteiorganen der SED und der Blockparteien fand der Jahrestag immer seltener und knapper, dafür aber stetig Erwähnung.<sup>383</sup> Ausnahme blieb die Berichterstattung zum 30. Jahrestag, die aber einer starken Betonung auf den 30. Jahrestag der „Befreiung“ vom „Hitlerfaschismus“ als dem zentralen Bezugspunkt geschichtspolitischer Agitation der SED des Jahres 1975 unterlag.<sup>384</sup>

---

quellenkritische Bedenken gegenüber, passen doch diese Beobachtungen gut in die SED-Argumentation von der Aufbauleistung der Stadtbevölkerung „unter Führung der Partei der Arbeiterklasse“; SZ, 13.2. 1969, S. 3.

<sup>379</sup> Dieser war im Auftrag des RdS entstanden; SZ, 10.2. 1970, S. 8.

<sup>380</sup> Nach dem DDR-Entwurf eines „Vertrages über die Aufnahme gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD“ und einem für die DDR-Führung unbefriedigenden Briefwechsel zwischen Stoph und Bundeskanzler Willi Brandt im Januar 1970 übte Stoph in Dresden harsche Kritik am „Alleinvertretungsanspruch“, der „Handlungslosigkeit Bonns“ und forderte „normale, gleichberechtigte, völkerrechtliche Beziehungen“. Es fällt aber auf, daß die aggressive Wortwahl vergangener Jahre – etwa gegen „Bonner Kriegsantreiber – entfiel. Vertragsentwurf wie Briefwechsel wurden in der Nähe zur Berichterstattung von der Kundgebung dokumentiert; SZ, 13.2. 1970, S. 1f.

<sup>381</sup> Darauf verwies zuerst Reichert, Rezeptionsgeschichte, S. 160.

<sup>382</sup> Hier sei beispielhaft nur die Kranzniederlegung in Anwesenheit von Vertretern der Stadtleitung der SED, des RdS und des Stadtausschusses der Nationalen Front als „stilles Gedenken“ genannt; SZ, 14.2. 1978, S. 8.

<sup>383</sup> 1979 etwa konnte Dresden ebenso wieder als „Anziehungspunkt für Touristen aus aller Welt“ dargestellt werden wie Erlebnisberichte publiziert, die tradierte Legenden um die Luftangriffe aktualisierten; Union, 13.2. 1979, S. 1 und 2.

<sup>384</sup> Siehe hier SZ, 13.2. 1975, S. 3, aber auch die Veröffentlichung des „Aufruf zum 30. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus“ vom ZK der SED, dem Staatsrat und dem Ministerrat der DDR wie dem Nationalrat der Nationalen Front; SZ 22.1.1975 S. 1f. Oberbürgermeister Schill rief dementsprechend in seiner

Auch die CDU-Tageszeitung trug diese Ausrichtung, berichtete aber zudem relativ umfangreich zur Thematik des Wiederaufbaus von städtischen Kirchen.<sup>385</sup>

Ein bemerkenswerter Akt vollzog sich dagegen am 13. Februar 1976 mit der Einweihung der „Gedenkkapelle für die Opfer des 13. Februar 1945 und aller ungerechten Gewalt“ in der Halböffentlichkeit der Hofkirche, die bis heute Ort katholischer Friedensgebete ist.<sup>386</sup>

Die Gesamttendenz des Rückgangs der politischen Aufmerksamkeit auf den Jahrestag ist zumeist – und zurecht – auf die außenpolitischen Entspannung im allgemeinen und die Etablierung der DDR auf dem internationalen Parkett zurückgeführt worden; die frühere Aggressivität hätte hier nur zu Mißstimmungen führen können.<sup>387</sup> Ganz grundsätzlich löste man sich in Ost und West in den 1970er Jahren von den gedenkpolitischen Prämissen des Kalten Krieges. In der Bundesrepublik wie in der DDR wurde dagegen eine Inszenierung wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischer Konkurrenz aufgewertet.<sup>388</sup> Ausdruck dessen war in der DDR Honeckers „untrennbare Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“,<sup>389</sup> mit der im Zuge einer Entutopisierung der politischen Staatsführung nach dem Sturz Ulbrichts eine auf Massenloyalität abzielende „Realpolitik“ der Befriedigung lebensalltäglicher Bedürfnisse aller Staatsbürger vorerst aggressive Gedenkveranstaltungen zurückgestellt wurden.<sup>390</sup>

Der Jahrestag behielt aber für die SED den Stellenwert eines geeigneten Podiums v.a. für außenpolitische Feindbenennungen, das sie 1980 entsprechend der wieder angespannten

---

Rede in der Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 1975, verbunden mit der Hoffnung auf einen schnellstmöglichen Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Frieden in Europa, zur Umsetzung dieses Appells auf; Union 15.2. 1975, S. 1f u. 6.

<sup>385</sup> Der Doppelartikel erwähnte in diesem Zusammenhang auch die 1938 zerstörte Synagoge und den Neubau auf der Fiedlerstraße; Union, 13.2. 1975, S. 6 und 14.2. 1975, S. 6. Zum Thema wurde auch ein Vortrag in der Kreuzkirche angekündigt; Union, 14.2. 1975, S. 6. Auch ein weiterer, persönlich gehaltener Artikel „Liebeserklärung an meine Stadt“ nahm bezug auf die jüdische Leidensgeschichte vor dem 13. Februar 1945, benannte den Verlust eines jüdischen Freundes vor den Luftangriffen und eine „Unmenschlichkeit des Faschismus“ im normalen Alltagsgespräch. Dieser Artikel stand aber parallel neben graphischer wie prosaischer Gestaltung des Motivs „Aufbau“ und dokumentierten sinnentsprechenden Grüßen aus dem Goldenen Buch der Stadt von prominenten Besuchern wie Avery Brundage (ehemals Präsident des Internationalen Olympischen Komitees) und Fidel Castro; Union 13.2. Februar 1975, S. 3.

<sup>386</sup> Explizit wurde der Rahmen der „Opfer“ mit der Nennung von 50 katholischen Geistigen an den Wänden des Altars zunächst spezifisch religionsgruppenbezogen, darüber hinaus durch die Inschrift „30. Januar 1933 – in memoriam mortuorum – 13. Februar 1945“ am Fuße des Altars dagegen um weitere unbestimmte Opfergruppen erweitert, allerdings zum Preis der Nivellierung verschiedener Leidensgeschichten; Ulrich, Dresden, S. 36. Die künstlerische Ausgestaltung der Kapelle blieb zudem auf die Ereignisse der Luftangriffe konzentriert, wie auch die Inschrift suggeriert, daß die nationalsozialistische Herrschaft ihr Ende bzw. ihren Klimax in diesen gefunden hätte.

<sup>387</sup> So Neutzner, Anklagen, S. 157 als auch Reichert, Rezeptionsgeschichte, S. 160. Besonders zu nennen sind hier die deutsch-deutschen Annäherungen, die v.a. im Grundlagenvertrag zwischen beiden Staaten vom Dezember 1972 zum Ausdruck kamen, und der Aufnahme der DDR und BRD in die UNO im September 1973.

<sup>388</sup> Handro, Erstarrung, S. 99f.

<sup>389</sup> So auch fixiert im neuen Parteiprogramm von 1976; zit. n. Staritz, Geschichte, S. 278.

<sup>390</sup> Ebd., S. 278ff.

internationalen Lage reaktivierte: Die in den Jahren 1972 bzw. 1979 auf eine Rüstungskontrolle zielenden Verträge Salt I und II berührten in ihrem Inhalt nicht die für den mitteleuropäischen Raum relevanten Kurz- und Mittelstreckenraketen. Demzufolge erweiterten und modernisierten die Sowjetunion wie die NATO ihre Raketenbestände, um ihre Erst- und Zweitschlagsfähigkeit im Falle eines militärischen Konfliktes zu erhöhen.

Daher wurden neben der obligatorischen Kranzniederlegung 1980 zu einer Großkundgebung mit Vertretern der SED-Bezirks- und Stadtleitung, aller Blockparteien wie Massenorganisationen „zehntausende“ Dresdner mobilisiert. Oberbürgermeister Schill richtete hier seine Rede gegen die „aggressivsten imperialistischen Kräfte, an ihrer Spitze die Carteradministration“ und deren „Hetze gegen die Sowjetunion“.<sup>391</sup> Er wiederholte dabei alle bisherigen Interpretationen der Luftangriffe von „barbarisch und sinnlos“ bis hin zur Demonstration „militärischer Stärke der imperialistischen Mächte [...] als Ansatz der späteren offenen Politik des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion“. Eine neue Friedensbedrohung wurde durch Schill allein mit den „Brüsseler NATO-Beschlüssen“ ausgemacht.<sup>392</sup>

Daß diese Kundgebung 1980 erstmalig auf dem Platz vor der Frauenkirche stattfand, könnte im – allerdings nicht belegbaren – Zusammenhang mit dem im Vorfeld gestellten Antrag des Pfarrers der Kreuzkirche, Christoph Ziemer, zur Durchführung einer Gedenkfeier an eben diesem Ort stehen, welcher von den städtischen Behörden aber abgelehnt wurde. Daraufhin sammelten sich zu einem Gedenkgottesdienst in der Kreuzkirche 500 Personen. Der auf Anregung Ziemers im November 1980 gegründete

---

<sup>391</sup> Die Großkundgebung von 1970 war damit nicht die letzte „für mehr als ein Jahrzehnt“, wie Neutzner annimmt; Neutzner, Anklagen, S. 157. Wieder aufgegriffen wurde 1980 der „Dresdner Appell“, der unter dem Motto stand: „Dresden mahnt: Alle Kraft für den Frieden und Entspannung“; siehe SZ, 13.2. 1980, S. 1 und 2. Auch der stellvertretende Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes äußerte ein „beklemmendes Gefühl“ bei der „Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen“; Union 13.2. 1980, S. 1. Der Jahrestag wie die Veranstaltungen fanden in der Presse insgesamt wieder stärkere Beachtung; darunter fällt auch ein Interview mit den Filmemachern der Dokumentation „Sogar die Elbe brannte“. Bemerkenswerterweise machten diese eine bisherige Verengung der „alten“ Dresdner Stadtgeschichte auf Aspekte des Barocks aus und legten Wert auf eine Darstellung seit den 1920er Jahren, wollten dabei den Lebensalltag arbeitender Schichten im Hechtviertel als Gegenstück zu einem mystifizierten Stadtzentrum in den Blick nehmen und aufzeigen, daß „Dresden [...] keine heile Welt, sondern wie jede andere deutsche Stadt eine Stadt des gewöhnlichen Kapitalismus“ war. Letztlich werteten aber auch sie die Luftangriffe als einen „Akt der Willkür und Barbarei“ und als Teil des Kalten Krieges. Zur Recherche des Filmes waren Aufsätze von Schülern angeregt worden, in denen diese ihr von Eltern und Großeltern übermitteltes Wissen darlegen sollten. Die dargestellte Resonanz zeigt dabei den von Neutzner ausgemachten stabilen Platz des historischen Ereignisses im Familiengedächtnis an inklusive der Übernahme medial vermittelter Interpretationen und „Erlebnisse“; SZ, 8.2. 1980, wir-Beilage, S. 2; Neutzner, Anklagen, S. 158.

<sup>392</sup> Komplette Rede bei StA Dresden, Sekretariat des Oberbürgermeisters, 4.2.3., 907, Bl. 305 – 318.

Stadtökumenekreis organisierte im Folgejahr ein nun ökumenisches Friedensgebet, womit das kirchliche Gedenken einen Neuanfang erhielt.<sup>393</sup>

Staatlicherseits wurde am 12. Februar 1981 dagegen nur noch eine Abendveranstaltung von „Wissenschaftlern, Kultur- und Geisteschaaffenden“ initiiert, bei der auch die ZK-Mitglieder Hans Modrow und Alexander Abusch, letzterer inzwischen Ehrenpräsident des Kulturbundes, teilnahmen; beide hielten ebenso Reden wie Manfred von Ardenne und der Chef der Dresdner Militäarakademie „Friedrich Engels“.<sup>394</sup>

## **5.2. Eine „wahre Heimstatt“ – Loyalität und Gedenkspuren**

Blieb der Jahrestag der Bombardierung Dresdens auch nach dem Mauerbau zunächst ein nach politischen Nützlichkeitskriterien jährlich ausgestaltetes Großereignis, etablierte sich eine mit Gedenkveranstaltungen öffentlich begangene Wiederkehr der Novemberpogrome in Dresden nur allmählich und punktuell. Dabei war für die lokale Situation die Wahl des Dresdners Helmut Aris zum Präsidenten des VJGDDR im Juni 1962 und die damit verbundene Verlegung des Verbandshauptsitzes nach Dresden prägend. Diese Personalie und die Herauslösung des VJGDDR aus der formellen organisatorischen Bindung an den in Hamburg ansässigen Zentralrat der Juden in Deutschland schloß im wesentlichen eine von der DDR-Führung angestrebte engere Bindung an Partei und Staat vorläufig ab.<sup>395</sup>

Können für die Jahre 1961 und 1962 – und damit der Entwicklung der 1950er Jahre folgend – keine Veranstaltungen in Dresden bezüglich der Novemberpogrome nachgewiesen werden, so galt nun für die Gestaltung des 25. Jahrestages, daß die „Arbeit des Verbandes zunehmend in der seitens des Staates und der Partei gewünschten Bahn verlief“.<sup>396</sup> Insbesondere der auf einer Sondersitzung des Verbandes im Oktober 1963 verabschiedete „Aufruf an die Juden in der Welt und alle Menschen guten Willens“, welcher „Faschismus, Antisemitismus und Rassismus [...] mit ihren Wurzeln“ in der DDR

---

<sup>393</sup> Innerhalb der Dresdner Kirchengemeinden wurde Anfang 1980 über ein Ende des „bloßen Gedenken[s]“ (Ziemer) nachgedacht; siehe Schmid, Kirchen, S. 247.

<sup>394</sup> Letzterer referierte über „Haltung, Motivation und Können unserer bewaffneten Organe“; SZ, 13.2. 1981, S. 1f.

<sup>395</sup> Eingeleitet wurde dieser Vorgang bereits seit Mitte der 1950er Jahre durch die Anwerbung Inoffizieller Mitarbeiter für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und der Besetzung der Gemeindevorstände durch politisch zuverlässige Mandatsträger. Nach dem Tod seines nicht vollständig anpassungsbereiten Vorgängers Hermann Baden galt dies nun mit Aris auch für die höchste Ebene jüdischer Repräsentanz in der DDR; siehe Mertens, Davidstern, S. 91f., Illichmann, DDR, S. 189ff.

<sup>396</sup> Ebd., S. 196.

als „ausgerottet“ betrachtete, um politisch opportun „die Mörder von sechs Millionen Juden in Westdeutschland“ anzuklagen, reihte sich ein in die systematische, gegen die Bundesrepublik gerichtete Kampagne zu Beginn der 1960er Jahre.<sup>397</sup>

Die zentrale politische Kundgebung fand in Berlin am 8. November 1963 ohne Anwesenheit der jüdischen Gemeinden statt. Dagegen wurden in Dresden Veranstaltungen ausgerichtet, die gemäß dem neuen Stellenwert der Stadt als organisatorischem Mittelpunkt jüdischen Lebens in der DDR einen herausgehobenen Charakter für das Gedenken der Gemeinden hatten. Wurde aus Anlaß des Jahrestages bereits am 10. November 1963 Verdis „Nabucco“ in der Staatsoper Dresden aufgeführt, so kamen auf Einladung des VJGDDR, des Nationalrates der Nationalen Front und des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer 1.100 Personen zur künstlerisch umrahmten Gedenkfeier im Deutschen Hygiene-Museum Dresden zusammen.<sup>398</sup> Helmut Aris verkündete hier den bereits genannten Aufruf, wich aber in seiner Rede von offiziellen Deutungen dahingehend ab, daß neben den „Banden der Hitlerpartei“ sich auch das „Volk“ der Verantwortung und Schuld nicht entziehen könne.<sup>399</sup>

Bereits 1963 wurde ganz im Sinne einer deutschlandpolitischen Instrumentalisierung der Juden in der DDR versucht, die Veranstaltungen und deren Ausrichtung im Ausland mittels Publikationen und Einladungen bekanntzumachen. So wurde der Aufruf mehrsprachig verschickt und zufrieden das Wohlwollen anwesender Gäste aus nichtsozialistischen Ländern registriert.<sup>400</sup>

---

<sup>397</sup> Zum kompletten Aufruf siehe auch SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 10862, Bl. 773f. Ein Bericht zum Beschluß der Erklärung findet sich im Periodikum des VJGDDR; siehe Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1964, S. 3. Ein Höhepunkt dieser Kampagne bildete der ebenso im Juli 1963 geführte Schauprozeß in Abwesenheit gegen Globke, welcher als „Generalabrechnung“ bzw. „Weltprozeß gegen das Bonner Unrechtssystem“ [Hervorhebung im Original] geführt werden sollte, so Alfred Norden; zit. n. Lemke, SED-Kampagnenpolitik, S. 74. Auf Zeugensuche für diesen Prozeß begab sich das MfS im Umfeld jüdischer Gemeinden im übrigen „mit der Vorkenntnis und dem Taktgefühl primitiver Ethnologen“; so Frei, Norbert: NS-Vergangenheit unter Ulbricht und Adenauer. Gesichtspunkte einer vergleichenden Bewältigungsforschung, in: Danyel (Hg.), Vergangenheit, S. 132.

<sup>398</sup> Diese waren „teils gezielt, teils durch Partei und Organisationen, wie durch Bekanntgabe in der Tagespresse“ mobilisiert; CJA, 5B1, Nr. 217, Bl. 15.

<sup>399</sup> Zit. n. Timm, Umgang, S. 218. Weitere Reden hielten Hans Seigewasser, nun Kirchenstaatsekretär der DDR, Martin Riesenburger, bis zu seinem Tod 1965 einziger Rabbiner in der DDR, und Endre Sós, Präsident der Landesvertretung der ungarischen Juden, der stellvertretend für alle ausländischen Delegationen sprach; CJA, 5B1, Nr. 217, Bl. 15.

<sup>400</sup> Der Aufruf ging auch in englisch, französisch und spanisch in den Druck, wurde breit international versandt, darunter an alle jüdischen Gemeinden in der BRD. Besonders vermerkt wurde die Anerkennung der Delegationen aus Belgien und Italien („Frau Formiggini hat über ihre Besuche in der DDR anläßlich der Kristallnacht und vorher beim Globke-Prozeß mehrere Vorträge in Italien gehalten und ausführlich in italienischen Zeitungen berichtet.“); siehe zu den Veranstaltungen insgesamt den von Aris verfaßten Abschlußbericht CJA, 13556, 5B1, Nr. 217, Bl. 14 – 16. Wie weit dieses Bemühen um internationale Aufwertung der Veranstaltungen ging, zeigt auch die Einladung des Präsidenten des „London Committee of Deputies of the British Jews“, die aber auf Ablehnung stieß; ebd., Bl. 108.

Nach der Veranstaltung im Hygiene-Museum folgte ein Empfang vom RdB im Waldpark-Hotel im Stadtteil Blasewitz, bei dem wiederum Aris und Seigewasser Reden hielten, aber ebenso Landesbischof Gottfried Noth.<sup>401</sup> Die Anwesenheit des letztgenannten verweist zudem auf die stärkere Beachtung des Jahrestages durch die evangelische Kirche, die sich in Dresden wie in der gesamten DDR v.a. in einem besonderen Spruch vor dem Beichtgebet der Gottesdienste am 10. November 1963 äußerte;<sup>402</sup> unabhängige kirchliche Veranstaltungen wie in Leipzig fanden aber nicht statt.<sup>403</sup> Diese stärkere Beachtung beruhte auf der tagesaktuellen Auseinandersetzung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin im Februar 1960, die durch antisemitische Ausschreitungen in der BRD motiviert worden war.<sup>404</sup> Die Diskussionen bei dieser Zusammenkunft stellten sich – zunächst noch vorsichtig – einer antijüdischen christlichen Tradition und somit auch der Frage nach einer Mitschuld an nationalsozialistischer Verfolgung.<sup>405</sup>

Verschiedene weitere Initiativen zeigen, daß der VJGDDR um Helmut Aris bemüht war, dem Gedenken an die Novemberpogrome und deren spezifische Interpretation noch breitere Wirkung zukommen zu lassen; erwähnt seien hier etwa die Herausgabe einer Sonderbriefmarke und die (zu diesem Zeitpunkt noch ausgeschlagene) Bitte um gesonderte Beachtung im Schulunterricht.<sup>406</sup>

Bis zum 30. Jahrestag 1968 würdigten DDR-weit keine staatlichen Veranstaltungen keine explizite Aufmerksamkeit dem Jahrestag der Novemberpogrome bezogene. Lediglich die Kundgebung zum 50. Jahrestag der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ wurde auf Betreiben des VJGDDR am 9. November 1967 bei der Gedenkstätte Tröbitz durchgeführt.

---

<sup>401</sup> Nachrichtenblatt, Märzangabe 1964, S. 3.

<sup>402</sup> Die Konferenz der Kirchenleitungen (KKL) hatten den Landeskirchen nahegelegt, an das Datum zu erinnern; Schmid, Antifaschismus, S. 61. Wie anderenorts wurde dabei auch „die drückende Schuld auf unserem Volke angesprochen“; Union, 10.11. 1963, S. 2. Der dazu berichtende Artikel unter dem Titel „Doppelte Schuld tilgen!“ führte dies deutlich aus, legte sein eigentliches Gewicht aber darauf, den „Erkenntnismangel“ evangelischer Christen auch und besonders in der DDR zu benennen, daß „mit ihm [dem Antisemitismus – Anmerkung durch T.F.] damals und heute der Antikommunismus gepaart ist“. Der äußere Anlaß des Jahrestages der Novemberpogrome wurde zudem benutzt, um auf die außenpolitische Linie der „Koexistenz und Zusammenarbeit der Völker ohne innere Einmischung“ einzuschwören; ebd.

<sup>403</sup> Auf solche verweist ohne Beleg Bodemann, Gedächtnistheater, S. 110.

<sup>404</sup> Die z.T. auf Aktivitäten des MfS zurückgingen; siehe Wolffsohn, Michael: Die Deutschland-Akte. Tatsachen und Legenden, München 1995, S. 20ff.

<sup>405</sup> Ostmeyer, Schuld, S. 50f. Ob – wie in Greifswald – sich auch in Dresden durch kirchliche Vertreter explizit gegen ein Aufrechnung des Leides in anbeacht der starken Erinnerung an die Luftangriffe ausgesprochen wurde, kann aufgrund mangelnder Quellen leider nicht beurteilt werden; zu Greifswald siehe ebd., S. 164f.

<sup>406</sup> Ein Schreiben vom 5. März 1963 an das Ministerium für Post und Fernmeldewesen weist aus, daß die Idee zur Sonderbriefmarke mit dem Schriftzug „Nie wieder Kristallnacht“ vom Verband kam; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 10862, Bl. 828. Das Anliegen, im Unterricht anlaßbezogen zu vermitteln, daß „unserer Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Gesellschaftsordnung jeder Rassen- und Völkerhaß fremd ist“, wurde mit dem Verweis darauf, daß „politische und weltanschauliche Bildung und Erziehung [...] Prinzip aller Unterrichtsdisziplinen“ sei, negativ beschieden; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 10862, Bl. 768 bzw. 772.

Staatliche Vertreter bezogen sich dabei v.a. auf dieses für den DDR-Gedenkkalender vorrangige Ereignis, wohingegen jüdische Redner den Fokus auf die NS-Verfolgungsgeschichte legten.<sup>407</sup>

Während für den Großteil der jüdischen Gemeinden in der DDR das „Gedenken zur Konvention“ avancierte,<sup>408</sup> kann dies für Dresden vorerst nicht nachgewiesen werden.<sup>409</sup>

Allmählich aber erhielten jüdische Themen außerhalb der Gemeinden in kirchlichen und hier v.a. evangelischen Kreisen Beachtung, wobei auf ein einzelne Engagierte wie Pfarrer Fritz Schulz in den 1950er Jahren verwiesen werden kann. Zentrale Figur für die erste Kontakte auf unterer Ebene wurde in Dresden – aber im folgenden mit DDR-weiter Wirkung und Bedeutung – der privat agierende Helmut Eschwege, Mitglied der hiesigen jüdischen Gemeinde;<sup>410</sup> aber auch Helmut Aris selbst hielt Vorträge vor Interessierten.<sup>411</sup>

---

<sup>407</sup> Siehe dazu Schmid, Antifaschismus, S. 64f. Von Staatsseite war diese Kundgebung zunächst für den 17. Oktober 1967 geplant; Verbandsvertreter Aris und Ringer insistierten aber am 10. Oktober 1967 erfolgreich auf eine Verlegung. In dieser Vorabsprache wiesen sie auch daraufhin, daß „das Nah-Ost-Problem aufgrund unserer unterschiedlichen Ansichten nicht berührt werde“ solle; CJA, 13574, 5B1, Nr. 235, Bl. 23. Diese Ausklammerung stand im Zusammenhang mit den erneut unterschiedlichen Wertungen der Politik Israels im Zuge des „Sechs-Tage-Krieges“. Zwar gab der VJGDDR eine auf den Antisemitismus in der BRD bezogene Broschüre heraus, verweigerte sich aber wie viele andere prominente Juden in der DDR einer antiisraelischen „Erklärung jüdischer Bürger der DDR“; siehe Illichmann, Instrumentalisierung, S. 210ff. Die „Erklärung“ vom 9. Juni 1967 ist dokumentiert bei Keßler, SED, S. 174f. Die allgemeine Wertung Groehlers, daß die staatsnahe Verbandsführung um Aris sich insbesondere in internen Aussprachen der DDR-offiziellen Lesart der israelischen Politik stets verweigerte, bedarf aber einer Konkretisierung: Nicht immer führte dies dazu, das Thema um der trauten Einheit willen zu „umgehen“. Aris konnte in der Außenrepräsentanz der DDR durchaus antiisraelische Bekenntnisse wie beispielsweise (vergeblich) von Vertretern jüdischer Gemeinden anderer sozialistischer Staaten 1961 im Kontext des Eichmann-Prozesses einfordern; siehe Eschwege, Fremd, S. 157; Groehler, Gedenkstättenpolitik, S. 297f.

<sup>408</sup> Schmid, Antifaschismus, S. 63.

<sup>409</sup> Auch fand das historische Ereignis selbst in der Presse kaum Erwähnung. Ausnahme bildeten beiläufige Hinweise, so etwa bei einem Bericht zur Reisetätigkeit Aris' im Dienste der Außendarstellung der DDR; ND, 9.11.1966, S. 6. Interessanterweise gab genau dieser Artikel en passant eine andere Lesart der (hier zurückhaltend) „Bombardierung Dresdens“ ab, da nur „den Wirren der letzten Kriegsmonate“ das Überleben der wenigen verbliebenen Dresdner Juden zu verdanken sei.

<sup>410</sup> Nach eigenen Angaben wurde Eschwege verstärkt ab 1965 zu Vorträgen zu Themen jüdischer Kultur und Geschichte im allgemeinen wie der Verfolgungsgeschichte im besonderen eingeladen, „meist in christlichen Gemeinden und Jugendorganisationen“, aber auch von „bürgerlichen Parteien“, „Denkmalpflegern“ und Grundorganisationen des Kulturbundes; Eschwege, Fremd, S. 108 und 159. Hinsichtlich christlicher Aktivitäten war Fritz Schulze für Eschwege langer Zeit ein „einsamer Prophet“; ebd., S. 170. Eschwege selbst konnte 1966 mit „Kennzeichen J“ eine erste Veröffentlichung erreichen; Schmid, Antifaschismus, S. 62. Im Vorfeld des 25. Jahrestages hatte dieser im Rahmen seiner Recherchen zur Geschichte der Juden im Nationalsozialismus und explizit zu den Novemberpogromen um verwertbare Materialien und Kontakte gebeten; siehe Nachrichtenblatt, Juniausgabe 1963, S. 3. Zu den ideologisch bedingten jahrelangen Verzögerung dieser Dokumentation siehe Käppner, Joachim: Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtpropaganda der DDR, Hamburg 1999, S. 134 – 145. Generell unterlagen Forschungen zur Geschichte der Shoa in den 1960er und 1970er Jahren vielfältigen Beschränkungen bis hin zur Verweigerung von Recherchemöglichkeiten; siehe ebd., S. 115 – 126 und S. 202 – 213.

<sup>411</sup> So beispielsweise im Herbst 1966 vor einer Gruppe christlicher Studierender in Dresden, Ulrich, Dresden, S. 120. Seit 1966 besuchten ebenso regelmäßig Christen die Synagoge bzw. jüdische Gottesdienste; Ostmeyer, Schuld, S. 222.



So wie 1968 anlässlich des 30. Jahrestages ein Anstieg der Gedenkveranstaltungen in der gesamten DDR zu verzeichnen ist,<sup>412</sup> so fand in Dresden am 11. November 1968 gemäß einer Anweisung des Kirchenstaatssekretärs die zentrale Veranstaltung im Kongreßsaal des Hygiene-Museums statt. Von höherer politischer Ebene in Berlin war neben konkreten Elementen des Ablaufs auch die Verantwortlichkeit des VJGDDR für die Durchführung des Gedenkaktes und dessen Verkündung einer „Willenserklärung“ bestimmt worden.<sup>413</sup> Herbert Ringer, Vizepräsident des VJGDDR, trug dieses „Gelöbnis“ – gleichsam politischer Höhepunkt und umrahmt von Reden Aris’ und Seigewassers sowie künstlerischer Gestaltung<sup>414</sup> – vor. Die DDR, welche im nun schon in Endlosschleifen propagandistischer Selbstdarstellung referierten Gegensatz zur BRD „getreu den im Potsdamer Abkommen getroffenen Festlegungen Faschismus und Antisemitismus ausgerottet“ habe, wurde darin als „wahre Heimstatt“ der Juden glorifiziert. Angesichts eines Lebens „ohne Sorgen“ gelobten die Jüdischen Gemeinden, die DDR „wirkungsvoll zu unterstützen“ und „zu schützen“, das Erbe der Ermordeten zwischen 1933 und 1945 zu bewahren, „einem dauerhaften Frieden allseitig zu dienen“ und sich gegen jede neue Entwicklung hin zu „Faschismus und damit Völkervernichtung“ zu wenden<sup>415</sup> – mehr als ein „historisch dekoriertes Unterwerfungsritual“ mag Schmid hier zurecht nicht mehr erkennen.<sup>416</sup>

Am Abend fand – ebenso gemäß einer Anweisung aus Berlin – ein Empfang des RdB in der HO-Gaststätte „Waldblick“ statt.<sup>417</sup> An diesem nahmen – wie auch an allen anderen Veranstaltungen – kirchliche Vertreter teil; unabhängige kirchliche Feierlichkeiten fanden

---

<sup>412</sup> Schmid, Antifaschismus, S. 65 – 68. Die direkten Anweisungen aus Berlin verweisen dabei auf die „starke politische Note“, die der Gedenktag durch seine zeitliche Nähe zum „Sechs-Tage-Krieg“ und seiner propagandistischen Bearbeitung hatte; so Ostmeyer, Schuld, S. 165.

<sup>413</sup> SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 10941, Bl. 97f. Die Verantwortlichkeit, „daß der Besuch durch Betriebe, Einrichtungen, Bevölkerung usw. abgesichert wird“, lag dabei beim RdB; ebd. Aus den Listen der einzuladenden Gäste geht hervor, daß auf die Anwesenheit lokaler und regionaler Führungsgremien aller Parteien und Massenorganisationen, kommunaler Repräsentanz, hochrangiger kirchlicher wie Führungskräfte kultureller Institutionen abgezielt wurde. Verschiedene Absagen dokumentieren, daß die Begehung des Jahrestages 1968 noch nicht die Relevanz eingeräumt bzw. Distanz zu staatlichen Veranstaltungen gewahrt wurde. Die Liste ausländischer Gäste umfaßte Delegationen aus sozialistischen wie westlichen Staaten; geladen waren hier (durch den VJGDDR) v.a. jüdische Vertreter; siehe SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 10863, Bl. 621 – 623, 684f., 688f., 689, 691f.

<sup>414</sup> „Devote Unmündigkeit“ und „patriarchalisch-bevormundende Herablassung“ prägten die Ausführungen von Aris bzw. Seigewasser; so Schmid, Antifaschismus, S. 69. Mit der Anwesenheit des Staatssekretärs erhöhte sich die Präsenz der Staatsführung in bescheidenem Maße.

<sup>415</sup> Alle Zitate nach Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1969, S. 8. „Heimstatt“ ist dabei begriffsgeschichtlich in den Siedlungs- und Wohnungsbauprojekten um 1900 als Chiffre für Selbsthaftmachung der Arbeitnehmerschaft einzuordnen, fand seine Verwendung aber auch in Theodor Herzls Utopie eines jüdischen Staates; siehe Hartewig, Zurückgekehrt, S. 5, Fußnote 12.

<sup>416</sup> Schmid, Antifaschismus, S. 69.

<sup>417</sup> SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 10941, Bl. 98f.

dagegen 1968 in Dresden noch nicht statt.<sup>418</sup> Besondere Beachtung erfuhr der Jahrestag aber im CDU-Bezirksorgan; neben Artikeln zu den Gedenkfeiern, die sich im Fahrwasser offizieller Darstellungen bewegten, fällt eine ganzseitige Beachtung am 9. November 1968 auf.<sup>419</sup>

Nachdem das synagogale Gedenken bereits am 9. November 1968 in Berlin stattgefunden hatte, legten Vertreter der Gemeinden und des Verbandes sowie seiner Gäste vor den geschlossenen Veranstaltungen in den Vormittagsstunden Blumengebinde am Ehrenmal des Neuen Jüdischen Friedhofs auf der Fiedlerstraße nieder und hielten an gleicher Stelle ein kurze Kundgebung.<sup>420</sup>

Insgesamt waren die Veranstaltungen in Dresden Ausdruck der gesteigerten, wenn auch nachrangigen Aufmerksamkeit, die dem 30. Jahrestag im Gedenkkalender der DDR zukamen; Ausdruck einer „sekundären Habitualisierung“<sup>421</sup> war demnach auch, daß Aris diesmal eine gesonderte Bearbeitung des Themas im Rahmen des Schulunterrichts erfolgreich einfordern konnte.<sup>422</sup>

In den folgenden Jahren besaß die Erinnerung an die Novemberpogrome in der DDR nur eine „schmale[ ] Kontinuität“.<sup>423</sup> Jährliche Veranstaltungen (jüdischer Gemeinden) fanden durchgängig nur in Berlin und Leipzig statt. Für Dresden können bis 1974 keine

---

<sup>418</sup> Da diese andernorts untersagt wurden, wäre fraglich, ob sie überhaupt hätten durchgeführt werden können; Ostmeyer, Schuld, S. 165. Für Dresden kann aber keine Initiierung etwaiger Veranstaltungen nachgewiesen werden.

<sup>419</sup> Neben Prosa jüdischer Opfer stach hier v.a. der umfangreiche Artikel von Pfarrer Fritz Schulz heraus, der eine historisch korrekte Darstellung abgab; Union, 9.11. 1968, S. 14.

<sup>420</sup> Der erste Gedenkkakt unter freiem Himmel in Dresden seit 1945 fand somit nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt; siehe Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1969, S. 5. Der Gedenkstein verweist auf 22 Urnengräber; bestattet wurden hier ermordete jüdische Einwohner Dresdens, Juden aus dem „Protektorat Böhmen und Mähren“, welche am Landgericht Münchner Platz hingerichtet worden waren, sowie Deportierte aus anderen besetzten Gebieten; Goldenbogen, Nora: Sachsen, in: dies./ Endlich, Stefanie/ Herlemann, Beatrix/ Kahl, Monika/ Scheer, Regina (Hg.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. 2, Bonn 1999, S. 648; zu den hingerichteten „Protektoratsjuden“ siehe auch Kokoška, Stanislav/ Tůma, Oldřich: „Die ganze Komödie dauerte zwei Tage.“ Gerichtliche Vergeltungsmaßnahmen gegenüber oppositionellen Tschechen aus dem „Protektorat Böhmen und Mähren“, in: Haase/ Sack (Hg.), Münchner Platz, S. 78f.

<sup>421</sup> Diesen Begriff verwendet Schmid. „Habitualisierung“ zielt dabei auf die Verstetigung des Bezuges verschiedener gesellschaftlicher Akteure auf das Datum ab; „sekundär“ faßt dessen verbleibende Nachordnung hinter der Wiederkehr der „November-Revolution“ vom 9. November 1918; siehe Schmid, Antifaschismus, S. 71. Veranstaltungen zu den Novemberpogromen nahmen so auch in der Berichterstattung des ND den Rang von Randnotizen ein; das Verhältnis der Artikel bewegte sich im Bereich von 1:7; siehe Timm, Umgang, S. 219.

<sup>422</sup> Darauf verwies bereits Schmid, Antifaschismus, S. 70. Zum Briefwechsel mit dem Ministerium für Volksbildung siehe CJA, 13558, 5B1, Nr. 219, Bl. 147 – 149. Das fortgesetzte Bemühen um eine erneute Sonderbriefmarke blieb dagegen erfolglos; abgelehnt wurde diese aus „Termingründen“ und „Nichteinplanung“; ebd., Bl. 119 – 128. Erstmals wurde in der offiziellen Presse bezug auf die Erklärung des ZK der KPD von 1938 genommen; Hartewig, Zurückgekehrt, S. 541f.

<sup>423</sup> Schmid, Antifaschismus, S. 72. Dieser verweist darauf, daß dies neben der „politisch-ideologischen Konstellation“ auch der „zunehmend existenzgefährdenden demographischen Struktur der ostdeutschen jüdischen Gemeinden“ als hauptsächliche Träger des Gedenkens und der damit eingeschränkten Handlungsfähigkeit geschuldet war; ebd. Dazu auch knapp Goldenbogen, Trostlosigkeit, S. 121.

Veranstaltungen festgestellt werden. Ritualisiert vollzogen wurden die Mitte der 1960er Jahre einsetzenden gegenseitigen Loyalitätsbekundungen zwischen dem Staat in Vertretung des Kirchenstaatssekretärs Seigewasser, dem CDU-Vorsitzenden Gerald Götting und dem VJGDDR.<sup>424</sup> Wurde in der Presse stets auf diese Adressen verwiesen, erschienen nur selten darüber hinausgehende Artikel.<sup>425</sup> Wie in anderen Städten der DDR erhöhte sich auch in Dresden langsam die Aufmerksamkeit kommunaler wie regionaler staatlicher Akteure.<sup>426</sup> Ab 1975 fand die Erinnerung an die Novemberpogrome in Dresden den Weg in den öffentlichen Raum. Bereits am 22. April 1975 war im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der „Befreiung“ eine Gedenkstele am Standort der 1938 zerstörten Synagoge eingeweiht worden; Oberbürgermeister Schill hielt zu diesem Anlaß eine Rede. An diesem Ort erfolgte ab 1975 nun jährlich – und dies fortgesetzt bis heute – am 9. November eine Kranzniederlegung.<sup>427</sup> Trotzdem das Gedenken in Dresden an die Novemberpogrome damit wieder in einem öffentlich wahrnehmbaren Akt im Zentrum der Stadt vollzogen wurde, schlug sich das in der Berichterstattung der Presse nur in einem äußerst geringen Umfang nieder.<sup>428</sup>

---

<sup>424</sup> Dazu kamen in den 1970er Jahren ebensolche Schreiben vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe für christliche Kreise beim Nationalrat der Nationalen Front, Günther Grewe; Schmid, Antifaschismus, S. 74 – 76. Diese Schreiben verloren spätestens ab 1972 ihre gegen die BRD gerichtete Schärfe; siehe Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1973, S. 11. Auf diese Tendenz verwies Schmid, Antifaschismus, S. 76.

<sup>425</sup> Bemerkenswerte Ausnahme ist hier Heinrich Fink, der etwa den Begriff „Kristallnacht“ als „Chiffre [...] viel zu harmlos“ wertete. Fink, da schon Inoffizieller Mitarbeiter beim MfS (Berliner Zeitung, 16.6. 2005, S. 6), prangerte v.a. das christliche Versagen an, verwies auf die lange Tradition christlichen Judenhasses als eine Basis für NS-Verfolgungen und kritisierte eine Zeitzeugengeneration, die nichts gewußt habe wollte; Union, 8.11. 1969, S. 2. Oberflächlich innerskirchlich kritisch erscheint eine Einordnung dieses Artikels in eine SED-nahe Argumentation Finks angebrachter, so wie dieser sie bereits in seiner Buchveröffentlichung „Stärker als die Angst“ von 1968 anführte; Ostmeyer, Schuld, S. 166. Zum 35. Jahrestag erschien zudem im Bezirksorgan der SED ein ausführlicher Artikel, der die Novemberpogrome als ideologische Vorbereitung des Volkes auf den folgenden Krieg und als Möglichkeit zur Bereicherung der „Deutschen Monopolbourgeoisie und auch Teilen des Kleinbürgertums“ wertete. Dem gegenüber wurde – und hier nun erstmals in der Lokalpresse – auf die Sonderausgabe der „Roten Fahne“ als Zeichen des Verhaltens des „klassenbewußten Kern[es] der deutschen Arbeiterklasse“ verwiesen. Mit der Einordnung des historischen Ereignisses als Akt des Imperialismus konnte der Artikel die Erinnerung an die Pogrome mit einer vehementen Anklage gegen die „imperialistischen Kräfte Israels“ richten; Hintergrund bildete hier der „Jom-Kippur-Krieg“; SZ, 9.11. 1973, S. 2.

<sup>426</sup> Siehe Schmid, Antifaschismus, S. 76f. In Dresden besuchte 1972 anlaßbezogen eine Vertreterin des Referats für Kirchenfragen des RdB den Sitz des VJGDDR; Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1973, S. 10. Dies wiederholte sich 1973 in Begleitung des Kirchenreferenten des RdS. Übermittelt wurden ebenso Schreiben des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden RdB; Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1974, S. 18; siehe dazu auch SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 233f. Ab 1974 wandte sich regelmäßig Hans Jörke, Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres, an Aris; Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1974, S. 18.

<sup>427</sup> Aus einer Aktennotiz vom 31. März 1975 geht hervor, daß am 17. März 1975 Aris die Konzeption für diese Stele und den dann auch realisierten Termin der Weihe vorlegte; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 237. Schill griff in nahezu gleichem Wortlaut auf die Argumentation von 1973 in der Sächsischen Zeitung zurück; vgl. StA, 4.2.3., 901, Bl. 171 – 177. Zur Inschrift und Form der Stele siehe Goldenbogen, Sachsen, S. 647f.

<sup>428</sup> SZ, 8/9.11. 1975, S. 2.

Die in den 1960er Jahren begonnene Auseinandersetzung mit dem Judentum durch (v.a. evangelische)<sup>429</sup> Christen wurde auch in Dresden in den 1970er Jahren fortgeführt, weitete sich aber etwa im Gegensatz zu Leipzig nicht aus. Die dortige günstige personelle Konstellation war in Dresden nicht gegeben.<sup>430</sup> Verantwortlich dafür scheint einerseits die staatliche Nähe der hiesigen Jüdischen Gemeinde oder wenigsten der ansässigen Verbandsführung,<sup>431</sup> andererseits fehlten auf kirchlicher Seite noch ausschlaggebende lokale Akteure in Fortsetzung des Engagements des Pfarrers Schulz.

Die Basis dieser in verschiedenen Städten der DDR spürbareren Annäherung war dabei nichts weniger als eine grundlegende kirchenpolitische bzw. theologische „Wende“ der evangelischen Kirche in der DDR, mit der eine Abkehr von der traditionellen Judenmission vollzogen wurde.<sup>432</sup> Wie überall in der DDR kam es aber auch in Dresden zunächst noch nicht zur Organisation von kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der Zuständigkeit staatlicher Stellen bzw. des VJGDDR oder in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde.

---

<sup>429</sup> Dies blieb aber nicht auf evangelische Kreise beschränkt; das Nachrichtenblatt meldete auch, daß eine „große Gruppe Jugendlicher katholischer Dresdner Kirchgemeinden“ der Synagoge einen Besuch abstattete; Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1974, S. 18.

<sup>430</sup> So wurden aus Leipzig bereits seit 1974 Veranstaltungen der „Christlich-jüdischen Zusammenarbeit“ gemeldet; Ostmeyer, Schuld, S. 96. In Leipzig zeigte sich, daß die Annäherung weniger auf Direktiven von „ganz oben“ – sei es von Kirchenleitung, sei es von VJGDDR, sei es erst recht von SED – beruhte als vielmehr auf konkreten Akteuren wie v.a. Pfarrer Siegfried Theodor Arndt und dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Leipzig, Eugen Gollomb; dazu ausführlicher ebd., S. 244f. Arndt nutzte bereits den 35. Jahrestag, um im Namen der evangelischen „Arbeitsgemeinschaft Kirche und Judentum“, der er seit 1972 vorstand, den Landesbischof der ELLKS, Johannes Hempel, zu bitten, „die Gemeinden [...] in geeigneter Weise [...] aufmerksam zu machen“. Arndt unterbreitete für die Gottesdienste am 4. oder 11. November 1973 den Vorschlag einer Einfügung in das Fürbittgebetes, die kurz den Anlaß benennen sollte und mehrfach von „schwerer Schuld“ vieler Christen gegenüber „unseren jüdischen Brüdern und Schwestern“ sprach; Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 2, 531, Bl. 9f. Es konnte anhand des genutzten Quellenmaterials nicht belegt werden, ob dieser Vorschlag umgesetzt wurde; auch in der vorliegenden Forschungsliteratur findet der Vorgang keine Erwähnung.

<sup>431</sup> Dies erklärt wohl auch das vorübergehende Ausweichen (zumindest hinsichtlich institutionalisierender Zusammenarbeit) Eschweges nach Leipzig; Ostmeyer, Schuld, S. 245.

<sup>432</sup> Offenkundigste Folge dieses 1968 erfolgten Beschlusses war 1975 eine Erklärung aller Bischöfe und höchsten Kirchenfunktionäre gegen den Beschluß der UN-Vollversammlung, Zionismus als eine Form des Rassismus zu brandmarken. Mit diesem Schritt verband sich eine deutliche Ablehnung der offiziellen außenpolitischen antizionistischen Linie der DDR; Ostmeyer, Schuld, S. 322. Es ist dabei darauf zu verweisen, daß diese Wende weder sofortige Auswirkungen zeitigte noch unumkehrbaren Charakter für eine Gesamtheit evangelischer Positionierungen gegenüber dem Judentum und dem Missionsgedanken hatte; ebd., S. 203ff.

## 6. Von der Erinnerungskonkurrenz zum Staatsakt

### 6.1. Die (Selbst-)Entdeckung der Schwindenden – Annäherungen und Vereinnahmungen

Diese Tendenz einer theologischen Neuausrichtung und die persönlichen Initiativen von unten kulminierten 1978 einer bisher nie dagewesenen Anhäufung von Gedenkveranstaltungen unter Beteiligung der Kirche, erst recht aber unter deren expliziter Verantwortung. Daß diese überhaupt ohne größere staatliche Behinderung durchgeführt werden konnten, verweist zudem auf den generell erweiterten kirchlichen Handlungsspielraum nach der Neujustierung bzw. Annäherung im Verhältnis der evangelischen Kirche zur Staats- und Parteiführung im Anschluß an das Spitzengespräch vom 6. März 1978 zwischen Bischof Albrecht Schönherr und Erich Honecker. Nach einer schon vorangegangenen Selbstpositionierung der evangelischen Kirchenleitung als „Kirche im Sozialismus“ lag das Hauptinteresse der SED-Spitze darin, in einer Phase der krisenhaften Entwicklung der DDR, die gekennzeichnet war durch ein Ende von Tendenzen einer liberaleren Kunst- und Kulturpolitik und starken wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mittels integrativer Angebote ihre Machtposition zum Preis des Zugeständnisses teilautonomer Bereiche zu sichern.<sup>433</sup>

Den kirchlichen Gedenkveranstaltungen am 40. Jahrestag der Novemberpogrome ging seit 1977 eine tiefgründige thematische Beschäftigung eines Magdeburger Arbeitskreises voran, aus der zwei in Kirchenkreisen breit rezipierte „Arbeitshefte“ hervorgingen.<sup>434</sup> Wie diese gingen die „Worte an die Gemeinden“ der Leitung der Kirchenprovinz Sachsen und der Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR (KKL) vom September 1978 auf deutliche Distanz zur offiziellen Deutung der nationalsozialistischen Judenverfolgung.<sup>435</sup> Von besonderer politischer Brisanz war zweifellos die Bitte um „echte

---

<sup>433</sup> Weber, DDR, S. 151ff.

<sup>434</sup> Die Arbeitsmaterialien näherten sich den historischen Ereignissen an, übten theologische Selbstreflexion und forderten zu selbständiger Annäherung auf; Ostmeyer, Schuld, S. 169.

<sup>435</sup> Deutlich wurde hier die Schuld von „weitesten Kreisen“ durch „bedrückendes Schweigen, erschreckende Interessenlosigkeit oder offene Billigung“ benannt. Die Bitte um die Existenz Israels „in einem gerechten und sicheren Frieden“ konterkarierte erneut deutlich die außenpolitische DDR-Position zum Nah-Ost-Konflikt; alle Zitate n. Schmid, Antifaschismus, S. 98. Die Kirchenleitung Sachsen verwies zudem auf einen traditionellen christlichen Antijudaismus; ebd. Im Gegensatz zur Annahme Ostmeyers wurde also – zumindest stellenweise – bereits 1978 in ersten offiziellen kirchlichen Verlautbarungen in der DDR dieser Aspekt angesprochen; Ostmeyer, Schuld, S. 51 – 53. Die KKL gab weiterhin eine Empfehlung einer Einfügung in das allgemeine Kirchengebet, die sich kaum vom Vorschlag Arndts von 1973 unterschied; siehe SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 10941, Bl. 41.

Bewältigung der unseligen Vergangenheit“.<sup>436</sup> Diese stand neben den Diskussionen auf der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) im September 1978 über neonazistische und antisemitische Äußerungen bei Jugendlichen in der DDR und mußte als grundsätzliche Infragestellung des manifestierten antifaschistischen Charakter der DDR aufgefaßt werden.

Neben dieser der Staatsraison, aber auch der eigenen bisher weitgehend gleichgültigen Haltung der Kirche gegenläufigen Annäherung an die jüdische Leidensgeschichte ist weiterhin ein tagespolitischer Bezug festzustellen: Bei verschiedenen Gelegenheiten wurde das vergangene „fremde“ Leiden auf eine aktuelle Verfolgungssituation, also beispielsweise die der DDR-Opposition, projiziert.<sup>437</sup> Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die kirchlichen Veranstaltungen überwiegend von Jugendlichen besucht wurden;<sup>438</sup> mithin also jenen, denen die Kirche in den 1970er Jahren die Räume öffnete.<sup>439</sup> Gegen die Anwesenheit der jüngeren stand also die Abwesenheit der älteren, zudem konfessionell stärker verankerten Generation; also dem Personenkreis, dessen schuldhaftes Verhalten kirchliche Vertreter so beeindruckend angesprochen hatten.<sup>440</sup>

Ganz im Zeichen dieser Deutungen im Vorfeld standen die dadurch motivierten zahlreichen kirchlichen Gedenkveranstaltungen mit einer Konzentration auf Berlin, Erfurt und Leipzig. Mit der Begehung des Jahrestages ging in diesen Städten auf lokaler Eben eine weitgehendere Annäherung zwischen christlichen und jüdischen Gemeinden einher, wobei

---

<sup>436</sup> Zit. n. Schmid, Antifaschismus, S. 99. Schönherr legte in einem Brief an Aris vom 16. Oktober 1978 diese Erklärung bei und endete mit den Worten: „Nehmen Sie das Schreiben bitte als Zeugnis einer Verbundenheit, die, einer leidvollen und schuldbeladenen Vergangenheit bewußt, eine bessere Zukunft in unserem Verhältnis anstrebt.“; zit. n. Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969 – 1990. Die Vision vom „Dritten Weg“, Berlin und Frankfurt/ Main, 1995, S. 261.

<sup>437</sup> Diese „oppositionelle Funktionalisierung“ äußerte sich am Ende der „Worte an die Gemeinden“: „Laßt uns wachsam sein dafür, wo heute unter uns Menschen Opfer unserer Vorurteile werden, wo die Eigenart von Menschen, die Fremdheit ihrer Verhaltensweisen, zum Anlaß werden, ihre Würde zu verletzen“; Ostmeyer, Schuld, S. 53. Daran schloß etwa Bischof Schönherr mit dem Gelöbnis an der Ruine der Synagoge in Berlin an, in dem er die Achtung aller, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Glauben, Lebensart und Bildung betonte; Schmid, Antifaschismus, S. 101f. Auf eine derart aktualisierende Implikation der Thematisierung der nationalsozialistischen Judenverfolgung verweist Groehler. Dieser sieht den Umgang mit den Novemberpogromen und der Shoa als „unter der Lupe systemkritischer Auseinandersetzung aufgegriffen [...] und dem Staat DDR als Spiegelbild des undemokratischen Umganges mit Randgruppen entgegengehalten“; Groehler, Umgang, S. 244.

<sup>438</sup> Ostmeyer, Schuld, S. 170.

<sup>439</sup> Dazu Neubert, Geschichte, S. 284ff.

<sup>440</sup> Entsprechend selten war die Rede vom fortgesetzten Schweigen in der ostdeutschen Nachkriegsgesellschaft; so etwa Günter Jakob in einem Beitrag für „Die Zeit“. Dieser irrte aber mit seiner Annahme, daß „auch in der DDR bis heute das für das Nichtvergessen so wichtige persönliche Gespräch zwischen Generationen der Väter und der Generation der Söhne noch aus[steht]“, im gewissen Sinne; zit. n. Schmid, Antifaschismus, S. 97. Auch in der DDR hatte das intergenerationelle Gespräch im verwandtschaftlichen Kontext nicht den von ihm unterstellten (selbst-)kritischen und aufklärerischen Gehalt, sondern vielmehr entlastende Funktion; siehe Welzer, Harald/ Moller, Sabine/ Tschugall: „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt/ Main (4. Aufl.), S. 163f. Dies kann gelten, auch wenn aktuelle spezifische Studien nicht vorliegen.

für letztere eine nicht nur räumliche Distanz zum administrativen Zentrum, dem Sitz des VJGDDR in Dresden, konstatiert werden kann.<sup>441</sup>

Der nun 1978 „auch öffentlich wahrnehmbare gedenkpolitische Bedeutungsgewinn [...] der evangelischen Kirche“<sup>442</sup> zeigte sich dagegen nur indirekt in Dresden, wiederholter Ort zentraler staatlicher Veranstaltungen.

Der bereits in der funktionalen Annäherung an die Kirche zum Ausdruck gekommene Wunsch nach Verbreiterung der Legitimationsbasis der SED-Herrschaft äußerte sich weiterhin zum einen auf der Ebene politischen Agierens in der Einbeziehung des VJGDDR in diese Bündnispolitik,<sup>443</sup> zum anderen auf ideologischer Ebene in der Weitung des legitimatorischen Geschichtsbildes in Folge des IX. Parteitages der SED von 1976 um die Schlagworte von „Erbe und Tradition“, womit ein – wiederum spezifisch ausgerichteteter – breiterer Bezuges zu Aspekten deutscher Geschichte gesucht wurde.<sup>444</sup> Dieser schuf auf politischer Ebene und im (geschichts-)wissenschaftlichen Kontext Raum für neue Themenfelder wie dem der jüdischen Geschichte.<sup>445</sup>

Vor diesem Hintergrund und angesichts eines allgemeinen steigenden internationalen Interesses an jüdischen Themen legte das Kirchenstaatssekretariat im Juni 1978 fest, den

---

<sup>441</sup> Für 30 und somit zwei Drittel aller Veranstaltungen zeichneten kirchliche Akteure bzw. Institutionen verantwortlich, zumeist evangelischer Provenienz. Herausragende Beispiele sind die Gottesdienste in Berlin am 5. November 1978 mit Reden von Bischof Albrecht und des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin, Peter Kirchner, sowie am 9. November 1978 in der Sophienkirche mit anschließendem Schweigemarsch zur Ruine der Synagoge; ebd. Ebenso zu werten und die spezifische lokale Situation unterstreichend ist sicherlich der gemeinsame christlich-jüdische Gottesdienst in Leipzig; eine umfassende Vortragsreihe stand hier im Zusammenhang mit dem Pogromgedenken; siehe Schmid, Antifaschismus, S. 97; Ostmeyer, Schuld, S. 170f.; Sonntag, 3. 12. 1978, o.S.

<sup>442</sup> Handro, Erstarrung, S. 101.

<sup>443</sup> Zeichen dafür das Treffen von Aris und Kirchner mit Erich Honecker zum Jahrestag der DDR 1977; Offenberg, Machthaber, S. 168.

<sup>444</sup> Nach der internationalen Anerkennung der DDR war dieses Konzept angesichts der massiven gesellschaftlichen Krise der DDR Ende der 1970er Jahre und eines generationell bedingten Abbaus der personellen Substanz des „Antifaschismus“ ein weiterer Versuch innerer Stabilisierung; näher dazu Arendes, Mythen, S. 37ff.; auch Assmann/ Frevert, Geschichtsvergessenheit, S. 237ff. Heinrich spricht hier im Zusammenhang mit dem Versuch, neben dem „Antifaschismus“ weitere legitimierende historische Bezüge aufzubauen, von einer „Palette von Additionsmythen“; Heinrich, Horst-Alfred: Kollektive Erinnerungen der Deutschen. Theoretische Konzepte und empirische Befunde zum sozialen Gedächtnis, Weinheim/ München 2002, S. 81.

<sup>445</sup> Dieser Vorgang sollte eher als Rahmen begriffen werden als daß dieser die zu beschreibenden umfangreicheren staatlichen Gedenkveranstaltungen unmittelbar zur Folge gehabt hätte. Der Beginn etwaiger Forschungsanstrengungen ist beispielsweise grob auf Anfang der 1980er Jahre zu datieren; siehe Käppner, Geschichte, S. 214ff. Überbetont scheint mir zudem die (auch nicht belegte) Wertung Schmid, angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage hätten bereits 1978 ökonomische Motive der Staatsführung eine Aufwertung des Gedenkens zur Folge gehabt, etwa um mit einem solchen Zeichen der Entspannung entsprechend nützliche Beziehungen zu Israel und besonders den USA anzubahnen; Schmid, Antifaschismus, S. 102. Eine verhalten ökonomistische Interpretation könnte eher dahingehen, daß angesichts der fortgesetzten Verweigerung von Wiedergutmachungszahlungen eine besondere Beachtung „jüdischer Themen“ eine Abmilderung an diesem intern durchaus als prekär eingeschätzten Punkt erreichen sollte; in diese Richtung zielte bereits die außenpolitische Mobilisierung jüdischer Repräsentanten im Laufe der 1970er Jahre; vgl. Illichmann, DDR, S. 219 – 238.

„Jahrestag politisch so groß [...] wie möglich“ vorzubereiten.<sup>446</sup> Ebenso wenig blieben die Vorbereitungen kirchlicher Kreise im verborgenen<sup>447</sup> wie die als bedrohlich in der Konkurrenz um das „bessere Deutschland“ wahrgenommenen Vorbereitungen in der BRD.<sup>448</sup> Geradezu alarmierend schien dazu die bundesdeutsche Rezeption der oben genannten kirchlichen Wahrnehmung problematischer Tendenzen in der ostdeutschen Jugend.<sup>449</sup> Demzufolge stand ab Oktober 1978 die Vorbereitung der Gedenkveranstaltungen unter oberster staatlicher Regie. In enger, aber paternalistischer Zusammenarbeit mit dem VJGDDR erfolgte nun die Planung einer sich vom 7. bis 12. November 1978 erstreckenden Reihe von Gedenkakt an verschiedenen Orten der DDR. Neben der Kranzniederlegung in Sachsenhausen am 10. November wurden alle Veranstaltungen in der „Erinnerungsmetropole“<sup>450</sup> Dresden am 9. November selbst als „politische Höhepunkte“ konzipiert.<sup>451</sup>

Der dreiteilige hiesige Gedenkakt startete mit einer Kranzniederlegung an der Stele, bei der Oberbürgermeister Gerhard Schill eine Rede hielt.<sup>452</sup> Am späten Nachmittag folgte im Hygiene-Museum die politische Hauptveranstaltung der DDR zum 40. Jahrestag, bei der

---

<sup>446</sup> Zit. n. Schmid, Antifaschismus, S. 85. Auf den internationalen Aspekt verwies bereits Bodemann. Im konkreten Fall führte dies etwa zu Einladungen jüdischer Repräsentanten zu Gedenkfeiern in Westberlin wie Gegenbesuchen; Bodemann, Gedächtnistheater, S. 110.

<sup>447</sup> Spätestens an dieser Stelle sollte auf die massive Beobachtung, Kontrolle und Behinderung dieser wie unabhängiger jüdischer Aktivitäten durch staatliche Organe bis hin zum MfS hingewiesen werden, die auf den generell kontrollierten und repressiven Charakter des Gedenkverständnisses der Staatsführung verweisen; siehe Schmid, Antifaschismus, S. 87.

<sup>448</sup> Schmid spricht von einer „Vergesellschaftung dieses Datums“, einer „numerischen Expansion“ bei gleichzeitiger „Pluralisierung der beteiligten Akteure und der Formen, der Orte und der Deutungen, der Intentionen und Funktionalisierungen des Gedenkens“; Schmid, Erinnern, S. 392.

<sup>449</sup> Teil der umfangreich einsetzenden Gedenktagspublizistik wurden demnach Angriffe auf die BRD über die Thematik Antisemitismus; vgl. Schmid, Antifaschismus, S. 86. In diesem Sinne wurde ein Artikel in der SZ illustriert: ein Bild der alten Synagoge in Dresden stand der Aufnahme einer rechtsradikalen Demonstration in der BRD gegenüber; SZ, 4.11. 1978, S. 4.

<sup>450</sup> So Schmid, Antifaschismus, S. 91.

<sup>451</sup> Zit. n. einer Mitschrift einer Beratung vom 3. November 1978, die zwischen obersten staatlichen Vertretern der Arbeitsgemeinschaft für Kirchenfragen beim ZK der SED sowie dem Kirchenstaatssekretär und lokaler hoher politischer Ebene, also Vertretern des RdS, des RdB (Sektor Kirchenfragen) und den Bezirksleitungen der FDJ und SED geführt wurde; SächsHStA, IV D-2/20/803, unpaginiert. Weitere Veranstaltungen waren Kranzniederlegungen bei der Gedenkstätte Tröbitz und im ehemaligen KZ Sachsenhausen sowie eine Ausstellungseröffnung und ein Gottesdienst zur Einweihung der Synagoge Rykestraße in Berlin, ebd. Die insgesamt spät anlaufende Planung kennzeichnet die staatlichen Veranstaltungen in dieser Dimension und höheren Verantwortungslage als „primär reaktive[s] Agieren“; Schmid, Antifaschismus, S. 102. Teilweise sagten etwaige Wunschgäste (wobei Einladungen durchaus auch auf Behinderung kirchlicher Veranstaltungen abzielten) ab oder – wie der bereits gebundene Bischof Schönherr – nur kurze Gefälligkeitsbesuche zu; vgl. Ostmeier, Schuld, S. 173f.; siehe auch CJA, 13559, 5B1, Nr. 220, Bl. 207 und 210.

<sup>452</sup> Anwesend waren ebenso Seigewasser und dessen Stellvertreter Kalb, Delegationen aus „dem sozialistischen Ausland“ sowie Vertreter von Parteien, Massenorganisationen und „aller kirchlichen Konfessionen“. Nach einer Gesangsdarbietung sprach der ungarische Kantor Laszlo Lugosi das Kaddisch, das traditionelle jüdische Gebet zu Ehren der Toten; Union, 11./12.11. 1978, S. 6. Fotografische Aufnahmen legen nahe, daß über den Besuch jüdischer Gemeindeglieder hinaus diese erstmals vorher in der Lokalpresse beworbene Kranzniederlegung kaum weitere nennenswerte Anteilnahme hatte; siehe etwa Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR (Hg.): Gedenke! Vergiß nie! 40. Jahrestag des faschistischen „Kristallnacht“-Pogroms, Berlin 1979, innere Fotoseiten, Abbildungen 11 – 15.



die Geladenen vorrangig lokale und regionale Funktionäre waren, an der aber auch hohe kirchliche Vertreter teilnahmen.<sup>453</sup> Zentrale Punkte bildeten die Ansprachen von Helmut Aris und Gerald Götting, letzterer als CDU-Vorsitzender und Honecker-Stellvertreter der höchste anwesende staatliche Repräsentant.

Beim anschließenden Empfang des Kirchenstaatssekretärs im Festsaal des Rathauses kam dieser selbst zu Wort, des weiteren Manfred Scheler, Vorsitzender des RdB. Alle genannten Redner beschworen die DDR als einen Ort der Verwirklichung gleichberechtigten jüdischen Lebens und als einen solchen, an „welchem gewöhnlicher Faschismus, gewöhnliche Faschisten und ihre Hintermänner an den Schalthebeln der ökonomischen und politischen Macht endgültig entmachtet sind“. Demonstrativ wurde Einigkeit darüber herausgestellt, daß die „Bürger jüdischen Glaubens [...] eine feste und sichere Heimstatt gefunden haben.“<sup>454</sup>

Abweichungen von diesen Deutungen, die in der „bewährten“ Form der „Externalisierung“<sup>455</sup> mangelnde Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit auf die BRD zurückwarfen, waren selten.<sup>456</sup> Bei Aris als höchstem jüdischen Repräsentanten waren diese – wie gewohnt bei offiziellen Anlässen und nun erst recht bei bisher nicht gekannter Aufwartung durch eine Grußadresse von Erich Honecker –<sup>457</sup> ebensowenig zu finden wie

---

<sup>453</sup> Erschienen waren neben Schönherr auch der stellvertretende Vorsitzende der Berliner Bischofskonferenz Gerhard Schaffran und der Bischof der Evangelisch-Methodistischen Kirche Armin Härtel; Union, 11./12.11. 1978, S. 1. Im Vorfeld wurde staatlicherseits zudem ein hohes Interesse von Pfarrern registriert. Diese „möchten noch Jugendliche (Junge Gemeinde) mitbringen.“ Deswegen sollte „beachtet werden, daß diese Veranstaltung keine Kirchenveranstaltung wird“. Die besucherpolitische Absicherung sollte daher auch durch die Bereitstellung einer Reserve der Bezirksparteischule erfolgen; SächsHStA, IV D-2/20/803, unpaginiert. Dies verweist darauf, daß auch in lokalen kirchlichen Kreisen dem Jahrestag Bedeutung zugemessen wurde. Eigenständige Veranstaltungen können nicht nachgewiesen werden; zu vermuten bleibt, daß die bereits erwähnte Einfügung ins Kirchengebet aufgegriffen wurde.

<sup>454</sup> So Seigewasser bzw. Scheler; siehe VJGDDR, Gedenke, S. 36 bzw. 39. Siehe auch Schmid, Antifaschismus, S. 91f.

<sup>455</sup> So M. Rainer Lepsius; zit. n. Frei, NS-Vergangenheit, S. 130.

<sup>456</sup> Schmid verweist auf Schaffran, der in seiner Rede von „persönlicher Schuld“ sprach; Schmid, Antifaschismus, S. 93. Im CDU-Organ Union, welches größtenteils der offiziellen Linie folgte, kann auf eine ganzseitige Beachtung des Jahrestages bereits im Vorfeld verwiesen werden. Hier fand sich Platz für einen Augenzeugenbericht und – gerahmt zwischen der Dokumentation der KPD-Erklärung von 1938 und dem Niemöllerschen Schuldbekennnis – Seigewassers Worte von der „feigen Schmach eines ganzen Volkes“ aus dem Jahr 1948; Ereignisaspekte, die gleichwohl 1978 weder von ihm noch von anderen staatlichen Repräsentanten angesprochen wurden; Union, 4./5.11. 1978, Beilage, S. 1.

<sup>457</sup> Diese erwiderte Aris in huldvoller Anerkennung; siehe Schmid, Antifaschismus, S. 88f. Auch wenn unter staatlicher Direktive dem Verband nur eine „fremdbestimmte Funktion“ (ebd., S. 103) zukam, so mußte angesichts „willfährige[r] Mitwirkung“ wohl kaum Druck ausgeübt werden; Mertens, Davidstern, S. 110. Aris' Position im ganzen auszuleuchten fällt schwer: Seine Reden zeigen ein klares äußeres, kaum lediglich opportunes Bekenntnis. So wie aber eine frühere IM-Tätigkeit Mitte der 1950er Jahre nicht zur Zufriedenheit der Führungsoffiziere beitrug und sein Agieren auf außenpolitischer Bühne in den 1970er Jahren ihm z.T. Kritik einbrachte, so steht zu vermuten, daß Aris 1978 auf eine vorbereitete Argumentationshilfe für Kontakte zur BRD-Presse, die „Araber [...] als Opfer einer Aggression“ sah und Israel als „imperialistische[n] Staat“ brandmarkte, zurückgegriffen hätte, eventuell sogar *hat*; siehe Wolffsohn, Deutschland-Akte, S. 88; Illichmann, DDR, S. 225ff. Zur Argumentationshilfe siehe SächsHStA, IV D-2/20/803, unpaginiert.

Widerspruch zu den an ihn herangetragenem Erwartungen klarer Stellungnahmen zur DDR im oben genannten Sinne. Partielle Abweichungen des Vorsitzenden des VJGDDR, z.B. die Thematisierung des elementaren Problems der Überalterung der jüdischen Gemeinden der DDR, sind nur abseits der offenen Bühne des Bekenntnisrums zu suchen – und auszumachen: Auch für ihn bot die kirchliche Öffentlichkeit einen allerdings nur wenig genutzten Raum.<sup>458</sup> Andererseits – und dies gehört zum vorsichtig erweiterten lokalen Erinnerungsraum – kann eine Initiative des Musikwissenschaftlers Peter Zacher registriert werden, die die Zustimmung von Aris hatte.<sup>459</sup>

Während also 1978 für die gesamte DDR eine „*sprunghafte[ ] Ausdehnung*“ bei „*formale[r] Differenzierung*“ mit deutlicher „*Verschiebung des Akteursschwerpunktes*“ zu resümieren ist,<sup>460</sup> stellte Dresden das Zentrum der staatsoffiziellen Veranstaltungen und deren Organisation dar, wohingegen die inhaltlich-politische Verantwortlichkeit im Machtzentrum der DDR, in Berlin selbst, lag. Auf der anderen Seite kann von selbständigen kirchlichen Annäherungen geringen Ausmaßes auch in Dresden ausgegangen werden.

Nach diesem vorläufigen Höhepunkt der Erinnerung 1978 fiel das offizielle Gedenken der Novemberpogrome in Dresden, ja der ganzen DDR in den Folgejahren wieder auf das Ritual der Kranzniederlegung mit Vertretern des VJGDDR sowie des RdB und RdS an der Stele zurück und erfuhr zunächst nur selten Veränderungen: So wurde ab 1982 mit einer zweiten Kranzniederlegung an der Gedenktafel am ehemaligen Altersheim der Israelitischen Religionsgemeinschaft zu Dresden der Erinnerungskultur des VJGDDR ein weiteres Element hinzugefügt.<sup>461</sup>

Paralleler dazu etablierte sich nun auch in Dresden, nachdem sich Eschwege und Zacher Anfang 1981 an die evangelische Kirche gewandt hatten, ein Arbeitskreis „Begegnungen mit dem Judentum“ und somit eine institutionalisierte Form christlich-jüdischer

---

<sup>458</sup> Neben Ausführungen zum persönlichen Erleben konstatierte er aktuelle mangelnde Kontakte zur evangelischen Kirche, um aber eine Anbahnung solcher auf höherer Ebene gleich zurückzuweisen („noch nicht in dem Topf, wo’s richtig kocht“); Sonntag, 12.11. 1978, o.S.

<sup>459</sup> Möglich ist auch, daß Aris lediglich seinen Einfluß wahren wollte. Der Antrag auf Gründung eines „Freundeskreises Geschichte und Kultur der Juden“ bei der Stadtleitung des Kulturbundes, in dem die Antragstellenden wie Zacher auf den VJGDDR verweisen konnten, stieß allerdings 1978 auf Ablehnung von höchster Stelle aufgrund der Antragsteller, die „in ihrer gesellschaftlichen Haltung keine eindeutigen Positionen beziehen“; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 218 – 220; auch Ulrich, Dresden, S. 122.

<sup>460</sup> So Schmid, Antifaschismus, S. 82f.

<sup>461</sup> Die Tafel, die sich am heutigen Studierendenwohnheim Güntzstr. 28 befindet und von einer zurückhaltenden wie eindringlichen Inschrift geprägt ist, wurde bereits im Februar 1966 von der TU Dresden auf Bitte Aris’ vom März 1964 angebracht; siehe Kalkbrenner, Anke: Das Henriettenstift. Zwischen Asylheim und Alten-Damenstift – Die Geschichte eines jüdischen Altenheims, Dresden 1999, S. 97. Staatliche Vertreter richteten fortgesetzt zum Jahrestag Briefe an Aris. Diese Schreiben (u.a. von Klaus Gysi, seit 1979 neuer Kirchenstaatssekretär) wurden zumeist im Nachrichtenblatt dokumentiert; beispielsweise Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1983, S. 11.

Annäherung. Dieser entfaltete nach seiner ersten Zusammenkunft im Januar 1982 eine rege Organisationstätigkeit zu Veranstaltungen, die in der Annenkirche stattfanden und sich auf eine breite Palette von Themen jüdischer Geschichte konzentrierten; er übte zudem eine überregionale Vernetzungsarbeit zu anderen christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaften aus.<sup>462</sup>

Von besonderem Interesse für eine Betrachtung der Gedenktagskultur zum 9. November 1938 ist, daß in den Folgejahren stets jeweils ein Vortrag gehalten wurde, der in enger, gleichwohl nicht nur zeitlicher Beziehung zum Anlaß stand. Referenten wie Themen verweisen auf Schwerpunkte und Deutungen, wie sie in den offiziellen Verlautbarungen nach wie vor keinen oder nur marginalen Platz fanden.<sup>463</sup> Erneut kann hier gelten, daß diese Annäherung, organisiert von wenigen Vertretern der älteren Generation bzw. kirchlichen Würdenträgern, eher vom Interesse der Jüngeren getragen wurde. Siegfried Reimann selbst, Pfarrer der Annenkirche und Protagonist des Arbeitskreises, verwies schon auf diese Tendenz.<sup>464</sup>

Beachtung verdient weiterhin das 1983 nur dem äußeren Anschein nach in gewohnter Form fortgesetzte Ritual der Kranzniederlegung an der Stele: Eine ursprünglich vom Kirchenstaatssekretariat umfangreicher geplante politische Bearbeitung des Jahrestages

---

<sup>462</sup> Die erste Veranstaltung fand am 14. Februar 1982 statt (auf die Veranstaltung wird später noch zurückzukommen sein). Jährlich wurden bis zu sechs Veranstaltungen organisiert, zu denen durchschnittlich 300 Interessierte durch Annoncen in der „Union“ und im Bezirksorgan der LDPD, Sächsisches Tageblatt“, sowie z.T. auch durch Plakate mobilisiert werden konnten. Der Dresdner Arbeitskreis unterschied sich von denen in anderen Städten der DDR durch seine prinzipiell offenere Struktur, die sich in der Teilnahme katholischer Vertreter (Martin Ulrich) zeigte. Zu den hiesigen Besonderheiten zählte auch die Mitarbeit jüdischer Gemeindevertreter, die *nicht* Leitungsgremien der Gemeinde angehörten. Aris selbst blieb dem Arbeitskreis zunächst und auch später nach angekündigter Mitarbeit fern, hielt selbst aber Vorträge und akzeptierte Eschwege als Gemeindevertreter; vgl. Ostmeyer, Schuld, S. 263 – 268. Unterstrichen wird dies noch einmal durch eine Nachricht Reimanns an den Oberkirchenrat Schleinitz vom Landeskirchenamt Sachsen vom 14. Mai 1982, daß sich „ein Dialog mit der Dresdner jüdischen Gemeinde allmählich anzubahnen scheint, was unter den Dresdner Bedingungen wesentlich schwieriger ist als in Leipzig“. In der Diskussion zum Verhältnis des Arbeitskreises zur Jüdischen Gemeinde und zur Führung des VJGDDR bzw. zu einer Anbahnung christlich-jüdischer Kontakte auf höchster lokaler Ebene, also zwischen Aris und dem Landesbischof, hielt Reimann aus der Erfahrung der Gedenkveranstaltungen zu den Novemberpogromen „Kontakte an Aris vorbei vielleicht sogar für sinnvoller“; siehe Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 2, 531, Bl. 195 und 216.

<sup>463</sup> Besonders gilt das für 1982 und 1983, also den Augenzeugenbericht zum Aufstand im Warschauer Ghetto bzw. Eschweges Vortrag allgemein zum jüdischen Widerstand im Nationalsozialismus. Auch der Vortrag des (West)-Berliner Historikers Wolfgang Scheffler explizit zu den Pogromen dürfte kaum im Fahrwasser DDR-offiziöser Lesarten gelegen haben. Mit der Thematisierung der „Verfolgung der Sinti“ durch Reimar Gilsenbach wurde zudem 1987 ein in der DDR komplett ausgeblendeter Aspekt beleuchtet; ebd., S. 343 – 345; Gilsenbach, Reimar: Sinti und Roma – vergessene Opfer, in: Leo/ Reif-Spirek (Hg.), Schweigen, S. 67 – 84. Durch diesen jährlichen Bezug liegt der Schluß nahe, daß auch in Dresden wie andernorts in Gottesdiensten an das Datum erinnert wurde, auch wenn dies nicht durchgehend nachgewiesen werden kann.

<sup>464</sup> Ostmeyer, Schuld, S. 265, Fußnote 281. Auf den schon benannten Zusammenhang zwischen zunehmender Erinnerung und oppositionellem politischen Handeln verweist auch ein weiteres Plädoyer eines christlichen Autoren gegen gegenwärtiges „schweigende[s] Mittun“, welches in Beziehung zu den Novemberpogromen gesetzt wurde; Sonntag, 6.11. 1983, o. S.

stieß auf die Ablehnung von Helmut Aris, der damit der Besorgnis der jüdischen Gemeinden in der DDR hinsichtlich ungebrochener antiisraelischer Berichterstattung und zunehmender antisemitischer Vorfälle in der DDR Ausdruck verlieh. Geschichtskulturell besonders bemerkenswert ist dabei Aris' expliziter Verweis auf die gedenkkalendarische Konkurrenz der Begehung des 500. Geburtstages Martin Luthers.<sup>465</sup>

Die dann 1985 über die üblichen Kranzniederlegungen hinausgehenden Veranstaltungen in Dresden sind als eine Art staatliche Wiedergutmachung gegenüber der geringeren Beachtung von 1983 nur unzureichend beschrieben.<sup>466</sup> Diese sind auch Ausdruck dessen, daß die Beachtung der NS-Verfolgungsgeschichte von der SED als „ein internationaler Indikator für die geschichtskulturelle Glaubwürdigkeit der DDR eingeschätzt wurde.“<sup>467</sup> Dementsprechend wurden diese Gedenkakte von „hoher innen- und außenpolitischer Bedeutung“<sup>468</sup> bereits ab Juli 1985 von zentraler politischer Stelle vorbereitet. Einerseits wurde dem Jahrestag eine stärkere Beachtung im Zusammenhang mit dem – politisch höher angesiedelten – runden Jubiläum des 8. Mai 1945 zugestanden,<sup>469</sup> andererseits eine Möglichkeit gesehen, die internationale Aufmerksamkeit um den Bitburg-Besuch des Bundeskanzlers Helmut Kohl mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan politisch zu nutzen.<sup>470</sup>

Bereits am 6. November 1985 fanden demnach die politischen Hauptveranstaltungen mit überregionaler Bedeutung statt: Nach einem Gottesdienst in der Synagoge Fiedlerstraße wohnten im Kulturpalast über 2.000 zumeist geladene Gäste der zentralen Gedenkfeier bei,

---

<sup>465</sup> Aris kritisierte bei dieser (herrschaftslegimatorischen) Rezeption Luthers die Ausblendung von dessen antijüdischen Schriften; Timm, Umgang, S. 220. Die umfangreich inszenierten Lutherfeierlichkeiten in der DDR lagen in der Linie der Konzeption von „Erbe und Tradition“. Aris setzte sich mit seinem Ansinnen nach dezentralen Gedenkakten durch; nach außen hingegen wahrte er das Bild „tiefer Freude und Dankbarkeit, in unserem sozialistischen Staat leben zu können“; SZ, 8.11. 1983, S. 2. Die Gedenktagskonzeption des neuen Kirchenstaatssekretärs Klaus Gysi umfaßte bereits 1983 zentrale wie dezentrale Veranstaltungen in Berlin bzw. der ganzen DDR und eine weit ins Vorfeld reichende publizistische Beachtung jüdischer Themen; Hartewig, Zurückgekehrt, S. 549f.

<sup>466</sup> So etwa Timm, Umgang, S. 221.

<sup>467</sup> Schmid, Antifaschismus, S. 106.

<sup>468</sup> So gewertet in den Konzeptionen SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 49.

<sup>469</sup> Allgemein konstatiert Offenberg Mitte der 1980er einen Wandel staatlichen Umgangs mit jüdischer Geschichte und jüdischen Lebens in DDR, der eine gewisse Sensibilisierung für das bedrohte Gemeindeleben, aber auch eine stärkere Einordnung jüdischen Leidens in eine Betrachtung nationalsozialistischer Geschichte nach sich zog; Offenberg, Machthaber, S. 208f.

<sup>470</sup> Dies geschah in Zusammenarbeit des Kirchenstaatssekretariats mit dem VJGDDR, dem damit die direkte Verantwortung wieder entzogen wurde; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 83. Anhand eines Briefwechsels zwischen Sekretariat und dem Referat für Kirchenfragen beim RdB Dresden zwischen Mai und Juli 1985 sind dazu die vorsichtigen Anfänge einer stärkeren Beachtung jüdischen Lebens auf der lokalen politischen Ebene festzustellen. Von Interesse schienen hiesigen staatlichen Akteuren v.a. relevante Daten des jüdischen Kalenders, insbesondere politische Gedenktage und hierbei wiederum solche der NS-Verfolgungsgeschichte, dabei auch jene mit lokalem Bezug (etwa betreffend der jüdischen Zwangsarbeiter bei Zeiss-Ikon); ebd., Bl. 182 – 186.

auf der der Nationalratspräsident Lothar Kolditz die Hauptrede hielt. Das politische Bündnis des VJGDDR mit der SED wurde mit der Verleihung des Ordens „Stern der Völkerfreundschaft“ an diesen öffentlich unterstrichen. Kolditz' Rede wich kaum vom bewährten Muster ab, ging knapp auf die historischen Ereignisse ein und verband die Erinnerung mit dem Verweis auf eine aktuelle Kriegsgefahr, deren Verantwortlichkeit im Westen das Friedensengagement der Staaten des Warschauer Paktes gegenübergestellt wurde; in dieser Interpretation konnte die DDR als ein „Ort des Friedens für alle“ den Juden als sichere „Heimstatt“ zur Verfügung stehen.<sup>471</sup> Abschließend fand in der „HOG International“ ein Empfang des Kirchenstaatssekretärs statt; als Gedenkveranstaltung lokalen Zuschnitts fungierte zudem am 8. November 1985 die jährliche Kranzniederlegung an der Stele.<sup>472</sup>

Daß dem Jahrestag schon 1985 weit mehr als eine kompensatorische Funktion zugewiesen wurde, zeigt sich im Bemühen um hochrangige ausländische Gäste. Dabei fallen die Einladungen an Vertreter des Judentums in der BRD, Heinz Galinski und Alexander Ginsburg, auf. Bemerkenswert ist aber v.a. das Interesse an der Anwesenheit von Edgar M. Bronfman, damaliger Präsident des Jüdischen Weltkongresses (WJC). Bereits 1985 verbanden sich also mit dieser Person Ambitionen einer verbesserten Außendarstellung und in dessen Folge nötige wirtschaftliche Kontakte.<sup>473</sup>

Für die Jahre 1986 und 1987 war die öffentliche Erinnerung in Dresden wieder auf die Kranzniederlegung an der Stele reduziert. Zusätzlich kann aber eine leicht steigende

---

<sup>471</sup> Komplette Rede siehe ebd. Bl. 52 – 62. Kolditz verwies durchaus darauf „wie zwiespältig große Teile des deutschen Volkes nach der langen Indoktrination [...] reagiert hatten“. Die Formulierung ließ aber nach wie vor den Schuldverweis auf die NS-Elite zu und hatte zudem die gewohnte Funktion, die Rolle der KPD hervorzuheben; ebd. Bl. 54.

<sup>472</sup> Ebd., Bl. 45. Zentraler Aspekt der Vorbereitungen aller Veranstaltungen war die „besucherpolitische Absicherung“, die v.a. über die Delegationen der lokalen und regionalen SED-Strukturen und Führungen erreicht wurde. Kleinere Kontingente erhielten die Jüdische Gemeinde und „Kirchliche Kreise“; SächsHStA, IV E 2/14/670, unpaginiert. Auch die Präsenz der Staatspartei bei der Kranzniederlegung widerspricht der Wertung einer Zurückhaltung, beim Pogromgedenken, „sichtbar in Erscheinung zu treten“; so Hartewig, Zurückgekehrt, S. 551; siehe dagegen die Planung zur Stele SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 51. Die Einladeliste des VJGDDR weist weiterhin hohe kirchliche Vertreter aller Konfessionen (so auch den Exarch der Russisch-Orthodoxen Kirche Feodosij) wie des Arbeitskreises „Begegnungen mit dem Judentum“ aus; ebd., Bl. 139.

<sup>473</sup> Galinski war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Westberlins und ebenso eine der zentralen jüdischen Persönlichkeiten der BRD wie Ginsburg als Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland. Die Einladung Bronfmans referiert auf die massiven Proteste des Jüdischen Weltkongresses (WJC) gegen den bereits erwähnten Bitburg-Besuch vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung des WJC. Möglich erscheint auch die Variante von Schein-Einladungen als Funktion der Außenrepräsentation. Ob das Angebot des WJC eines Vertreterbesuches angenommen wurde, ist nicht belegt. Zu den Einladungen und Absagen siehe CJA, 13561, 5B1, 222, Bl. 135f., 218f., 225. Gleiches gilt für Planungen zum Besuch des US-Botschafters in der DDR, Francis T. Mechan; SächsHStA, IV E-2/14/670, unpaginiert.

Tendenz in der Berichterstattung verzeichnet werden, die wiederum die verschiedenen inhaltlichen Bezüge zum Jahrestag offenlegte.<sup>474</sup>

Während sich auch andernorts die Erinnerung an die Novemberpogrome staatlicherseits auf kleinere Akte beschränkte und von kirchlicher Seite in die Friedensdekaden integriert wurde,<sup>475</sup> kam dem Ausmaß der Aufmerksamkeit zum 50. Jahrestag bereits zeitgenössisch das wenig schmeichelhafte Prädikat „Gedenkepidemie“ zu;<sup>476</sup> Schmid spricht von einer „penibel vorbereiteten geschichtskulturellen Charmeoffensive“.<sup>477</sup>

Basierend auf einer im August 1987 erstellten Konzeption des Kirchenstaatssekretariats und dem im Mai 1988 vollzogenen Beschluß des Politbüro fanden am Jahrestag oder in dessen unmittelbarer zeitlicher Nähe republikweit 140 Veranstaltungen statt. Darüber hinaus kam es im Vorfeld – und 1988 umfaßte das praktisch den ganzen Zeitraum vom Frühjahr an beginnend – zu einer Vielzahl von Aktivitäten, in deren Fokus nicht nur die historischen Ereignisse von 1938 oder andere Facetten der NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik standen, sondern Aspekte des jüdischen Lebens, der Kultur und Geschichte im allgemeinen. Neben Vorträgen und Versammlungen von Basisstrukturen der Parteien und Massenorganisationen können hier auch Einsätze auf jüdischen Friedhöfen genannt werden.<sup>478</sup> Augenfälligster Ausdruck dieser massiven thematischen Beschäftigung war eine

---

<sup>474</sup> Neben dem üblichen Verweis auf das Schreiben Gysis an Aris wurde 1986 darüber hinaus eine Gedenkstunde der Görlitzer Arbeitsgemeinschaft „Kirche und Judentum“ erwähnt; Union 11.11. 1986, S. 1. Im Nachrichtenblatt des VJGDDR wurden die Rede des städtischen Vertreters Hans Jörke ebenso zitiert wie die Worte Reimanns, für den der Aspekt des Versagens zentral blieb; Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1987, S. 29f. Ganzseitige Beachtung fand der Jahrestag 1987 zum erneuten Male in der „Union“: Der Abdruck des Tagebucheintrags Klemperers vom 13. Februar 1945, also dem Tag der Verteilung des Gestapo-Befehls (siehe Fußnote 114), ist als Zeichen des Annehmens der Folgen der in christlichen Kreisen betonten Mitschuld zu werten. Weiterhin kam dabei eine Zeitzeugin, die zudem geladene Zeugin im Prozeß gegen Henry Schmidt gewesen war, zu Wort; Union, 9.11. 1987, S. 3. Besondere Beachtung verdient die Darstellung dieses Prozesses durch einen Vertreter der Jüdischen Gemeinde: Herbert Lappe, inzwischen auch Mitglied des Dresdner Arbeitskreises „Begegnungen mit dem Judentum“, prangerte in für das Nachrichtenblatt ungewohnt offenen Worten aktuelle antisemitische Vorfälle und eine „ungenügende Sensibilisierung“ an. Er stellte in diesem Zusammenhang das (noch zu betrachtende) öffentliche Gedenken der Luftangriffe und deren Opfer dem (in Relation) empfundenen Nichtgedenken der „Verfolgung ihrer Mitbürger“ anklagend gegenüber; vgl. Nachrichtenblatt, Dezemberausgabe 1987, S. 23. Schmidt, ehemaliger SS-Obersturmführer und als Gestapokommissar in Dresden eine zentrale Figur der lokalen nationalsozialistischen Judenverfolgung, wurde 1987 vom Bezirksgericht Dresden zu lebenslanger Haft verurteilt. Der Prozeß war das letzte große und öffentlichkeitswirksam begangene NS-Strafverfahren der DDR-Geschichte und schien auf die parallel in der BRD gehaltenen Thälmann-Prozesse gerichtet zu sein; siehe Weinke, Annette: Die strafrechtliche Verfolgung von NS- und Kriegsverbrechen im geteilten Deutschland 1949 – 1989, in: Recht und Politik. Vierteljahresshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Bd. 32., 1996, S. 101f.

<sup>475</sup> Ostmeyer, Schuld, S. 174. Friedensdekaden wurden in der DDR seit 1980 in den 10 Tagen vor dem Buß- und Betttag durchgeführt; dazu Neubert, Geschichte, S. 382f.

<sup>476</sup> So die Berliner Jüdin Salomea Genin; siehe Schmid, Antifaschismus, S. 123, Fußnote 399.

<sup>477</sup> Ebd., S. 108. Zur staatlichen Konzeption wie Aspekten zentraler Veranstaltungen siehe im folgenden ebd., S. 108 – 126.

<sup>478</sup> Solche vermeldete auch die Dresdner Stadtleitung der FDJ; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 61 und 79. Auf die umfangreiche Mobilisierung staatlicher Stellen verweist die weitere Beteiligung von Einheiten der Bereitschaftspolizei, der NVA und von „Baukollektiven“; weiterhin

umfassende Pressekampagne, in deren Begleitung sich allerdings antisemitische Vorfälle häuften.<sup>479</sup>

Diese staatliche Beachtung in bisher ungekanntem Maße motivierte sich aus klaren politischen Zielsetzungen der Staatsspitze: Vordringlich schien angesichts des massiven wirtschaftlichen Niedergangs eine Annäherung an die USA zur Erlangung verbesserter Handelskonditionen. Mittels der Herausstellung einer allumfassenden Würdigung jüdischen Leidens in der Vergangenheit und jüdischen Lebens im Gegenwärtigen versuchte die DDR-Führung ihr Außenbild, welches u.a. von einer antiisraelischen Haltung sowie einer Verweigerungsposition hinsichtlich der Wiedergutmachungsfrage gekennzeichnet war, in Israel und den USA zu verbessern.<sup>480</sup>

Zudem sah sich die SED absehbar starken kirchlichen Aktivitäten v.a. im Zusammenhang mit offensiver agierenden Oppositionsgruppen gegenüber, denen sie die vergangenheitspolitischen Deutungen nicht überlassen wollte. Die kirchlichen Vorbereitungen hatten bereits 1986 begonnen.<sup>481</sup> Neben einer ausgeprägten Vielfalt an Veranstaltungen, welche am Beispiel Dresdens noch darzustellen ist, muß das gemeinsame Wort der bundesdeutschen EKD und des ostdeutschen BEK genannt werden, welches erstmals von höchster deutscher kirchlicher Repräsentanz eine theologische Mitverantwortung bei der

---

beteiligten sich „junge Christen und Aktion Sühnezeichen“. Vor jedem Einsatz wurde eine Schweigeminute durchgeführt; Nachrichtenblatt, Dezemberausgabe 1988, S. 20 und 30.

<sup>479</sup> Als lokales Beispiel kann hier ein in primitiver Sprache verfaßtes anonymes Schreiben an die Jüdische Gemeinde zu Dresden genannt werden, welches einerseits Galinskis fortwährende Kritik an der „Vergangenheitsbewältigung“, andererseits eine materielle Übervorteilung von Juden in der DDR ausmacht und angreift. Dabei wurde sich auch direkt auf das Pogromdenken („teater im Fernseh“ [Fehler im Original]) bezogen; siehe SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11060, Bl. 46f. Zu den „temporären „Öffnungen““ [Hervorhebung im Original] (Schmid, Antifaschismus, S. 108) in diesem politischen Kontext gehörte auch eine ähnliche Ereignisse und folgende juristische Prozesse begleitende Berichterstattung, hauptsächlich nach den Vorfällen um ein Konzert in der Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1987. Letzteres wird beispielsweise von Eschwege in einem Interview aufgegriffen, in dem dieser weiterhin neonazistische Gesänge bei Fußballspielen, einen generell mangelnden Umgang mit jüdischer Geschichte in der DDR und eine unzureichende Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Vorfeld des 50. Jahrestages der Novemberpogrome kritisiert; Union, 9./10.7. 1988, S. 3. Zudem häuften sich in der DDR Schändungen jüdischer Friedhöfe; siehe dazu etwa Leo, Anette: Umgestoßen – Provokation auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin Prenzlauer Berg 1988, Berlin 2005. Ein systematischer Gesamtüberblick zu diesem Komplex ist als Ergebnis der Arbeit eines Forschungsprojektes am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin im Erscheinen; siehe URL <[http://zfa.kgw.tu-berlin.de/projekte/sed\\_regime.htm](http://zfa.kgw.tu-berlin.de/projekte/sed_regime.htm)> [letzter Aufruf 20.1. 2007].

<sup>480</sup> Zum Agieren der Staatsspitze, das bereits 1987 Treffen mit hochrangigen jüdischen Vertretern (v.a. Bronfman) umfaßte, siehe Illichmann, DDR, S. 287 – 298.

<sup>481</sup> Im Hinblick auf den Jahrestag entstanden so verschiedene Broschüren für den innerkirchlichen Gebrauch wie etwa „Friede den Fernen und Friede den Nahen. Friedensdekade der evangelischen Kirchen in der DDR 6. – 16. November 1988“, die Anleitungen für die Gestaltung thematischer Jugend- und Gemeindeabende zu den Novemberpogromen gaben und dabei aktuelle Themen aufgegriffen wie „Rassismus in Südafrika“, „Israel und Palästinenser“ und „Ausländerfeindlichkeit bei uns“; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11060, Bl. 91ff.

Genese des Antisemitismus über das Schuldbekenntnis hinaus einräumte.<sup>482</sup> Staatlicherseits wurde nun einerseits – an eine Verhinderung der konkurrierenden Erinnerung war ohnehin nicht zu denken – versucht, das Gedenken in gewünschter Weise zu überformen; andererseits wurde insbesondere der christlich-jüdische Dialog als vorteilhaft im Sinne der gewünschten Außendarstellung angesehen und positiv bewertet.<sup>483</sup>

Außerdem versetzte die sich abzeichnende breite gesellschaftliche Beachtung des Jahrestages in der BRD die DDR-Führung zwar in eine Konkurrenzsituation, die aber auch als Chance zur Bewährung als das „bessere Deutschland“ begriffen wurde. Parallel dazu verweisen die gegenseitigen Besuche staatlicher Repräsentanten bei Gedenkakten ebenso wie die kirchliche Erinnerungsvernetzung auf die deutschlandpolitischen Veränderungen, die mit dem BRD-Besuch Honeckers im Jahre 1987 einhergingen.

Die zentralen staatlichen Veranstaltungen zum 50. Jahrestag fanden gemäß dieser Bedeutungszumessung vom 8. bis 10. November 1988 in Berlin statt.<sup>484</sup> Politischer Hauptakt war die von Heinz Galinski im Sommer 1988 vorgeschlagene Sondersitzung der Volkskammer am 8. November 1988, bei der – auch vor erschienenen politischen Vertretern der BRD – Gerald Götting, Horst Sindermann und der neue Präsident des VJGDDR, Siegmund Rotstein, als Hauptredner auftraten.<sup>485</sup> Beim anschließenden Empfang im Staatsrat verlieh Honecker geladenen in- und ausländischen jüdischen Persönlichkeiten höchste staatliche Auszeichnungen.<sup>486</sup>

---

<sup>482</sup> Ostmeyer, Schuld, S. 178. Aber auch von katholischer und evangelisch-methodistischer Kirche wurden solche grenzübergreifenden gemeinsamen Erklärungen vorgelegt; Schmid, Antifaschismus, S. 111; Union, 7.11.1988, S. 1.

<sup>483</sup> Diese ganz spezielle Instrumentalisierung basierte auf einer Einschätzung des Kirchenstaatssekretariats vom Juni 1987; Illichmann, DDR, S. 258. Ein zynischer Ausdruck dieser „Nutzbarmachung“ findet sich in einer Argumentationshilfe des RdB, Abteilung Kirchenfragen: Kirchliche Aktivitäten wurden hier in eine Kontinuität der Beschäftigung mit dem Judentum in der DDR eingeordnet. Deren Konzentration auf den Komplex (christlicher) Mitschuld erschien hier an seinen logischen Ort verwiesen, denn scheinbar hatten parteioffizielle Stellen eine solche Auseinandersetzung nicht nötig; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 119.

<sup>484</sup> Diese erfuhren auch in der lokalen Presse eine bisher nicht gekannte mehr- und ganzseitige Aufmerksamkeit; siehe etwa SZ, 9. 11. 1988, S. 1f. und Union, 9.11. 1988, S. 1f.

<sup>485</sup> Götting und Sindermann orientierten sich weitestgehend an den bestehenden offiziellen Deutungsmustern und erweiterten diese lediglich in der rhetorischen Aufnahme jüdischer Kommunisten in den Kreis der dem Nationalsozialismus Widerstand Leistenden. Gemäß des entdeckten Wertes der Juden für die politischen Zielsetzungen konnten diese nun als „Brüder im Kampf“ gekennzeichnet werden; zit. n. Schmid, Antifaschismus, S. 121. Rotstein, Nachfolger des 1987 verstorbenen Aris, wiederholte Bekenntnisformeln der Verbundenheit der Jüdischen Gemeinden zur DDR, betonte aber im Gegensatz zu seinem Vorredner den beispiellosen Charakter der NS-Judenverfolgung; ebd. S. 121f. Das Ehepaar Galinski, welches dieser Sondersitzung ebenfalls beiwohnte, traf bereits am 28. Oktober 1988 mit Rotstein in Dresden zusammen und legte nach einem Besuch des Alten jüdischen Friedhofs einen Kranz an der Stele nieder; ND, 29./30.10. 1988, S. 2. Für Ruth Galinski hatte dieser Besuch einen biographischen Bezug, war sie doch 1938 im Zuge der „Polenaktion“ aus Dresden vertrieben worden; siehe Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, 19.7. 2001, S. 4.

<sup>486</sup> Neben dem Ehrenpräsidenten des WJC und anderen wurden sowohl die Spitze des VJGDDR als auch der neue Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, Roman König, mit diesen Ehrungen bedacht; SZ, 9.11. 1988, S. 2.



Dem folgte am 9. November 1988 der Gedenkakt des VJGDDR im Deutschen Theater Berlin, während tags darauf unter der Ägide der Staatsführung eine Kranzniederlegung auf dem jüdischen Friedhof Weißensee durchgeführt wurde. Als äußeres Zeichen einer staatlichen Förderung jüdischen religiösen wie kulturellen Lebens standen am gleichen Tag die symbolische Grundsteinlegung zum Wiederaufbau der Synagoge auf der Oranienburger Straße und die Konstituierung der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“ auf dem Programm.<sup>487</sup>

In Dresden begannen die staatlichen Planungen spätestens am 27. April 1988 mit einem Vorbereitungsgespräch zwischen dem neuen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, Roman König, Siegmund Rotstein und zwei Vertretern der Abteilung Kirchenfragen des RdS, bei dem der im Fortgang immer wieder aktualisierte Rahmen der Gedenkveranstaltungen abgesteckt wurde. Insgesamt kann festgestellt werden, daß gemäß der hohen politischen Zielsetzungen im Vorfeld der Veranstaltungen auch in Dresden ein umfangreicher Maßnahmenkatalog vorlag, um Themen zur jüdischen Geschichte in der Dresdner Öffentlichkeit präsent zu halten: Neben fortlaufenden Presseartikeln wurden städtische Bibliotheken instruiert, entsprechende Literatur prononciert herauszustellen; Kinos erhielten themenbezogenes Filmmaterial bzw. wurden angewiesen, auf spezifische Archivfilme zurückzugreifen.<sup>488</sup>

Orientiert an der herausgehobenen Stellung der Berliner Veranstaltungen vom 8. bis 10. November 1988 fanden die lokalen politischen Veranstaltungen um diesen Zeitraum herum gruppiert statt. Zunächst führte die Dresdner FDJ parallel zur großen FDJ-Veranstaltung in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück am 28. Oktober 1988 eine „Manifestation“ in der Gedenkstätte am Münchner Platz durch.<sup>489</sup> Dieser folgte eine weitere Veranstaltung an der TU Dresden am 3. November 1988, die zu Ehren Victor Klemperers

---

<sup>487</sup> Zu Geschichte und politischem Ort der Stiftung, die kein originär jüdisches Projekt war, siehe Illichmann, DDR, S. 261 – 265. Hier versinnbildlichte sich die marode Lage der DDR in doppelter Weise: Einerseits bestand die Hoffnung, einen Ausweg aus dieser nur mit der Anbahnung wirtschaftlicher Kontakte zu kapitalistischen Staaten zu erreichen; die dafür gewünschten Prestigeobjekte schienen andererseits wiederum nur mit westlichen Geldern finanzierbar; Offenberg, Machthaber, S. 226.

<sup>488</sup> SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 26f und 61.

<sup>489</sup> Neben 400 FDJ-Mitgliedern nahmen auch Vertreter der Jüdischen Gemeinde daran teil; Union 29./30.10. 1988, S. 2. Die mehrfach in den 1980er Jahren neukonzipierte Gedenkstätte war dabei ausgerechnet 1988 in die Kritik einer FDJ-Belegarbeit geraten: Darin wurde die Gefahr einer Übersättigung durch „Pflichtveranstaltungen“ bei allgegenwärtigen Erinnerungsorten und Gedenkkundgebungen einer als mangelhaft empfundenen tatsächlichen Annäherung jenseits eines niederschwelligem Zustimmungsrituals gegenübergestellt; siehe Haase, Norbert: „Wo Steine ihren Beruf wechseln.“ Zur Geschichte der Gedenkstätte Münchner Platz, Dresden, in: ders./Sack (Hg.), Münchner Platz, S. 299.

organisierte wurde, der hier eine Würdigung als „jüdischer Humanist und Antifaschist“ erfuhr.<sup>490</sup>

Als erster politischer Hauptakt der Erinnerung kann die Gedenkfeier am 6. November 1988 in der Synagoge Fiedlerstraße gelten, bei der mit Hans Modrow und Bernd Böhme von der Bezirksleitung der SED die höchste regionale politische Ebene vertreten war, aber auch hochrangige kirchliche Vertreter. Diese fand wie alle anderen Veranstaltungen breite Aufmerksamkeit in der Presse.<sup>491</sup>

Nachdem die Dresdner Vertreter der Jüdischen Gemeinde aus Berlin zurückgekehrt waren, fand mit jenen die jährliche Kranzniederlegung im Jahr 1988 daher erst am 11. November statt. Weiterhin anwesend waren wie schon bei der Veranstaltung in der Synagoge die lokale und regionale Politprominenz. In seiner Rede bezeichnete Wolfgang Berghofer, seit 1986 Oberbürgermeister von Dresden, in bemerkenswerten Worten das Ereignis des Novemberpogroms als „eines der schmerzlichsten in der Geschichte der Stadt“<sup>492</sup> und betonte, daß der „Zusammenhang zwischen den Opfern der Pogromnacht, des Weltkrieges und des 13. Februars 1945 [...] nie zu vergessen“<sup>493</sup> sei. Solch deutliche Worte, die die nationalsozialistische Politik als ursächlich für die Luftangriffe auf Dresden ansahen, waren bis dato von einem Spitzenvertreter der herrschenden Partei am Jahrestag der Novemberpogrome in Dresden noch nicht vernommen worden.

Es deutet sich hier im Lokalen an, worauf Schmid bereits hingewiesen hat: Eine Analyse der (staatlichen) Gestaltung der Erinnerungsveranstaltungen von 1988 kann nicht ausschließlich im Blickwinkel der politischen Instrumentalisierung verharren. Mit einer „symbolischen Anerkennung bestimmter Tatsachen“<sup>494</sup> öffnete sich der Raum für weiterführende Annäherungen – zumal, wenn die Vorgaben des politischen Zentrums in Berlin relativ unbestimmt waren, vor Ort aber im konkreten ausgefüllt werden mußten.

Hier kann für Dresden auf weitere Punkte verwiesen werden, wie staatliche Akteure Aktivitäten entfalteten, die als jenseits einer knappen und befristeten Kampagnenarbeit

---

<sup>490</sup> ND, 4.11. 1988, S. 8; Union, 4.11. 1988, S. 1. Das CDU-Organ hatte bereits Anfang Oktober 1988 mit dem Abdruck der Fortsetzungsfolge „Aus dem Tagebuch Victor Klemperers“ begonnen; Union, 5.10. 1988, S. 4.

<sup>491</sup> Die Veranstaltung wurde durch die Semperoper, die Landesbühnen Sachsen, das Schicht-Theater und den Synagogalchor umfangreich künstlerisch ausgestaltet; SZ, 7.11. 1988, S. 1; Union 7.11. 1988, S. 1. Die Synagoge war am Vormittag nach einer Renovierung vom ungarischen Kantor Lugosi neu geweiht worden; ND, 7.11. 1988, S. 2. Teil der Veranstaltung war auch die – soweit zu überschauen ist – erstmalige Aufführung filmischer Sequenzen der Abbrucharbeiten der zerstörten Synagoge; Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1989, S. 29; siehe hierzu auch Gryglewski, Geschichte, S. 107, Fußnote 66.

<sup>492</sup> SZ, 12./13.11. 1988, S. 1f.

<sup>493</sup> Nachrichtenblatt, Märzausgabe 1989, S. 29. Den Tag beschloß ein Empfang des RdB, an dem auch Gäste der Jüdischen Gemeinde aus den USA, Bulgarien und Ungarn teilnahmen; ebd., S. 30.

<sup>494</sup> Schmid, Antifaschismus, S. 126.

bewertet werden könnten.<sup>495</sup> Insbesondere zwei Zusammenkünfte seien hier genannt, die im Vorfeld der Novemberveranstaltungen stattfanden: Zum einen ließ sich die Bezirksführung der Nationalen Front in einer Informationsveranstaltung von Vorstandsmitgliedern der Jüdischen Gemeinde deren historische Entwicklung veranschaulichen; zum anderen initiierte der Bezirksvorstand der CDU ein „Rundtischgespräch“, an dem neben Vertretern der Jüdischen Gemeinde und der christlichen Konfessionen auch Abgesandte der FDJ, des RdB (Abteilung Volksbildung und Abteilung Kirchenfragen) und der städtischen SED-Strukturen teilnahmen.<sup>496</sup>

Aufmerksamkeit verdient in ähnlicher Hinsicht die Veranstaltung, die von lokalen staatlichen Strukturen anlässlich des 50. Jahrestages der Novemberpogrome als Abschluß organisiert wurde: Für den 19. November 1988 hatte die FDJ-Grundorganisation „Bruno Kühn“ der Pädagogischen Hochschule Dresden ein Symposium organisiert. Schon der Titel „50 Jahre Pogromnacht – Vergangenheitsbewältigung als *ständige* Aufgabe“ [Hervorhebung von T.F.] stand in Distanz zu den überkommenen Verlautbarungen, nach denen in der DDR der Faschismus „ausgerottet“ sei. In themenbezogener Gruppenarbeit und abschließendem offenen Podium diskutierten jüdische, christliche und staatliche Vertreter erstmals in einer öffentlichen Veranstaltung miteinander.<sup>497</sup>

Neben der genannten Teilnahme von Abordnungen christlicher Kirchen an staatlichen Veranstaltungen oder solchen der Jüdischen Gemeinde wurde im kirchlichen Kontext eine bemerkenswerte Breite von selbstverantworteten Aktivitäten entfaltet. Waren

---

<sup>495</sup> Diese vorsichtige Einschätzung ist begründet in der letztlich unzureichenden Quellenlage.

<sup>496</sup> Die Treffen fanden am 6. bzw. 14. September 1988 statt. Das „Rundtischgespräch“ sollte nur den Auftakt für eine Reihe von Treffen zum Meinungsaustausch darstellen. Staatliche Vertreter sahen sich hier sofort mit Erwartungen konfrontiert, „daß man sich in den Bildungseinrichtungen intensiver mit der geschichtlichen Entwicklung des Zionismus und Antisemitismus befassen möge“; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 62f. Die staatlichen Teilnehmer der Veranstaltungen wurden im Vorfeld dahingehend instruiert, daß das Gedenken nur als *Anlaß* zur tieferen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu begreifen sei und daß die Maßnahmen zum Jahrestag keine einseitige Kampagne darstellten, die mit dem 9. November 1988 abgeschlossen wäre; „Wegdelegieren“ wurde bereits vorher als unzulässige Verantwortungsabgabe gewertet; ebd., Bl. 120.

<sup>497</sup> Gemäß der Zielstellung der Organisierenden sollte ein partnerschaftlicher, offener und sachbezogener Austausch die Atmosphäre der Veranstaltung bestimmen. Im „Mittelpunkt der Verständigung soll[t]en die Notwendigkeit, die Inhalte und Formen der Auseinandersetzung mit dem Anti-Semitismus als Ausdruck des Inhumanismus faschistischer Ideologie stehen“; SächsHStA, 11430, Bezirkstag, Rat des Bezirkes Dresden, Nr. 11070, Bl. 83. Die Konzeption der Veranstaltung kann als Versuch der Integration divergierender Deutungen, aber auch der weiteren thematischen Hinwendung durch staatliche Akteure angesehen werden. Heike Liebsch als Vertreterin des RdB bei der Vorbereitung des Symposiums kann hier als Beispiel dafür gelten, daß die begonnene Auseinandersetzung mit jüdischen Themen über die Gedenkkampagne von 1988 hinausreichen konnte; siehe etwa ihre Beteiligung an der Publikation der Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen HATiKVA e.V. (Hg.): Spurensuche – Juden in Dresden. Ein Begleiter durch die Stadt, Hamburg 1995. Gleichwohl stand diese Annäherung 1988 in Kontinuität und Tiefe den Engagement kirchlicher Vertreter nach.

entsprechende Vorträge nun schon fast Gewohnheit,<sup>498</sup> ragten dabei 1988 die vom Arbeitskreis „Begegnungen mit dem Judentum“ konzipierte Ausstellung „Juden in Sachsen: Ihr Leben und Leiden“ und die Einweihung der Gedenktafel für die Dresdner Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung an der Kreuzkirche heraus. Die Ausstellung war vom 29. Oktober 1988 in der Kreuzkirche und dann vom 22. November 1988 bis 10. Februar 1989 in der Kathedrale zu besichtigen; mit ihr konnte sich erstmals in Dresden ein breiteres Publikum mit der lokalen jüdischen Geschichte vertraut gemacht.<sup>499</sup>

Ebenso auf Initiative des Arbeitskreises wurde mit der Gedenktafel ein dauerhafter Ort der Erinnerung geschaffen. Deren Einweihung fand am 6. November 1988 als eines der größeren öffentlichen Ereignisse rund um den Jahrestag statt.<sup>500</sup> Die inhaltliche Gestaltung trug die anhaltende Auseinandersetzung im christlichen Kontext um den Aspekt der Mitverantwortung an der nationalsozialistischen Judenverfolgung durch ihren Standort an

---

<sup>498</sup> Genannt sei hier Kurt Schuberts Vortrag „Vom Rassenwahn zum Völkermord“ vom 15. Oktober 1988; Ulrich, Dresden, S. 131. Schubert vom Institut für Judaistik der Universität Wien war bereits 1985 vom VJGDDR eingeladen worden, hatte da aber noch abgesagt; CJA, 135561, 5B1, 222, S. 204f. Weitere Vorträge näherten sich der Thematik der „Euthanasie“ bzw. dem Verhältnis zur polnischen und russischen Bevölkerung an und kritisierten deutlich einen aktuellen Umgang mit Behinderten bzw. fortgesetzte antislawische „negative Vorurteile“ der DDR-Bevölkerung; Union, 5./6.11. 1988, S. 4. Die Berichterstattung dazu im CDU-Organ entspricht dessen weiterer Öffnung bezüglich Themen jüdischer Geschichte, so auch in einem weiteren Artikel zum Alten jüdischen Friedhof bzw. der ganzseitigen Bezugnahme auf den Jahrestag der Novemberpogrome; siehe ebd. S. 2 und 8.

<sup>499</sup> Die seit 1985 konzipierte Ausstellung nahm einen groben Überblick zur Geschichte der Juden in Sachsen vor, thematisierte den christlichen Antijudaismus im Anschluß an Luther und ging auch auf den christlich-jüdischen Dialog ein. Sie dokumentierte die Veranstaltungen des Dresdner Arbeitskreises ebenso wie ein gewisses Gefühl der Überforderung jüdischerseits angesichts dieses massiven Interessenschubes. Daß auch die Verfolgungswellen Anfang der 1950er Jahre in der DDR benannt wurden, stand im übrigen im Gegensatz zu einer spannungsfreien Darstellung der Geschichte der Jüdischen Gemeinde zu Dresden im Nachrichtenblatt des VJGDDR; siehe Dresdner Arbeitskreis „Begegnungen mit dem Judentum“: Juden in Sachsen: Ihr Leben und Leiden, Dresden 1988; Nachrichtenblatt, Septemberausgabe 1988, S. 22f.; auch Ostmeyer, Schuld, S. 188f. Der angesprochene Punkt des Sich-überrollt-Fühlens von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde gibt einen Hinweis darauf, daß neben deren z.T. starken staatspolitischen Loyalität auch andere Gründe einen vertieften christlich-jüdischen Dialog in Dresden blockiert haben könnten: Allgemein für die Situation von Juden in der DDR wurden deren geringe Zahl, eine verbreitete theologische Inkompetenz, die gängigen Schwierigkeiten kleiner Einheitsgemeinden mit Mitgliedern unterschiedlichen religiösen Zugangs, Ängste (auch vor einer philosemitischen christlichen Intention) sowie der Wunsch, religiöses Leben ungestört zu vollziehen, angeführt; ebd., S. 304. Auf Basis der vorhandenen Quellen kann dies für Dresden jedoch nicht überprüft werden. Herbert Lappe, Mitglied der Dresdner Jüdischen Gemeinde, erwähnt in einer Nachbetrachtung knapp „erhebliche Vorbehalte“, ohne diese genauer darzulegen; Lappe, Herbert: Jüdisches Leben. Erfahrungen eines Ostdeutschen, in: Ginzel (Hg.), Anfang, S. 265.

<sup>500</sup> In den Berichten der SED-Presse wurde dieses Ereignis ebenso wie die Urheberschaft des multikonfessionellen Arbeitskreises und die Finanzierung der Tafel durch „christliche Bürger“ explizit erwähnt. Bei der Einweihung hielt neben Siegfried Reimann auch Christoph Ziemer, Pfarrer der Kreuzkirche, eine kurze Reden; Roman König trug abschließend das jüdische Totengebet vor; SZ, 7.11. 1988, S. 2; ND, 7.11. 1988, S. 2. Nach Ulrich verwiesen Presseberichte, die jedoch nicht ermittelt werden konnten, auf „etwa zehntausend Dresdner Bürger“; Ulrich, Dresden, S. 132. Eschwege nennt „mehrere tausend Bürger“; Eschwege, Fremd, S. 179. Ulrichs Zahl erscheint angesichts der mangelnden Möglichkeit der offenen Bewerbung als stark überhöht. Ebenso ist davon auszugehen, daß eine derartige Resonanz in staatlichen Akten eine einschätzende Erwähnung gefunden hätte; eine solche kann jedoch nicht registriert werden.

der Außenwand der Kreuzkirche materialisiert in den öffentlichen Raum.<sup>501</sup> Daß eine nötige aktive und dauerhafte christliche Beschäftigung über die Berücksichtigung von Jahrestagen hinaus dabei auf bestimmte Akteure und Gruppierungen anscheinend begrenzt blieb, zeigen die innerkirchlichen Diskussionen im Vorfeld der Einweihung. V.a. Mitglieder des Arbeitskreises und ihm nahestehende kirchliche Vertreter unterstützten das Vorhaben des offenen Bekenntnisses, während andere distanziert blieben.<sup>502</sup>

Kirchliche Publikationen weisen darauf hin, daß im Rahmen der Friedensdekade vom 6. bis zum 16. November 1988 anlaßbezogen eine Reihe gemeindeinterne evangelische Veranstaltungen angedacht waren.<sup>503</sup> Den Abschluß der Friedensdekade in Dresden bildete ein ökumenischer Bußgottesdienst, an dem erstmals Mitglieder der Dresdner Jüdischen Gemeinde nicht nur teilnahmen, sondern Herbert Lappe als deren Vertreter ebenso ein Rede hielt wie Bischof Reinelt und Siegfried Reimann.<sup>504</sup> Nachdem bereits Roman König als höchster Vertreter der Jüdischen Gemeinde eine Ansprache bei der Gedenktafeleinweihung gehalten hatte, deutet dies im Zusammenschluß darauf hin, daß sich das Verhältnis zwischen Jüdischer Gemeinde und christlichen Kreisen nach dem Führungswechsel in der Gemeinde infolge des Todes Helmut Aris' weiter entkrampfte und sich auf höherer Ebene verfestigte.<sup>505</sup> Diese Tendenz könnte durchaus mit dem Trend in der zweiten und dritten Generation von Juden in der DDR korrelieren, sich stärker mit ihrer jüdischen Identität auseinanderzusetzen. Dies gilt zwar in erster Linie für Ostberlin, fand seine Entsprechung im kleineren Rahmen aber auch in Dresden.<sup>506</sup>

---

<sup>501</sup> Die Inschrift lautet: „In Scham und Trauer / gedenken Christen / der jüdischen Bürger dieser Stadt. / 1933 lebten in Dresden 4675 Juden. / 1945 waren es 70. / Wir schwiegen, / als ihre Gotteshäuser / verbrannt, als Juden / entrechtet, vertrieben / und ermordet wurden. / Wir erkannten in ihnen / unsere Brüder / und Schwestern nicht. / Wir bitten um Vergebung und Schalom / November 1988“; zit. n. Ulrich, Dresden, S. 133.

<sup>502</sup> Bei der Abstimmung über die Anbringung der Tafel in der Stadtsynode setzten sich 3 von 35 Stadtpfarrern aktiv für die Tafel ein, während der Rest distanziert, aber ohne Gegenäußerung reagierte. Der Superintendent und Pfarrer der Kreuzkirche, Ziener, selbst etwa empfand das Schuldgeständnis als zu stark, sprach dann aber bei der Einweihung von einem Zeichen „wider das Vergessen und wider das Unrecht auf der Erde“ (SZ, 7.11.1988, S. 2) und erwähnte ausdrücklich die Ankündigung vereinzelter Gemeindemitglieder, die Kreuzkirche zukünftig zu meiden; Ostmeyer, Schuld, S. 185f.

<sup>503</sup> Siehe Fußnote 481. Von der Durchführung solcher ist auszugehen, auch wenn dies anhand der vorliegenden Quellen nicht belegt werden kann.

<sup>504</sup> Ulrich, Dresden, S. 133.

<sup>505</sup> Veranstaltungen des Arbeitskreises fanden nun auch Erwähnung im Nachrichtenblatt, dessen Redaktion auch Aris angehört hatte; Ostmeyer, Schuld, S. 227.

<sup>506</sup> Dazu Offenberg, Machthaber, S. 216ff.; Goldenbogen, Trostlosigkeit, S. 121. Eschwege verwies darauf, daß sich nach dem Ableben Aris' und der Neuwahl des Vorstandes das (religiös-kulturelle) Leben der Gemeinde, der nur gut 60 Mitglieder angehörten, allmählich revitalisierte; Eschwege, Fremd, S. 165. Hier ist jedoch darauf aufmerksam zu machen, daß, solange eine historisch-kritische Geschichte der Dresdner Jüdischen Gemeinde noch nicht verfaßt ist, solche Wertungen Eschweges nur mit einer gewissen Vorsicht zu übernehmen sind, attestiert doch Offenberg eine „persönliche Gegnerschaft zu Aris“; Offenberg, Machthaber, S. 162. Fest steht, daß sowohl Aris wie Eschwege ihre Kontakte zu staatliche Behörden – der eine zum Kirchenstaatssekretariat, der andere das MfS – für diese wie andere Auseinandersetzungen innerhalb der

Diese vielfachen und höchst unterschiedlich intendierten Annäherungen bis hin zu – v.a. staatlichen – Vereinnahmungen bescherten den Juden und Jüdischen Gemeinden in der DDR wie ihrer Geschichte eine im Ausmaß bisher ungekannte Aufmerksamkeit. Als Hintergrund muß die dazu im gewissen Sinne gegenläufige und existenzbedrohliche Entwicklung der Überalterung und der sich damit nahezu dramatisch verringenden Mitgliederstärke der Gemeinden benannt werden.<sup>507</sup>

## **6.2. „Leidenschaftliches Bekenntnis“ und „Stilles Gedenken“ – Konkurrenz und Gleichklang**

Auch wenn der Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden vom Februar 1945 bzw. deren Einordnung im Jahr 1980 seine „Tauglichkeit“ für die SED zur politischen Mobilisierung unter Beweis gestellt hatte und im kleinen Rahmen auch im kirchlichen Kontext wieder derer erinnert wurde, so schien es doch, als würde Anfang der 1980er Jahre der historischen Ereignisse im öffentlichen Raum nur noch marginalisiert erinnert werden. Nichts deutet in den vorliegenden Quellen auf ein geplantes stärkeres Gedenken hin.<sup>508</sup>

Der Hintergrund einer privaten Initiative einer Dresdner Jugendlichen, die letztlich ab 1982 zu einem noch genauer zu betrachtenden Wandel in der lokalen Erinnerungskultur führte, sei hier kurz umrissen: Die Verabschiedung des Wehrdienstgesetzes der DDR im Januar 1962 hatte trotz der Schaffung einer – unbefriedigend empfundenen – Form des Ersatzdienstes im Jahre 1964 für Kritik der kirchlichen Leitungen gesorgt; ein tatsächliches Engagement war aber zunächst ohne Basis geblieben.<sup>509</sup> Dies änderte sich 1978 mit der Einführung der Wehrkunde in den Unterricht der neunten und zehnten Klassen, die zu scharfer Kritik kirchlicher Gruppen bzw. aus dem Umfeld der „Offenen Arbeit“ mit Jugendlichen führte, welche sich geballt im Bezirk Dresden äußerte. Das Engagement an diesem Punkt stellte für viele Beteiligte eine Art politische Erweckung dar und formierte nun ein stärkeres kritisches Potential. Treibend waren hier untere evangelische

---

Gemeinden und des VJGDDR mobilisierten; für Eschwege hier insbesondere Käppner, Geschichte, S. 263 – 272.

<sup>507</sup> Für Dresden verweist Goldenbogen für 1989 auf 61 Mitglieder der Gemeinde; Goldenbogen, Trostlosigkeit, S. 121.

<sup>508</sup> Neutzner spricht hier von einer „Atmosphäre des Verstummens“; ders, Anklagen, S. 158.

<sup>509</sup> Nichtsdestotrotz stellte der Dienst bei den so genannten „Bausoldaten“ für viele Beteiligte einen entscheidenden Abschnitt ihrer politischen Sozialisation abseits der üblichen Wege politischer Karrieren in der DDR dar; siehe dazu umfassend Widera, Thomas (Hg.): Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964 – 1989, Göttingen 2004.

Kirchenstrukturen, während die Leitung der ELLKS – geprägt durch die Auseinandersetzungen mit der SED in den 1950er Jahren – diese Aktivitäten zwar deckte, politisch aber insgesamt zurückhaltend agierte, was zu scharfen innerkirchlichen Konflikten führte.<sup>510</sup> Besondere Initiativen, die sich dem Protest gegen die Militarisierung des Bildungssektors anschlossen, waren mit DDR-weiter Wirkungsgeschichte die sich etablierenden jährlichen Friedensdekaden ab 1980 durch den sächsischen Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider unter dem Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ und das 1981 gegründete Projekt des „Sozialen Friedensdienstes“ als einen angestrebten weiterführenden Wehrersatzdienst um den Pfarrer der Dresdner Weinbergskirchgemeinde, Christoph Wonneberger.<sup>511</sup> Die inhaltliche Ausrichtung der Konzeptionen der damit verbundenen Veranstaltungen, Diskussionen u.ä. zeigen, daß „Frieden“ in der fortgesetzten thematischen Annäherung stets für mehr als nur eine Abwesenheit bewaffneter Auseinandersetzungen stand. Vielmehr verbanden sich darunter in der Wahrnehmung einer Bedrohung durch Aufrüstung, erlebter Militarisierung des Alltags und einer beiderseits der Mauer verorteten wirtschaftlichen Wachstumsideologie symbolhaft antimoderne und in diesem Sinne „zivilisations“-kritische Einstellungen, die im Kern kein expliziter politischer Protest gegen die Herrschaft der SED waren.<sup>512</sup> Diese wiederum verstand in ihrem unveränderten Anspruch gesamtgesellschaftlicher Deutungskompetenz eine solche Politisierung als Infragestellung ihrer Machtposition. Dementsprechend entzündeten sich scharfe Konflikte wie um den ab 1981 weitverbreiteten Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ als einer offen getragenen Symbolisierung dieses „anderen“ friedenspolitischen Engagements und sorgte im Vorfeld des 13. Februars 1982 für eine angespannte und durch Repression gekennzeichnete Atmosphäre.<sup>513</sup>

---

<sup>510</sup> Zu diesem komplexen und spannungsgeladenen Geschehen zwischen Kirchenleitung, renitenten Gruppen und Personen sowie Staat und Partei im Bezirk und der Stadt Dresden ab 1978 siehe Schmid, Kirchen, S. 115 – 137. Zum Konzept der „Offenen Arbeit“ siehe Neubert, Geschichte, S. 183 – 187 und 289 – 291. Der Tendenz nach entzog sich die katholische Kirche deutlich stärker den politischen Auseinandersetzungen und sorgte deswegen ebenso für Unzufriedenheit bei Teilen der Basis. Interessierte in friedenspolitischen Fragen schlossen sich daher zumeist evangelischen Gruppen an; Schmid, Kirchen, S. 64 – 67.

<sup>511</sup> Zu den Friedensdekaden siehe ebd., S. 186ff., zum „Sozialen Friedensdienst“ umfassender Neubert, Geschichte, S. 389 – 394 und besonders Schmid, Kirchen, S. 196 – 232.

<sup>512</sup> Hier zuletzt Richter, Sebastian: Normbezug in der DDR-Opposition. Entstehung, Entwicklung und Selbstlegitimation politischer Gegnerschaft in unabhängigen Gruppen (1985-1989), unveröffentlichte Magisterarbeit, TU Dresden 2005, S. 17. Zur Ideengeschichte einer daraus resultierenden „Utopie eines dritten Weges“ der jüngeren Pastorengeneration in der DDR in Kontinuität älterer sozialromantischer wie antiliberaler Vorstellungen im deutschen Protestantismus siehe Vollnhals, Clemens: Zugleich Helfer der Opfer und Helfer der Täter? Gegenwärtige und historische Sperren für die evangelische Kirche bei der Aufarbeitung ihrer DDR-Vergangenheit, in: ders. (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996, S. 443f.

<sup>513</sup> Schmid, Kirchen, S. 233 – 238.

In diesem politischen Spannungsfeld bewegte sich auch Annette Ebischbach, die im Oktober 1981 in Dresden einen Aufruf zu einer „Gedenkfeier“ am Jahrestag vor der Ruine der Frauenkirche verteilte,<sup>514</sup> welcher schnell in der ganzen DDR Verbreitung fand. Da eine größere Resonanz der stark öffentlichkeitswirksamen Aktionsform außerhalb staatlicher Organisation schnell absehbar wurde, setzten lokale staatliche Strukturen einerseits Ebischbach und andere vorbereitende Jugendliche massiv unter Druck,<sup>515</sup> andererseits suchten sie Verhandlungen mit den Kirchenleitungen, die dann seit Dezember 1981 geführt wurden. Aus gegebenem Anlaß sprachen Anfang Januar 1982 SED-Bezirkschef Hans Modrow und der Präsident des Landeskirchenamtes Sachsen, Kurt Domsch, und damit erstmals kirchliche und SED-Vertreter auf dieser hohen Ebene miteinander. Diese fixierten für den kommenden 13. Februar als Kompromiß die Durchführung eines „Friedensforums“ in der Kreuzkirche; wiederum erstmalig fand somit eine derartige Veranstaltung in kirchlicher Verantwortung nolens volens mit staatlicher Zustimmung stattfinden konnte. Der überwiegende Teil der Verhandlungen wurde dagegen zwischen den kirchlichen Spitzenvertretern und Mitarbeitern des RdB, Sektor Staatspolitik in Kirchenfragen, geführt. Diese Vorabgespräche etablierten sich in den Folgejahren, wobei mehrfach und nicht nur im Zusammenhang mit dem Jahrestag die eher kompromißbereite Verhandlungslinie der zuständigen regionalen staatlichen Struktur unter der Leitung von Gerhard Lewerenz betont wird.<sup>516</sup>

Am 13. Februar 1982 suchten dann rund 5.000 vornehmlich Jugendliche das „Friedensforum“ auf, während sich gleichzeitig bis zu 1.000 weitere vor der Ruine der

---

<sup>514</sup> Darin verwies sie explizit darauf, daß der „Wunsch nach Frieden ohne ‚höhere‘ Genehmigung und Organisation“ [Hervorhebung im Original] gezeigt werden sollte; Text des Aufrufes siehe Landeskirchenarchiv, Bestand 2, 573, Bl. 186. Die Organisierende ist – v.a. nach ihrer Heirat und der Verwendung des szeneeinternen Spitznamens – bekannter als Johanna Kalex; Schmid, Kirchen, S. 238, Fußnote 381.

<sup>515</sup> Landesbischof Hempel berichtet Mitte Januar 1982 dem katholischen Bischof Schaffran, daß das MfS „seit längerem [...] mit den Jugendlichen einen *herben Kontakt* aufgenommen [hatte]“ [Hervorhebung durch T.F.]; Landeskirchenarchiv, Bestand 2, 573, Bl. 183.

<sup>516</sup> Lewerenz unterstand dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, welcher im Sommer 1981 seinen nachgeordneten Funktionären eine deeskalierende Verhandlungslinie mit den Kirchen verordnet hatte; siehe Widera, Thomas: Bausoldaten in der DDR an der politischen Wende von gesellschaftlicher Verweigerung zum politischen Protest, in: ders., Pazifisten, S. 151 – 216. Nach einer Einschätzung Schmidts nutzte Lewerenz diesen Spielraum bei einer Vielzahl von Auseinandersetzungen zur Unzufriedenheit der zentralen Kirchenpolitik der DDR-Führung weitgehend aus, ohne aber letztere grundsätzlich in Frage zu stellen; Schmid, Kirchen, S. 483. Zu den Verhandlungen von 1982 ausführlich ebd., S. 238 – 248. Von SED-Seite schien das Entgegenkommen unabdingbar, konnte doch die Aktion vor der Ruine weder im Vorfeld verboten noch ohne höhere politische Kosten am Tag selbst unterdrückt werden. Abgesehen von den schon bestehenden Spannungen bei der Thematik „Frieden“ trieb die staatlichen Stellen nach Eindruck kirchlicher Vertreter die Sorge vor einer „Jugendinitiative, die zu vergleichbaren Aktivitäten führen könnte wie die Aktivitäten der Intellektuellen 1968 in der ČSSR oder der Arbeiter 1980/81 in Polen“, um; Landeskirchenarchiv, Bestand 1, 575, Bl. 7. Auf der anderen Seite sah sich die Kirchenleitung interner Kritik auf Sonderephoralkonferenzen ob dieser pragmatischen Zurückhaltung ausgesetzt. U.a. wurde die Teilnahme des Bischofs mit einer Kerze an der Ruine vorgeschlagen; Landeskirchenarchiv, Bestand 2, 573, Bl. 179 – 181.



Frauenkirche eingefunden hatten; z.T. waren diese aus anderen Teilen der DDR angereist.<sup>517</sup> Beim Forum in der Kreuzkirche wurden in offener Diskussion Fragen zu verschiedenen Aspekten der aktuellen Friedens- und Militärpolitik erörtert, wobei hier die Differenzen zwischen aktionistischen Gruppen der Kirchenbasis und zurückhaltenden Teilen der Kirchenleitung auf dem Podium bloßlagen.<sup>518</sup> Entgegen den staatlichen und kirchenleitenden Intentionen liefen im Anschluß 1.000 Jugendliche doch noch zur Frauenkirchrüne, sammelten sich dort und stellten Kerzen nieder – ein Vorgang, der in seiner Form im ebenso starken Gegensatz zu den Gedenktagskonzeptionen des Staates und der SED<sup>519</sup> stand wie die aktuellpolitische Bezugnahme auf die Luftangriffe unter anderen Vorzeichen. Dagegen blieb diese utopisch-pazifistische Referenz mit der Wertung des historischen Ereignisses als einem sinnlosen Kriegsakt verhangen im Deutungsrahmen der vorangegangenen politischen Chiffrierung der Luftangriffe und aktualisierte diesen.<sup>520</sup> Mobilisierten diese Vorgängen einen Organisationsschub „sozialethisch engagierter Gruppen“<sup>521</sup> der DDR aus, stand eine weitere Veranstaltung nicht in direkter oder gar konzeptioneller Nähe zum „Friedensforum“ bzw. dem Gang zur Ruine der Frauenkirche,<sup>522</sup> jedoch suchte die bereits erwähnte erste Veranstaltung des Dresdner Arbeitskreises

---

<sup>517</sup> Landeskirchenarchiv, Bestand 1, 575, Bl. 6.

<sup>518</sup> Bereits die Form und die hinführende Vorbereitung hatte bei den Jugendlichen um Kalex ein Gefühl der Bevormundung hervorgerufen; Meyer, Hoffen, S. 56 In staatlicher Wahrnehmung standen sich dabei „300 [...], die ein gestörtes Verhältnis zur DDR haben“, v.a. Hempel gegenüber, dessen „inhaltliche Beantwortung [...] neutralistisch“ gewertet wurde; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 148. Der Veranstaltung wurde eine Ventilwirkung zugestanden, wobei aber prognostiziert werden mußte, daß mit dem Austausch von Kontaktmöglichkeiten und Informationen der „Zusammenhalt“ gestärkt wurde und die „Konfrontationskräfte [...] ihr weiteres Wirken nicht einstellen werden“; ebd. Bl. 149.

<sup>519</sup> Der RdB mußte registrieren: „Aus der Dresdner Bevölkerung waren auch Stimmen zu hören, die eine solche Veranstaltung – vor allem das stille Gedenken an der Frauenkirche – sehr positiv einschätzten und betonten“; ebd. Dieser besonders beachtete Teil des Abends und die folgende Berichterstattung in den Medien der BRD führte ab Mitte März 1982 zu einer schärferen Gangart der staatlichen Behörden; Schmid, Kirchen, S. 249ff.

<sup>520</sup> Diese Schnittmenge tauchte in einer Argumentationshilfe für „Streifengänger“ wieder auf, welche im Auftrage der Kirchenleitungen am 13. Februar 1982 im Konfliktfall zwischen Staatsmacht und Jugendlichen vermitteln sollten: Diese sollten auf Modrow verweisen, der den „13.2. [...] für grundsätzlich geeignet [hielt], im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Zerstörung Dresdens den Willen nach Frieden deutlich zu machen“; Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 2, 573, Bl. 188. Auf dem Forum in der Kreuzkirche gab es keine Bezüge einer Erinnerung an das historische Ereignis bzw. eine kontextualisierte Auseinandersetzung mit diesem; siehe Meyer, Hoffen, S. 57. Für die Situation 1982 kann daher nicht in erster Linie von der Öffnung des Raumes für die „individuellen Erinnerungsbedürfnisse der *Betroffenen*“ [Hervorhebung durch T.F.] gesprochen werden; so etwa Handro, Erstarrung, S. 101.

<sup>521</sup> Detlef Pollack führte diesen Begriff ein; Pollack, Detlef: Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR. Eine religionssoziologische Untersuchung, in: ders. (Hg.): Die Legitimität der Freiheit. Zur Rolle der politisch-alternativen Gruppen in der DDR, Frankfurt/Main 1990, S. 115 – 154.

<sup>522</sup> Im Gegensatz dazu stand die Einweihung des ersten christlichen Mahnzeichens in der DDR für jüdische NS-Opfer am 8. April 1982 in Halberstadt schon konzeptionell im Zusammenhang mit dem Gottesdienst anläßlich des Jahrestages alliierter Luftangriffe auf die Stadt im nördlichen Harzvorland; diese stärkere Verknüpfung basiert auch auf der zeitlichen Nähe zum Jahrestag des folgenschwersten Ereignisses lokaler NS-Verfolgungsgeschichte, der Deportierung der verbliebenen Halberstädter Juden am 12. April 1942; Ostmeyer, Schuld, S. 183f.

„Begegnungen mit dem Judentum“ einen beachtenswerten Bezug auf den Jahrestag der Luftangriffe: Am 14. Februar 1982 referierte in der Annenkirche vor überwiegend jungem Publikum Franz Peter Sonntag, Redakteur der katholischen Kirchenzeitung „Tage des Herren“, zum Thema „2000 Jahre christlicher Antisemitismus“, nachdem Helmut Aris und der Superintendent Christoph Ziemer einführende Worte gesprochen hatten. Anschließend fand ein Gedenkgottesdienst für die am 13. Februar 1349 auf dem Altmarkt verbrannten Dresdner Juden, denen eine Verantwortlichkeit für Pestfälle zugeschrieben worden war, statt. Darüber hinaus wurde in einem Kurzfilm das Schicksal eines jüdischen Deportierten ebenso in den Blick genommen wie aus einem Brief Klemperers zitiert, in dem dieser die Angriffe auf Dresden als Rettung beschrieb. Hier zeigt sich deutlich auf, daß mit dieser Veranstaltung eine klare inhaltliche Verschiebung der Erinnerung zu einer Kontextualisierung der Ereignisse vom Februar 1945 ihren Anfang nahm. Bei diesem bemerkenswerten Neubeginn der Vergewisserung der jüdischen Leidensgeschichte in der Dresdner Erinnerungskultur bleibt anzumerken, daß diese in Bezug auf die DDR-Geschichtsschreibung konkretisierte Annäherung sich *formal* an das (kirchliche) Gedenken an die Opfer der Luftangriffe von 1945 anlehnte, hier das „Erleiden“ bzw. den „Opfer“-Status dem Äußeren nach anthropologisierte und der Veranstaltung somit eine Entkonkretisierung innewohnte;<sup>523</sup> wohlgermerkt *innewohnte*, denn bei der vielfältigen Herkunft der organisierenden Beteiligten kann von Intention kaum die Rede sein.

Der Herausforderung des „Friedensforums“ in der Kreuzkirche hatte die SED neben bestmöglicher Behinderungen derselben im Vorfeld eine eigene Gedenkveranstaltung von „500 Kultur- und Kunstschaffenden“ am 12. Februar 1982 im Rathaus entgegensetzen, als deren politischer Mittelpunkt die Verabschiedung einer „Willenserklärung“ zelebriert wurde. Deren inhaltliche Ausrichtung orientierte sich wie gehabt an der außenpolitischen Lage. Gemäß der Fortführung der amerikanischen Außenpolitik Carters durch den neuen US-Präsidenten Ronald Reagan, die auf Europa begrenzte Atomschläge in ihr strategisches Kalkül einschloß, bekannten sich die Versammelten „als leidenschaftliche Feinde der NATO-Hochrüstung und des lebensgefährlichen Konfrontationskurses der Reagan-

---

<sup>523</sup> Einige Elemente der Veranstaltung verweisen darauf: der Altmarkt als Ort der Verbrennung der Dresdner Juden von 1349 wie einer großen Zahl der bei den Luftangriffen Getöteten, die Verwendung gleicher liturgischer Elemente, v.a. der Klagelieder des Jeremia, die in kirchlichen Gedenkveranstaltungen zum 13. Februar 1945 angestimmt wurden, besonders aber der zeitliche Bezug auf den 13. Februar 1945 selbst; zum Ablauf insgesamt siehe Ulrich, Dresden, S. 123f.

Administration“. Dabei nahm die Veranstaltung wie die Berichterstattung in der Presse nahezu keinen Bezug auf die sich anbahnenden Vorgänge des folgenden Tages.<sup>524</sup>

Im Folgejahr versuchte die SED ihre Herrschaft über Zeit, Deutung und öffentlichen Raum bei der Erinnerung abzusichern. Die Basis dafür stellte ein Beschluß auf höchster Ebene der Partei vom 16. Juni 1982 dar, dessen wesentliche Inhalte bereits vor den Auseinandersetzungen um den 13. Februar 1982 festgelegt waren. Zentraler Punkt war, nun wieder alljährlich eine „Manifestation der Dresdner Werktätigen“ durchzuführen. Der Ort künftiger Kundgebungen sollte wie bereits 1980 der Platz vor der Ruine der Frauenkirche sein, um diesen Raum der mißliebigen andersdeutigen Belegung am Jahrestag wieder zu entziehen. Dauerhafte symbolische und ideologisch korrekte Präsenz wurde durch die Installation einer Gedenktafel angestrebt.<sup>525</sup>

Entsprechend dieser Neuausrichtung der staatlichen Gedenktagskonzeption wurde eine „machtvolle Friedensdemonstration“ mit „über 100.000 Dresdner“ Einwohnern unter dem Motto „Europa darf kein Euroshima werden!“ organisiert.<sup>526</sup> Thema der Reden wie des verabschiedeten „Rufes aus Dresden“ war das nukleare Wettrüsten nach dem vorläufigen Scheitern der Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion, für das einzig und allein erstere als verantwortlich gekennzeichnet wurden. Dabei bemühten sich die lokalen staatlichen Strukturen im Vorfeld, den Charakter der DDR als Friedensstaat breiter zu legitimieren und boten der Kirchenleitung einen Redeplatz an. Da diese Vereinnahmung aber scheiterte,<sup>527</sup> mußten parteikonforme Christen „Frieden“ als gesellschaftseinigende Bande zwischen „Marxisten“ und Christen darstellen.<sup>528</sup>

---

<sup>524</sup> Ins Rathaus konnten prominente Persönlichkeiten wie der Sänger Peter Schreier oder der Kammervirtuose Ludwig Güttler mobilisiert werden. Ebenso anwesend waren Vertreter des RdB, der Bezirksleitung der SED und der Oberbürgermeister Schill; SZ, 13./14.2. 1982, S. 1 und 3. Lediglich das CDU-Organ berichtete darüber hinaus in wenigen Sätzen über das Forum in der „überfüllten Kreuzkirche“; Union, 15.2. 1982, S. 1. Eine Fortsetzung fanden die Kranzniederlegungen und Gedenkkonzerte der Staatskapelle; siehe SZ, 15.2. 1982, S. 1.

<sup>525</sup> Auf die entsprechenden Beschlüsse verwies bereits Neutzner, Anklagen, S. 159; zum Wortlaut der ZK-Vorlage siehe IV E-2/20/807, unpaginiert. Um den Wortlaut der Gedenktafel, welche am 17. August 1982 als „Friedensbekenntnis“ des VII. Pioniertreffens in Dresden eingeweiht wurde, entspann sich im Juli 1982 ein Disput zwischen Vertretern des RdS, Ullmann, des RdB, Lewerenz (jeweils Abteilung Kirchenfragen) und Vertretern der Kirchenleitung, etwa Domsch: Letzterem war der Text „nicht deutlich genug“, vielmehr müsse dieser eine „Mahnung gegen jeden Krieg und Kriegsbarbarei“ enthalten. Ullmann hielt dagegen, daß gerade die Formulierung „imperialistische Barbarei“ präziser wäre; Landeskirchenarchiv Dresden, Bestand 2, 562, Bl. 14f. Der Text im ganzen lautet: „Die Frauenkirche in Dresden / im Februar 1945 zerstört durch anglo-amerikanische Bomber / erbaut von George Bähr / 1726-1743 / Ihre Ruine erinnert an Zehntausende Tote und mahnt die Lebenden zum Kampf gegen imperialistische Barbarei / für Frieden und Glück der Menschheit“; zit. n. Gretzschel, Matthias: Die Dresdner Frauenkirche, Hamburg 1995, S. 159.

<sup>526</sup> SZ, 14.2. 1983, S. 1.

<sup>527</sup> Domsch begründete dies am 10. Februar 1983 damit, daß ein Pfarrer „in der Kürze der Zeit sein Anliegen nicht hätte deutlich machen können“; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 131.

<sup>528</sup> Neben Günther Drefahl, dem Präsidenten des Friedensrates der DDR, als höchstem staatlichen Repräsentanten hielten so der Ärztliche Direktor des Krankenhauses Dresden-Friedrichstadt, Otfried Günther, und die Pastorin Ilsegrit Fink, Ehefrau von Heinrich Fink, unter Betonung ihrer christlichen Identität Reden, in

Neben einer stärkeren publizistischen Begleitung in der Parteipresse im Zeitraum um den Jahrestag<sup>529</sup> wurden zusätzlich zu den Gedenkkonzerten im Kulturpalast verschiedene Ausstellungen organisiert.<sup>530</sup>

Die ausgeweiteten Aktivitäten von Partei und Staat zur Sicherung ihres Status der wahrhaftig friedensbewahrenden Kräfte im Land konnten ein „intensiveres kirchliches Gedenken“ in den Folgejahren nicht verhindern.<sup>531</sup> Repressive Eingriffe behielt man sich jedoch vor, die dabei auch gewisse Erfolge zeitigten, war doch die Kirchenleitung in anbetracht der Vorbereitungen des 1983 in Dresden anstehenden Kirchentages an einer entspannteren Atmosphäre interessiert.<sup>532</sup> Trotzdem oder gerade aus diesem Interesse heraus fanden am 13. Februar 1983 nach den regulären Sonntagsgottesdiensten Podiumsdiskussionen – Veranstaltungen also, die in ihrem kritischen Potential staatlicherseits der Verantwortlichkeit der kirchlichen Institutionen zugeschrieben wurden – *in* vier Dresdner Kirchen statt.<sup>533</sup>

Die seit 1982 fortgesetzte Auseinandersetzung mit der NS-Verfolgungsgeschichte wirkte sich dabei stellenweise auf die dort behandelten Themen aus, beschäftigten sich doch einige Redner und Debatten – neben den zentralen friedenspolitischen Fragen – mit Aspekten schuldhaften Verhaltens vor dem 13. Februar 1945.<sup>534</sup> Nach dem abendlichen ökumenischen Friedensgebet, welches 1983 in der Kathedrale stattfand, gingen wiederum

---

denen sie die Politik der DDR-Regierung unterstützten; siehe SZ, 14.2. 1983, S. 3; StA, 4.2.3., Bl. 41. Der gleichen Funktion kam Leserbriefe zu, etwa von Anneliese Feurich; Union, 12./13.2. 1983, S. 4. Feurich führte ab 1983 die im wesentlichen staatskonforme Kirchliche Bruderschaft Sachsen; zu deren Wirken siehe Schmid, Kirchen, S. 126f.

<sup>529</sup> Zu verweisen sei hier auf die Rechtfertigung starker militärischer Komponenten in der „sozialistischen Gesellschaft“ durch Heinz Bilan, dem Leiter der Politabteilung der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden, die durchaus als Reaktion auf die Kritik der unabhängigen Friedensgruppierungen zu lesen ist; SZ, 11.2. 1983, wir-Beilage, S. 6. Hans Nadler, bis 1982 Leiter des Dresdner Instituts für Denkmalpflege und bekannt für seine Auseinandersetzungen mit der SED um den Erhalt historischer Bausubstanz, richtete seinen Artikel gegen die „Verfechter des Neutronenkrieges“ und stellte dem das Lob auf die Arbeit der Trümmerfrauen und den Aufbau unter der Parteiführung gegenüber; SZ, 12./13.2. 1983, S. 3.

<sup>530</sup> So im Rathaus und der Pädagogischen Hochschule; SZ, 12./13.2. 1983, S. 8.

<sup>531</sup> Dies konstatierte bereits Schmid, Kirchen, S. 262.

<sup>532</sup> Ebd., S. 263. Verboten wurde etwa die demonstrationsartige Besetzung des öffentlichen Raumes durch das angedachte Tragen eines Kreuzes von der Kreuzkirche zur Kathedrale; scharfe Einsprüche und Kontrollen gab es gegen eine Podiumsdiskussion und das Ausstellungsvorhaben des Berliner Antikriegsmuseums in der St. Petri-Kirche. Zu verzeichnen war weiterhin eine defensive Argumentationsführung in den Predigten und bei Diskussionen; Urich, Bürgerbewegung, S. 36 – 38.

<sup>533</sup> So etwa mit Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, Bretschneider und Kalex in der Annenkirche, ebd.; Schmid, Kirchen, S. 263. Insgesamt schätzt der RdS daher die „kontinuierliche politische Gesprächsführung“ mit der Kirchenleitung als „günstig“ ein; nach wie vor kritisch nahm man „Aussagen pazifistischen Inhalts bis hin zu extrem neutralistischen Positionen“ zur Kenntnis; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 120.

<sup>534</sup> Dies wird in der Presseberichterstattung angedeutet: So orientierte sich die Diskussion in der Kreuzkirche an „Fragen nach vergangener Schuld, v.a. aber nach der Möglichkeit, heute verantwortlich zu handeln“, während Bischof Schönherr in der Martin-Luther-Kirche in seinem Vortrag „1933 – 1945 – 1983. Machtergreifung, Krieg und Friedenszeugnis heute“ dem Titel nach ebenfalls eine umfassendere Analyse vornimmt; Union, 14.2. 1983, S. 1f.

viele jugendliche Teilnehmer zur Ruine der Frauenkirche und standen dort einer organisierten Mahnwache der FDJ gegenüber.<sup>535</sup>

Binnen Jahresfrist war somit eine mehrschichtige Erinnerung rund um den Jahrestag entstanden, der dadurch wieder zu einem lokalen Ereignis ersten Ranges avancierte. Mit diesem verbanden sich verschiedene Motivationen und politische Zielsetzungen, wobei letztlich deren konkrete Ausformung ohne die Ebene der Repression nicht zu verstehen ist. Gleiches gilt für die Vorbereitungen auf den folgenden Jahrestag: Rundweg verboten wurden ein abendlicher Sternmarsch von vier Kirchrüinen zur Ruine der Frauenkirche, ein „Friedenstreffen“ in der Weinbergskirche sowie eine Versammlung vor der Kreuzkirche, wobei Aufruf zu letzterer bei den staatlichen Stellen für besondere Nervosität gesorgt hatte.<sup>536</sup>

Dagegen fanden eine Arbeitstagung in der Auferstehungskirche am 11. Februar 1984 und am folgenden Tag die sonntäglichen Gottesdienste in Dresdner Kirchen statt. Diese standen zum großen Teil im Zeichen des durch die Arbeitstagung verabschiedeten „Briefes an die Gemeinden“. Dieses Schreiben wandte sich über friedenspolitische Fragen hinaus allgemein gegen eine Stimmung der Resignation in der DDR-Bevölkerung und ermunterte zum politischen Agieren.<sup>537</sup>

Zentrale kirchliche Veranstaltungen am Jahrestag selbst bildeten ein gemeinsames Gedenkkonzert des Kreuzchores und der Dresdner Philharmonie in der Kreuzkirche.<sup>538</sup> Die sich trotz Verbot auf dem Altmarkt versammelnden Jugendliche wurden von kirchlichen Ordnungskräften in die Annenkirche zu einem Forum umgeleitet, das durch Diskussionen um Wehrdienst bzw. dessen Verweigerung geprägt war.<sup>539</sup> Abschließend fand – wiederum in der Kreuzkirche – ein ökumenisches Friedensgebet statt, das von 3.500 Personen besucht

---

<sup>535</sup> In den Planungen der Kirchenleitungen kam dieser Akt nicht vor und wurde lediglich toleriert; Schmid, Kirchen, S. 262, Fußnote 510.

<sup>536</sup> Durch die nun üblichen Vorgespräche zwischen Kirchenleitung und staatlichen Vertretern wurden diese Veranstaltungen zur Zufriedenheit letzterer abgewendet; Urich, Bürgerbewegung, S. 38f. Die zur Kreuzkirche mobilisierenden Handzettel wurden dabei der Verantwortlichkeit Wonnebergers zugeschrieben. Anspielend auf dessen Überlegungen zu einer Städtepartnerschaft Dresdens mit Stuttgart merkte der RdS-Vertreter Ullmann gegenüber Domsch an, daß, wenn „Wonneberger nach Stuttgart gehen will, [...] ihm nichts in den Weg gelegt werden“ würde; Landeskirchenarchiv, Bestand 2, 562, Bl. 279.

<sup>537</sup> Schmid, Kirchen, S. 320. Dementsprechend sah sich die Arbeitstagung bzw. Domsch im Nachgang der staatlichen Kritik einer „Dissidentenveranstaltung“ ausgesetzt; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 69. Eine weitere Einschätzung des RdB, Sektor Kirchenfragen, verdeutlicht die politische Herausforderung durch die inhaltliche Ausrichtung des Briefes wie der Veranstaltung, wenn ein „christlicher Exklusivitätsanspruch in der Friedensfrage“ ausgemacht wurde; ebd. Bl. 45.

<sup>538</sup> Anwesend war hier erstmals der Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, Hans-Otto Bräutigam; ebd., Bl. 88. Der Auftritt der Philharmoniker wurde in der Bezirksleitung der SED kritisch als Beitrag einer „staatlichen Einrichtung [...] zur Erhöhung des Ansehens der Kirche“ gewertet, „zumal von der Kreuzkirchgemeinde oft Störungen ausgegangen sind, die sich gegen die Friedenspolitik unseres Staates richten“; IV E-2/20/807, unpaginiert.

<sup>539</sup> Schmid, Kirchen, S. 320.

wurde, darunter etwa 2.800 Jugendliche. Auf diesem sprach erstmals Colin Semper, Propst von Coventry.<sup>540</sup> Dieser *relative* Rückgang im Vergleich zu den Vorjahren verweist dabei auf eine im Winter 1983/84 – in Ost wie West – einsetzende tiefe Verunsicherung friedenspolitisch Engagierter, nachdem der Bundestagsbeschuß zur Raketennachrüstung vom November 1983 und eine entsprechende Antwort der Sowjetunion ein Gefühl der Machtlosigkeit hervorrief; die Zersetzungsarbeit des MfS tat ihr Übriges.<sup>541</sup> Die immer noch hohe *absolute* Zahl der Anwesenden stellt trotz dieser Entwicklung dagegen heraus, welchen Stellenwert der Jahrestag der Luftangriffe auf Dresden als Bezugspunkt gemeinschaftlichen Agierens behielt.<sup>542</sup> Der erneute Gang von der Kreuzkirche zur Ruine der Frauenkirche von ca. 1.000 Jugendlichen hatte als eine quasi regelmäßige jährliche Demonstration einen für die politische Kultur in Dresden und der DDR einzigartigen Charakter.

Im Versuch, diesem spektakulären Ereignis seine Wirkung zu nehmen, hatten der zuständige RdS und der Stadtausschuß der Nationalen Front bis in die späten Abendstunden Kranzniederlegungen an der Ruine organisiert. Bereits am Nachmittag fand eine Großkundgebung mit „über 120.000“ Teilnehmenden statt, auf der neben Schill und Modrow abermals „ausgewählte Vertreter verschiedener Bevölkerungsschichten“<sup>543</sup> Reden hielten. Bereits im Vorfeld des Jahrestages hatte die SED eine Kampagne für persönliche und kollektive Bekenntnisse „zur termin- und qualitätsgerechten Planerfüllung“ als „Beitrag zur Erhaltung und Stärkung des Friedens“ initiiert; allerdings mußten am Jahrestag SED-Grundorganisationen ein Desinteresse an bzw. ein frühzeitiges Abwandern von der staatlichen Kundgebung registrieren.<sup>544</sup> Zwar hatte auf dieser Oberbürgermeister Schill die Angriffe als Werk von „anglo-amerikanischen Terrorbomben“ bezeichnet und verblieb allgemein im parteiüblichen Deutungsrahmen, so wurde doch eine gewisse Zurückhaltung ausgeübt. Als Hintergrund kann hier eine – bedingt durch die wirtschaftliche Lage der DDR – vorsichtige Annäherung zwischen Berlin und Bonn ausgemacht werden: So trafen sich

---

<sup>540</sup> Damit scheint 1984 wieder eine nichtstaatliche internationalisierte Form des Gedenkens seinen Anfang gefunden zu haben; Urich, Bürgerbewegung, S. 40f.

<sup>541</sup> Neubert, Opposition, S. 502ff.

<sup>542</sup> Die Zahlenwerte beruhen auf staatlichen Einschätzungen; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 89.

<sup>543</sup> Neutzner verwies darauf, daß dies auch durchgängiges Muster in den Folgejahren blieb; Neutzner, Anklagen, S. 159. Das CDU-Organ sah hier eine „alle gesellschaftlichen Kräfte umfassende[] Friedensbewegung“ repräsentiert; Union, S. 14.2. 1984, S. 1. Zur Konzeption der Veranstaltung siehe SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 90. Domsch hatte erneut eine Rede eines kirchlichen Vertreters deutlich ausgeschlossen, wäre doch eine „Teilnahme [...] nicht ganz freiwillig“ und könne „staatlicherseits [...] doch wohl nicht auf eine vorhergehende Zensurierung eines solchen Beitrages verzichtet werden“; ebd., Bl. 96.

<sup>544</sup> Siehe hierzu den Bericht der SED, Stadtbezirk Dresden-Mitte; SächsHStA, IV E-5/02/132, unpaginiert.

am Rande der Beisetzung des verstorbenen Generalsekretärs der KPdSU, Juri W. Andropows, Erich Honecker und Helmut Kohl, damaliger Bundeskanzler der BRD, in Moskau.<sup>545</sup> Die Nachricht vom Tod Andropows und der damit verbundene personelle Wechsel an der höchsten politischen Stelle der Sowjetunion sorgte im übrigen dafür, daß die mediale Begleitung des Jahrestages 1984 nahezu ausfiel.<sup>546</sup>

Davon und von routinierter Fortführung des Kundgebungsrituals vor der Ruine der Frauenkirche konnte 1985 keine Rede sein. So begannen die staatlichen Vorbereitungen für den 40. Jahrestag bereits Anfang Mai 1984;<sup>547</sup> bis Oktober 1984 waren politische Zielsetzungen der Gedenkveranstaltungen konzipiert, die – noch stand die Entspannungspolitik Gorbatschows bevor – den friedlichen Charakter der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ und der DDR-Führung betonen sollten.<sup>548</sup> Wie in den 1950er Jahren diente eine massive Informationskampagne der politischen Vorbereitung des Jahrestages, die v.a. „historische Fakten“ vermitteln sollte.<sup>549</sup>

Eine erste Veranstaltung wurde bereits am den 24. Januar 1985 als eine „Manifestation der Dresdner Intelligenz für Frieden und Sozialismus“ im Blockhaus (damals „Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“) abgehalten, auf der in Anwesenheit der lokalen politischen Parteiführung „200 namhafte Vertreter der Dresdner Intelligenz“ eine „Willenserklärung“ verabschiedeten.<sup>550</sup>

Die staatlichen Initiativen, den „gedenkpolitisch verlorenen Raum zurückzugewinnen“,<sup>551</sup> beschränkten sich in Vorbereitung des Jahrestages jedoch nicht nur auf solche

---

<sup>545</sup> Bereits 1983 war zwischen der BRD und der DDR eine Kreditvergabe im Gegenzug zum Abbau der ostdeutschen Selbstschußanlagen an der Grenze vereinbart wurden. Diese Annäherung, Honeckers Appell einer gesamtdeutschen „Koalition der Vernunft“ gegen Aufrüstung und seine in Moskau geäußerten Worte, daß vom „deutschen Boden nie wieder Krieg“ ausgehen dürfe, hatten in Moskau für starke Verstimmung gesorgt; siehe Staritz, Geschichte, S. 316.

<sup>546</sup> So wanderte das Thema entgegen der sonstigen Beachtung im SED-Organ auf Seite 2 und ging in der schieren Menge der Ehrerweisung gegenüber Andropow unter; SZ, 14.2. 1984, S. 2.

<sup>547</sup> Den Startschuß bildete ein Gespräch zwischen Modrow, Schill und dem ersten Sekretär der SED-Stadtleitung, Rainer Michels; SächsHStA, SED-Stadtleitung, IV E-5/01/142, Bl. 3 – 5.

<sup>548</sup> Nach einer „Konzeption zur politischen Vorbereitung und Durchführung massenwirksamer Veranstaltungen“ der SED-Stadtleitung vom 3. Oktober 1984 sollte der gegen die Sowjetunion gerichtete späte Zeitpunkt der Luftangriffe, die Entwicklung der Stadt „dank der Schöpferkraft der Werktätigen unter Führung der Partei“, der „unbedingte Friedenswillen“ und die „Bündnisbereitschaft“ der städtischen Bevölkerung mit „allen friedliebenden Kräften der Welt“ gegen die „Kriegspolitik des USA-Imperialismus [...] und praktizierten BRD-Revanchismus“ ebenso betont werden wie die besondere Verbundenheit mit Partnerstädten, freundschaftlich verbundenen Städten (wie etwa Coventry) sowie Hiroshima und Nagasaki („die durch den faschistischen Krieg und mit amerikanischen Atombomben wie Dresden zerstört wurden“); ebd., Bl. 18 – 20.

<sup>549</sup> Eine parteiinterne Erfolgsmeldung vom 7. Februar 1985 konnte zumindest berichten, daß die „Stadtparteiorganisation einheitlich 5.150 Kurzversammlungen mit 118.000 Teilnehmern in Parteigruppen und Arbeitskollektiven“ organisiert hatte; ebd., Bl. 108 – 110.

<sup>550</sup> Ebd., Bl. 1 – 2.

<sup>551</sup> Handro, Erstarrung, S. 101. Für das Vorfeld des Jahrestages kann hier noch das Treffen von FDJ-Gruppen mit „Trümmerfrauen“ im Rathaus am 2. Februar 1985 erwähnt werden; SZ, 6.2. 1985, S. 8.

Versammlungen. So wurde am 5. Februar 1985 im Albertinum die Ausstellung „Dresden – Bekenntnis und Verpflichtung“ eröffnet; die parallele Enthüllung der Plastik „Großer trauernder Mann“ zielte auf die Besetzung des öffentlichen Raumes ab.<sup>552</sup>

Intensiv wurde von staatlichen Behörden auf den Jahrestag als „Staatsakt“<sup>553</sup> hingearbeitet. Mit „Aktivitäten zur Gestaltung des Stadtzentrums“ wurden Ressourcen für – allerdings nicht nur für den Staatssozialismus typische – temporäre Eingriffe zur Verbesserung des Stadtbildes abgestellt und eine mit der Formulierung der „Erhöhung der Handelskultur“ umschriebene geschönte Konsumgüterlage in Dresdner Geschäften suggeriert.<sup>554</sup> Erstmals seit den 1960er Jahren bewarb die Parteipresse wieder massiv die staatlichen Veranstaltungen und zeichnete mittels Leserbriefen und Selbstverpflichtungen das Bild einer ungebrochenen Einheit zwischen Staatsführung und Bevölkerung.<sup>555</sup> In der Flut dieser Beiträge ging eine Betrachtung der historischen Ereignisse, der – für die SED-Presse – ungewöhnlich stark die Luftangriffe in Beziehung zu einer Vorgeschichte nationalsozialistischer Verbrechen setzte, fast unter.<sup>556</sup>

Der Jahrestag selbst begann – wie gewohnt – mit der Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof, an der der Oberbürgermeister von Coventry, Brandish, teilnahm und die auch für die SED überraschend stark besucht war.<sup>557</sup> Im weiteren Verlauf des Tages legten „Angehörige der bewaffneten Organe“ an der Ruine der Frauenkirche den Kranz Erich

---

<sup>552</sup> Anwesend waren Vertreter der SED-Bezirks- und Stadtleitung sowie Oberbürgermeister Schill; SZ, 6.2. 1985, S. 2. Im Falle von Wieland Försters Werk kann hier allenfalls der entsprechend gestaltete Akt der Enthüllung, der im Zusammenhang mit der genannten Ausstellung stand, gemeint sein, steht doch die Wirkung der Plastik mit seinen Gesten der Abwehr und Angst im Kontrast zur Darstellung einer erfolgreichen Aufbaugeschichte. Dementsprechend stieß der „Große trauernde Mann“ lange Zeit auf Ablehnung der Parteigremien; dagegen hätte Konrad Wolf als damaliger Direktor der Akademie der Künste ihn gern vor der Ruine der Frauenkirche gesehen; siehe Berliner Zeitung 13.2. 1995, S. 30. Eine weitere Ausstellung „Dresdner Fotos 1945 bis 1949 – Arbeiterfotograf Willy Roßner“ wurde ab dem 8. Februar 1985 im „Armeemuseum der DDR“ gezeigt; SZ, 14.2. 1985, S. 8.

<sup>553</sup> So Neutzner, Dresden, S. 526.

<sup>554</sup> SächsHStA, SED-Stadtleitung, IV E-5/01/142, Bl. 57.

<sup>555</sup> Als Beispiel hier nur SZ, 7.2. 1985, S. 8. Als Beleg für die umfassende und DDR-weite publizistische Begleitung des 40. Jahrestages soll hier nur auf den autobiographisch angelegten Artikel „Die Mahnung“ der Zeitzeugin Gret Palucca in der populären „Neuen Berliner Illustrierten“ verwiesen werden; dieser findet sich dokumentiert bei Schmitz, Zerstörung, S. 75 – 77.

<sup>556</sup> Olaf Groehler betonte die „historische Verantwortung, stets der Tatsache eingedenk zu sein, daß es die verbrecherische Politik, daß es die Untaten des deutschen Faschismus, Revanchismus und Militarismus waren, die die Feuerbrunst heraufbeschworen hatten“. (Allerdings blieb er der Interpretation verhaftet, daß die Bombardierung Dresden „weniger einer der Schlußakte des zweiten Weltkrieges als vielmehr einer der Auftakte des kalten Krieges gegen die Sowjetunion“ gewesen wäre); SZ, 9./10.2. 1985, S. 3. Ähnlich etwa auch der Titel einer Art Aufbau-Chronologie: „Was im Naziinferno zerstört worden ist, bauen wir wieder auf“; SZ, 13.2. 1985, S. 3. Groehler veröffentlichte wenige Jahre später – und damit erstmals für die ostdeutsche Geschichtswissenschaft – eine noch vor dem Ende der politischen Herrschaft der SED begonnene Arbeit zum alliierten Luftkrieg gegen das Deutsche Reich; Groehler, Bombenkrieg.

<sup>557</sup> Von den laut Presse „über 10.000“ vermeldete die SED Stadtbezirk Mitte allein 8.000 Teilnehmende; SZ, 14.2. 1985, S. 2; SächsHStA, SED Stadtbezirk-Mitte, IV E-5/02/132, unpaginiert. Parteintern wurde zufrieden registriert, daß Brandish „beeindruckt von [der] innere[n] Anteilnahme der Bevölkerung“ war; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 143.



Honeckers niederlegten, während Hans-Otto Bräutigam als Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR dies stellvertretend für den Bundespräsidenten in deutlich schlichterer Weise vornahm.<sup>558</sup>

Zur Großkundgebung auf dem Theaterplatz – die als „politischer Höhepunkt“ konzipiert worden war<sup>559</sup> –, „über 200.000 Dresdner“ mobilisiert. Diese Versammlung als „machtvolles Bekenntnis für den Frieden“ bekam seine in der lokalen Erinnerungskultur herausragende Stellung v.a. in Verbindung mit der Neueröffnung der rekonstruierten Semperoper. Nach der Hauptrede Honeckers – in der dieser keine aggressiven Töne gegen die USA und die BRD anschlug<sup>560</sup> – stand dafür die inszenierte symbolische Schlüsselübergabe aus der Hand eines Bauarbeiters in „Berufskleidung“<sup>561</sup> in die des neuen Intendanten des Hauses als das Abbild des in den weiteren Reden gezeichneten Bildes der Erfolgsstory „DDR“. Dabei konnte sich die SED einer nicht nur überregionalen, sondern auch internationalen Beachtung sicher sein.<sup>562</sup> Für Irritation sorgte lediglich der Umstand, daß diese Aufmerksamkeit im Ausland v.a. im nordamerikanischen sowie west- und nordeuropäischen Raum, also dem „Nicht-Sozialistischen Wirtschaftsgebiet“ auszumachen war.<sup>563</sup>

Diesem bedeutenden Ereignis konnten sich 1985 auch höchste kirchliche Repräsentanten nicht entziehen. Diese hielten zwar keine Rede, nahmen aber entgegen vereinzelter ersten Vorbehalten neben Honecker auf der Tribüne Platz und sorgten damit nicht nur in Kirchenkreisen für Aufregung und Kritik. Der SED war es außerdem gelungen,

---

<sup>558</sup> Ebd., Bl. 138.

<sup>559</sup> SächsHStA, SED-Stadtleitung, IV E-5/01/142, Bl. 7.

<sup>560</sup> Meyer verwies bereits darauf und auf Honeckers Worte, daß die „Flammen [...] von Berlin, der damaligen Hauptstadt des Dritten Reiches, ausgegangen waren“; Meyer, Leiden, S. 78. Die Rede vgl. SZ, 14.2. 1985, S. 3.

<sup>561</sup> Was hieß: „Maureranzug, Helm und FDJ-Hemd“; SächsHStA, SED-Stadtleitung, IV E-5/01/142, Bl. 50.

<sup>562</sup> Es wurden der Besuch von Vertretern von 44 Botschaften sowie die Akkreditierung von 221 Journalisten registriert; ebd., Bl. 102.

<sup>563</sup> „Auffällig“ lautete die Bewertung für „das absolute Überwiegen des Interesses westlicher Medien gegenüber denen aus sozialistischen Bruderländern“. Zumindest angesichts der politischen Bedeutung des 40. Jahrestages zeigt dieser leichte Mißmut eine überraschende Nichtbeachtung der vorbereitenden Stellen einerseits der Rezeptionsgeschichte des historischen Ereignisses, andererseits der Intensivierung von Gedenkveranstaltungen in der BRD seit 1983 anlässlich der 40. Jahrestage von Luftangriffen auf westdeutsche Städte; durchaus – wenn man so will – eine Verkenning eines größeren Potentials der politischen „Nutzbarmachung“ des Jahrestages in Dresden; SächsHStA, E-2/20/806, unpaginiert. Zur Entwicklung in der BRD sprach etwa Malte Thießen von einem „Feiersturm“ in Hamburg; Thießen Malte: Gedenken an die „Operation Gomorrha“. Zur Erinnerungskultur des Bombenkrieges von 1945 bis heute, in: ZfG 53/2005, S. 56. Da es nicht Teil dieser Arbeit ist, die Wirkung des Symbols „Dresden“ für die bundesdeutsche Erinnerungskultur (etwa in einer möglichen Folge der seit 1982 verstärkten Berichterstattung zu Veranstaltungen zum 13. Februar 1945) zu ermitteln, sei hier nur auf die Einleitung einer Würzburger Publikation verwiesen, die mit einem Zitat der Inschrift der Sandsteinwand auf dem Ehrenhain des Heidefriedhof endet; siehe Studtrucker, Rudolf (Red.): In stummer Anklage. Zeugnisse der Zerstörung Würzburgs (Zur Sonderausstellung aus Anlaß der 40. Wiederkehr des 16. März 1945, Mainfränkisches Museum Würzburg, 10. März bis 5. Mai 1985), Würzburg 1985, S. 12.

Persönlichkeiten der DDR wie Herrmann Kant oder Manfred von Ardenne sowie Vertreter aus dem Ausland in die Veranstaltung einzubinden.<sup>564</sup>

Die Neueinweihung der Semperoper, die als das eigentliche zentrale Ereignis des Tages wahrgenommen wurden soll,<sup>565</sup> bildete mit der Aufführung des „Freischütz“ am Abend des 13. Februar 1985 aus staatlicher Sicht den Endpunkt der Gedenkveranstaltungen, zu der prominenter Besuch empfangen werden konnte – so etwa der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt, dessen Rolle bei der Raketenstationierung in der BRD Anfang der 1980 im Sinne der Aufwertung der Feierlichkeiten vergessen schien.<sup>566</sup>

Parallel dazu fanden Gedenkkonzerte der Philharmonie im Kulturpalast und die DDR-Erstaufführung des Stückes „A Dresden Requiem“ des Briten Cormac O’Duffy im Staatsschauspiel statt, wobei letzterer der „Charakter einer Friedensmanifestation der Studenten der Stadt“ zugewiesen wurde.<sup>567</sup> Die auch hier zum Ausdruck kommende Internationalisierung des staatlichen Gedenkens stellte die SED insofern vor gewisse Probleme, als sie zwar auf diese Art ihre Veranstaltungen aufwertete, jedoch auch unerwünschte Kritik aus unterschiedlichster Richtung auf sich zog. So äußerte sich einerseits O’Duffy „zu der zu organisierten, wenig freien Form“ [Hervorhebung im Original] der Veranstaltungen.<sup>568</sup> Andererseits zeigte die Teilnahme ehemaliger Piloten der Royal Air Force, daß ein solcher Wandel in der Form der politisch motivierten Erinnerung

---

<sup>564</sup> Neben Hempel und Domsch fanden sich auch Gerhard Schaffran, katholischer Bischof und Leiter des Bistums Meißen-Dresden, Henry Burckhardt für die Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage sowie – weniger überraschend – Helmut Aris für den VJGDDR auf der Tribüne an der Seite zahlreicher Politbüromitgliedern wieder; insgesamt zur Kundgebung SZ, 14.2. 1985, S. 1f. Hempel hatte dies beispielsweise im Januar 1985 noch mit den Worten, am Gedenken „als Bürger unter Bürgern und nicht auf der Tribüne“ teilzunehmen, abgelehnt. Im Nachgang reklamierte die SED die Teilnahme der Genannten und deren Dank für die damit verbundene „Anerkennung“ als Erfolg für sich. In der Staatspartei selbst äußerten sich z.T. Verwunderung und Bedenken hinsichtlich einer möglichen Aufwertung der Kirche auch im Zusammenhang mit dem vorangegangenen Treffen auf höchster Ebene zwischen Honecker und Hempel vom 11. Februar 1985; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 15 – 17, 21 – 23, 25.

<sup>565</sup> Nach Neutzner „überstrahlte [sie] die müde Friedensrhetorik“; Neutzner, Anklagen, S. 160. Diesem Ereignis war des weiteren eine Auszeichnung ausgewählter Bauarbeiter durch die Minister für Bauwesen bzw. für Kultur, eine weitere Ausstellung „Zu neuem Glanz – Kunst und Denkmalpflege beim Wiederaufbau der Semperoper“ im Stadtmuseum Dresden sowie das Programm des „Rundkinos Prager Straße“ gewidmet; SZ, 14.2. 1985, S. 4; SächsHStA, SED-Stadtleitung, IV E-5/01/142, Bl. 138 und 148.

<sup>566</sup> Anwesend war eine Vielzahl von Vertretern der Staatspitze der DDR, selbstverständlich auch Honecker; SZ, 14.2. 1985, S. 1f.

<sup>567</sup> SZ, 15.2. 1985, S. 4. Zur Konzeption SächsHStA, SED-Stadtleitung, IV E-5/01/142, Bl. 9. Die Philharmonie dagegen bot u.a. als Uraufführung das speziell für diesen Anlaß an Friedrich Schenker herangetragene Auftragswerk „Dona nobis pacem“. Dies kann als Versuch einer gedenkpolitischen Besetzung des Chorals verstanden werden, wurde dieser doch in den Vorjahren von oppositionellen Kreisen vor der Frauenkirche gesungen; ebd., Bl. 8.

<sup>568</sup> Auf ebensowenig Begeisterung wird seine Äußerung, „daß ein deutscher Staat besser wäre als die jetzige Lösung“, gestoßen sein; ebd. Bl. 160.

sich an den bis dahin verordneten und – wie deutlich wurde – angenommenen Deutungen stieß, also „unter den Werktätigen Unverständnis“ hervorrief.<sup>569</sup>

Eine besondere internationalisierte Form des Gedenkens des Jahres 1985 fand in einer synchronen Performance einer Dresdner und einer britischen Gruppe zeitgleich für den Zeitpunkt und -raum des ersten britischen Luftangriffs ihren Ausdruck.<sup>570</sup>

Mindestens ebenso umfangreiche wie vielfältige Initiativen rund um den 40. Jahrestag kamen aus Kirchenkreisen: Auf Beachtung stieß dabei die Ausstellung „...oder Dresden“, die von evangelischen und katholischen Jugendlichen des Arbeitskreises Frieden der drei Dresdner Kirchenbezirke (AFK) konzipiert und in der Kreuzkirche ausgestellt wurde.<sup>571</sup>

Diese zeichnete ein Bild eines ehemals prachtvollen Dresdens und gab einer Darstellung der materiellen und menschlichen Folgen der Angriffe unter Rückgriff auf dramatisierende Elemente wie einer überhöhten Zahl anwesender Flüchtlinge und auf das Ereignis fixierter Augenzeugenberichte breiten Raum. V.a. aber nahm sie eine Vorgeschichte in den Blick, die mit erstmaliger Deutlichkeit in der Dresdner Nachkriegsöffentlichkeit konfrontativ NS-Alltag und Kriegsverstrickung der Stadt aufzeigte;<sup>572</sup> bei diesen Annäherungen an das

---

<sup>569</sup> Gleich mehrfach wurden solche Stellungnahmen registriert, „auch wenn sie [die Piloten – Anmerkung durch T.F.] diesmal scheinbar mit friedlichen Absichten kommen“; Bl. 93. Allerdings beschrieb auch eine Britin in einem Brief an Schill ihre Scham über „das, was unsere Piloten Dresden im Kriege antaten“; und weiter: „Aber um Salz in die Wunden der Dresdner zu streuen, die das alles überlebten, besitzen einige der Bomberpiloten die Unverfrorenheit, nach Dresden zurückzukehren, ohne Zweifel in der Hoffnung, daß dies ihr Gewissen erleichtern könne“; StA, 4.2.3., 895, Bl. 50. Letztlich zeigen der Besuch der RAF-Veteranen und die Kritik an diesen die starke internationale Verankerung des Symbols „Dresden“ auf.

<sup>570</sup> Die Gruppen „Dresden in Bradford“ des Bradford Art College und „80/405“ der Hochschule für Verkehrswesen Dresden führten Albert Hunts Stück „Die Zerstörung von Dresden – ein Karneval zur St. Valentinsnacht“ auf, ein dreizehnminütiges Zersägen einer Stadtnachbildung aus Pappkarton; siehe Neutzner, Anklagen, S. 160.

<sup>571</sup> In Verkennung der Zuständigkeiten äußerte die offizielle Delegation aus Coventry ihre „Genugtuung darüber, daß hier in der DDR eine solche Ausstellung in der Kirche möglich ist.“; SächsHStA, SED-Stadtleitung Dresden IV E-5/01/142, Bl. 151. Dagegen verwies die Berichterstattung in der Union korrekt auf die Konzipierenden. Hier zeigt sich, daß im CDU-Organ zunehmend Raum für die Darstellung nichtstaatlicher Aktionen entstand; Union, 9./10.2. 1985, S. 8. Dessen ungeachtet blieb es aber in erster Linie das Podium einer Blockpartei, wie ein gegen die unabhängigen Friedensdiskussionen gerichteter Leitartikel des CDU-Bezirksvorsitzenden Horst Korbella zeigt, indem dieser eine politische Position der „Äquidistanz zu den Hauptmächten der heutigen Zeit für Christen und Kirchen [als] ausgeschlossen“ bezeichnete; Union, 13.2. 1985, S. 1. Der AFK bestand im wesentlichen aus Personen, die bereits in den Vorjahren rund um den 13. Februar aktiv gewesen waren; siehe Schmid, Kirchen, S. 348ff.

<sup>572</sup> Siehe Werner, Winfried (Red.): ...oder Dresden. Fotos, Dokumente und Texte einer Ausstellung 40 Jahre nach der Zerstörung der Stadt, Dresden 1987. Jörke, Stellvertretender des Oberbürgermeisters für Inneres, bemängelte dazu an der ansonsten „akzeptable[n] Darstellung“, daß „Hintergründe und Ursachen [...] kaum sichtbar“ würden; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 19. Diese visuelle Darstellung individueller Dresdner Bürger in der NS-Gesellschaft mit schriftlichen Verweisen auf deren Verstrickung bzw. Loyalität markiert den wesentlichen Unterschied zur v.a. kunsthistorisch orientierten staatlichen Ausstellung: In verschiedenen prominenten Beiträgen zu jenem Katalog, etwa Fritz Löfflers oder dem Geleitwort des Oberbürgermeisters Schill, stellte sich bei zweiter Dresden in einer Vorgeschichte der Luftangriffe als eine reine Kunststadt dar, in der bis 1945 scheinbar nur Antifaschisten der Befreiung durch die Rote Armee geharrt hatten. Die Grundstruktur der Ausstellung stützte diese Interpretation ebenso wie die des Neuaufbaus der Stadt unter Führung der Partei; siehe Bachmann, Manfred (Gesamtleitung): Dresden – Bekenntnis und Verpflichtung. Malerei, Graphik, Plastik, Dokumente, Dresden 1985. Allerdings könnte eine

historische Ereignis selbst und dessen Kontext gilt es zu bedenken, daß wissenschaftlich fundierte Studien nicht zur Verfügung standen.<sup>573</sup>

Nachdem sich die vorangegangenen sonntägliche Gottesdienste in Dresdner Kirchen bereits dieser Thematik angenommen hatten, stellte das Forum „40 Jahre danach“ in der Annenkirche eines der herausgehobenen Ereignisse kirchlicher Gedenkveranstaltungen dar. Einerseits sah sich hier Hempel angesichts massiver Kritik zur Rechtfertigung seines Treffens mit Honecker und der Teilnahme an der SED-Kundgebung genötigt,<sup>574</sup> andererseits hielten kirchliche Vertreter anderer Konfessionen und Staatsangehörigkeiten Redebeiträge, die in ihrer Betonung einer gemeinsamen Zukunftsverantwortung sicher auch von den Anwesenden „ausgesprochen oder unausgesprochen [als] ein großes Versöhnungsangebot“<sup>575</sup> wahrgenommen wurden, wobei trotz inhaltlicher Breite der Veranstaltung die Abwesenheit der jüdischen Leidensgeschichte auffällt. Mit dieser bemerkenswerten Ausrichtung hatte das Forum nicht die Schärfe, die es in den vorangegangenen Jahren als Ort direkten politischen Widerspruchs hatte, und wurde dementsprechend mit Wohlwollen seitens der SED zur Kenntnis genommen, während es für Enttäuschung bei der jugendlichen Kirchenbasis sorgte.<sup>576</sup>

Höhepunkt der kirchlichen Gedenkveranstaltungen war sicherlich der ökumenische Gottesdienst in der Kreuzkirche am Abend des 13. Februars 1985, der zeitgleich zur Premierenvorstellung in der Semperoper abgehalten wurde und dem auch staatlicherseits

---

kunsthistorisch vertiefte Analyse etwaige Zwischentöne bzw. einen Eigen-Sinn der Beteiligten im Umgang mit den Ausstellungsvorgaben freilegen, hatte doch gerade in Dresden erst die IX. Kunstausstellung der DDR (1982/83) Kritik der SED aufgrund einer allzu pessimistischen Grundtendenz hervorgerufen; siehe hierzu Kaiser, Paul: "Leistungsschau" und Ideenverkörperung: Die zentralen Kunstausstellungen der DDR, in: Blume, Eugen/ März, Roland (Hg.), Kunst in der DDR. Eine Retrospektive der Nationalgalerie (Aust.-Kat. Neue Nationalgalerie Berlin 25.7. – 26.10. 2003), Berlin 2003, S. 93 – 106.

<sup>573</sup> Bis dahin galt Weidauers „Inferno Dresden“ als Stand der Forschung; siehe Fußnote 361. Die 1977 in der Bundesrepublik veröffentlichte Monographie „Dresden im Luftkrieg“ von Götz Bergander erschien nicht in der DDR; Neutzner, Anklagen, S. 157. Differenzierte Betrachtungen zur Stadtgeschichte im Nationalsozialismus wie Luftkrieg erschienen erst ab 1995; ebd., S. 162.

<sup>574</sup> Siehe Schmid, Kirchen, S. 322f. Unmut war nicht nur seitens der „unruhige[n] Basis“ (Schmid), sondern auch auf höherer kirchlicher Ebene wie bei der „engeren Kollegialsitzung“ am 25. Januar 1985 zu verzeichnen; Landeskirchenarchiv, Bestand 2, 580, Bl. 75. Dagegen waren am 10. Februar 1985 einem predigenden Pfarrer im bezug auf „Berührungsgänge vor den Marxisten“ folgende zustimmenden Worte zu vernehmen: „Wer der Stadt Bestes sucht, stabilisiert natürlich das System, aber dynamisiert es auch“; ebd. Bl. 125.

<sup>575</sup> Ex post war dies die Wertung von Meyer, Leiden, S. 60. Auch Ulrich, Dresden, S. 52f. Basis dieser Atmosphäre der Veranstaltung war die Bestätigung der Referierenden (Davidow, Erzpriester der russisch-orthodoxen Gemeinde in Dresden, John Gibbs, Bischof von Coventry, Vizeprobst Peter Berry) des Exemplarischen der Ereignisse in Dresden. Dabei stützten die englischen Vertreter mit dem Verweis auf eine Art gleichwertiger Schuld angesichts der Luftangriffe auf britische wie deutsche Städte das Bild einer Versöhnung auf gleicher Ebene; seinen Ausdruck fand dies auch in der Aufnahme der Kreuzkirche in die von Coventry initiierte internationale Nagelkreuzgemeinschaft; Neutzner, Anklagen, S. 160.

<sup>576</sup> Letztere gingen eher, da ihnen „zu wenig los war“, Zierner hingegen enttäuschte die geringe Teilnehmerzahl von 750 Personen; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 20.

eine besondere Ausstrahlung attestiert wurde.<sup>577</sup> Neben ausländischen Gästen, v.a. kirchlichen Vertretern, aber auch ehemaligen Angehörigen der Royal Air Force, verdeutlichte die Kirche mit der Integration von in der DDR marginalisierten Gruppen wie körperlich und geistig Behinderten in der Veranstaltung ihren gesamtgesellschaftlichen Anspruch.

Wie auch bei anderen Gedenkgottesdiensten kamen Augenzeugen der Luftangriffe zu Wort, die das persönliche Leid in den Mittelpunkt stellten. Mit dieser Konkretisierung der Ereignisse entstand hier die Möglichkeit einer darüber hinaus gehenden Einordnung der persönlichen Geschichte in den Nationalsozialismus überhaupt, war doch eine solche Annäherung als Selbstverortung bisher wesentlich durch die propagandistische Deutung des „Volkes“ als Leidende und Teil der Aufbaugemeinschaft behindert. Es kann hier zurecht ein Einbruch in die Erzählkonstante der unschuldigen Stadt konstatiert werden.<sup>578</sup> Schon die drei Superintendenten der Dresdner evangelischen Kirchenbezirke hatten in ihren Vorgaben für Gottesdienste eindringlich auf eine kontextualisierte Beachtung des Jahrestages gedrungen.<sup>579</sup>

Paradox blieb diese Annäherung in ihrer parallel fortlaufenden Bestätigung einer exemplarischen Opferrolle – auch und gerade mit der nun einsetzenden Beachtung von persönlichen Erzählsträngen in der kirchlichen Öffentlichkeit, waren diese doch seit den 1970er Jahren hauptsächlich in den privaten Erzählraum des Familiengedächtnisses abgedrängt worden.<sup>580</sup> So wies denn auch Landesbischof Hempel in seiner Predigt in der

---

<sup>577</sup> Selbst das SED-Bezirksorgan sprach, allerdings ohne weiterführende Informationen, von einer „überfüllten Kreuzkirche“. Bischof Schaffran, der in der Semperoper weilte, äußerte sein Unverständnis gegenüber dieser Konkurrenzsituation zur staatlichen Veranstaltung; Ulrich, Bürgerbewegung, S. 41. Überhaupt zeigte sich die SED rund um den Jahrestag zufrieden mit dessen Verhalten; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 27f. Hierbei wirft Schaffrans Auftreten ein Schlaglicht auf die besondere Situation des für die DDR ungewöhnlichen Kontaktes eines hohen katholischen Würdenträgers zu Staat und Partei als ein regionales Spezifikum; siehe Schmid, Kirche, S. 153.

<sup>578</sup> Neutzner, Anklagen, S. 160f.

<sup>579</sup> Diese schrieben: „Die Erinnerung an das Leid in unserer Stadt wird sich verbinden mit der Besinnung auf eigene Schuld und mit der Bitte um Vergebung an alle, denen im Namen unseres Volkes Leid und Zerstörung zugefügt worden sind“; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 30.

<sup>580</sup> Über den 40. Jahrestag hinaus erhielt diese Beachtung Kontinuität durch die Konstituierung einer Arbeitsgruppe bei der lokalen Struktur des Kulturbundes unter Leitung von Matthias Neutzner; Ulrich, Dresden, S. 70. Diese wird dann 1987 in der Presse als „Arbeitsgruppe in der AG Allgemeine Stadtgeschichte der Gesellschaft für Heimatgeschichte der Stadtleitung Dresden des Kulturbundes“ um Kontakt zu weiteren Zeitzeugen und Überstellung von relevanten materiellen Zeugnissen bitten; SZ, 12.2. 1987, S. 8. Aus dieser nun expliziten Beschäftigung wird dann eine 1989/90 im Stadtmuseum gezeigte Ausstellung hervorgehen; Neutzner, Matthias (Hg.): Lebenszeichen – Dresden im Luftkrieg 1944/45. Dokumentation der Ausstellung, August 1989 bis April 1990, Dresden 1991. Damit endete diese im übrigen nicht am 7. Oktober 1989, dem Tag einer ersten großen und offenen SED-kritischen Demonstration des Herbstes 1989 in der Dresdner Innenstadt, wie es Neutzner dann 2005 in seiner Betrachtung der Dresdner Erinnerungskultur darstellen wird; siehe Fußnote 31. Dieser Punkt wäre allerdings in einer weiteren Annäherung genauer auf ein (mögliches) Interesse der Überführung einer persönlichen und ereignisgeschichtlich zentrierten Beschäftigung als „Nische“ in eine Geschichte intentionalen oppositionellen Handelns hin zu überprüfen.

Kreuzkirche der Dresdner Bevölkerung eine „besondere Leiderfahrung“ zu. Neben der Thematisierung deutscher Schuld sorgte aber bei den Anwesenden die Aufforderung zur „tätigen Mitwirkung“ in der DDR-Gesellschaft ebenso für größere Aufmerksamkeit wie die Worte zur deutschen Zweistaatlichkeit, die auch darüber hinaus Furore auslösten.<sup>581</sup>

Allerdings muß von einer – in Relation auf die gesamte städtische Bevölkerung – limitierten Wirkmächtigkeit der im kirchlichen Raum stellenweise weit gediehenen Diskussionen und auch äußeren Zeichen um die Fragen der „historischen Verantwortung“ ausgegangen werden, fanden diese doch – gemäß der politischen Struktur der DDR – in einem nach wie vor relativ abgeschlossenen Milieu mit eigenen Kommunikationsstrukturen statt. In diesem Zusammenhang ist hier auch auf mehrfache Grenzen innerhalb dieses gesellschaftlichen Feldes zu verweisen, in dem einerseits nicht alle bereit waren, eine Auseinandersetzung zu führen; andererseits war für eine solche eine aktive, tatsächlich jedoch nur auf schmaler sozialer Basis erfolgende Beteiligung am Gemeindeleben Bedingung.<sup>582</sup>

Größere Wahrnehmung kam dagegen erneut dem Gang zur Ruine der Frauenkirche und den dortigen Erinnerungsformen wie einem vorwiegend stillen Verharren und dem Aufstellen von Kerzen zu. Seitens des Staates wurde zunächst eine „publizistische Aufwertung durch unsere Presseorgane“ als Möglichkeit durchgespielt,<sup>583</sup> letztlich kamen aber subversivere Mittel zum Aufbrechen dieser verhaltenen Aura zum Einsatz.<sup>584</sup> In anbetracht des personell engen Kreises einer aktiven Annäherung an Zeit sowie Aspekte des Nationalsozialismus insgesamt erscheint der von vielen Dresdnern aufgegriffene Ritus eher als die Übernahme einer als eindrücklicher empfundenen *Form* der Erinnerung zu sein. Mit dieser konnte sich einer parteipolitischen Instrumentalisierung entzogen werden, ohne daß mit der Teilhabe zwangsläufig ein Austritt aus dem bisherigen Deutungsrahmen der historischen Ereignisse erfolgen mußte. Eine umfassendere und tiefergehendere Auseinandersetzung mit in Dresden registrierbaren weiterweisenden *Inhalten* der Erinnerung konnte angesichts der mehrfach fortgeschriebenen Einzigartigkeit der

---

<sup>581</sup> Zur staatlichen Einschätzung sowie Zitate der Rede Hempels siehe SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 17. Die Worte „Es lastet, es blutet, daß zwei deutsche Staaten entstanden sind, mit ihrer ach so schweren Grenze. Es lastet und blutet die Fülle der Grenzen überhaupt. Es lasten die Waffen.“ finden Eingang in die Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985 und zogen erstaunlicherweise keine unmittelbare negative Einschätzung der Behörden nach sich; zit. n. Ulrich, Dresden, S. 53.

<sup>582</sup> Das MfS analysierte, daß dies nur für ein Zehntel aller nominellen Gemeindemitglieder in großstädtischen Gemeinden wie Dresden galt, von denen wiederum nur ein kleiner Teil weiterführendes gesellschaftliches Interesse aufwies; Schmid, Kirche, S. 114f.

<sup>583</sup> SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11032, Bl. 42.

<sup>584</sup> Die Beleuchtung der Ruine zum Beispiel richtete sich gegen die Wirkung der Kerzen, während Musik Gesänge übertönte; Ulrich, Bürgerbewegung, S. 42.

Luftangriffe und dem voraussetzungslosem Charakter des „Stillen Gedenkens“ blockiert bleiben.<sup>585</sup>

Als Fakt jedoch stand: Trotz wochenlanger publizistischer Begleitung und der Organisation einer Fülle auch stark beachteter Veranstaltungen und kulturellen wie gesellschaftlichen Initiativen hatte die SED ihre Hoheit über die Ausgestaltung des Jahrestages endgültig eingebüßt, auch wenn das lokale Verhältnis der verschiedenen, ja gegensätzlichen Akteure nicht nur als „Konkurrenz“,<sup>586</sup> sondern auch als „Gleichklang“ beschrieben werden kann.

Zu den folgenden vier Jahrestagen bis 1989 organisierten die lokalen staatlichen Behörden wiederum Kranzniederlegungen auf dem Heidefriedhof und Massenkundgebungen, die, ohne in Verbund eines Begleitprogramms des Ausmaßes von 1985 oder gar eines ähnlich spektakulären Aktes wie der Eröffnung der Semperoper, im wesentlichen einem starren Schema unterlagen. In den Jahren 1986 und 1987 erfolgten die „Friedensbekenntnisse“ wieder auf dem Platz vor der Ruine der Frauenkirche, ab 1988 aber auf dem Georgi-Dimitroff-Platz (heute Schloßplatz).<sup>587</sup> Neben z.T. hochrangigen Hauptredner von Partei und Staat wurde das Prozedere von Loyalitätsbekundungen durch Ansprachen von mitunter sehr prominenten Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Schichten – wie beispielsweise 1987 mit dem auch international anerkannten Sänger Theo Adam – fortgesetzt.

Die entsprechenden Inhalte dieser Reden unterlagen dabei kaum Veränderungen: Während stellenweise deutliche Verweise auf eine nationalsozialistische Vorgeschichte einfließen,<sup>588</sup> wurden zuvorderst Wegmarken der internationalen (Abrüstungs-) Politik aufgegriffen, etwa in der proklamatorischen Zusicherung der Unterstützung der Entspannungspolitik Gorbatschows.<sup>589</sup>

---

<sup>585</sup> In diesem Sinne ist der von Neutzner empathisch beschriebene Zusammenhang von „wahrhaftiger Erinnerung, aktiver Versöhnung und umfassendem Frieden“ als „geistige[m] Kern“ dieses neuen Ausdrucks als „das eigentliche Gedenken“ in seiner Ausdehnung deutlich zurückhaltender zu bewerten. Weiterhin ist hier die im Wort „wahrhaftig“ zum Ausdruck kommende Gleichsetzung von Augenzeugenberichten und historischem Geschehen kritisch zu betrachten; Neutzner, Anklagen, S. 160.

<sup>586</sup> So Handro, Erstarrung, S. 101.

<sup>587</sup> Die Verlagerung der zentralen politischen Veranstaltung erfolgte wegen der Bauarbeiten am Hotel „Dresdner Hof“; Reichert, Rezeptionsgeschichte, S. 161.

<sup>588</sup> So blieb der Volkskammerpräsident Horst Sindermann der Parteirhetorik vom „deutschen Hitlerfaschismus“ verbunden, griff aber die Verknüpfung von Synagogen- und Stadtzerstörung auf, wobei es bei ihm nun „Antifaschisten“ waren, die die Rede vom zurückkehrenden Feuer führten; SZ, 14/15.2. 1987, S. 3; vgl. Fußnote 80.

<sup>589</sup> SZ, 13.2. 1987, S. 3. Daß die Politik Moskaus auch einen Angriffspunkt auf die SED darstellte, mußte diese auch im Umfeld des 13. Februar 1987 registrieren: So sah Klaus-Dieter Kirst, Regisseur des Staatsschauspiels, hier etwa einen „weltgeschichtlichen Drehpunkt [...]“. In diesem Sinne ist es nötig, den ungeheuerlichen neuen Denkansatz der sowjetischen Vorschläge bewußt zu machen. Ich denke, daß wir der Substanz der Angebote mit einem tradierten Vokabular nicht mehr gerecht werden“; SED Stadtbezirk-Mitte IV E-5/02/132, unpaginiert.

Die zunehmende Agonie der politisch Herrschenden angesichts zwar wahrgenommener vielfältiger gesellschaftlicher Verfallserscheinungen spiegelte sich auch in der Berichterstattung zu den Jahrestagen.<sup>590</sup> Erstarrt fand sich eine textlich kaum variierende Darstellung der Kundgebung auf Seite eins und – in Fortsetzung – auf Seite zwei des SED-Bezirksorgans, während auf Seite drei die Reden und Willenserklärungen dokumentiert wurden. Ab 1987 verkündete die Titelzeile ein gleichbleibendes „Leidenschaftliches Bekenntnis für Frieden und Sozialismus“.<sup>591</sup> In bemerkenswerter Ausnahme wie marginalisierender Form berichtete dagegen 1987 das Parteiorgan, daß – neben den FDJ-Mahnwachen – „christliche Bürger“ nach „ökumenischen Friedensgebeten und Gottesdiensten in 8 evangelischen und katholischen Kirchen [...] Kerzen am Mahnmal der Frauenkirche“ entzündeten.<sup>592</sup> Diese explizite Kennzeichnung unterlag einer internen Einschätzung, wonach kirchliche Veranstaltungen „keinen Gegenpol zur Friedenshaltung der Dresdner Bevölkerung darstellen.“<sup>593</sup> Versachlichte sich hier die Analyse, so wohnte der resultierenden Schlußfolgerung – wenig überraschend – weiterhin das Ziel der machtlegitimierenden Integration via immer substanzloserer Friedensrhetorik inne.<sup>594</sup>

Nur: Der Jahrestag blieb ein „Angsttag“<sup>595</sup> und die staatlichen Behörden stets nervös hinsichtlich kirchlicher Veranstaltungen, deren Protagonisten wie Besucher deshalb der Möglichkeit schärferer staatlicher Übergriffe stets gewahr sein mußten. Äußerer Hauptkonflikt blieb 1986 lediglich „eine eindeutige Prägung durch die staatlichen Anliegen“<sup>596</sup> des Platzes an der Ruine der Frauenkirche, während die nacheinander

---

<sup>590</sup> Dabei standen ein wirtschaftlicher wie infrastruktureller Niedergang, zunehmende Auslandverschuldung und massive Umweltprobleme einer stärker ausdifferenzierten, auch im Lebensstandard immer anspruchsvolleren DDR-Bevölkerung gegenüber. Dieser Gegensatz potenzierte sich zusehends anhand der Vergleichsfolie der BRD-Gesellschaft durch eine mediale Durchdringung des deutsch-deutschen Beziehungsgeflechtes; als Überblick hierzu Staritz, *Geschichte*, S. 320ff.

<sup>591</sup> Siehe hier SZ, 14.2.1986, S. 1 – 3; SZ, 14/15.2. 1987, S. 1 – 3; SZ, 15.2. 1988, S. 1 – 3; SZ, 14.2. 1989, S. 1 – 3. In merkwürdigem Kontrast dazu standen stellenweise künstlerische Aufwertungen der Kundgebungen: So bot zum Auftakt der Veranstaltung die Dresdner Philharmonie einen Ausschnitt der Sinfonie Nr. 5, Opus 78, zu der Reinhold Stövesand, Intendant der Staatsoperette Dresden, den wenig euphorisch zukunftsweisenden Text „Noch sichtbar sind die Steine der Angst / Geprägt von den Spuren des Todes / Du kannst sie berühren / Unendlich ist ihr Schweigen“ rezitierte; siehe SZ, 15.2. 1988, S. 1.

<sup>592</sup> SZ, 14./15.2. 1987, S. 2.

<sup>593</sup> Daß dies auch nicht Absicht war, wurde ebenso betont; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11060, Bl. 89. Daß kam der Einschätzung Ulrike Poppes, Mitglied der Berliner Initiative für Menschenrechte, nahe, „nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zu den formellen Institutionen zu wirken“; zit. n. Richter, *Normenbezug*, S. 25.

<sup>594</sup> So hieß es: „Eine positive Kenntnisnahme erscheint deshalb nicht nur aus kirchenpolitischer Sicht angeraten. Es sollte sich die Auffassung durchsetzen, daß sich ein spezifisch christliches Gedächtnis an die Zerstörung Dresdens und die Manifestierung des Friedenswillen sinnvoll in das gesamtgesellschaftliche Friedensengagement einordnet.“; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11060, Bl. 89.

<sup>595</sup> So retrospektiv Christoph Ziemer; zit. n. Meyer, *Leiden*, S. 69.

<sup>596</sup> Ziemer kritisierte gegenüber dem OB-Stellvertreter Jörke die absprachenwidrige Beleuchtung, Beschallung und Belegung des Platzes durch Fahnenständer, Fackelträger und Kränze; siehe Landeskirchenarchiv, Bestand 2, 529, Bl. 431f.



erfolgenden ökumenischen Gottesdienste in Hofkirche und Kreuzkirche unter dem Thema „Frieden – Gerechtigkeit – bewohnbare Erde“ trotz eines Zuges der Teilnehmenden an der Ruine der Frauenkirche vorbei auf keine Kritik seitens des Staates stießen.<sup>597</sup> Diese Ausrichtung signalisiert den ab 1986 vorherrschenden Gehalt des kirchlichen Bezuges auf „Frieden“ im Rahmen der Jahrestagsveranstaltungen als Annäherung der christlichen Konfessionen auf dem Weg der Verständigung. Bereits im Vorfeld des Jahrestages orientierte der Städtökumenekreis alle Dresdner Gemeinden auf diese Ausrichtung und auf eine Beteiligung, während sich ein Aufruf am 13. Februar 1986 zur Vorbereitung einer „Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ im Jahr 1988 an alle christlichen Kirchenleitungen der DDR richtete, um integraler Teil eines internationalen „konziliaren Prozesses“ zur Vorbereitung eines für 1990 geplanten Welttreffens der christlichen Konfessionen zu werden.<sup>598</sup>

Die kirchlichen Veranstaltungen standen 1987 im Zeichen des Aufgreifens dieser Anstöße: Denn nach sechs Veranstaltungen in Dresdner Kirchen verschiedener Religionsgemeinden<sup>599</sup> liefen die Teilnehmenden – wenn auch nicht prozessionsartig – in einer Symbolik des vereinigenden Zusammenkommens zum abschließenden Friedensgottesdienst in der Kreuzkirche. Ein – gleichwohl völlig anders als das „antifaschistisch“ gelagerte – „Vermächtnis“ eines zu gestaltenden zukünftigen Lebens stellte sich hier in abstrakter und inszenierter Form dar und referierte auf das historische Ereignis, das damit implizit auf einen lebensfeindlichen Kern des Todes und der Destruktion hin definiert und reduziert wurde. Ganz dementsprechend verlor sich die 1985 noch historisch kontextualisierte Auseinandersetzung mit den Luftangriffen auf Dresden in den Diskussionen um christliche Identitäten, in einer weitergeführten Kritik an einer militarisierten DDR-Gesellschaft und in neu aufgegriffenen Fragestellungen zu

---

<sup>597</sup> Der RdB registrierte 1.500 bzw. 3.500 vorwiegend jugendliche Teilnehmer und einen nicht gegen die „Staatspolitik“ gerichteten Charakter der Veranstaltungen; eine Einschätzung, die der dargestellten vorsichtigen Entspannung von 1987 vorausging; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11060, Bl. 86/87. So erfolgte 1987 die Zusage, die Ausleuchtung der Frauenkirchruipe zu verringern, am Zaun vor dieser bei fortgeführten Kranzniederlegungen Platz für Christen zu lassen und mit dem Einsetzen der Kirchenglocken um 21.45 Uhr die Musik auszuschalten; ebd., Bl. 85; auch Landeskirchenarchiv, Bestand 2, 529, Bl. 516. Auch Schmid, Kirchen, S. 416.

<sup>598</sup> Dazu Schmid, Kirchen, S. 382ff.; Neubert, Geschichte, S. 617 – 619. Lokal traf dieser Aufruf auf breite Resonanz: An den Gedenkgottesdiensten fanden sich Vertreter der Russisch-Orthodoxen, der Reformierten, der Evangelisch-Methodistischen, Evangelisch-Lutherischen und Katholischen Gemeinde sowie der Herrnhuter Brüdergemeinde ein; Union, 15./16.2. 1985, S. 1.

<sup>599</sup> Diese standen unter dem gemeinsamen Motto der „Einführung des ökumenischen Friedensgebetes“ und wurden von jeweils ein- bis zweihundert vorwiegend Jugendlichen besucht. Neben Gebeten, religiösen Gesängen und Darstellungen wurden vorab gestaltete Symbole zu den Themen der „Ökumenischen Versammlung“ diskutiert; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11060, Bl. 81.

Umweltverschmutzung wie -bedrohung in Folge der Katastrophe von Tschernobyl.<sup>600</sup> Im weitesten Sinne soziale wie (umwelt-)wirtschaftliche Verwerfungen in der DDR traten damit als aktualisierte Bezüge an die argumentative Position „Destruktion“, während als Zukunftsversprechung eine theologisierte Gemeinwohlorientierung mit absolutem gesamtgesellschaftlichem Deutungsanspruch stand.<sup>601</sup>

Dies blieb die grundsätzliche Bezugnahme im kirchlichen Kontext zum Jahrestag der Luftangriffe 1988, in dessen Zeitraum die seit 1986 wesentlich von Dresden aus und hier insbesondere von Superintendent Christoph Ziemer organisierte „Ökumenische Versammlung“ fiel.<sup>602</sup> Die Veranstaltungen unterlagen schon aufgrund des seit Herbst 1987 wieder angespannteren Verhältnisses zwischen Kirchen und Staat einer erhöhten Brisanz, hatten doch die Durchsuchung der Umweltbibliothek im November 1987 und die Repression am Rande der jährlichen staatlichen Luxemburg-Liebkecht-Demonstration im Januar 1988 in Berlin für große Unruhe und breite Solidarität innerhalb kirchlicher wie oppositioneller Kontexte gesorgt.<sup>603</sup>

Die einzige öffentliche Veranstaltung der „Ökumenischen Versammlung“ am 12. Februar 1988, die ansonsten einem Delegiertenprinzip und geschlossenen Arbeitsgruppen unterlag, gestaltete sich nicht nur vor diesem Hintergrund hochgradig konfrontativ: Einerseits erfolgte mittels freigehaltener Plätze eine symbolische Würdigung noch Inhaftierter der Januar-Ereignisse, andererseits offenbarte der Vortrag der neun „Zeugnisse der Betroffenheit“ als Zusammenfassung von 10.000 im Vorfeld eingegangener und ausgewerteter Meinungsäußerungen zur praktischen Ausgestaltung des ökumenischen Prozesses eine (vor v.a. für SED) niederschmetternde und schonungslose Bestandsaufnahme der DDR-Gesellschaft – eine offene Kritik, die zudem durch die Berichterstattung in der BRD multipliziert wurde. Der Konflikt mit der Staatsmacht spitze sich noch einmal rund um den eigentlichen Gedenkgottesdienst in der Kreuzkirche am Abend des 13. Februar 1988 zu. Anlaß dafür war weniger die Predigt Hempels, in der dieser der jährlichen frohen staatlichen Botschaft eine „nicht gemachte“ und nicht „eingeredete Unruhe um Gerechtigkeit, Frieden und unsere

---

<sup>600</sup> Zur Abendveranstaltung in der Kreuzkirche und dem abschließenden Gang zur Ruine der Frauenkirche, an dem sich in diesem Jahr auch Klaus von Dohnanyi, damaliger Erster Bürgermeister Hamburgs, und erneut Hans-Otto Bräutigam beteiligten, versammelten sich ca. 5.000 Menschen; siehe Ulrich, Bürgerbewegung, S. 43; Ulrich, Dresden, S. 58 – 60.

<sup>601</sup> So bemerkte Jörke, daß der predigende katholische Pfarrer Wolfgang Luckhaupt zwar „Hoffungszeichen“ gegen pessimistische Stimmen setzte. Kritisch stieß ihm hingegen dessen Worte auf, daß „eine Zukunft nur in der befreienden Kraft Jesu Christi liegen könne“; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11060, Bl. 82.

<sup>602</sup> Zu der von scharfen Diskussionsprozessen begleiteten Vorbereitung siehe Schmid, Kirchen, S. 382 – 401.

<sup>603</sup> So auch in Dresden; ebd., S. 410 – 414.

geliebte Erde“ entgegensetzte,<sup>604</sup> sondern vielmehr das demonstrativen Auftreten einer großen Gruppe Ausreisewilliger während des Gottesdienstes selbst, v.a. aber am Rande des anschließenden Ganges zu Frauenkirchruine. Dieser Vorgang samt der Verhaftung der Beteiligten erregte schon am Abend, insbesondere durch Berichterstattung der folgende Tage durch die anwesende bundesrepublikanische Presse aber auch darüber hinaus, große Aufmerksamkeit.

Eine Analyse dieses – dem äußeren Anschein nach – Hauptkonfliktes des Jahrestages ist unter dem alleinigen Blickwinkel eines bloßem Gegensatzes zwischen Opposition und Staat jedoch unzureichend: Verschiedentlich ist bereits auf die kritischen Kommentare bzw. Proteste von Gottesdienstbesuchern gegenüber dem Verhalten der Ausreisewilligen in der Kreuzkirche, hauptsächlich jedoch gegen deren öffentliches Auftreten bei der Ruine der Frauenkirche unter dem vielzitierten Transparent „Vernichtet nicht Menschenrechte, wie einst Dresden“ verwiesen wurden. Richtete sich zu letzterem eine spezifische Kritik gegen eine Gleichsetzung der Luftangriffe auf Dresden mit dem Fakt der Ausreiseverweigerung, so wurde auch der Vorwurf einer unzulässigen Politisierung des Gedenkgottesdienstes und des anschließenden Ganges mit Kerzen insgesamt laut.<sup>605</sup>

Für ein einer weitergehendes Verständnis dieser Ereignisse gilt es, den Konflikt hinter dieser Argumentation zu beleuchten: Mit dem Anstieg der Zahl der Antragsteller auf Ausreise aus der DDR organisierten sich diese zunehmend und v.a. im Raum der Kirche. Die Stellung dieses Personenkreises in diesem Gefüge blieb stets umstritten, stellte doch deren Entscheidung einerseits die radikalste Form der Loyalitätsverweigerung gegenüber der DDR dar, andererseits ebenso eine Totalabsage an politisches Engagement im Hier und Jetzt. Eine solche „Strategie“ stand konträr zu der einer wachsenden politischen Opposition im gleichen gesellschaftlichen Feld und sorgte zudem für Kontroversen durch fundamentale Unterschiede in Habitus und taktischem Verhalten (etwa dem der Provokation zur Beschleunigung des Ausreiseverfahrens einer scheinbar besonders auffälligen Person). Durch die Beteiligung von Ausreisewilligen am bereits erwähnten Demonstrationsversuch im Januar 1988 in Berlin und den anschließenden Unterstützungsveranstaltungen lag diese Konfliktlinie offener denn je. Eine politisch intendierte Opposition und kirchliche Strukturen sahen hier ihr Podium und

---

<sup>604</sup> Zit. n. Ulrich, Dresden, S. 63. Das CDU-Parteiorgan berichtete ausführlich vom Gedenkgottesdienst, auch wenn der Eindruck einer konfliktfreien Veranstaltung erhalten wurde; Union, 15.2. 1988, S. 1.

<sup>605</sup> Hier etwa Meyer, Leiden, S. 68. Neubert spricht von dem „Kontrastprogramm zur ‚Ökumenischen Versammlung‘“ [Hervorhebung im Original]; Neubert, Geschichte, S. 790.

ihren Ort „Kirche“ mißbraucht sowie durch einen weiteren Repressionsgrund bedroht, wobei dieser Raum bzw. grundsätzliche Unterstützung jedoch nicht verweigert wurden.<sup>606</sup>

Daß der Vorwurf des „politischen Mißbrauchs“ vor diesem Hintergrund als argumentative Formel in der Auseinandersetzung einer sich – nun auf „oppositioneller“ Ebene<sup>607</sup> – differenzierenden Inanspruchnahme des Jahrestages der Luftangriffe Anwendung fand, zeigt sich in einem weiteren Indiz: In Anlehnung an den „Olof-Palme-Friedensmarsch“ im September 1987, bei dem auch in Dresden staatlicherseits Transparente kirchlicher Demonstranten weitgehend geduldet wurden, beantragten Kirchenvertreter die Mitführung von Spruchbändern u.ä. für den Gang zur Ruine der Frauenkirche am 13. Februar 1988; dies wurde dahingehend verweigert, daß Jugendliche immerhin Lampions und Laternen – gestaltet entsprechend der Themen der „Ökumenischen Versammlung“ – mitführen konnten.<sup>608</sup>

Glichen sich also in Ort sowie ungefähre äußerer Form die Bezugnahmen auf den Jahrestag des historischen Ereignisses, unterschied sich dagegen deren inhaltliche Grundierung. Mit der gegen die Ausreisewilligen gewendeten Argumentation kristallisierte sich hier mit der Form des „Stillen Gedenkens“ ein neues normatives Modell der Erinnerung heraus. Dieses ist somit nicht aus sich selbst heraus *die* alleingültige Ausgestaltung des Jahrestages; es entstand vielmehr in einer vielschichtigen Konstellation politischer Konflikte als Argument und Form der mehrfachen Abgrenzung.<sup>609</sup>

Auch wenn sich die Ausrichtung kirchlichen Gedenkens 1989 deutlich verschob, herrschte auf Seiten der Partei und des Staates herrschte angesichts der dargestellten Vorgänge von 1988 in Vorbereitung des 44. Jahrestages große Nervosität vor. Dies gilt v.a. für den Teil der kirchlicherseits geplanten Veranstaltungen, der den für die SED besonders prekären Weg an die Öffentlichkeit suchte: Gemäß dem Ansinnen der „Ökumenischen Versammlung“, „Wege des Friedens“ zu gehen, bereiteten kirchliche Gruppen die Gedenkveranstaltungen unter dem Fokus des 50. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges vor. Es wurden Arbeitsgruppen zu verschiedenen Orten in Dresden gebildet, die in Beziehung zur Geschichte des Nationalsozialismus stehen, so dem sowjetischen Soldatenfriedhof, dem ehemaligen

---

<sup>606</sup> Domsch erreichte z.B. die Freilassung der in Dresden in der Nacht zum 14. Februar 1988 Festgenommenen; Schmid, Kirchen, S. 467. Zur Thematik der Ausreisewilligen insgesamt siehe Wolle, Stefan: Flucht als Widerstand?, in: Henke/ Steinbach/ Tuchel (Hg.), Widerstand, S. 309 – 326.

<sup>607</sup> Denn ein solcher expliziter wie impliziter Vorwurf war bereits steter Teil der Verhandlungen zwischen Kirchenführungen und Staat seit 1982.

<sup>608</sup> Zum Ablauf des Abends insgesamt Schmid, Kirchen, S. 461 – 470; Ulrich, Dresden, S. 62f; Ulrich, Bürgerbewegung, S. 43.

<sup>609</sup> Widera kennzeichnete dementsprechend kürzlich auf einer Podiumsdiskussion in Dresden im Umfeld des 62. Jahrestages die Veranstaltungen im kirchlichen Kontext – und dabei explizit die Gedenkgottesdienste – als „politisches Instrument“; siehe Privataarchiv T.F. Zu dieser Veranstaltung siehe SZ, 7.2. 2007, S. 7.

Standort der Synagoge bzw. der beim Luftangriff zerstörten und später abgerissenen Sankt Xaver-Kirche sowie dem ehemaligen Frauengefängnis „Mathilde“.<sup>610</sup>

Gegenüber dem ursprünglichen Ansinnen, an diesen Orten am 13. Februar 1989 vor dem Gedenkgottesdienst kurze Gebete durchzuführen sowie Blumengebinde abzulegen, äußerten lokale staatliche Stellen zunächst „ernste Bedenken“;<sup>611</sup> schließlich wurde von zentraler Stelle in Berlin ein Verbot erteilt.<sup>612</sup>

Der grundsätzliche Charakter der kirchlichen Veranstaltungen blieb aber gewahrt, indem einerseits mit symbolischen Ersatzhandlungen die verbotenen Erinnerungsorte in die drei Gottesdienste in der Kathedrale, der Lukaskirche und der Herz-Jesu-Kirche integriert wurden, so etwa durch das Aufstellen eines siebenarmigen Leuchters als Bezug zur zerstörten Synagoge oder eines Steins vom sowjetischen Soldatenfriedhof in der Kathedrale. Zusätzlich schufen in der Herz-Jesu-Kirche Vorträge einer jüdischen Überlebenden von KZ- und Vernichtungslagern, einer Zeitzeugin der deutschen Blockade von Leningrad und eines Jugendlichen mit kritischen Schilderungen des Wehrunterrichts in der DDR einen breiten Kontext.<sup>613</sup>

Andererseits blieb mit dem anschließenden Gang mit Kerzen zur zentralen ökumenischen Veranstaltung in der Kreuzkirche ein öffentlich sichtbarer, nun allerdings nur noch auf den Jahrestag der Luftangriffe verweisender Erinnerungsakt erhalten, wobei in dem Zug von etwa 500 Personen von der Kathedrale zur Kreuzkirche ein Transparent mit der Aufschrift „Menschenrecht und Grundfreiheiten – ein wesentlicher Faktor für Frieden und Gerechtigkeit“ gezeigt wurde.<sup>614</sup>

Die Predigten der vorbereitenden Gottesdienste umfaßten eine breite Spanne von selbstkritischen Reflexionen zum Nationalsozialismus, über die Erinnerung an die Vorfälle von 1981/82 um die „Schwerter zu Pflugscharen“-Aufnäher bis hin zu Plädoyers gegen die Resignation, den Rückzug in die „Nische“ und weltweit verortete Mißstände.<sup>615</sup> Das

---

<sup>610</sup> Ulrich, Dresden, S. 64.

<sup>611</sup> Jörke verwies in einer Besprechung am 20. Januar 1989 auf eine Mißbrauchsgefahr durch Antragsteller auf Ausreise; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11060, Bl. 76.

<sup>612</sup> Daß um Prüfung von übergeordneter Stelle gebeten wurde, kann einerseits auf die besondere Aufmerksamkeit infolge der Vorjahresereignisse zurückgeführt werden, andererseits der Brisanz geschuldet sein, daß für die Durchführung der Ehrung der sowjetischen Gefallenen bereits die Zustimmung der sowjetischen Stadtkommandantur vorlag. Hermann Kalb vom Kirchenstaatssekretariat lehnte die Veranstaltungen ab, „da es zum Gedenken an die Opfer der Zerstörung Dresdens am 13.2. 1945 keinen unmittelbaren Zusammenhang gab“. Diese Begründung erscheint im Lichte der Sorge um öffentlich schwer kalkulierbare Gedenkformen eher taktisch motiviert gewesen zu sein; ebd., Bl. 71.

<sup>613</sup> Siehe Ulrich, Dresden, S. 64f; Sonntag, 5.3. 1989, o.S.

<sup>614</sup> Ulrich, Bürgerbewegung, S. 43.

<sup>615</sup> So betonte Pfarrer Werner Liedke: „Was 1945 über unser Volk herabkam, das hatten wir in den Jahren zuvor heraufbeschworen“; zit. n. Ulrich, Dresden, S. 65. Bei Friedrich Magirius, Leipziger Superintendent, zeigt sich hingegen, in welcher Form die Luftangriffe auf Dresden als exemplarisch ausgedeutet und symbolisch überdehnt

ökumenische Nachtgebet in der Kreuzkirche knüpfte in gewisser Weise an die „Umfrage“ des Vorjahres: Am Abend selbst wurden schriftliche persönliche Äußerungen der Anwesenden gesammelt, die später – laut verlesen – in das Fürbittgebet einfließen.<sup>616</sup>

Ein Detail des Gottesdienstes, aber letztlich ebenso bemerkenswert in seiner Korrelation zur bereits mehrfach angedeuteten Kategorie des gleichen „Erleidens“ wie für die theologische Annäherung an das historische Ereignis, stellte die Eingangsfrage der Predigt des Superintendenten Zierner nach der Besonderheit „dieser Nacht“ dar: Damit unternahm er einen Rückgriff auf den jüdischen Gründungsmythos der Seder-Nacht, also dem Auszug aus Ägypten als das tradierte Moment der Entstehung eines identitären jüdischen „wir“. Zierner bestimmte demnach die Nacht der Luftangriffe auf Dresden als eine Urszene einer um dieses Ereignis geschaffenen Identität – einem gemeinschaftlichen „wir“, das des Ereignisses, des dazu Hinführenden und des danach Kommenden gewahr sein sollte und damit der Zerstörung Dresdens den Status eines axiomatischen Bezugspunktes in der städtischen Geschichte sowie für die Legitimation kritischen politischen Handelns wider die Resignation zuwies.<sup>617</sup> Zur gesuchten Analogie zwischen Seder-Nacht und der Nacht der Luftangriffe bleibt anzumerken, daß die jährliche Erinnerung ersterer zum Pessach-Fest wesentlicher Bestandteil der Vergewisserung einer (religiösen) jüdischen Identität ist, die dem Angriff des Nationalsozialismus bis hin zu dessen Vernichtungswillen ausgesetzt war – wohingegen die Dresden-Nacht Teil des Niederringens dieses historisch schwersten wie einzigartigen Versuches der Zerstörung jüdischen Lebens war.

Für die kirchlichen Gedenkveranstaltungen im Jahr 1989 läßt sich insgesamt festhalten, daß – als Folge der dargestellten allmählichen Annäherung an die jüdische Leidensgeschichte im Nationalsozialismus mit einem Höhepunkt der vielfältigen Erinnerung zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome 1988 – das historische Ereignis der Luftangriffe auf Dresden nach 1985 in seiner Erinnerung wieder eine stärkere Kontextualisierung erfährt und mit der fortgesetzten wie verstärkten Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der DDR-Gesellschaft zusammenfällt.

---

werden konnten: „Aber noch sei die Nacht von Dresden nicht zu Ende: Millionen sterben an Ungerechtigkeiten in der Dritten Welt“; Siehe Union 15.2. 1985, S. 2. Das CDU-Organ widmete den Veranstaltungen erneut einen detaillierten Bericht.

<sup>616</sup> Ulrich, Dresden, S. 65f.

<sup>617</sup> Zierner stellte die Frage des jüdischen Kindes an die ältere Generation zu Pessach: „Warum ist diese Nacht so verschieden von allen anderen Nächten?“. Seine auf „Dresden“ geworfene Antwort ist: „Weil wir in dieser Nacht an die Zerstörung unserer Stadt erinnern und was davor gewesen ist und was danach kommt. Darum läuten die Glocken gegen das Vergessen. Erinnerung an das Gedächtnis der Toten muß bis zur Umkehr des Lebens führen“; zit. n. Ulrich, Dresden, S. 66.

V.a. letztere rief dabei die Kritik verschiedener lokaler staatlicher Stellen auf den Plan: So mußte Hans Jörke, Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres, registrieren, daß alle Veranstaltungen „außerordentlich gut besucht“ waren und der „gesellschaftliche Aufwand, sie einzuordnen und einen störungsfreien Ablauf zu gewährleisten, [...] beständig“ anwachse<sup>618</sup> – eine Sorge freilich, der er durch den politischen Umbruch des Herbstes 1989 entledigt war.

---

<sup>618</sup> So in einer Bilanz vom 15. Februar 1989; SächsHStA, 11430, Bezirkstag/Rat des Bezirkes, Nr. 11060, Bl. 78. blieb Jörke darin insgesamt im Tonfall einer Erfolgsmeldung eines „ordnungsgemäßen Verlaufs“ und hielt die kritischen Aspekte für „nicht bestimmend“ (ebd.), so urteilte Walter Fuchs, stellvertretender Vorsitzender des RdB, wesentlich härter: Die kirchlichen Veranstaltungen zum Jahrestag seien offenbar „nicht mehr dem Gedenken der Zerstörung Dresdens gewidmet [...], sondern dem Widerstand gegen den Staat und sein Handeln“; zit. n. Urich, Bürgerbewegung, S. 43.

## 7. Resümee

Kann also für das Ende des Untersuchungszeitraumes eine Vielfalt an Akteuren und inhaltlichen Bezügen sowie eine starke mediale Begleitung beider Jahrestag konstatiert werden, so steht am Anfang der Dresdner Erinnerungskultur hinsichtlich der jährlichen Vergegenwärtigung der Novemberpogrome von 1938 und der Luftangriffen auf die sächsische Metropole vom Februar 1945 ein entgegengesetztes Bild.

Die Erinnerung an letztere diente dabei in der unmittelbaren Nachkriegszeit der Legitimation, den „Aufbau“ der städtischen Nachkriegsgesellschaft unter das Label „antifaschistisch“ zu setzen. Ein solcher bildete – in Abkehr von der nationalsozialistischen Propagierung eines „Widerstands“ – nun die neue Sinnsetzung in der Deutung des Ereignisses. Das Ansprechen eines Versagens der Dresdner Bevölkerung seit 1933 stellte den Versuch dar, mittels des Kontrastbildes eines vorgeblich ungebrochenen Widerstandes der KPD deren Führungsposition in der ostdeutschen Nachkriegsgesellschaft historisch herzuleiten.

Daß einer solchen Verantwortungszuschreibung nicht die Funktion eines Impulses zur weiterführenden und offenen Auseinandersetzung zukam, kann etwa die zunächst ausbleibende Erinnerung an die Novemberpogrome erklären.

Dagegen bildete in den Jahren 1947 und 1948 der 9. November wie andernorts so auch in Dresden ein Podium für die lokale VVN-Struktur, einerseits aktuelle antisemitische Vorfälle, andererseits aber auch die Entschädigungs- und Wiedergutmachungspolitik der SED scharf anzugreifen. Wurde letzterer Aspekt v.a. von jüdischen VVN-Mitgliedern wie dem Vorstand der Dresdner Jüdischen Gemeinde thematisiert, so erfuhr das Pogromgedenken bereits 1948 eine starke Überzeichnung durch die angespannte internationale Lage infolge des Zerwürfnisses der ehemaligen Anti-Hitler-Koalitionäre. Vertreter der SED-Linie in der Verfolgtenorganisation attackierten daher in Dresden auf einem insgesamt wenig öffentlichkeitswirksamen und publizistisch nur knapp begleiteten Gedenkakt vornehmlich die politische Entwicklung in den westlichen Besatzungszonen.

Der im Kalten Krieg aufziehende Systemgegensatz wirkte sich ebenso fundamental auf die Ausgestaltung des Jahrestages der Luftangriffe aus: Seit 1949 etablierten sich Veranstaltungen unter freiem Himmel, die v.a. nach der Gründung der DDR ab 1950 von herausgehobener politischer Bedeutung für die SED waren, um nun dem neuen „antifaschistischen“ Staat unter ihrer Führung Legitimation zu verschaffen. Vor dem Hintergrund der eskalierenden Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den USA



verschwand in den staatlichen Gedenkveranstaltungen und in den begleitenden Kampagnen der kontrollierten Presse die öffentliche Thematisierung einer nationalsozialistischen Vorgeschichte der Luftangriffe zugunsten einer Verantwortungsüberschreibung auf die amerikanischen Luftstreitkräfte und der Wertung des historischen Ereignisses als einen gegen die Sowjetunion gerichteten „imperialistischen“ Akt.

Diese Einordnung, die verschiedene andere integrative Maßnahmen und Gesetze flankierte, plazierte eine dem NS-System im wesentlichen loyale Bevölkerung auf Seiten der Opfer und schloß eine tiefgehende Auseinandersetzung um Verstrickung in und Verhalten gegenüber den nationalsozialistischen Großverbrechen aus. Den „Faschismus“ mit der Beteiligung am Aufbau der DDR als dem „Vermächtnis“ der Toten endgültig zu überwinden stellte zudem ein Angebot dar, Schuld abzugleichen und nachträglich in die Reihen der historischen Sieger einzutreten. Die Führungsrolle in dieser Konstellation beanspruchte die SED mit einem Verweis den – in seiner Kontinuität wie Wirkmacht allerdings völlig überhöhten – kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus; jährliche „Selbstverpflichtungen“ und „Willenserklärungen“ inszenierten in Form einer simulierten direkten Demokratie eine Einheit von Partei und Volk.

Die staatlichen Veranstaltungen und Mobilisierungen Anfang der 1950er Jahre, die teilweise weit über die zentralen Massenkundgebungen hinausgingen, stellten – in politischer Abhängigkeit von Moskau und inneren Erfordernissen – somit die inhaltlich aggressivsten des Untersuchungszeitraums dar; aufgewertet wurden diese mit der Anwesenheit und den Reden höchster politischer Vertreter der DDR.

Dem zugrunde lag eine bereits ab Ende der 1940er Jahre einsetzende Ideologisierung der SED hin zu einer der Staatsführung fähigen „Partei neuen Typus“. Die damit einhergehenden „Säuberungen“ der Parteistrukturen trafen auch in Dresden diejenigen, die der neuen Politik der „Nationalen Front“ in mehrfacher Hinsicht skeptisch gegenüberstanden. Diese innere Verhärtung der SED entzog u.a. den bisherigen Trägern der sowieso schon sehr sparsamen Erinnerung der jüdischen Leidensgeschichte politischen Gestaltungsraum oder schlicht den Ort sicheren Lebens – so auch jüdischen Funktionäre, die in den Verdacht der „imperialistischen Agententätigkeit“ gerieten. Eine der „antifaschistischen“ Integration zudem inhaltlich subversiv entgegenstehende mögliche Erinnerung an die Novemberpogrome fand in Dresden demzufolge bis 1963 öffentlich bzw. staatlich protegiert nicht mehr statt.

Zwar trat nach dem Tod Stalins 1953 eine gewisse internationale Entspannung ein, aber angesichts der verstärkten inneren wirtschaftlichen Schwächen der DDR schien eine

Abgrenzung von der hinsichtlich der Lebensverhältnisse wie politischen Freiheiten ungleich attraktiveren BRD nötig. So richteten sich ab dem 10. Jahrestag des 13. Februars 1945 und besonders mit dem Beginn der SED-Kampagnenpolitik ab 1958 die erinnerungspolitischen Angriffe fortgesetzter Massenveranstaltungen nun weniger gegen die USA als vielmehr gegen „Bonner Ultras“. Dem folgte ein neuerlicher Schwenk in der Interpretation der Ereignisse der Luftangriffe, wenn für diese jetzt ein „deutscher Militarismus“ verantwortlich zeichnete. Deutlich wird hier noch einmal die tagespolitische Funktionalisierung von Geschichte durch die SED, sollte diese Formel doch spätestens ab Ende der 1950er Jahre propagandistische Angriffe auf fragwürdige Personalkontinuitäten in bundesdeutschen Institutionen wie die fortschreitende (militärische) Westintegration der BRD begleiten. Das parallel und durchgehend seit 1946 selbständig organisierte Gedenken der Kirchen unterschiedlicher christlicher Konfessionen konnte trotz großer Anteilnahme bei dieser hohen politischen Sinnzuschreibung zunächst keine umfassendere Aufmerksamkeit erreichen.

Die auf Delegation der BRD abzielenden Argumentationen konnten letztlich die katastrophale Entwicklung der DDR nicht verbergen; immer mehr Menschen entschieden sich für das Konkurrenzmodell. Dem konnte die SED im August 1963 nur eine rigorose Abriegelung des Staatsgebietes als letzter Option aufgrund der eigenen Unfähigkeit zur inneren Reformierung ohne politischen Machtverlust entgegensetzen; das anschließende Streben nach innerer Stabilität wie internationaler Anerkennung im Spannungsverhältnis zur Bundesrepublik legte sich auch auf die Erinnerung der historischen Ereignisse ab.

Das staatliche Gedenken an den 13. Februar 1945 konnte so einerseits der Vermittlung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen (NÖSPL) dienen, blieb aus funktionalen Prämissen mit der Einladung auch an Delegationen aus nichtsozialistischen Staaten internationalisiert und konnte in diesem Zuge auch transnationale kirchliche Gedenkkontakte tolerieren. Andererseits blieb es als Möglichkeit der Mobilisierung eines Symbols nutzbar, mit dem die DDR scheinbar so klar als „Friedensmacht“ gegen die Pläne der atomaren Bewaffnung der BRD zu positionierten wie auf internationaler Ebene in Kontrast zur Rolle der USA im Vietnam-Konflikt zu stellen war.

Mit der Entspannung in der Blockkonfrontation, der „Neuen Ostpolitik“ Willy Brandts und der ideologisch etwas entschärfteren „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ Erich Honeckers verlor mit den gedenkpolitischen Entkrampfungen der Jahrestag der Luftangriffe in den 1970er Jahren seine Bedeutung und bisherige Ausgestaltung; die mediale Begleitung ging auf ein Minimum zurück.

Gewissermaßen in entgegengesetzter Tendenz entwickelte sich die Erinnerung der Novemberpogrome: Schien die DDR angesichts der verstärkten Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus in der BRD infolge des Einmann-Prozesses 1961 in Israel und der Frankfurter Auschwitz-Prozesse ab 1963 auf dem vergangenheitspolitischen Terrain ins Hintertreffen zu geraten, so wurden zu den „runden“ Jahrestagen 1963 und 1968 die zentralen jüdischen Gedenkveranstaltungen der DDR in Dresden organisiert. Hintergrund dieser herausgehobenen Bedeutung des Standortes war die staatskonforme Besetzung des VJGDDR-Vorsitzes mit dem Dresdner Gemeindeglied Helmut Aris. In willfähriger Unterordnung der politischen Vorgaben aus Ost-Berlin kam den jüdischen Vertretern in Dresden einerseits die Rolle zu, den „antifaschistischen“ Charakter der DDR zu bestätigen und diese als „wahre Heimstatt“ zu preisen, andererseits zeigte sich insbesondere Aris bestrebt, über die Erinnerung der Novemberpogrome die jüdische Leidensgeschichte stärker in der DDR-Gesellschaft präsent zu halten. Infolge dessen erfuhr der Jahrestag ab Anfang der 1970er Jahre eine zwar geringe, aber doch stete Aufmerksamkeit lokaler staatlicher Behörden, die sich ab 1975 mit der Weihe einer Gedenkstele am ehemaligen Standort der Synagoge und anschließenden jährlichen Kranzniederlegungen ritualisierte, ohne jedoch größere Relevanz in der Dresdner Öffentlichkeit zu erreichen.

Die Ausgestaltung beider Jahrestage erfuhr mit dem – von Staats- und Parteiführung zugestandenem – vergrößerten gesellschaftlichen Handlungsspielraum der evangelischen Kirchen ab 1978 einen fundamentalen Wandel. Hatten auch in Dresden christliche Gemeinden punktuell Annäherungen an das Judentum und die nationalsozialistische Judenverfolgung gesucht, so stand im wesentlichen die staatsloyale Haltung des Gemeindevorstandes der hiesigen Jüdischen Gemeinde einer stärkeren Zusammenarbeit wie etwa in Leipzig entgegen.

Dresden blieb somit beim vorläufigen Höhepunkt des Pogromgedenkens in der DDR zum 40. Jahrestag zunächst das Zentrum staatsoffizieller Veranstaltungen, auf denen erneut das Bündnis der „Bürger jüdischen Glaubens“ mit dem Staat bekräftigt wurde. Nahmen an diesen wiederum hohe kirchliche Vertreter teil, so wurde der entscheidende Schritt einer grundsätzlicheren christlichen (und überhaupt ostdeutschen) Beschäftigung mit jüdischer Geschichte erst am 14. Februar 1982 mit einer ersten Veranstaltung des Arbeitskreises „Begegnungen mit dem Judentum“ getan; dieser organisierte in den folgenden Jahren neben weiteren Aktivitäten jeweils zum Jahrestag der Novemberpogrome zumindest einen Vortrag mit Gedenkgottesdienst.

Dieses Engagement wurde von wenigen aktiven kirchlichen Vertretern und vereinzelt Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde abseits dieser getragen und traf auf großes, dennoch

begrenztes Interesse v.a. von Jugendlichen. Durch die in der politischen Struktur der DDR begründeten eingeschränkten Möglichkeiten konnten diese Veranstaltungen einer breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt werden, näherten sich aber in stellenweise intensiver Auseinandersetzung geschichtlichen Fragstellungen, die durch den staatstragenden Mythos „Antifaschismus“ bisher ausgeblieben waren.

Daran anknüpfend trug diese Entwicklung auch zur sich wandelnden Ausrichtung der Erinnerungsveranstaltungen anlässlich der Luftangriffe auf Dresden bei. Nachdem dieser Jahrestag im Zuge der verschärften internationalen Lage seitens der SED bereits 1980 politisch reaktiviert wurde, hatten – ebenfalls 1982 – Jugendliche den Anstoß zu einer nichtstaatlichen „Gedenkfeier“ vor der Ruine der Frauenkirche gegeben, um unter Rückgriff des tradierten wie propagandistisch gestützten Deutungsrahmens des historischen Ereignisses die innere Militarisierung der DDR zu kritisieren. Ein als konfliktdämpfendes Mittel initiiertes Forum in der Kreuzkirche mit anschließendem nichtgenehmigten, aber tolerierten Gang zur Frauenkirchruine bildete 1982 und in den Folgejahren mit Gedenkgottesdiensten den wesentlichen äußeren Rahmen der damit stark ausweiteten Veranstaltungen im kirchlichen Kontext. Inhaltlich unterlagen diese Foren einem Wandel, griffen dabei verschiedene Themen oppositioneller Kreise unter dem Dach der Kirche auf und stellten – allerdings nicht durchgängig – das historische Ereignis im Zuge der parallel fortgesetzten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in einen breiteren Kontext. V.a. in selbstkritischer Intension wurde eine Verortung der christlichen Kirchen und der Dresdner Stadtbevölkerung vorgenommen und im begrenzten Umfeld kirchlicher Kreise eine eigenverantwortliche Schuldverstrickung thematisiert. Hervorzuheben sind hier die breit entfaltenen Aktivitäten anlässlich des 40. Jahrestages der Bombardierung, wohingegen in den Folgejahren der Fokus auf ökumenischen Bestrebungen sowie Diskussionen angesichts der sozialen Verhältnisse in der DDR-Gesellschaft lag. „Frieden“ im Gegensatz zum destruktiv bestimmten – und mitunter theologisch überhöhten – historischen Ereignis konnte hier zu einer breit ausdeutbaren Kategorie staatsferner Bezugnahme avancieren: Als „Frieden“ zwischen den christlichen Konfessionen, zwischen individuellen Gesellschaftsmitgliedern, zwischen den beiden deutschen Staaten, zwischen Mensch und Umwelt, schließlich als „Frieden“ mit den Juden, anderen Opfergruppen und ehemaligen Kriegsgegner des Nationalsozialismus usw.

Der herausgebildeten Erinnerungsform des „Stillen Gedenkens“ kam ihrerseits in einer Differenzierung des nichtstaatlichen Gedenkens relativ zeitig selbst ein handlungsnormierender Gehalt zu; kraft des hohen moralischen Verweises auf eine „richtige“ Vergegenwärtigung des Schicksals der Toten taugte es als Distinktionsmittel im

gesellschaftlichen Feld der Kirche als dem Entfaltungsraum einer heterogenen DDR-Opposition. Den Unterschied zum Wunsch der staatlichen Deutungshegemonie markiert gleichwohl die grundsätzliche Toleranz vielfältiger Bezüge; diese schloß etwa – ohne das man an diesem Punkt soweit ausholen müßte – den Einsatz eines Repressionsapparates, wie er ein selbstverständliches Element staatlicher Gedenktagskonzeptionen war, aus.

Der spezifische jährliche Inhalt der Veranstaltungen gibt damit einen Blick frei auf die jeweils aktuelle Struktur und Tendenz oppositioneller Gruppen, sowie diese das Gedenken der Luftangriffe als Legitimation aufgriffen. Dabei lag das kritische Potential des Gedenkens letztlich nicht in dessen konkreter Ausgestaltung, sondern vielmehr in der im Umfeld erfolgenden Einübung nichtstaatskonformen politischen Handelns beteiligter Akteure, welches wirkmächtig über die Jahrestage hinaus wurde.

Die Gefahren dieses fulminanten Angriffes auf die Herrschaft der SED über Zeit, Deutung und öffentlichem Raum erkannte die Staatspartei bereits vor dem 13. Februar 1982. Verantwortet vom Politbüro als der faktisch höchsten politischen Instanz in der DDR organisierten lokale und regionale Staatsstrukturen ab 1983 zumeist auf dem Platz vor der Frauenkirche Massenkundgebungen der Größenordnung der 1950er und 1960er Jahre inklusive einer entsprechenden Pressekampagne, die die neue Vielfalt des Gedenkens kaum abbildete. In einer Gesamtschau stehen die staatlichen Veranstaltungen sowohl der früheren außenpolitischen Aggressivität als auch der kritischen Kontextualisierung durch die Erinnerungskonkurrenz deutlich hinterher; sie heben – mit einem Höhepunkt 1985 – vor dem Hintergrund der aufgezeigten massiven inneren Probleme stärker auf die Beschreibung eines vorgeblich erfolgreichen Aufbaus der DDR ab, womit die funktionalisierte, auf Integration abzielende Erinnerungsgestaltung wieder aufgenommen wurde.

In Parallelität, Konkurrenz und Ergänzung der oktroyierenden staatlichen und selbstaktivierten kirchlichen Veranstaltungen und Sinnsetzungen kam dem Jahrestag der Luftangriffe somit wieder der Status eines städtischen Großereignisses bis hin zum Staatsakt zu, wobei die erinnerten historischen Vorgänge eine inhaltlich differierende Bestätigung als herausgehobenes Moment der Stadtgeschichte erfuhren.

Die benannten Tendenzen zum Staatsbankrott der DDR einschließlich ihrer sozialen Folgen sorgten hingegen dafür, daß sich die lokale Erinnerung an die Novemberpogrome staatlicherseits 1985 aus dem Ritual der Kranzniederlegungen an der Stele zunächst einmalig löste und mit einer Großveranstaltung begangen wurde. Politische Zielsetzung war hierbei wie dann bei den im Jahr 1988 singulär begangenen republikweiten Gedenkfeierlichkeiten, über eine nahezu überbetonte Würdigung der nationalsozialistischen

Judenverfolgung und der Herausstellung einer angeblich gesicherten Existenz jüdischen Lebens in der DDR dringend benötigte wirtschaftliche Kontakte zu Israel und v.a. den USA anzubahnen.

Die Gedenkveranstaltungen in Dresden bildeten wie andernorts den lokalen Rahmen zum Staatsakt in Berlin, wobei von lokalen staatlichen Behörden z.T. Aktivitäten und Äußerungen außerhalb einer bloßen Instrumentalisierung registriert werden können. Trotzdem blieben diese deutlich hinter der fortgesetzten und zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome in bemerkenswerten Akten kulminierenden christlichen Auseinandersetzung zurück: Eine langfristig konzipierte Ausstellung zu jüdischem Leben in Sachsen und ein offen einsehbares Schuldeingeständnis an der Kreuzkirche öffneten Perspektiven, wie sie bis weit in die 1980er Jahre in Dresden von den historischen Schattenräumen des „Antifaschismus“, aber auch von der für die Stadt zentralen Erinnerung an die Luftangriffe verdeckt schienen.

Der Führungswechsel an der Spitze des VJGDDR wie der Dresdner Jüdischen Gemeinde im Vorfeld der Veranstaltungen ermöglichte zudem ebenso eine weniger staatsloyale Haltung Dresdner jüdischer Repräsentanten wie christlich-jüdische Kontakte auf höherer lokaler Ebene. Um eventuelle andere (jüdische) Vorbehalte zu vermessen, bedarf es allerdings für eine endgültige Bewertung dieses Verhältnisses einer weiterführenden Analyse auf breiterer Quellenbasis.

Eine solche könnte zudem ihr Augenmerk verstärkt auf kirchliche Gedenkveranstaltungen anlässlich der Luftangriffe auf Dresden im Zeitraum der unmittelbaren Nachkriegszeit bis Mitte der 1970er Jahre richten, da hierfür auf Basis der verwendeten Quellen exaktere Auskünfte wie generalisierbare Aussagen nur schwer getroffen werden können. Verschiedene Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß hier parallel zur aggressiven Geschichtspolitik der SED eigenständige Erinnerungsformen unter Nichtberücksichtigung der nationalsozialistischen Judenverfolgung Bestand hatten, deren Intension, Ausdehnung und Inhalt (etwa der Predigten bei Gedenkgottesdiensten) jedoch noch unzureichend ausgeleuchtet bleibt.

Der mehrfach augenscheinlich gewordene und bedeutende Aspekt des deutsch-deutschen Konkurrenzverhältnisses verdient die Überlegungen hin zu einer breit angelegten vergleichenden Studie, so etwa der lokalen Erinnerungskulturen Dresdens mit einer Stadt in den alten Bundesländern. Anbieten würde sich beispielsweise Würzburg als einer kulturhistorisch bedeutenden Stadt, die noch im März 1945 einen folgenschweren

Luftangriff erlitt, aber ebenso in ihrer historischen Entwicklung – in unterschiedlichster Weise – reich an jüdischen Bezügen war.<sup>619</sup>

Nach wie vor ungeschrieben bleibt auch mit dieser Arbeit eine systematische Analyse des Dresdner Erinnerungsraumes nach 1990. Dies gilt für die Gedenkveranstaltungen anlässlich sowohl der Novemberpogrome als auch – trotz oder vielleicht gerade wegen der ungebrochenen überregionalen Beachtung – der Luftangriffe.<sup>620</sup> Von Interesse könnten hier Wandel und Kontinuitäten in Formen und Akteuren, aber auch der Sinnsetzungen und Erzählkonstanten angesichts grundlegend anderer politischer und öffentlicher Strukturen sein. Neben den 1995 und 2005 als Staatsakten begangenen „runden“ Jahrestagen der Luftangriffe ist eine Reihe von verschiedensten Bedürfnissen der Bezugnahme auch abseits dieser besonderen Aufmerksamkeit zu registrieren; daher kann für die 1990er und 2000er Jahre von einer Vielfalt der auf die historischen Ereignisse geworfenen *Gegenwartsbewältigungen* ausgegangen werden, welche die beschriebene Situation der 1980er Jahre noch übertreffen dürfte.

---

<sup>619</sup> Erkenntnisse wie Anregungen sind hier vom laufenden Dissertationsprojekt Jörg Arnolds zu erwarten, das die Erinnerung an die Luftangriffe in Kassel und Magdeburg komparativ in den Blick nimmt; Süß, *Luftkrieg*, S. 151.

<sup>620</sup> Siehe dazu die bereits erwähnte Skizze Neutzners, welcher von einem „komplexe[n] von Akteuren und Aktionen, von Zielen, Bedingungen und Wirkungen“ spricht; Neutzner, *Anklagen*, S. 162.

## 8. Anhang

### 8.1. Abkürzungen und Siglen

AFK	Arbeitskreis Frieden der drei Dresdner Kirchenbezirke
BEK	Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU(D)	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CJA	Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Archiv
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film Aktiengesellschaft
ebd.	ebenda
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
ELLKS	Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen
FDJ	Frei Deutsche Jugend
HOG	Gaststätte der Handelsorganisation
JOINT	American Joint Distribution Committee
KKL	Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
LDP	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NÖSPL	Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OdF	Opfer des Faschismus
o.O.	ohne Ort
o.S.	ohne Seitenangabe
Pg	Parteigenosse
RdB	Rat des Bezirkes



RdS	Rat der Stadt
SA	Sturmabteilung
SächsHStA	Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAS	Sowjetische Militäradministration in Sachsen
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SNN	Sächsische Neueste Nachrichten
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StA Dresden	Stadtarchiv Dresden
SU	Sowjetunion
SZ	Sächsische Zeitung
SVZ	Sächsische Volkszeitung
u.a.	unter anderem
u.ä.	und ähnliches
USA	United States of America
VJGDDR	Verband der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WEU	Westeuropäische Union
WJC	Jüdischer Weltkongress
z.B.	zum Beispiel
zit. n.	zitiert nach
ZK	Zentralkomitee der SED
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission
z.T.	zum Teil
(...)	Auslassung in der Vorlage
[ ]	Ergänzung durch T.F.
[...]	Auslassung durch T.F.

## **8.2. Archive**

Landeskirchenarchiv der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, Dresden

Stadtarchiv Dresden

Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden

Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“, Archiv

## **8.3. Periodika**

Dresdner Anzeiger

Dresdner Neueste Nachrichten

Nachrichtenblatt des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR

Neues Deutschland

Sächsische Neueste Nachrichten

Sächsische Zeitung

Der Sonntag

Die Union

## 8.4. Literaturverzeichnis

### 8.4.1. Primärliteratur und Quellenverzeichnisse

Bachmann, Manfred (Gesamtleitung): Dresden – Bekenntnis und Verpflichtung. Malerei, Graphik, Plastik, Dokumente, Dresden 1985

Brenner, Henny: „Das Lied ist aus“. Ein jüdisches Schicksal in Dresden, Zürich 2001

Dresdner Arbeitskreis „Begegnungen mit dem Judentum“: Juden in Sachsen: Ihr Leben und Leiden, Dresden 1988

Eschwege, Helmut: Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991

Griebel, Otto: Ich war ein Mann der Straße – Lebenserinnerungen eines Dresdner Malers, Frankfurt/ Main 1995

Gute, Herbert: Partisanen ohne Gewehr. Ein Tagebuch aus der Erinnerung, Berlin(Ost) 1970

Irving; David: Der Untergang Dresdens, Gütersloh 1964

Jersch-Wenzel, Stefi/ Rürup, Reinhard (Hg.): Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer. Band 1: Eine Bestandsübersicht, München 1996

Jersch-Wenzel, Stefi/ Rürup, Reinhard (Hg.): Quellen zur Geschichte der Juden in den Archiven der neuen Bundesländer. Band 2: Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“, Teil 2, München 2001

Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen bis zu letzten, Tagebücher 1933 – 1945, Bd. 1 und 2 (Hg. von Walter Nowojcki unter Mitarbeit von Hadwig Klemperer), Berlin 1995 (4. Aufl.)

Klemperer, Victor: So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945 – 1959, Bd. 1 und 2 (Hg. von Walter Nowojski unter Mitarbeit von Christian Löser), Berlin 1999

Neutzner, Matthias (Hg.): Lebenszeichen – Dresden im Luftkrieg 1944/45. Dokumentation der Ausstellung, August 1989 bis April 1990, Dresden 1991

Seydewitz, Max: Zerstörung und Wiederaufbau von Dresden, Berlin (Ost) 1955

Weidauer, Walter: Inferno Dresden. Über Lügen und Legenden um die Aktion „Donnerschlag“, Berlin (Ost) 1965

Werner, Winfried (Red.): ...oder Dresden. Fotos, Dokumente und Texte einer Ausstellung 40 Jahre nach der Zerstörung der Stadt, Dresden 1987

#### **8.4.2. Sekundärliteratur**

Andress, Reinhard: „Medusen schminkt man nicht“? Die Bombardierung Dresdens in der deutschen Prosaliteratur, in: Colloquia germanica 3/4, 2003, S. 247 – 268

Arendes, Cord: Mythen und Legenden in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd.5, 2005, S. 27 – 46

Arnold, Jörg: Rezension, in: sehepunkte 5 (2005), Nr. 7/8 [15.07. 2005], URL: <<http://www.sehepunkte.historicum.net/2005/07/8103.html>> [letzter Aufruf 23.09. 2006]

Arnold, Jörg: Sammelrezension: Bombenkrieg, in: Historische Literatur 2, (2004) 2, S. 17 – 38

Assmann, Aleida/ Frevert, Ute: Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999

Barth, Bernd-Rainer: Wer war Noel Field? Die unbekannte Schlüsselfigur der osteuropäischen Schauprozesse, in: Leo, Annette/ Reif-Spirek, Peter (Hg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001, S. 197 – 221

Bender, Klaus: Deutschland, einig Vaterland? Die Volkskongreßbewegung für deutsche Einheit und gerechten Frieden in der Deutschlandpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Frankfurt/ Main 1992

Benz, Wolfgang: Der Novemberpogrom 1938, in: ders. (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933 – 1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 499 – 544

Bergander, Götz: Dresden im Luftkrieg. Vorgeschichte – Zerstörung – Folgen, Würzburg 1998

Bergander, Götz: Wahrnehmung der Luftangriffe aus der Perspektive der Zivilbevölkerung, in: Fritze, Lothar/ Widera, Thomas (Hg.): Alliiertes Bombenkrieg. Das Beispiel Dresden, Göttingen 2005, S. 97 – 108

Bergander, Götz: Vom unattraktiven zum besonders lohnenden Ziel. Dresden in den Luftkriegsplanungen der Alliierten, in: Neutzner, Matthias/ Reinhard, Oliver/ Hesse, Wolfgang (Hg.): Das rote Leuchten. Dresden und der Bombenkrieg, Dresden 2005, S. 44 – 57

Besier, Gerhard: Der SED-Staat und die Kirche 1969 – 1990. Die Vision vom „Dritten Weg“, Berlin und Frankfurt/ Main 1995

Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen HATiKVA e.V. (Hg.): Spurensuche – Juden in Dresden. Ein Begleiter durch die Stadt, Hamburg 1995

Bodemann, Y. Michal: Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung, Hamburg 1996

Brakelmann, Günter: Evangelische Kirche und Judenverfolgung. Drei Einblicke, Waltrop 2001

Cornelißen, Christoph: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: GWU 10/2003, S. 549 – 563

Dähn, Horst: Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 – 1980, Opladen 1982

Danyel, Jürgen: DDR-Antifaschismus: Rückblick auf zehn Jahre Diskussion, offene Fragen und Forschungsperspektiven, in: Leo, Annette/ Reif-Spirek, Peter (Hg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001, S. 7 – 20

Danyel, Jürgen: Die geteilte Vergangenheit. Gesellschaftliche Ausgangslagen und politische Dispositionen für den Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten nach 1949, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 129 – 148

Danyel, Jürgen: Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: ders. (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 31 – 46

Danyel, Jürgen: Die SED und die „kleinen Pg’s“. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR, in: Leo, Annette/ Reif-Spirek, Peter (Hg.): Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 1999, S. 177 – 196

Deckert, Renatus: „Auf eine im Feuer versunkene Stadt“. Dresden im Gedicht seit 1945, in: Dresdner Hefte 84, 4/05, S. 49 – 56

Deckert, Renatus: Die wüste Stadt. Sieben Dichter über Dresden, Frankfurt/ Main 2005

Diamant, Adolf: Chronik der Juden in Dresden. Von den ersten Juden bis zur Blüte der Gemeinde und deren Ausrottung, Darmstadt 1973

Dresdner Geschichtsverein e.V. (Hg.): Rückkehr der Kunst. Dresden 1956/1958 (Dresdner Hefte 87, 3/06)

Eschwege, Helmut: Geschichte der Juden im Territorium der ehemaligen DDR, Dresden 1991, Bd. 2

Evans, Richard J.: Der Geschichtsfälscher, Frankfurt/ Main 2001

Fabian, Rainer/Adam, Hans Christian: Bilder vom Krieg. 130 Jahre Kriegsfotographie – eine Anklage, Hamburg 1983

Fäßler, Peter: Sozialhygiene – Rassehygiene – Euthanasie: Volksgesundheitspflege im Raum Dresden, in: Pommerin, Reiner (Hg.): Dresden unterm Hakenkreuz, Köln/Weimar/Wien 1998, S. 193 – 208

Fischer, Alexander: Ideologie und Sachzwang. Kriegswirtschaft und „Ausländereinsatz im südostsächsischen Elbtalgebiet, in: Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hg.): Fremd- und Zwangsarbeit in Sachsen 1939 – 1945. Beiträge eines Kolloquiums in Chemnitz am 16. April 2002, S. 12 – 26

Frei, Norbert: Ich erinnere mich. Aleida Assmanns Gedächtnisdiskurs gefällt sich in seinen eigenen Konstruktionen, in: Die Zeit, 28.9. 2006, Nr. 40

Frei, Norbert: NS-Vergangenheit unter Ulbricht und Adenauer. Gesichtspunkte einer vergleichenden Bewältigungsforschung, in: Danyel, Jürgen (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 125 – 132

Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Band 1: Die Jahre der Verfolgung 1933 – 1939, München 1998

Fritze, Lothar/ Widera, Thomas (Hg): Alliiertes Bombenkrieg. Das Beispiel Dresden, Göttingen 2005

Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Dresden e.V., Arbeitskreis Dresden (Hg.): Buch der Erinnerung. Juden in Dresden – deportiert, ermordet, verschollen 1933 – 1945, Dresden 2006

Gilsenbach, Reimar: Sinti und Roma – vergessene Opfer, in: Leo, Annette/ Reif-Spirek, Peter (Hg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001, S. 67 – 84

Goebel, Stefan: Coventry und Dresden: Transnationale Netzwerke der Erinnerung in den 1950er und 1960er Jahren, in: Süß, Dietmar (Hg.): Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung, München 2007, S. 111 – 120

Goldenbogen, Nora: Juden in der DDR. Erwartungen – Realitäten – Wandlungen, in: Ginzel, Günther B. (Hg.): Der Anfang nach dem Ende. Jüdisches Leben in Deutschland 1945 bis heute, Düsseldorf 1996, S. 123 – 149

Goldenbogen, Nora: „Man wird keinen von ihnen wiedersehen“. Die Vernichtung der Dresdner Juden 1938 – 1945, in: Heer, Hannes (Hg.): Im Herzen der Finsternis. Victor Klemperer als Chronist der NS-Zeit, Berlin 1997 (2. Aufl.), S. 92 – 109

Goldenbogen, Nora: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Dresden nach 1938 – ein Überblick, in: Dresdner Hefte 45/96, S. 77 – 84

Goldenbogen, Nora: Sachsen, in: dies./ Endlich, Stefanie/ Herlemann, Beatrix/ Kahl, Monika/ Scheer, Regina (Hg.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Eine Dokumentation, Bd. 2, Bonn 1999, S. 607 – 778

Goldenbogen, Nora: „Säuberungen“ und Antisemitismus in Sachsen 1949 – 1953, in: Keßler, Mario (Hg.): Antisemitismus und Arbeiterbewegung. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 121 – 128

Goldenbogen, Nora: Zwischen Trostlosigkeit und Hoffnung. Neubeginn und jüdisches Leben in Dresden nach 1945, in: dies. (Bearb.): Einst und Jetzt. Zur Geschichte der Dresdner Synagoge und ihrer Gemeinde, Dresden 2001, S. 108 – 121

Gretzschel, Matthias: Die Dresdner Frauenkirche, Hamburg 1995



Groehler, Olaf: Antifaschismus und jüdische Problematik in der SBZ und der frühen DDR, in: Ders./ Keßler, Mario: Die SED-Politik, der Antifaschismus und die Juden in der SBZ und frühen DDR, Berlin 1995 (Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 26), S. 5 – 31

Groehler, Olaf: Bombenkrieg gegen Deutschland, Berlin(Ost) 1990

Groehler, Olaf: Die Diskussion um die Judenverfolgung in SBZ und DDR, in: Keßler, Mario (Hg.): Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 79 – 85

Groehler, Olaf: Erinnerungen an die „Reichskristallnacht“ in der SBZ und in der DDR, in: Hofmann, Thomas/ Loewy, Hanno/ Stein, Harry (Hg.): Pogromnacht und Holocaust. Frankfurt, Weimar, Buchenwald... Die schwierige Erinnerung an die Stationen der Vernichtung, Weimar 1994, S. 172 – 197

Groehler, Olaf: Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennung- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Kocka, Jürgen (Hg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 105 – 127

Groehler, Olaf: SED, VVN und Juden in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (1945 – 1949), in: Benz, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 3, Frankfurt/ Main 1994, S. 281 – 302

Groehler, Olaf: Der Umgang mit dem Holocaust in der DDR, in: Steiniger, Rolf (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust: Europa – USA – Israel, Wien 1994, S. 233 – 245

Groehler, Olaf: Verfolgten- und Opfergruppen im Spannungsfeld der politischen Auseinandersetzungen in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Danyel, Jürgen (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 17 – 30

Groehler, Olaf: Zur Gedenkstättenpolitik und zum Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der SBZ und DDR (1945-1988), in: Bergmann, Werner/ Erb, Rainer/ Lichtblau, Albert (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/ Main 1995, S. 285 – 301

Gryglewski, Markus: Dieses Feuer kehrt zurück. Es wird einen großen Bogen gehen und wieder zu uns kommen, in: Goldenbogen, Nora (Bearb.): Einst und Jetzt. Zur Geschichte der Dresdner Synagoge und ihrer Gemeinde, Dresden 2001, S. 92 – 107

Gryglewski, Marcus: Zur Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933 – 1945, in: Haase, Norbert/ Jersch-Wenzel, Stefi/ Simon, Hermann (Hg.): Die Erinnerung hat ein Gesicht. Fotografien und Dokumente zur nationalsozialistischen Judenverfolgung in Dresden 1933 – 1945, Leipzig 1998, S. 97 – 150

Haase, Norbert/ Sack, Birgit (Hg.): Münchner Platz Dresden, Leipzig 2001

Haase, Norbert: „Wo Steine ihren Beruf wechseln.“ Zur Geschichte der Gedenkstätte Münchner Platz, Dresden, in: Haase, Norbert/ Sack, Birgit (Hg.): Münchner Platz Dresden, Leipzig 2001, S. 283 – 302

Hage, Volker: Zeugen der Zerstörung. Die Literaten und der Luftkrieg, Frankfurt/ Main 2003

Halder, Winfried: „Modell für Deutschland.“ Wirtschaftspolitik in Sachsen 1945 – 1948, Paderborn 2001

Hamburger, Arno: Die Pogromnacht vom 9. auf den 10. November in Nürnberg, in: Wollenberg, Jens (Hg.): „Niemand war dabei und keiner hat's gewußt“. Die deutsche Öffentlichkeit und die Judenverfolgung 1933 – 1945, München 1989 (2. Aufl.), S. 21 – 25

Handro, Saskia: Erstarrung und Wandel. Zur Transformation der Gedenkkultur, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd. 5, 2005, S. 91 – 109

Hartewig, Karin: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln 2000

Haury, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002

Heinrich, Horst-Alfred: Kollektive Erinnerungen der Deutschen. Theoretische Konzepte und empirische Befunde zum sozialen Gedächtnis, Weinheim/ München 2002

Held, Steffen: Der Novemberpogrom in Leipzig und die Massenverhaftung Leipziger Juden 1938/39, in: Ephraim-Carlebach-Stiftung (Hg.): Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig, Leipzig 1994, S. 194 – 206

Held, Steffen: Von der Entrechtung zur Deportation: Die Juden in Sachsen, in: Vollnhals, Clemens (Hg.): Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002, S. 200 – 223

Henkel, Rüdiger: Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR, Baden-Baden 1994

Herbert, Ulrich: Von der „Reichskristallnacht“ zum Holocaust. Der 9. November und das Ende des „Radauantisemitismus“, in Hofmann, Thomas/ Loewy, Hanno/ Stein, Harry (Hg.): Pogromnacht und Holocaust. Frankfurt, Weimar, Buchenwald... Die schwierige Erinnerung an die Stationen der Vernichtung, Weimar 1994, S. 58 – 80

Herbst, Andreas: Großmutter im Sterben. Die Flucht der Repräsentanten der Jüdischen Gemeinden 1953 aus der DDR, in: Leo, Annette/ Reif-Spirek, Peter: (Hg.) Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 1999, S. 13 – 35

Herf, Jeffrey: „Hegelianische Momente“. Gewinner und Verlierer in der ostdeutschen Erinnerung an Krieg, Diktatur und Holocaust, in: Cornelißen, Christoph/ Klinkhammer, Lutz/ Schwentker, Wolfgang (Hg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt/ Main, S. 198 – 209

Herf, Jeffrey: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998

Hermann, Christian: Millionen Flugblätter für Dresden, in: Dresdner Hefte 41, 1/95, S. 32 – 40

Hölscher, Christoph: NS-Verfolgte im „antifaschistischen Staat“. Vereinnahmung und Ausgrenzung in der ostdeutschen Wiedergutmachung (1945 – 1989), Berlin 2002

Illichmann, Jutta: Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990, Frankfurt/ Main 1997

Jäckel, Günter: Zeitzeugnisse. Der 13. Februar in privaten Aufzeichnungen aus dem Jahr 1945, in: Neutzner, Matthias/ Reinhard, Oliver/ Hesse, Wolfgang (Hg.): Das rote Leuchten. Dresden und der Bombenkrieg, Dresden 2005, S. 263 – 349

John, Hans: „Wie liegt die Stadt so wüst“. Die Zerstörung Dresdens am 13. Februar 1945 und das kompositorische Werk des Dresdner Kreuzkantors Rudolf Mauersberger, in: Schmitz, Walter (Hg.): Die Zerstörung Dresdens. Antworten der Künste, Dresden 2005, S. 171 – 184

Käppner, Joachim: Erstarrte Geschichte. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspromaganda der DDR, Hamburg 1999

Kaiser, Paul: "Leistungsschau" und Ideenverkörperung: Die zentralen Kunstaussstellungen der DDR, in: Blume, Eugen/ März, Roland (Hg.), Kunst in der DDR. Eine Retrospektive der Nationalgalerie (Aust.-Kat. Neue Nationalgalerie Berlin 25.7. – 26.10. 2003), Berlin 2003, S. 93 – 106

Kalkbrenner, Anke: Das Henriettenstift. Zwischen Asylheim und Alten-Damenstift – Die Geschichte eines jüdischen Altenheims, Dresden 1999

Keil, Lars-Broder/ Kellerhoff, Sven Felix: Deutsche Legenden. Vom „Dolchstoß“ und anderen Mythen der Geschichte, Berlin 2002

Kershaw, Ian: Antisemitismus und Volksmeinung. Reaktionen auf die Judenverfolgung, in: Broszat, Martin/ Fröhlich, Elke (Hg.): Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Bd. 2, München 1979, S. 281 – 348

Keßler, Mario: Die SED und die Juden – Zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995

Kokoška, Stanislav/ Tůma, Oldřich: „Die ganze Komödie dauerte zwei Tage.“ Gerichtliche Vergeltungsmaßnahmen gegenüber oppositionellen Tschechen aus dem „Protektorat Böhmen und Mähren“, in: Haase, Norbert/ Sack, Birgit (Hg.): Münchner Platz, Dresden. Die Strafjustiz der Diktaturen und der historische Ort, Leipzig 2001, S. 69 – 84

Krause, Andreas: Ein neues Buch wird in England zum Anlaß, den Bombenangriff auf Dresden zu rechtfertigen. Kampf zwischen Gut und Böse, Berliner Zeitung, 18.2. 2004

Kropat, Wolf-Arno: „Reichskristallnacht“. Der Judenpogrom vom 7. bis 10. November 1938 – Urheber, Täter, Hintergründe, Wiesbaden 1997

Lappe, Herbert: Jüdisches Leben. Erfahrungen eines Ostdeutschen, in: Ginzler, Günther B. (Hg.): Der Anfang nach dem Ende. Jüdisches Leben in Deutschland 1945 bis heute, Düsseldorf 1996, S. 260 – 267

Lehmstedt, Mark (Hg.): Leipzig brennt. Der Untergang des alten Leipzig am 4. Dezember 1943 in Fotografien und Berichten, Leipzig 2003

Lemke, Michael: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960 – 1968, in: Danyel, Jürgen (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 61 – 86

Leo, Anette: Umgestoßen – Provokation auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin Prenzlauer Berg 1988, Berlin 2005

Leo, Annette/ Reif-Spirek, Peter (Hg.): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 2001

Lepp, Claudia: Tabu der Einheit? Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung (1945 – 1969), Göttingen 2005

Liebsch, Heike: „Ein Tier ist nicht rechtloser und gehetzter.“ Die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung Dresdens 1933 bis 1937, in: Heer, Hannes (Hg.): Im Herzen der Finsternis. Victor Klemperer als Chronist der NS-Zeit, Berlin 1997 (2. Aufl.), S. 73 – 91

Lindemann, Gerhard: Die Frauenkirche in der NS-Zeit, in: Mennicke, Christiane/ Wagler, Silke (Red.): Von der Abwesenheit des Lagers. Reflexionen zeitgenössischer Kunst zur Aktualität des Erinnerns, Berlin 2006, S. 98 – 106

Longerich, Peter: „Davon haben wir nichts gewußt!“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933 – 1945, Bonn 2006

Margalit, Gilad: Der Luftangriff auf Dresden. Seine Bedeutung für die Erinnerungspolitik der DDR und für die Herauskristallisierung einer historischen Kriegserinnerung im Westen, in: Düwell, Susanne/ Schmidt, Matthias (Hg.): Narrative der Shoah. Repräsentationen der Vergangenheit in Historiographie, Kunst und Politik, Paderborn 2002, S. 198 – 207

Meyer, Olaf: Vom Leiden und Hoffen der Städte. Öffentliches Gedenken an die Zerstörungen in Dresden, Coventry, Warschau und St. Petersburg, Hamburg 1996

Mertens, Lothar: Davidstern unter Hammer und Sichel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945 – 1990, Hildesheim 1997

Meyer-Seitz, Christian: Die Verfolgung von NS-Straftaten in der Sowjetischen Besatzungszone, Berlin 1998

Münkler, Herfried: Politische Mythen und Institutionenwandel. Die Anstrengungen der DDR, sich ein eigenes kollektives Gedächtnis zu verschaffen, in: Göhler, Gerhard (Hg.): Institutionenwandel. Leviathan Sonderheft 16/1996, S. 121 – 142

Nadler, Hans: Der Erhalt der Ruine der Frauenkirche nach 1945, in: Dresdner Hefte 32, 4/92, S. 25 – 34

Naumann, Klaus: Der Krieg als Text. Das Jahr 1945 im kulturellen Gedächtnis der Presse, Hamburg 1998

Neumann, Michael: Genealogie einer Geste. Zu einer Ikone der Trümmerphotographie von Richard Peter, in: Schmitz, Walter (Hg.): Die Zerstörung Dresdens. Antworten der Künste, Dresden 2005, S. 159 – 170

Neutzner, Matthias: „Der Wehrmacht nahe verwandt“ – Eisenbahn in Dresden 1939 bis 1945, Griebel, Matthias (Hg.): Dresdner Geschichtsbuch 5, Dresden 1999, S. 199 – 225

Neutzner, Matthias: Dresden! – Die Erinnerung an den 13. Februar, in: Starke, Holger (Hg.): Geschichte der Stadt Dresden. Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart, Bd. 3, Stuttgart 2006, S. 517 – 530

Neutzner, Matthias: Vom Alltäglichen zum Exemplarischen. Dresden als Chiffre für den Luftkrieg der Alliierten, in: ders./ Reinhard, Oliver/ Hesse, Wolfgang (Hg.): Das rote Leuchten. Dresden und der Bombenkrieg, Dresden 2005, S. 110 – 127

Neutzner, Matthias: Vom Anklagen zum Erinnern. Die Erzählung vom 13. Februar, in: ders./ Reinhard, Oliver/ Hesse, Wolfgang (Hg.): Das rote Leuchten. Dresden und der Bombenkrieg, Dresden 2005, S. 128 – 163

Neutzner, Matthias: „Wozu leben wir noch? Um zu warten, bis die Russen kommen?“. Die Dresdner Bevölkerung vom 13. Februar bis zum 17. April 1945, in: Dresdner Hefte 41, 1/95, S. 7 – 18

Obst, Dieter: „Reichskristallnacht“. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt/ Main 1991

Offenberg, Ulrike: „Seid vorsichtig gegen die Machthaber“. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ und der DDR 1945 bis 1990, Berlin 1998

Ostmeyer, Irena: Zwischen Schuld und Sühne. Evangelische Kirche und Juden in SBZ und DDR 1945 – 1990, Berlin 2002

Overy, Richard: Barbarisch, aber sinnvoll, in: Kettenacker, Lothar (Hg.): Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940 – 1945, Berlin 2003, S. 183 – 187

Paul, Gerhard: Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges, Paderborn 2004

Petzold, Joachim: In Deiner Brust sind Deines Schicksals Sterne? Mindener Gymnasiasten und Dresdner Oberschüler im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg, Potsdam 1998

Pollack, Detlef: Sozialethisch engagierte Gruppen in der DDR. Eine religionssoziologische Untersuchung, in: ders. (Hg.): Die Legitimität der Freiheit. Zur Rolle der politisch-alternativen Gruppen in der DDR, Frankfurt/ Main 1990, S. 115 – 154

Pommerin, Reiner: Zur Einsicht bomben? Die Zerstörung Dresdens in der Luftkriegsstrategie des Zweiten Weltkriegs, in: ders. (Hg.): Dresden unterm Hakenkreuz, Köln 1998, S. 227 – 244

Rader, Olaf B: Dresden, in: Schulze, Hagen/ Francois, Etienne (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 3, München 2001, S. 451 – 470

Rahne, Hermann: Die „Festung Dresden“, in: Dresdner Hefte 41, 1/95, S. 19 – 31

Rahne, Hermann: Zur Geschichte der Dresdner Garnison im Zweiten Weltkrieg 1939 bis 1945, in: Landeshauptstadt Dresden, Stadtmuseum Dresden (Hg.): Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit. Die Zerstörung Dresdens 1945, Dresden 1994, S. 121 – 135

Rehberg, Karl-Siegbert: Mythische Unzerstörbarkeit durch die Katastrophe der Zerstörung. Der 13. Februar als Trauerarbeit zwischen Instrumentalisierung und Widerstand, in: Praktische Theologie, 1/2005, S. 46 – 51

Reichel, Peter: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, Wien 1995



Reichert, Friedrich: Zur Rezeptionsgeschichte des 13. Februar 1945, in: Landeshauptstadt Dresden, Stadtmuseum Dresden (Hg.): Verbrannt bis zur Unkenntlichkeit. Die Zerstörung Dresdens 1945, Dresden 1994, S. 150 – 161

Reinhard, Oliver: Von der „Friedens-Oase“ zur Trümmerwüste. Dresden im Bombenkrieg, in: ders./ Neutzner, Matthias/ Hesse, Wolfgang (Hg.): Das rote Leuchten. Dresden und der Bombenkrieg, Dresden 2005, S. 58 – 109

Reuter, Elke/ Hansel, Detlef: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1997

Richter, Sebastian: Normbezug in der DDR-Opposition. Entstehung, Entwicklung und Selbstlegitimation politischer Gegnerschaft in unabhängigen Gruppen (1985-1989), unveröffentlichte Magisterarbeit, TU Dresden 2005

Rößler, Ruth-Kristin (Hg.): Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945-1948. Dokumente und Materialien, Goldbach 1994

Sabrow, Martin (Hg.): Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit Vergangenheit in der DDR, Köln 2000

Sabrow, Martin: Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation. Der Fall DDR, in: ders. (Hg.): Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR, Leipzig 1997, S. 7 – 15

Satjukow, Silke/ Gries, Rainer: Grenzüberschreitungen. Die ostdeutsche Aufbaugeneration im Widerstreit zwischen Freund- und Feindbildern, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd. 5, 2005, S. 47 – 64

Schaarschuch, Kurt: Bilddokument Dresden 1933 – 1945, Dresden 1945

Schmid, Harald: Antifaschismus und Judenverfolgung. Die „Reichskristallnacht“ als politischer Gedenktag in der DDR, Göttingen 2004

Schmid, Harald: *Erinnern an den „Tag der Schuld“*. Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Hamburg 2001

Schmid, Josef: *Kirchen, Staat und Politik in Dresden zwischen 1975 und 1989*, Köln 1998

Schmitz, Walter: „Auslöschung“. Das Gedenken der Literatur an die Zerstörung Dresdens, in: ders. (Hg.): *Die Zerstörung Dresdens. Antworten der Künste*, Dresden 2005, S. 233 – 303

Schmitz, Walter: *Zur Einführung. Erinnerungsort Dresden: Die Kunst die Schrecken des Kriegs*, in: ders. (Hg.): *Die Zerstörung Dresdens. Antworten der Künste*, Dresden 2005, S. XI – LI

Schmitz, Walter (Hg.): *Die Zerstörung Dresdens. Antworten der Künste*, Dresden 2005

Schnatz, Helmut: *Tiefflieger über Dresden – Legende oder Wirklichkeit?* Köln 2000

Sebald, W.G.: *Luftkrieg und Literatur*, Wien 1999

Spencer, Andrew: *Publizistik und Historiographie über die Zerstörung Dresdens*, in: Schmitz, Walter (Hg.): *Die Zerstörung Dresdens. Antworten der Künste*, Dresden 2005, S. 27 – 44

Schwarz, Meier: *Zur Tradierung falscher Opferzahlen. Die „Kristallnacht“-Lüge* (in Zusammenarbeit mit Karin Lange), [6.7. 2004], URL: <http://holocaust.juden-in-europa.de/schoah/kristallnacht.htm> [letzter Aufruf 3.1. 2007]

Staritz, Dietrich: *Geschichte der DDR*, Frankfurt/ Main 1996 (Erweiterte Neuauflage)

Stein, Harry: *Juden in Buchenwald 1937 – 1942*, Weimar 1992

Stein, Marion: *Friedhöfe in Dresden*, Dresden 2000

Studtrucker, Rudolf (Red.): In stummer Klage. Zeugnisse der Zerstörung Würzburgs (Zur Sonderausstellung aus Anlaß der 40. Wiederkehr des 16. März 1945, Mainfränkisches Museum Würzburg, 10. März bis 5. Mai 1985), Würzburg 1985

Süchting-Hänger, Andrea: „Kindermörder“. Die Luftangriffe auf Paris, London und Karlsruhe im Ersten Weltkrieg und ihre vergessenen Opfer, in: Dahmann, Dittmar (Hg.) Kinder und Jugendliche in Krieg und Revolution. Vom Dreißigjährigen Krieg bis zu den Kindersoldaten Afrikas, Paderborn 2000, S. 73 – 92

Süß, Dietmar: Nationalsozialistische Deutungen des Luftkriegs, in: ders. (Hg.): Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung, S. 99 – 110

Taylor, Frederick: Dresden, Dienstag, 13. Februar 1945. Militärische Logik oder blanker Terror?, München 2004

Thiele, Frank (Hg.): Alter jüdischer Friedhof in der Dresdner Neustadt, Dresden 2000

Thießen, Malte: Gedenken an die „Operation Gomorrha“. Zur Erinnerungskultur des Bombenkrieges von 1945 bis heute, in: ZfG 53/2005, S. 46 – 61

Timm, Angelika: Der 9. November 1938 in der politischen Kultur der DDR, in: Steiniger, Rolf (Hg.): Der Umgang mit dem Holocaust. Europa – USA – Israel, Wien/Köln/Weimar 1994, S. 246 – 262

Timm, Angelika: Der politische und propagandistische Umgang mit der „Reichskristallnacht“ in der DDR, in: Danyel, Jürgen (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 213 – 223

Timm, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997

Ueberschär, Ellen: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945 – 1961, Stuttgart 2003

Ulrich, Michael: Dresden. Nach der Synagoge brannte die Stadt: Dokumente, Berichte und persönliche Zeugnisse, Leipzig 2002

Ulrich, Karin: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90, Köln/Weimar/Wien 2001

Voit, Hartmut: Vorüberlegungen zum Umgang mit der Geschichte in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtsdidaktik Bd. 5, S. 7 – 13

Vollnhals, Clemens: Jüdisches Leben in Sachsen: Von der Emanzipation zur Judenverfolgung, in: Besier, Gerhard/ Stoklosa, Katarzyna (Hg.): Lasten diktatorischer Vergangenheit – Herausforderungen demokratischer Gegenwart. Zum Rechtsextremismus heute, Berlin 2006, S. 89 – 108

Vollnhals, Clemens: Zugleich Helfer der Opfer und Helfer der Täter? Gegenwärtige und historische Sperrn für die evangelische Kirche bei der Aufarbeitung ihrer DDR-Vergangenheit, in: ders. (Hg.): Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996, S. 434 – 446

Walk, Joseph (Hg.): Das Sonderrecht für Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg 1996

Weber, Hermann: DDR. Grundriß der Geschichte 1945 – 1990, Hannover 1991

Weinke, Annette: Die strafrechtliche Verfolgung von NS- und Kriegsverbrechen im geteilten Deutschland 1949 – 1989, in: Recht und Politik. Vierteljahreshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik, Bd. 32., 1996, S. 98 – 106

Weinke, Annette: Die Verfolgung von NS-Straftätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949 – 1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002

Welzer, Harald/ Moller, Sabine/ Tschugall: „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt/ Main (4. Aufl.)

Widera, Thomas/ Fritze, Lothar: Alliiertes Bombenkrieg. Das Beispiel Dresden, Göttingen 2005

Widera, Thomas: Bausoldaten in der DDR an der politischen Wende von gesellschaftlicher Verweigerung zum politischen Protest, in: ders. (Hg.): Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964 – 1989, Göttingen 2004, S. 151 – 216

Widera, Thomas: Dresden 1945 – 1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft, Göttingen 2004

Widera, Thomas: Gefangene Erinnerung. Die politische Instrumentalisierung der Bombardierung Dresdens, in: ders./ Fritze, Lothar: Alliiertes Bombenkrieg. Das Beispiel Dresden, Göttingen 2005, S. 109 – 134

Widera, Thomas (Hg.): Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964 – 1989, Göttingen 2004

Wilke, Manfred/ Voigt, Tobias: Opposition gegen Ulbricht – Konflikte in der SED-Führung in den fünfziger Jahren, in: Henke, Klaus-Dietmar/ Steinbach, Peter/ Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR, S. 211 – 240

Wolffsohn, Michael: Die Deutschland-Akte. Tatsachen und Legenden, München 1995

Wolle, Stefan: Flucht als Widerstand?, in: Henke, Klaus-Dietmar/ Steinbach, Peter/ Tuchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR, S. 309 – 326

Yahil, Leni: Reichskristallnacht, in: Jäckel, Eberhard/ Longerich, Peter/ Schoeps, Julius H. (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Bd. 2, Berlin 1993, S. 1205 – 1210

Zarusky, Jürgen (Hg.): Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002

Zeidler, Manfred: Gegen „Volksschädlinge“, „Wehrkraftzersetzer“ und „Hochverräter“. Das Sondergericht Dresden und der Volksgerichtshof am Münchner Platz 1940 – 1945, in: Haase, Norbert/ Sack, Birgit (Hg.): Münchner Platz, Dresden. Die Strafjustiz der Diktaturen und der historische Ort, Leipzig 2001, S. 46 – 68

## Selbständigkeitserklärung

Ich versichere hiermit, daß ich die Arbeit selbständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

Dresden, den 27. März 2007